

Untertitel 3. Zahlungsdienste

Einführung

Aus der Literatur: S zunächst die allg Literatur zum BankR (§ 675 Rn 9). Zur Einführung: Reymann JuS 12, 781. Speziell zum Zahlungsverkehr: Ellenberger/Findeisen/Nobbe, Komm zum ZVerkehrR², 2013 [EFN]; Gebauer/Schinkels, ZivilR unter europ Einfluss², 2010, Kap 16).

1) Zahlung, Zahlungsverkehr, Zahlungsdienst. – a) Grundlagen. Der Begriff der *Zahlung* beinhaltet die zweckgerichtete Übertrag von ZMitteln, idR Bar- oder Buchgeld, dch den Zahler an den ZEmpfänger, idR zur Tilgung einer Verbindlichk (näher § 675 f Rn 12 ff). Die Übertrag kann dadch geschehen, dass der Zahler, wie bei jedem Bargeschäft, den zu zahlenden (Geld)Betrag unmittelbar an den ZEmpfänger übergibt. Er kann ihn auch einem ZMittler zur VfG stellen und diesen anweisen, den Betrag, ggf auch über zwgeschaltete weitere ZMittler, an den Empfänger auszuzahlen. Dies kann dch die Übermittlg von Bargeld geschehen. Regelfall einer Zahlg über einen Mittler ist heute jedoch die bargeldlose Zahlg (Rn 2), die unter Einschaltg hierfür besond zugelassener GeldInst (KredInst, ZahlgsInst) dchgeführt wird. Mischformen sind denkbar, zB Zahlg vom Konto des Zahlenden, Bargeldauszahlg an den Empfänger und umgekehrt. Der *Zahlungsverkehr* im weitesten Sinn umfasst alle Zahlgen. Im engeren Sinn gehören zu ihm alle Zahlgen iR des Geldtransfers an, dch od unter Einschaltg von GeldInst, insbes jede Einzahlg von Geld auf ein bzw Auszahlg von Geld von einem Kto eines GeldInst (zB eine Bank), ggf auch unter Einschaltg eines and GeldInst (Bsp: Auszahlg am Geldautomaten einer and Bank), sowie jede Übermittlg eines Geldbetrages dch den Zahler an den Begünstigten (ZEmpfänger) mit Hilfe eines od mehrerer unabhäng ZMittler (GeldInst). §§ 675 c–676 c betreffen nur einen bestimmten Ausschnitt des ZVerkehrs, die gesetzl besond definierten (§ 675 c Rn 2 ff) *Zahlungsdienste*, die dch einen *Zahlungsdienstleister* (§ 675 c Rn 6) erbracht werden.

b) Bargeldlose Zahlung (Einzel, auch zu den VertrBeziehgen SchBL/Mayen § 46). Es handelt sich um Gesch, deren Dchführg bestimmten Institutionen (idR KredInst od ZahlgsInst, vgl ZAG I I, 8) vorbehalten ist. Dch sie wird Buchgeld (§ 245 Rn 4), dh eine Fdg des Zahlenden (Schuldner, Zahler iSv §§ 675 c ff) gg sein GeldInst (SchuBank, ZDLeister iSv §§ 675 c ff), idR ein Guthaben auf einem Kto, dadch auf den Begünstigten (Gläub, ZEmpfänger iSv §§ 675 c ff) „übertragen“, dass für den Empfänger eine Fdg gg sein GeldInst (GläubBank, ZDLeister iSv §§ 675 c ff) begründet wird, idR dch Gutschr auf seinem Kto (§ 675 f Rn 28). Die Verminderung des SchuKtos ergibt sich aus der Belastg mit dem AufwendsErs- od VorschussAnspr (§§ 669, 670) seines GeldInst. Die VermVerschiebg zw Schu (Zahler) u Gläub (Empfänger) wird also dch Einschaltg eines ZDLeisters bewirkt, wenn die betroffenen Kten des Zahlers u Empfängers bei diesem geführt werden (interner ZVorgang), od mehrerer ZDLeister, wenn die Kten bei verschiedenen GeldInst geführt werden (externer ZVorgang). Das GeldInst ist zur Ausführg nur verpflichtet, wenn die Kten vereinbarungsgem als ZahlgsKten (§ 675 f II, dort Rn 22) geführt werden u damit für den ZVerkehr genutzt werden dürfen (sa § 675 o). Die bargeldlose Zahlg kann in verschiedenen **Formen** bewirkt werden (Übbl bei Martens JuS 14, 200; sa § 675 f Rn 12 ff): Der ZVorgang kann vom Zahler ausgelöst werden, indem dieser sein GeldInst mit der Dchführg der Übertrag beauftragt (*Überweisung*). Die Initiative kann aber auch vom Empfänger ausgehen, indem dieser sein GeldInst veranlasst, zu Lasten des Ktos des Zahlers einen bestimmten Betrag einzuziehen u seinem eig Kto gutzuschreiben. Dies setzt voraus, dass dem GeldInst des Zahlers dessen Zustimmung zur Dchführg der Belastg vorliegt, zB dch einen auf das KredInst ausgestellten *Scheck* (ScheckVertr u -inkasso, § 675 Rn 12, 14) od iR einer *Lastschrift* dch den (vorher erteilten) ZAuftr od die (nachträgl) Genehmigg des Einzugs (§ 675 f Rn 32 ff). Weitere Formen des bargeldlosen ZVerkehrs sind *Kartenzahlungen*, zB per Geldkarte, Kreditkarte od electronic cash (§ 675 f Rn 41 ff). Die Zahlg mit sog „bitcoins“ gehört nicht hierher (Engelhardt/Klein MMR 14, 355/56).

c) Vertragsbeziehungen. Charakteristischerweise entsteht bei einer Zahlg, sobald es sich nicht nur um eine einfache Bargeldübergabe wie bei der Ein- od Auszahlg handelt, ein MehrPersVerhältn. So sind an den meisten ZahlVerf, zB der Überw, Lastschr od Kartenzahlg iR eines VerkehrsGesch (Kauf, Dienstleistg etc), mind drei Pers beteiligt, zu denen gesonderte vertragl Beziehgen bestehen. Diese RBeziehgen sind streng zu unterscheiden. Im Verhältn zw ZDLeister u ZDNutzer handelt es sich idR um ZDienste, deren Inhalt zwar in den Grdzügen dch §§ 675 c ff geregelt ist, iR des Zulässigen (§ 675 e) aber dch standardisierte Vereinbgen (AGB) ergänzt wird (Rn 14). Sind, wie häuf, mehrere ZDLeister beteiligt, ist ihr Verhältn zueinander idR dch InterbankenAbk festgelegt, die eine standardmäß Abwicklg der ZVorgänge ermöglichen sollen. Zu unterscheiden sind:

Valutaverhältnis, dh die RBezieh zw Zahler (Schu) u ZEmpfänger (Gläub), zB ein KaufVertr; es bildet den RGrd des ZVorgangs. Es ist in §§ 675 c ff nicht angesprochen, aber dch den ZVorgang insbes bzgl der Fragen der Art u Weise sowie des Ztpkts der Erfüllg der Schuld berührt. Die Geldschuld ist spätestens mit der Gutschr (§ 675 f Rn 28) auf dem vom Gläub angegebenen Kto getilgt, nicht hingg bei Buchg auf einem and Kto des Gläub; näher dazu u zur Frage, wann der Gläub den ZVorgang als Erfüllg gelten lassen muss, § 362 Rn 9 ff. Zur Rechtzeitigg der Leistg dch Überw s § 270 Rn 5, zur fehlerh KtoAngabe dch den Gläub SchBL/Mayen § 49 IV.2.

Deckungsverhältnis, dh die RBezieh zw dem Zahlenden (Zahler) u seinem ZDLeister, zB ein GiroVertr; es bildet die Grdlage für das Tätigwerden des ZDLeisters. Es wird dch den ZDVertr (§§ 675 c ff) ausgefüllt. Ergänzt sind die AGB des ZDLeisters heranzuziehen (Rn 14).

Inkassoverhältnis, dh die RBezieh zw dem ZEmpfänger u seinem ZDLeister. Es kann, wie beim bargeldlosen ZVerkehr, vertragl geregelt sein, idR liegt dann ein ZDVertr vor, auch insow greifen ergänzd die AGB des ZDLeisters (Rn 14) ein. Zwingnd ist das nicht.

Interbankenverhältnis, dh bei Einschaltg mehrerer ZMittler das Verh zwischen diesen. In diesem Verhältn findet zum einen der *Informationsaustausch* statt, der Voraussetzung der Dchführg der Zahlg ist. Insbes aber dient das Verhältn dem Ausgl zw den beteiligten ZDleistern für übertragene Geldbeträge, der sog Verrechng (desh auch häuf *Verrechnungsverhältnis*). Die Verrechng kann unmittelbar zw dem ZDLeister des Zahlers u demjen des ZEmpfängers über ein Kto eines der beiden beim and erfolgen, dabei können weitere Banken (zwgeschaltete Stellen) eingeschaltet werden (zB iR einer ÜberwKette). Bei einer solchen Verrechng über individuelle Kten-Beziehgen gelten zu den Beteiligten, auch den ZDleistern, die Grds für ZDVertr. IdR wird für die Verrechng (das Clearing) aber heute ein ZSystem (§ 675 c Rn 11) genutzt (näher Rn 13). Hier bestimmen sich die Rechte u Pfl der beteiligten ZDLeister nach der SEPA-VO (Rn 10) u den jew VerrechngsAbk, die ZVorgänge in diesen Systemen sind keine ZDienste. Die Abk haben GeschBesorggsCharakter (BGH NJW 03, 1389); es kann daher bei weisgwidr Gutschr, zB auf einem and als dem angegebenen Kto, ein ErstattgsAnspr des AusgangsZDLeisters aus §§ 675, 667 bestehen (Düss WM 04, 1233; § 665 Rn 7).

- 8 **Garantieverhältnis.** Im Bereich der ZKarten (§ 675 f Rn 41 ff) u des E-Geldes (§ 675 f Rn 54 ff) tritt, soweit der Einsatz des ZInstr als Bargeldersatz dient, als weitere Beziehg das Verhältn zw dem VertrUntern (ZEmpfänger) u dem Kartenaussteller hinzu, dch das dem ZEmpfänger der Erhalt des ZBetrags garantiert wird (näher § 675 f Rn 49, 51, 52). Es kann mit dem InkassoVerh zusammenfallen, wenn der ZEmpfänger sein ZKto bei dem KartUntern führt. Führt er sein Kto bei einem and ZDLeister, besteht zu diesem ein gesond InkassoVerh.
- 9 **Keine Vertragsbeziehungen** u damit auch keine SchuldVerh bestehen, von einem evtl GarantieVerh abgesehen, bei externen ZVorgängen (Rn 2) zw dem Zahler u dem ZDLeister des Empfängers, dem Empfänger u dem ZDLeister des Zahlers sowie zw Zahler/Empfänger u den zwgeschalteten ZDleistern (Karlsru WM 07, 300, Kblz WM 09, 112; Überw). Die frühere Rspr, wonach VertragsVerh zw den ZDleistern uU als Vertr zu Gunsten Dritter angesehen wurden, ist überholt, wg der detaillierten geldtdn Haftgsregelg (§§ 675 u ff) ist hierfür kein Raum mehr (sa BGH NJW 08, 2245, str).
- 10 **2) EU-rechtliche Grundlagen und ihre Umsetzung** (zur Entwicklg des ZDiensteR s Werner WM 14, 243). Der Untertitel 3 (§§ 675 c bis 676 c) wurde dch Art 1 Nr 47 **VerbrKrRL-UG** v 29. 7. 09 (BGBl I 2355) eingefügt (sa Einf 2 v § 675). **Materialien:** GesetzEntw BT-Drs 16/11643; BeschlEmpfehlg des RA BT-Drs 16/13669. Das Gesetz diente u der Umsetz der **ZDiensteRL 2007 v 13. 11. 07** (ABl EU L 319 S 1; PalArch I B). Die RL gilt für alle EU-Staaten sowie die Staaten des EWR (ZusStellg in Einl 29 a v § 1) u verfolgt einen umfassenden Ansatz: Es wird ein EU-weiter kohärenter rechtl Rahmen für ZDienste geschaffen, der neutral ist u gleiche WettbewBedingungen für alle ZSysteme gewährleistet (ErwGrd Nr 4). Seit 16. 1. 16 gilt die ZDiensteRL II v 25. 11. 15 (ABl EU L 337 S 35; PalArch I B), die bis 13. 1. 18 umzusetzen ist u die ZDiensteRL 2007 ab diesem Ztpkt aufhebt (dazu Bauer/Glos DB 16, 456; Conreder/Schild BB 16, 1162; Omlor ZIP 16, 558). Ziel der ZDiensteRL 2007 ist eine **Vollharmonisierung** (Art 86), aber keine abschließde Kodifizierung des gesamten ZDRchts. Abweichen von der RL im nationalen Recht sind daher zwar ausgeschl (Einl 29 v § 1), aber nur, soweit ein Sachverhalt in der RL abschließd geregelt ist. Ob dies der Fall ist, ist zT ausdrückl bestimmt (zB bei Vorliegen einer Optionsmöglch der MitglStaaten od bei Ausschluss weiterer Anspr gem § 675 z), iÜ ist dch Auslegg der RL zu klären, ob ein Sachverh ausschließl den in der RL vorgesehenen RFolgen vorbehalten sein soll (BGH NJW 12, 2571 Tz 24, 29; sa Piekenbrock WM 15, 797). Nicht erfasst sind jedenfalls ZusatzVereinbgen (§ 675 f Rn 8, 11). Die EU-rechtl Grdlegg erfordert außerdem eine **richtlinienkonforme Auslegung** (Einl 43 v § 1) der §§ 675 c ff. Vor allem gilt dies für das Verständn der in den Vorschr verwendeten **Begriffe** (§ 675 c Rn 9). Die LetztEntschKompetenz zu fast allen Regeln liegt beim EuGH, ggf sind VorabEntsch nach AEUV 267 einzuholen. Ergänzd gelten: Das **Zahlungskontengesetz (ZKG)** v 11. 04. 16 (BGBl I 720) setzt die **ZKontenRL** um (RL 2014/92/EU v 23. 7. 14, ABl L 257 S 214; PalArch I B). Die RL dient dem VerbrSchutz, sie ist mindestharmonisiert (ErwGrd 11; Einl 29 v § 1). Das ZKG geht zT über sie hinaus. Es gilt (ZKG 1) **nur für Verbraucher** (§ 13) u ZDLeister, die auf dem Markt ZKonten für Verbr anbieten (ZKG 1), enthält zahlreiche privatrechtl Regeln für Deckgs-, Inkasso- u InterbankenVerh (Rn 5 ff) u betrifft im Wesentl den Abschluss, die Führg u die Beendigg von ZDRahmenVertr (§ 675 f II) einschll der Vergleichbark von Entgelten sowie den Wechsel des ZDLeisters bei ZKten. **Inkrafttreten:** Allg (insbes Abschnitt 5, §§ 30–45 zum Basiskonto) am 19. 6. 16; Abschnitt 3 (§§ 20–26, Kontenwechselfilfe) und 4 (§§ 27–29, Grenzüberschreide Kontoeröffng) am 18. 9. 16; die Vorschr zu den InfoPfl u Vergleichswebsites (§§ 5–19) 9 Monate nach der Inkrafttreten einer einschläg EU-VO, Ztpkt wird vom BMJV im BGBl veröffentlicht. Auf die einz Vorschr wird jew iR der Kommentierung der entspr Problematik hingewiesen (vgl zu InfoPfl § 675 d Rn 7, Abschlusszwang § 675 f Rn 22b, Künd u KtenWechsel § 675 h Rn 3a, 5). **Materialien:** GesetzEntw BT-Drs 18/7204; BeschlEmpfehlg des FinA BT-Drs 18/7691. **Literatur:** Findeisen WM 16, 1765, Conreder/Schild BKR 16, 89, Herresthal BKR 16, 133, Rott VuR 16, 3. Die **EU-Verordnung für grenzüberschreitende Zahlungen** (VO (EG) 924/2009 v 16. 9. 09 (ABl L 266 S 11, geänd dch die SEPA-VO) betrifft die Entgelte für ZVorgänge sowie die Verfügbarke des LastschrVerf. Die **SEPA-Verordnung**, auch MigrationsVO genannt (VO (EU) 260/2012 v 14. 3. 12, ABl L 94 S 22, geänd dch VO (EU) 248/2014 v 26. 2. 14, ABl L 84 S 1; PalArch I A), enthält insbes Anforderungen an ZKonten, Überw u Lastschr. So schreibt sie die Erreichbark der Kten (Art 3) u eine bestimmte Gestaltg der ZahlVerf, KtenBezeichnungen u Kundenkennngen (Art 4–6) vor, zB die Einheitlichk der Bestimmungen eines ZahlVerf für innerstaat u grenzüberschreide Zahlgen (Interoperabilität) u die Verwendg der IBAN als Kundenkennng; zu Übergangsregelgen § 675 r Rn 2a. Ferner legt sie die Fortgeltg bereits erteilter LastschrMandate auch für die SEPA-ZahlVerf fest (Art 7). Ergänzd gilt das SEPA-BegleitG v 3. 4. 2013, BGBl I 610. Vgl dazu EFN/Dietze Teil 4, Bautsch/Zahrte BKR 12, 229, Zahrt WM 13, 1207, Walter DB 13, 385 u, bezogen auf die einz ZahlVerf, § 675 f Rn 29 ff.
- 11 **3) Regelungsgehalt und Anwendungsbereich der §§ 675 c ff. – a) Inhaltlich** erfassen die Vorschr, von wenigen Ausn abgesehen, den gesamten prakt relevanten bargeldlosen u in in manchen Teilen auch den baren ZVerkehr. Sie befassen sich dabei hauptsächl (Ausn zB in §§ 675 t I 3, 676 a) mit dem hierfür maßg VertragsVerh zw einem GeldInst u seinem Kunden, statuieren darüthinaus aber auch vorvertragl InfoPfl. Das InterbankenVerh ist nur in Ausschnitten angesprochen; es ist nicht erfasst, soweit ZSysteme genutzt werden. Die einz ZahlVerf (insbes Überw, Lastschr, Kartenzahlg) werden idR (Ausn zB in § 675 x) nicht gesondert angesprochen. Vielmehr enthalten §§ 675 c ff abstrakte Regeln, die „horizontal“ nach den einz Phasen einer Zahlg (Einleitg, Autorisierg, Ausführg, näher § 675 f Rn 12 ff) gegliedert sind u dch Auslegg auf das jew ZahlVerf „heruntergebrochen“ werden müssen (so zutr Hadding FS Hüffer S 273/78). Dadch werden die Querbezüge zw den einz ZahlVerf besond betont, zB bzgl der SorgfaltsPfl von Zahler u ZDLeister sowie der MissbrRisiken (§§ 675 l, m, u, v). ZT werden Rechte u Pfl, die bish nur vertragl geregelt waren od sich aus dem allg SchuldR ergaben, ausdrückl in das Gesetz übernommen u präzisiert (zB §§ 675 l, m). Dadch wird wg § 675 e I die bish bestehde VertrFreih eingeschränkt.
- 12 **b) Der Geltungsbereich** der §§ 675 c ff erstreckt sich **sachlich** grdsätzl auf alle ZDienste (§ 675 c Rn 3 ff) unabhängig von der Währg, in der die Zahlg auszuführen ist, u davon, ob es sich um reine InlandsZVorgänge handelt od solche mit Auslandsberührg (BT-Drs aaO S 98). Jedoch gelten für ZVorgänge in Fremdwährg bzw für ZVorgänge mit Auslandsberührg, bei denen der ZDLeister des Zahlers u/od ZEmpfängers außerh des EWR liegt, einz Vorschr nicht (§ 675 e II 1), ferner sind §§ 675 c ff zT od vollständ abdingb (§ 675 e II 2, III). Die Grds zur Behandlg von Normen, die auf einer überschießden Umsetz der RL beruhen (Einl 44 v § 1), sind zu beachten. **Kollisionsrechtlich** ist die Frage, ob dtsches Recht u damit §§ 675 c ff gelten, nach deutschem IPR (dazu Einf 3 v § 675) zu entscheiden, die ZDiensteRL regelt sie nicht (BT-Drs 16/11643 S 98). Völkerrechtl Vertr, insbes das Postabkommen, haben Vorrang (sa EG 228 IV für grenzüberschreide Überw; Rom I-VO 25). Über vertragl Vereinbngen zum anwendb Recht hat der ZDLeister den ZDNutzer zu informieren (EG 248 § 4 I Nr 7). **Persönlich** gelten die Vorschr sowohl für Untern wie auch Verbraucher als Zahler od ZEmpfänger. Jedoch

Einzelne Schuldverh. Titel 12. Auftr., Geschäftsbesorgungsv. u. Zahlungsdienste **Einf v § 675c, § 675c**

kann ggü Untern die Anwendg einz Vorschr abbedungen werden (§ 675 e IV). Sonderregeln für Verbraucher zB im ZKG. **Zeitliche** Geltg s EG 229 § 22 S 2 u dort Rn 2.

4) Zahlungsverkehrsabkommen und AGB. §§ 675 c ff stellen nur einen Rahmen zur Vfg. Dieser wird für die einz ZahlVerf (§ 675 f Rn 16) dch Vereinbgen u Regelwerke innerh der verschiedenen VertrBeziehgen (Rn 3 ff) ausgefüllt. – Grdlage sind zum einen die **SEPA-VO** (Rn 10), die für Überw u Lastschr auf der Basis von SEPA (s u) bestimmte Standards vorschreibt, zB bzgl der Kundenkennng (§ 675 r Rn 2a) u der Datenübermittlg (dazu Art 5 I Buchst b u d, 6), zum and die mehr techn **Vereinbarungen im Interbankenverhältnis** (Rn 7) zw den GeldInst. Sie bilden die Basis für einen raschen u reibgslosen Ablauf des MassenZVerkehrs. Die einz Abk sind idR der Darstellung des jew ZahlVerf aufgeführt (s § 675 f Rn 21 ff). Sie berücksichtigen auch den europaweit einheitl ZVerkehrsraum, die „Single Euro Payments Area“, kurz **SEPA** genannt (näher SchBL/Bernett/Haug § 51). Er umfasst die MitglStaaten der EU (Einkl 29 a v § 1) sowie Island, Norwegen, Liechtenstein, die Schweiz, Monaco u einige französ Überseegebiete. Er erlaubt es, inländ wie grenzüberschreitde Zahlgen nach einheitl Standards abzuwickeln. Diese Standards (sog Rulebooks u Implementation Guidelines) werden dch das European Payments Council (EPC) entwickelt u dch Vertr zw den beitreten GeldInst in Kraft gesetzt. Grdlegd ist das Abk über die Einführg der SEPA. Für das InterbankenVerh gilt belg Recht als vereinbart. Welches Recht auf die and RVerhältn (Rn 3 ff) anwendb ist, bestimmt sich nach den Grds des IPR. Zu den jew Standards s bei den einz ZahlVerf s § 675 f Rn 29 ff. Aktuelle Info: www.bundesbank.de unter Unbarer ZVerkehr/SEPA. – Die Vorgaben im InterbankenVerh strahlen auf die **Vertragsbedingungen im Kundenverhältnis** (insbes Deckgs- u InkassoVerh, Rn 5, 6) aus. Diese Bedinggen wurden 2009 unter Berücksichtigg der Spielräume (§ 675 e) an die §§ 675 c ff angepasst und sind seither mehrfach geändert worden. Es liegen von den Zentralverbänden der Kreditwirtsch empfohlene Muster-AGB vor, so insbes für (jew mit der hier verwendeten Abkürzg): die privaten KreditInst (AGB-Banken); die Sparkassen (AGB-Spark); die Volks-/Raiffeisenbanken (AGB-VR). Im Einzelfall maßg sind allerd die vom jew ZDLeister verwendeten AGB. Die KtoFührg (§ 675 f Rn 21 ff) ist idR in den allg AGB der GeldInst geregelt, zu diesen § 675 Rn 9. Für and ZDienste u ZVerfahren werden idR Sonderbedinggen verwendet (AGB-Überw, AGB-girocard etc), vgl dazu die einz Dienste in § 675 f Rn 29 ff. Text u Kommentiertg der Regelwerke bei Bunte, AGB-Banken⁴, 2015. Zur Wirksamk einz AGB § 307 Rn 64 u Einsele ZIP 11, 1741.

5) Verfahrensrechtliches. Über VertrKlauseln zum zuständ Gericht hat der ZDLeister den ZDNutzer bei VertrSchluss zu informieren (EG 248 § 4 I Nr 7, sa § 13). Neben den ordentl Gerichten können die VertrPart die **Schlichtungsstelle** gem UKlaG 14 anrufen; s dort u AGB-Banken 21. Ferner steht ZDNutzern bei Verstößen gg §§ 675 c–676 c, EG 248 die **Beschwerde** an die BaFin offen (ZAG 28). Über beide Möglichk ist der ZDNutzer bei VertrSchluss zu informieren (EG 248 § 4 I Nr 8, sa § 13). Zum ZKG vgl dort §§ 48 ff. Zur Bedeutg des **EuGH** s Rn 10.

Kapitel 1. Allgemeine Vorschriften

675c Zahlungsdienste und elektronisches Geld. (1) **Auf einen Geschäftsbesorgungsvertrag, der die Erbringung von Zahlungsdiensten zum Gegenstand hat, sind die §§ 663, 665 bis 670 und 672 bis 674 entsprechend anzuwenden, soweit in diesem Untertitel nichts Abweichendes bestimmt ist.**

(2) **Die Vorschriften dieses Untertitels sind auch auf einen Vertrag über die Ausgabe und Nutzung von elektronischem Geld anzuwenden.**

(3) **Die Begriffsbestimmungen des Kreditwesengesetzes und des Zahlungsdienstenaufsichtsgesetzes sind anzuwenden.**

1) Allgemeines. S zunächst Einf 10 ff. Die Vorschr klärt dch die Verweisg in Abs 3 zahlreiche der in den §§ 675 c–676 c verwendeten Begriffe, insbes den zentralen Begriff des ZDienstes. Abs 2 bezieht die Ausgabe u Nutzg elektron Geldes in den Anwendungsbereich ein. Abs 1 legt die anwendb Vorschr fest.

2) Erbringung von Zahlungsdiensten. Da sich Untertitel 3 ausschließl mit der Erbringg von ZDiensten befasst, bestimmt dieser Begriff auch den sachl **Anwendungsbereich der §§ 675 c–676 c.** S dazu auch Einf 12.

a) Zahlungsdienste sind die in ZAG 1 II genannten Geschäfte, mit Ausn der in ZAG 1 X genannten Gesch (§ 675 c III; ausführl Darstellg bei EFN/Findeisen § 1 ZAG Rn 148 ff). Diese Vorschr fassen die unübersichtl Regelg in ZDiensteRL 3, 4 Nr 3 nebst Anh zusammen, in Zweifelsfällen ist der Wortlaut der RL zu berücksichtigen (Einf 10). Der Begriff des ZDienstes (dazu BT-Drs 16/11613 S 32 ff) umfasst alle privatrechtl DLeistgen eines Dritten, die die Ausführg einer Zahlg zw zwei Parteien, dem Zahler u dem ZEmpfänger, unterstützen sollen, also dem Zahler helfen od ihn instand setzen sollen, einen Geldbetrag (Bar-, Buch- od elektron Geld) aus seinem Vermögen in das des ZEmpfängers zu übertragen. Die Natur des RVerhältn zw Zahler u ZEmpfänger (ValutaVerh) sowie die Grdlage der Zahlg (Verbindlichk, Naturalobligation, Gefälligk etc) ist dabei ohne Belang. Meist führt der ZDLeister auf Weisg des Zahlers (ZAuftr, § 675 f Rn 17) bestimmte dem ZFluss dienende tats Maßn (ZVorgänge, § 675 f Rn 16) aus. Geschäfte, die ohne Einschaltg eines Dritten ausschließl zur Bezahlg von Waren od DLeistgen einer VertrPartei dch die and dienen, fallen nicht darunter, zB die Ausgabe sog Pre-Paid-Karten wie der Telefonkarte.

Erfasst sind:

- **Ein- oder Auszahlungsgeschäfte** (ZAG 1 II Nr 1), dh alle für die Führg eines ZKtos (§ 675 f Rn 22) erfdl Vorgänge sowie Ein- u Auszahlgen auf bzw von einem solchen Kto (LG Bamgb WM 12, 2285), die Behandlg der Einlage selbst unterliegt den Regeln der unregelm Verwahrng (§ 675 f Rn 27);
- **Zahlungsgeschäfte** (ZAG 1 II Nr 2 u 3), dh die Ausführg von ZVorgängen (§ 675 f Rn 16) einschl der Übermittlg von Geldbeträgen auf ein ZKto beim ZDLeister des ZEmpfängers od einem and ZDLeister dch **Überweisung, Lastschrift** od aGrd eines ZInstr (zB **Kreditkarte, Geldkarte** oä; s aber Rn 5), u zwar solche ohne Kreditgewähr (Nr 2) od solche mit Kreditgewähr (Nr 3). Letztere setzen aGrd der Verweisg auf ZAG 2 III voraus, dass der Kredit ledigl als NebenGesch ausschließl im Zushang mit der Ausführg des ZVorgangs gewährt wird u binnen höchstens 12 Monaten zurückzuzahlen ist. Die Kreditgewähr selbst gehört wohl nicht zum ZDienst, kann aber mit dem ZDRahmenVertr verbunden werden (§ 675 f II 2; sa dort Rn 8).
- **Zahlungsauthentifizierungsgeschäfte** (ZAG 1 II Nr 4), dh die Ausgabe von ZAI (§ 675 j Rn 6), insbes ec-, Geld- u Kreditkarten sowie die Annahme u Abrechng damit ausgelöster ZVorgänge;

§ 675c

Buch 2. Abschnitt 8. Sprau

- *digitalisierte Zahlungsgeschäfte* (ZAG 1 II Nr 5), dh die Ausführg von ZVorgängen, bei denen die Autorisierg (§ 675j I) über ein Telekommunikations-, Digital- od IT-Gerät übermittelt wird u die Zahlg an den Betreiber des Systems od Netzes als zwgeschaltete Stelle zw ZDienstnutzer u Lieferant erfolgt (zB Mehrwertdienste der Telekom), mit Ausn der Zahlg für Leistgen zur Nutzg dch das Gerät selbst (ZAG 1 X Nr 11);
 - *Finanztransfersgeschäfte* (ZAG 1 II Nr 6), dh Dienste, bei denen ohne Einrichtg eines ZKtos ein Geldbetrag des Zahlers od ZEmpfängers entgegengenommen u dem Empfänger übermittelt u/od ausgezahlt/verfügbar gemacht wird (sa § 675f Rn 60).
- 5 **Ausgenommen sind** insbes:
- bestimmte *Bargeldgeschäfte* (ZAG 1 X Nr 1: Barzahlgen zw Zahler u ZEmpfänger ohne zwgeschaltete Stelle; Nr 3: Transport von Banknoten u Münzen einschl Entggnahme, Bearbeitg u Übergabe; Nr 4: reverse Bargeldzahlgen, dh Barauszahlgen im Zushang mit der bargeldlosen Zahlg einer Ware od Dienstleistg; Nr 5: bare GeldwechselGesch; Nr 15: Entggnahme u Übergabe von Bargeld iR gemeinnütz Tätigk, zB bei Spenden-sammllgen). Dabei enthalten Nr 1 u 5 ledigl Klarstellgen (BT-Drs 16/11613 S 37), da hier schon die für ZDienste erfdl Einschaltg eines Dritten (Rn 3) fehlt;
 - ZVorgänge über selbstd *Handelsvertreter* bzw *Zentralregulierer* (ZAG 1 X Nr 2) od innerh einer *verbundenen Gruppe* (ZAG 1 X Nr 14);
 - ZVorgänge per Scheck, Wechsel, Gutschein, Reisescheck, Postanweisung (ZAG 1 X Nr 6);
 - ZVorgänge zw Teilnehmern von *Zahlungs- und Wertpapierabwicklungssystemen* innerh des Systems od zur Bedieng von WertPapAnlagen (ZAG 1 X Nr 7, 8);
 - bestimmte Dienste im Zushang mit *Kundenkreditkarten* uä (ZAG 1 X Nr 10). Der Einsatz von Karten (SchBL/Martinek § 67 Rn 1), dch die ein Untern dem KartenInh den Erwerb von Waren od sonst Leistgen in seinen GeschRäumen (zB Kaufhäuser, Lebensmittel- od Hotelketten) od im räuml begrenzten Bereich eines Netzes von Händlern etc auf Kreditbasis ermöglicht, stellt daher idR keinen ZDienst dar (BT-Drs 16/11613 S 39; dazu Terlau BB 13, 1996, ZBB 14, 291). Bsp: VerbundZSysteme im öff PersNahverkehr;
 - ZVorgänge von ZDLeistern untereinander auf eigene Rechnung (ZAG 1 X Nr 12).
Wg der genauen Definitionen u Einzelz wird auf die genannten Vorschr des ZAG Bezug genommen.
- 6 **b) Erbringen** eines ZDienstes bedeutet die Ausführg der entspr Leistg dch einen **Zahlungsdienstleister**. Das sind die in ZAG 1 I genannten Institute bzw Institutionen (ausführl Darstellg bei EFG/Findeisen § 1 ZAG Rn 40 ff):
- im Inland zum GeschBetrieb berecht KredInst;
 - im Inland zum GeschBetrieb berecht E-Geld-Inst;
 - Bund, Länder, Gemeinden u Träger der bundes- od landesunmittelb Verwaltg, soweit sie nicht hoheitl handeln;
 - die Europ Zentralbank u die Zentralbanken der MitglStaaten der EU bzw des EWR (Auflistg Einl 29 a v § 1), wenn sie nicht in ihrer Eigensch als Währgsbehörde od and Behörde handeln;
 - ZahlungsInst, dh and Untern, die gewerbsmäß od in einem Umfang, der einen in kaufm Weise eingerichteten GeschBetrieb erfordert, ZDienste erbringen.
Zu institutsinternen ZDienstern s § 675f Rn 16.
- 6a **c) Zahlungskontendienste** sind die mit einem ZKto verbundenen Dienste, dh jeder Dienst im Zushang mit der Eröffng, dem Führen od Schließen eines ZKtos einschl ZDienstern u –Vorgängen gem ZDiensteRL 3 Buchst g sowie Überziehungsmöglch u Überschreiten (ZKG 2 II). Der Begriff ist also weiter als der des ZDienstes gem Rn 3 ff. Für die ZKDienste legt die EU eine *standardisierte Zahlungskontenterminologie* fest, die auch die zugehörigen Begriffsbestimmungen enthalten (ZKG 2 VII). *Maßgebliche Zahlungskontendienste* sind nur solche, die in einer von der BaFin veröffentlichten Liste der repräsentativsten ZKDienste enthalten sind (ZKG 2 VI, 47 I). All diese Begriffe sind bei ZKten für Verbraucher bedeuts.
- 7 **3) Anzuwendende Vorschriften, Abs 1.** ZDienste stellen eine GeschBesorgg (§ 675 Rn 2 ff) dar. Auf ihre Erbringg gerichtete Vertr, insbes der ZDVertr (§ 675f), sind daher als GeschBesorggsVertr zu behandeln (sa § 675 Rn 9). I stellt dies ledigl klar (BT-Drs 16/11643 S 99). Auf sie sind daher die für diesen VertrTyp geltenden Vorschr anzuwenden, soweit in §§ 675c–676c od im ZKG nicht and bestimmt ist. Das gilt auch für die zur früheren RL Lage entwickelte Rspr, soweit das Ergeb nicht der ZDiensteRL widerspricht (BGH NJW 12, 2571 Tz 20; sa Einf 10). Damit gilt folgede Rangfolge (sa § 675 Rn 7): – **(1)** Vertragl Vereinbgen der Parteien, soweit sie zulässig-gerw (§ 675e, ZKG 4) getroffen wurden; – **(2)** §§ 675c–676c u das ZKG; – **(3)** der größte Teil des AuftrR, das insow den Vorschr über Dienst- od WerkVertr vorgeht, näm: §§ 663, 665–670, 672–674. Abweichd von § 675 I ist § 671 II nicht genannt, da §§ 675c ff abschließde Regeln zur VertrBeendigg enthalten (§ 675h); – **(4)** je nach Art der GeschBesorgg §§ 611 ff od §§ 631 ff, soweit weder SpezialG noch das AuftrR Vorschr enthalten. Bei der Anwendg des Auftr-, DienstVertr- u WerkVertrR ist zu beachten, dass das Ergeb nicht in Widerspr zur ZDiensteRL od dem ZKG stehen, insbes auch nicht deren vollharmonisierdem Charakter widersprechen darf (Einf 10).
- 8 **4) Elektronisches Geld, Abs 2.** Begriff u Funktion des E-Geldes s § 675f Rn 54. Abs 2 bestimmt die Anwendg der §§ 675c ff auf einen Vertr über die Ausgabe u Nutzg von E-Geld. Er stellt aber ledigl klar, dass diese Vorgänge, in Übereinstimm mit der ZDiensteRL, als ZDienste zu behandeln sind (BT-Drs 16/11643 S 99). Damit gelten für sie auch diejen Vorschr, die nicht unmittelb das VertrVerh betreffen, zB die vorvertragl InfoPfl gem § 675d.
- 9 **5) Begriffsbestimmungen, Abs 3. – a) Allgemeines.** Der GesetzG hat die in §§ 675c ff verwendeten Begriffe weitestgehnd aus dem EU-Recht in das nationale Recht übernommen, u zwar zunächst aus Art 4 der ZDiensteRL (dort Art 4). Viele Begriffe sind inzw auch, wenngleich mit eingeschränkterem Anwendungsbereich u nicht immer wortgleich, in Art 2 SEPA-VO (Einf 10) definiert. Die nationalrechtl Definitionen finden sich allerd nur teilw unmittelb in §§ 675c ff. Überwiegnd sind sie im (öf frechtl) ZAG u KWG enthalten (vgl zum ZAG: EFN/Findeisen; Casper/Terlau, ZAG, 2014), zT auch im ZKG. § 675c III bestimmt deren Anwendg auch für die privatrechtl Vorschr der §§ 675c ff. Für die Auslegg der Begriffe ist nach den Grds der richtlkonformen Auslegg u wg der unmittelb Geltg der VO das EU-Recht maßg, das dch die Rspr des EuGH bestimmt wird. Die folgede Übersicht stellt, über Abs 3 hinausgehnd, in alphabet Reihenfolge die wesentl Begriffe zusammen, soweit sie in §§ 675c–676c bzw den über § 675c III in Bezug genommenen Vorschr u dem ZKG verwendet werden u im Gesetz u/od der RL bzw VO definiert sind. Nach dem Begriff ist in Klammern die hier verwendete Abkürzung angegeben, sodann sind die Grdlagen im nationalen bzw EU-Recht genannt (§§ ohne Bezeichnung = BGB; RL = ZDiensteRL; VO = SEPA-VO), abschließd ist die Stelle der Kommentiertg angegeben, an der der Begriff erläutert wird.

- Authentifizierung (Authentifizierung); § 675 w S 2, Art 4 Nr 19 RL; § 675 w Rn 3; 10
- Autorisierung (Autorisierung); § 675 j I, Art 54 RL; § 675 j Rn 2 ff;
- Bank Identifier Code (BIC); Art 2 Nr 16 VO;
- Basic Bank Account Number (BBAN); Art 2 Nr 14 VO; § 675 r Rn 2 a;
- Basiskontovertrag (BasisKtoVertr); § 30 I ZKG; § 675 f Rn 22b;
- elektronisches Geld (E-Geld); § 1 a III ZAG (§ 675 c III); § 675 f Rn 54;
- Einzug; Art 2 Nr 20 VO;
- Einzelzahlungsvertrag (EinzelZVertr); § 675 f I, sa Art 35 RL; § 675 f Rn 6;
- Finanztransfer; § 1 II Nr 6 ZAG (§ 675 c III), Art 4 Nr 13 RL; § 675 f Rn 60;
- Geldbetrag; Art 4 Nr 15 RL;
- Geschäftstag (GeschTag); § 675 n I 4, Art 4 Nr 27 RL; § 675 n Rn 4;
- grenzüberschreitende Zahlung; Art 2 Nr 26 VO;
- Inlandszahlung (Inlandszahl); Art 2 Nr 27 VO;
- International Bank Account Number (IBAN); Art 2 Nr 15 VO; § 675 r Rn 2 a;
- Kleinbetragsinstrument (KleinbetragsInstr, in der RL unter Zahlungsinstrument); § 675 i I 2, Art 4 Nr 23, Art 53 RL; § 675 i Rn 2;
- Kundenkennung (Kundenkenn; in der RL Kundenidentifikator); § 675 r II, Art 4 Nr 21 RL; § 675 r Rn 2;
- Kleinstunternehmer (KleinstUntern); Art 2 Nr 23 VO;
- Lastschrift (Lastschr); § 1 IV ZAG (§ 675 c III), Art 4 Nr 28 RL, Art 2 Nr 2 VO; § 675 f Rn 32;
- Mandat; Art 2 Nr 21 VO; § 675 f Rn 40;
- Referenzwechsellkurs; § 675 g III 3, Art 4 Nr 18 RL; § 675 g Rn 13;
- Referenzzinssatz; § 675 g III 2, Art 4 Nr 20 RL; § 675 g Rn 12;
- Überweisung (Überw); Art 2 Nr 1 VO; § 675 f Rn 29;
- Verbraucher (Verbr); § 13, Art 4 Nr 11 RL, Art 2 Nr 24 VO; § 13 Rn 2 ff;
- Wertstellungsdatum (Wertstellsdatum); § 675 t I 2, Art 4 Nr 17 RL; § 675 t Rn 8;
- Zahler; Art 4 Nr 7 RL, Art 2 Nr 3 VO; § 675 f Rn 3;
- Zahlungsauftrag (ZAuftr); § 675 f III 2, Art 4 Nr 16 RL, Art 2 Nr 11 VO; § 675 f Rn 17;
- Zahlungsauthentifizierungsinstrument (ZAI; s in der RL Authentifizierung u Zahlungsinstrument); § 1 V ZAG (§ 675 c III), Art 4 Nr 19, 23 RL; § 675 j Rn 6;
- Zahlungsbetrag (ZBetrag); § 675 q I; § 675 q Rn 2;
- Zahlungsdienst (ZDienst, in Zusammensetzgen ZD-); § 1 II, X ZAG (§ 675 c III), Art 3, 4 Nr 3 u Anh RL; § 675 c Rn 3 ff;
- Zahlungsdiensterahmenvertrag (ZDRahmenVertr, in der RL Rahmenvertrag); § 675 f II, Art 4 Nr 12 RL; § 675 f Rn 7;
- Zahlungsdienstleister (ZDLeister); § 1 I ZAG (§ 675 c III), Art 4 Nr 9 RL, Art 2 Nr 8 VO, § 2 III ZKG; § 675 c Rn 6;
- Zahlungsdienstnutzer (ZDNutzer); § 675 f I, Art 4 Nr 10 RL, Art 2 Nr 9 VO; § 675 f Rn 3;
- Zahlungsempfänger (ZEmpfänger); Art 4 Nr 8 RL, Art 2 Nr 4 VO; § 675 f Rn 3;
- Zahlungsinstitut (ZInst); § 1 I Nr 5 ZAG (§ 675 c III), Art 4 Nr 4 RL; § 675 c Rn 6;
- Zahlungsinstrument (ZInstr, sa KleinbetragsInstr, ZAI); Art 4 Nr 23 RL;
- Zahlungskontendienste, maßgebliche (maßg ZKDienste); § 2 VI ZKG;
- Zahlungskontenterminologie, standardisierte (standardisierte ZKTerminologie); § 2 VII ZKG;
- Zahlungskonto (ZKto, in Zusammensetzgen ZK-); § 1 III ZAG (§ 675 c III), Art 4 Nr 14 RL, Art 2 Nr 5 VO, § 2 VIII ZKG; § 675 f Rn 22;
- mit einem Zahlungskonto verbundener Dienst; § 2 II ZKG;
- Zahlungssystem (ZSystem); § 1 VI ZAG (§ 675 c III), Art 4 Nr 6 RL, Art 2 Nr 6 VO; § 675 c Rn 11;
- Zahlungsvorgang (ZVorgang); § 675 f III 1, Art 4 Nr 5 RL, Art 2 Nr 10 VO; § 675 f Rn 16;
- Zahlverfahren (ZahlVerf); Art 2 Nr 7 VO; § 675 f Rn 16.

b) Zahlungssystem ist gem ZAG 1 VI (sa SEPA-VO 2 Nr 6) jedes System zum Zweck von Verarbeitung, Clearing, Verrechng u Abwicklg von ZVorgängen mit gemeins Regeln, die zw dem Betreiber des Systems u mind drei und Teilnehmern (nur ZDLeister) zur Übermittlg von Geldbeträgen getroffen wurden; eine etwaige vom Betreiber verselbständigte Ver- od Abrechngsstelle, zentrale VertrPartei od Clearingstelle wird nicht mitgerechnet. Bsp sind die deutschen Gironetze, das Verrechnungsnetz der Bundesbank bzw die SEPA-Verrechng (Einzelh SchBL/Mayen § 46). Für das Betreiben eines solchen Systems gelten bestimmte Regeln (ZAG 7, 8, KWG 24b; sa ZSichsRL 2 (PalArch I B)). Vorgänge innerh des Systems sind keine ZDLeistungen (Rn 5). 11

675d Unterrichtung bei Zahlungsdiensten. (1) ¹Zahlungsdienstleister haben Zahlungsdienstnutzer bei der Erbringung von Zahlungsdiensten über die in Artikel 248 §§ 1 bis 16 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche bestimmten Umstände in der dort vorgesehenen Form zu unterrichten. ²Dies gilt nicht für die Erbringung von Zahlungsdiensten in der Währung eines Staates außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums oder die Erbringung von Zahlungsdiensten, bei denen der Zahlungsdienstleister des Zahlers oder des Zahlungsempfängers außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums belegen ist.

(2) Ist die ordnungsgemäße Unterrichtung streitig, so trifft die Beweislast den Zahlungsdienstleister.

(3) ¹Für die Unterrichtung darf der Zahlungsdienstleister mit dem Zahlungsdienstnutzer nur dann ein Entgelt vereinbaren, wenn die Information auf Verlangen des Zahlungsdienstnutzers erbracht wird und der Zahlungsdienstleister

1. diese Information häufiger erbringt, als in Artikel 248 §§ 1 bis 16 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche vorgesehen,
2. eine Information erbringt, die über die in Artikel 248 §§ 1 bis 16 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche vorgeschriebenen hinausgeht, oder
3. diese Information mithilfe anderer als der im Zahlungsdiensterahmenvertrag vereinbarten Kommunikationsmittel erbringt.

² Das Entgelt muss angemessen und an den tatsächlichen Kosten des Zahlungsdienstleisters ausgerichtet sein.

(4) Zahlungsempfänger und Dritte unterrichten über die in Artikel 248 §§ 17 und 18 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche bestimmten Umstände.

- 1 **1) Informationspflicht des Zahlungsdienstleisters, Abs 1 S 1.** S zunächst Einf 10 ff. Grdlage: ZDienste-RL Art 30 ff. § 675 d I 1 gewährt dem Kunden einen *individuellen Anspruch*. *Verpflichtet* sind alle ZDLeister (§ 675 c Rn 6). *Berechtigt* ist der ZDNutzer, dh derjen, der den ZDienste in Anspr nimmt (§ 675 f I) od nehmen will (BGH WM 10, 647 Tz 36). Nicht erfdl ist, dass bereits eine entspr vertragl Beziehg, zB ein ZDVertr, besteht. Vielmehr handelt es sich zu einem erhebl Teil um vorvertragl InfoPfl. – Zu *unterrichten* hat der ZDLeister den ZDNutzer. Das ist der Oberbegriff für zwei verschiedene *Verfahren* der InfoVermittlung (sa EG 248 § 4 I Nr 4 Buchst b). Hat der ZDLeister die Info *mitzuteilen* od zu *übermitteln*, so hat er dafür zu sorgen, dass die Info dem ZDNutzer in dessen Zugangsbereich (Briefkasten, elektron Postfach etc) in lesbarer Form elektron od verkörpert (Datenträger od Papier) zur Vfg steht; die bloße Bereitstellg, zB am KtoAuszugsdrucker genügt nur, wenn dies zulässigerw besond vereinbart ist. Hat er sie nur zur *Verfügung zu stellen* (wie in § 675 a) od *zugänglich zu machen* (wie in § 675 g III 3), so hat er sie dem ZDNutzer nur zur Anforderg bereitzustellen u bei Anforderg einseh zu machen, zB dch Versand eines InfoBlattes auf Nachfrage od dch Abrufbar von der Homepage des ZDLeisters (BT-Drs 16/11643 S 100; sa § 312 f Rn 2). Welches Verf einzuhalten ist, ergibt sich aus der Formulierung der jew Vorschr. Ist nur die Unterrichtg als solche angeordnet, ist das Verf maßß, über das der ZDLeister gem EG 248 § 4 I Nr 4 den ZDNutzer vorab informiert hat u das daher als vertragl vereinbart gilt. Bzgl *Inhalt, Form und Zeitpunkt* der Unterrichtg verweist I 1 auf EG 248 §§ 1–16; Einzell s dort. Im Verh zu Verbrauchern gelten ergänz ZKG 5–15 (Rn 7). Weitere Info- u AuskPfl iR von ZDVertr § 675 f Rn 9. *Pflichtverletzungen* können zu RVerlusten führen od Anspr aus § 823 II, § 280 od § 311 II auf Ersatz evtl Schäden begründen. Einzell s Einf 2 ff v EG 238.
- 3 **2) Anwendbar** ist I 1 auf alle *Zahlungsdienste*, dh auf die in § 675 c Rn 2 ff genannten Gesch, die für den ZDNutzer erbracht werden (Scheibengrüber NJOZ 10, 1366/68: nicht die unbefugte Nutzg von ZAI dch Dritte). – **Ausgenommen, Abs 1 S 2**, sind: (1) ZDienste in *Fremdwährungen*, dh der Währg eines Staates der nicht zum EWR gehört (Drittstaat). MitglStaaten des EWR sind alle EU-Staaten sowie Island, Liechtenstein u Norwegen (Einzell Einl 29 a v § 1). Nicht unter die Ausn fallen somit ZDienste in Euro (betroffene EU-Länder s § 245 Rn 7) sowie den übr EWR-Währgen (Bulgarien, Dänemark, Kroatien, Polen, Rumänien, Schweden, Tschechien, Ungarn, Großbritannien, Island, Liechtenstein u Norwegen), selbst wenn sie von einem Drittland aus ausgelöst werden. (2) ZDienste unter Beteiligg von *Drittstaatendienstleistern*, dh bei denen der ZDLeister des Zahlers u/od ZEmpfängers außerh des EWR belegen sind. Maßß ist nicht der Sitz des ZDLeisters, sond die Belegenh der (auch unselbstd) Stelle des ZDLeisters, die am ZVorgang unmittelb beteiligt ist, zB eine Niederlass od ein Agent. Belegen ist sie dort, wo sie ihren tats Standort hat (BT-Drs 16/11643 S 100). MitglStaaten des EWR s oben. In welcher Währg der ZDienste ausgeführt wird, ist in diesem Fall gleichgült.
- 4 **3) Beweislast, Abs 2.** Sie liegt bzgl der ordngsgem Unterrichtg (Ob, Was u Wie) nach I beim ZDLeister (sa Art 33 ZDiensteRL).
- 5 **4) Entgelt, Abs 3.** Grdlage: ZDiensteRL Art 32, 52. *Anwendbar* nur auf Info u Mittelgen gem EG 248 §§ 1–16; für and Info u Mittelgen iR eines ZDVertr gelten § 675 f IV bzw das ZKG (sa Rn 6). Aus **Satz 1** ergibt sich im Umkehrschluss, dass die Unterrichtg gem I 1 kostenlos ist, soweit sie nach Inhalt, Art u Häufigk dem gesetzl vorgeschriebenen entspricht; abweichde Vereinbgen nur iR v § 675 e, dort Rn 1 aE auch zu AGB. Daher ist zB kein Entgelt zulässig für die gesetzl vorgeschriebene Bereitstellg/Übersendg der gewöhnl KtoAuszüge (EG 248 § 7 Rn 1, § 10 S 2; Rstk VuR 16, 225). Ein Entgelt kann der ZDLeister nur verlangen, (1) soweit er über das gesetzl vorgeschriebene Maß hinaus Info erbringt, dh häufiger (Nr 1; zB zusätzl Kontoauszug, BGH NJW 14, 922 Tz 17), inhaltlich umfangreicher (Nr 2) od nach der Übermittlungsart aufwendiger (Nr 3; zB Zusendung statt Bereithalten); (2) ihm ein entspr Verlangen des ZDNutzers vorliegt; AGB, die dafür das Nichtabholen eines vertragsgem am KtoAuszugsdrucker bereitgestellten Auszugs genügen lassen, sind unwirks (LG Ffm WM 11, 1846); (3) dieses Verlangen für das Überschreiten des gesetzl vorgeschriebenen ursächl ist; u (4) er mit dem ZDNutzer eine entspr EntgeltVereinbg geschlossen hat. Gem **Satz 2** muss das Entgelt angemessen, insbes eng an den tats Kosten orientiert sein, die dem ZDLeister dch die über das gesetzl Gebotene hinausgehde Leistg entstehen (wie § 675 f IV 2). Pauschaliergen sind nur innerh weitgehd homogener Nutzergruppen zulässig (BGH NJW 14, 922 Tz 19 ff. Verbot der Quersubventionierg, keine Mischkalkulation).
- 6 **5) Informationspflichten von Zahlungsempfängern und Dritten, Abs 4.** Dieser Hinweis auf die entspr Vorschr in EG 248 (s dort) bezieht diese in den Anwendungsbereich der §§ 675 d, e ein. Insow dürfte er eigenständ rechtl Bedeutung haben (and BT-Drs 16/11643 S 100).
- 7 **6) Zusätzliche Informationspflichten des Zahlungsdienstleisters** ergeben sich betr die *Entgelte für Verbraucherzahlungskonten* aus dem ZKG (Einf 10, dort auch zum Ztpkt des Inkrafr; sa ZKontenRL 4–6, Herresthal BKR 16, 221). *Allgemeine* InfoPfl enthalten ZKG 14, 15, unabhäng von der VertrAnbahng u ergänz zu § 675 a (dort Rn 2). Sie können sich ferner aus ZKG 45 ergeben. *Vorvertraglich* hat der ZDLeister dem Verbr eine EntgeltInfo mitzuteilen (ZKG 5), diese InfoPfl tritt neben diej aus EG 248 § 4 Nr 3 (BT-Drs 18/7204 S 59). Inhalt, Form (Textform, ggf in Papier) u Gestaltg (zu dch BaFin veröff Mustern s ZKG 47 II) dieser Pfl s ZKG 6–10. *Während und bei Beendigung* des VertragsVerh hat der ZDLeister als vertragl NebenPfl dem Verbr in Ergänzz zu EG 248 §§ 7, 8 unentgeltl (mind jährl) eine Entgeltaufstellung zur Vfg zu stellen (ZKG 10). Inhalt, Form (Textform) u Gestaltg (zu dch BaFin veröff Mustern s ZKG 47 II) dieser Pfl s ZKG 11–13, Conröder/Schild BKR 16, 89/90 f.

675e *Abweichende Vereinbarungen.* (1) Soweit nichts anderes bestimmt ist, darf von den Vorschriften dieses Untertitels nicht zum Nachteil des Zahlungsdienstnutzers abgewichen werden.

(2) ¹ Für Zahlungsdienste im Sinne des § 675 d Abs. 1 Satz 2 sind § 675 q Abs. 1 und 3, § 675 s Abs. 1, § 675 t Abs. 2, § 675 x Abs. 1 und § 675 y Abs. 1 und 2 sowie § 675 z Satz 3 nicht anzuwenden; soweit solche Zahlungsdienste in der Währung eines Staates außerhalb des Europäischen Wirt-

schaftsraums erbracht werden, ist auch § 675 t Abs. 1 nicht anzuwenden.² Im Übrigen darf für Zahlungsdienste im Sinne des § 675 d Abs. 1 Satz 2 zum Nachteil des Zahlungsdienstnutzers von den Vorschriften dieses Untertitels abgewichen werden; soweit solche Zahlungsdienste jedoch in Euro oder in der Währung eines Mitgliedstaats der Europäischen Union oder eines anderen Vertragsstaats des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum erbracht werden, gilt dies nicht für § 675 t Abs. 1 Satz 1 und 2 sowie Abs. 3.

(3) Für Zahlungsvorgänge, die nicht in Euro erfolgen, können der Zahlungsdienstnutzer und sein Zahlungsdienstleister vereinbaren, dass § 675 t Abs. 1 Satz 3 und Abs. 2 ganz oder teilweise nicht anzuwenden ist.

(4) Handelt es sich bei dem Zahlungsdienstnutzer nicht um einen Verbraucher, so können die Parteien vereinbaren, dass § 675 d Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 bis 4, § 675 f Abs. 4 Satz 2, die §§ 675 g, 675 h, 675 j Abs. 2 und § 675 p sowie die §§ 675 v bis 676 ganz oder teilweise nicht anzuwenden sind; sie können auch eine andere als die in § 676 b vorgesehene Frist vereinbaren.

1) Halbzwingendes Recht, Abs 1. S zunächst Einf 10 ff. Grdlage: ZDiensteRL Art 30, 51, 86 I. Die Vorschr verbietet vertragl Vereinbgen, die zu Lasten des ZDNutzers (§ 675 f Rn 3) von §§ 675 c–676 c abweichen (sa Einf 14 ff v § 145). Ausnahmen bedürfen besond gesetzl Zulassg; s insbes II 2, III, IV (Rn 3). Ob eine solche Abweichg vorliegt, ist dch einen Vergl des Inhalts der gesetzl Regelg mit dem Inhalt der Vereinbg festzustellen. Letzterer ist ggf dch Auslegg, bei AGB abstrakt u generell, zu ermitteln. Ob die Abweichg nachteilig ist, bestimmt sich nach deren obj Folgen für das Vermögen des ZDNutzers, wobei iR einer Vorschrift die Folgen mehrerer gemeins ausgelöster ZVorgänge ggeinander aufgerechnet werden können (Bsp: Wertstellungsdatum iR einer Sammellastschr, § 675 t Rn 8). Hingg ist eine Kompensation dch vertragl Besserstellg des ZDNutzers iR einer and gesetzl Regelg ausgeschl (Erman/v Westphalen Rn 4; aA LBS/Herresthal [§ 675 Rn 9] Rn 3, sa BGH NJW 11, 2878 Tz 14). Sind mehrere ZDNutzer beteiligt, können sich Abweichgen zG des einen unmittelbar od mittelb (zB dch ErstattgAnspr eines ZDLeisters) zu Lasten des and auswirken. Dann bedarf es für die Abweichg einer besond gesetzl Zulassg (Bsp: § 675 x II, III). **Verstoß**, auch in Form einer Umgehg, führt zur Nichtigk der abweichden Vereinbg (§ 134, sa BGH NJW 84, 1752 zum vergleichb § 651 m I) Ob der ganze Vertr nichtig ist, beurteilt sich nach § 139. Die Interessenlage beider VertrSeiten, insbes das Schutzbedürfn des ZDNutzers wird, ähnl § 306, häuf dazu führen, dass nur die betr VertrKlausel unwirks ist. An die Stelle der unwirks Vereinbg tritt dann die gesetzl Regel. Sind Vereinbgen nach § 675 d zulässig, gelten für sie gleichwohl die allg Schranken, insbes für **AGB** (Einf 14) die §§ 305 ff, wobei §§ 675 c ff Leitbildfunktion iV § 307 haben; sa § 307 Rn 64 ff.

2) Einschränkung des Anwendungsbereichs, Abs 2 S 1. Die in II 1 Hs 1 genannten Vorschr gelten, 2 ohne dass es einer Vereinbg bedürfte, nicht: für ZDienste in *Fremdwährung* (§ 675 d I 2, Begriff dort Rn 3), u zwar auch nicht § 675 t I; für ZDienste von *Drittstaatendienstleistern* (§ 675 d I 2, Begriff dort Rn 3), § 675 t I bleibt hier anwendb. **Weitere Einschränkungen** finden sich bei den einz Vorschr (Bsp: § 675 i III). Soweit die Vorschr nur gem II 1 nicht gelten, ist auf das allg GeschBesorggsR zurückzugreifen. Es ist in den allg geltden Grenzen (zB §§ 305 ff) abdingb, die für nicht anwendb erklärten Vorschr haben auch keine Leitbildfunktion (§ 307 Rn 28; PWW/Fehrenbacher Rn 4).

3) Ausnahmen vom halbzwingenden Charakter, Abs 2 S 2, Abs 3 und 4. Grdlage: ZDiensteRL 3 Art 30, 51, 68, 86 I u die dort genannten Vorschr. Die Part können, auch in AGB, in den allg Grenzen (zB §§ 305 ff) zG des ZDNutzers von §§ 675 c–676 c abweichde Regelgen vereinbaren; zu seinen Lasten nur, wenn einer der folgenden Fälle vorliegt:

(1) bei *Zahlungsdiensten in Fremdwährung* (§ 675 d Rn 3) für §§ 675 c–676 c insgesamt, Grdlage: II 2 iVm § 675 d I 2.

(2) bei *Zahlungsdiensten in EWR-Währungen einschließlich Euro* (§ 675 d Rn 3) für alle Vorschr der §§ 675 c–676 c, aber nur, wenn der ZDLeister des Zahlers od ZEmpfängers ein *Drittstaatendienstleister* ist (§ 675 d Rn 3), Grdlage: II 2 iVm § 675 d I 2.

(3) bei *Zahlungsdiensten für Unternehmen*, dh wenn der ZDNutzer kein Verbr (§ 13) ist, gem IV in allen Währgen, aber nur für die dort genannten Vorschr (sa BGH NJW 15, 3025 Tz 42: § 675 u). Überprüf einz AGB bei Einsele ZIP 11, 1741.

(4) *Sonderfall § 675 t*: Die gesetzestechn sehr kompliziert geregelte RLage (vgl II 1 Hs 2, II 2 Hs 2, III) ist bei den einz Vorschr des § 675 t dargestellt.

Der Leitbildcharakter der abbedungenen Vorschr bleibt erhalten (MüKo/Casper Rn 5). ZT wird vertreten, dass die Abweichgmöglchk nur für ZDienste gilt, die für den ZDNutzer erbracht werden (so Scheibengruber BKR 10, 15/19: nicht bei unbefugter Nutzg abhanden gekommener ZAI).

Weitere Spielräume vertraglicher Gestaltung finden sich in den einz Vorschr, zB in § 675 i II, 675 q II 1, 675 s I 2, 675 x II, III.

Kapitel 2. Zahlungsdienstvertrag

675f Zahlungsdienstvertrag. (1) Durch einen Einzelzahlungsvertrag wird der Zahlungsdienstleister verpflichtet, für die Person, die einen Zahlungsdienst als Zahler, Zahlungsempfänger oder in beiden Eigenschaften in Anspruch nimmt (Zahlungsdienstnutzer), einen Zahlungsvorgang auszuführen.

(2)¹ Durch einen Zahlungsdienstrahmenvertrag wird der Zahlungsdienstleister verpflichtet, für den Zahlungsdienstnutzer einzelne und aufeinander folgende Zahlungsvorgänge auszuführen sowie gegebenenfalls für den Zahlungsdienstnutzer ein auf dessen Namen oder die Namen mehrerer Zahlungsdienstnutzer lautendes Zahlungskonto zu führen.² Ein Zahlungsdienstrahmenvertrag kann auch Bestandteil eines sonstigen Vertrags sein oder mit einem anderen Vertrag zusammenhängen.

(3)¹ Zahlungsvorgang ist jede Bereitstellung, Übermittlung oder Abhebung eines Geldbetrags, unabhängig von der zugrunde liegenden Rechtsbeziehung zwischen Zahler und Zahlungsempfänger.² Zahlungsauftrag ist jeder Auftrag, den ein Zahler seinem Zahlungsdienstleister zur Ausführung eines Zahlungsvorgangs entweder unmittelbar oder mittelbar über den Zahlungsempfänger erteilt.

(4) ¹ Der Zahlungsdienstnutzer ist verpflichtet, dem Zahlungsdienstleister das für die Erbringung eines Zahlungsdienstes vereinbarte Entgelt zu entrichten. ² Für die Erfüllung von Nebenpflichten nach diesem Untertitel hat der Zahlungsdienstleister nur dann einen Anspruch auf ein Entgelt, sofern dies zugelassen und zwischen dem Zahlungsdienstnutzer und dem Zahlungsdienstleister vereinbart worden ist; dieses Entgelt muss angemessen und an den tatsächlichen Kosten des Zahlungsdienstleisters ausgerichtet sein.

(5) In einem Zahlungsdiensterahmenvertrag zwischen dem Zahlungsempfänger und seinem Zahlungsdienstleister darf das Recht des Zahlungsempfängers, dem Zahler für die Nutzung eines bestimmten Zahlungsauthentifizierungsinstruments eine Ermäßigung anzubieten, nicht ausgeschlossen werden.

1) Zahlungsdienstvertrag, Abs 1	1–5	A) Kontoeinrichtung und -führung	22–28
a) Allgemeines	1/2	a) Konto, Basiskonto	22–22c
b) Parteien	3	b) Kontoinhaber	23
c) Abschluss	4	c) Kontoführung	24–26
d) Inhalt	5	d) Guthaben	27
2) Einzelzahlungsvertrag, Abs 1	6	e) Gutschrift	28
3) Zahlungsdiensterahmenvertrag, Abs 2	7–11	B) Überweisung	29–31
a) Allgemeines	7	a) Begriff	29
b) Zusatzvereinbarungen	8	b) Arten	30
c) Pflichten des Dienstleisters	9	c) Vertragsbeziehungen	31
d) Pflichten des Nutzers	10	C) Lastschrift	32–40
e) Verhältnis zum Girovertrag	11	a) Begriff	33
4) Zahlung, Zahlungsvorgang, Zahlungsauftrag, Abs 3	12–17	b) Arten und Vertragsbeziehungen bei SEPA-Lastschriften	34–38
a) Zahlung	12–15	c) innerdeutsche Lastschriftverfahren, insbes. Einzugsermächtigungsverfahren	39/40
b) Zahlungsvorgang	16	D) Kartenzahlung	41–53
c) Zahlungsauftrag	17	a) Wesen	41
5) Entgelt, Abs 4	18–19a	b) Vertragsbeziehungen	42–46
a) für Dienstleistung selbst	18a	c) Kreditkartensysteme	47–49
b) für Erfüllung von Nebenpflichten	19	d) Debitkartensysteme (Bankkarte)	50–52
b) Basiskonten	19a	e) Sonstige Karten	53
6) Entgelt bei Nutzung eines Zahlungsinstruments, Abs 5	20	E) Elektronisches Geld	54–59
7) Einzelne Zahlungsdienste	21–60	a) Begriff, insbesondere Geldkarte	54
		b) Vertragsbeziehungen	55–59
		F) Finanztransfer	60

- 1/2 1) **Zahlungsdienstvertrag. – a) Allgemeines.** S zunächst Einf 10 ff. Mit dem ZDiensteVertr wird im Gesetz ein *Vertragstyp* (Übbl 11 v § 311) verankert. Dies hat Bedeutg für die Leitbildfunktion iSv § 307 II Nr 1 (dort Rn 28). Dem *Wesen* nach ist er eine Sonderform des GeschBesorggsVertr iSv § 675 c I. Er hat im Grds DVertrCharakter, bei bestimmten ZVorgängen (zB Überweisg) WerkVertrCharakter (sa MüKo/Casper Rn 7). Zu den anzuwendenden Vorschr § 675 c Rn 7. Er ist ggseit Vertr, bei Vorliegen der entspr Voraussetzgen auch VerbraucherVertr iSv § 312 (dort Rn 26; s aber § 312 V), dann gilt ergänzd das ZKG. – **Abdingbarkeit:** Zu Lasten des ZDNutzers iRv § 675 e (dort Rn 3 Nr 1, 2); zG des Nutzers unbeschränkt, Grenzen nur gem den allg Regeln (§§ 305 ff etc). – *IPR* Rom I-VO 4 Rn 13, 21; sa EG 248 § 4 Nr 7. – **Zeitlich anwendbar** sind §§ 675 f–i seit Inkrafttr des VerbrKrRL-UG am 31. 10. 2009. Einzellh s EG 229 § 22.
- 3 **b) Parteien.** – **Auftraggeber** kann jede natürl od jur Pers sein (sa ZDiensteRL Art 4 Nr 7, 8), auch eine OHG, KG, GbR (Köln WM 02, 2340 zum GiroVertr), Vor-GmbH (Brdbg NZG 02, 182, auch zur Haftg des handelnden Gesellschafters). Auch ein and ZDLeister, zB iR der Übermittlg des Betrags iR einer ÜberwKette. § 675 f I bezeichnet sie als **Zahlungsdienstnutzer**. Dies kann der **Zahler** sein, dh der Inhaber eines ZKtos, der die Ausführg einer Zahlg von diesem Kto in Auftr gibt od gestattet bzw, sofern kein ZKto vorhanden ist, den Auftr für einen ZVorgang erteilt (ZDiensteRL Art 4 Nr 7). Aber auch der **Zahlungsempfänger**, dh derjen, der den bei dem ZVorgang transferierten Betrag erhalten soll (ZDiensteRL Art 4 Nr 8). Der ZDNutzer kann auch beides zugleich sein, insbes bei einem ZDRahmenVertr mit KtoFührg, aber auch bei einem einz ZVorgang wie bei einer Barabhebg vom eig Kto am Schalter od über Geldautomaten (BT-Drs 16/11643 S 102). Eine Mehrh von ZDNutzern kommt prakt nur beim ZDRahmenVertr vor (s Rn 22), ist aber auch beim EinzelZVertr nicht ausgeschl. – **Auftragnehmer** kann nur ein **Zahlungsdienstleister** (§ 675 c Rn 6) sein.
- 4 **c) Abschluss.** Er ist grdsätzl *formfrei*; allerd bedarf uU die Gestatt der KtoÜberzieh der Form (§§ 492 I, 504, 505). Für ZDRahmenVertr ist die Formbedürftigk der vom ZDLeister geforderten Info zu beachten (EG 248 § 3); BasisKtoVertr s Rn 22b. IdR wird der Vertr schon wg der Einbeziehg von AGB schriftl abgeschl. Weist ein ZDLeister das Angebot zum Abschluss eines ZDVertr nicht zurück, kann es uU als angenommen gelten (HGB 362 I; Annahme dch Schweigen § 147 Rn 3). *Minderjährige* bedürfen der Vertretg (sa Saarbr NJW-RR 08, 954 zum GiroVertr) dch od der Zustimmung der gesetzl Vertreter (§§ 107, 108), keine Ausn für öff Sparkassen iRv EG 99. *Widerrufsrechte* bzgl der VertrErkl von Verbrauchern, zB bei außerh von GeschRäumen abgeschl Vertr u FernabsatzVertr (§ 312 g, viele Ausn dort II u § 312 II, V), s die ZusStellg in Vorb 5 v § 355. Grdsätzl kein **Abschlusszwang** für den ZDLeister, auch nicht für den ZDRahmenVertr (näher SchBL/Mayen § 47 Rn 3 ff zum alten Recht). And numm zG von Verbrauchern beim Basiskonto (dazu Rn 22c). Ferner für polit Part (PartG 5, OVG Bln NJW 04, 3585) od gem dem AGG (dort § 19 Rn 3, § 21 Rn 7); sa Einf 10 v § 145. Ein ZDLeister kann sich zum Abschluss eines ZDVertr verpflichten (vgl BGH NJW 04, 2517).
- 5 **d) Inhalt.** Vertragstyp Hauptleistg ist die Ausführg von ZDiensten, u zwar alternativ (Hk-BGB/Schulte-Nölke Rn 4) nur bzgl eines einz ZVorgangs (EinzelZVertr, I) od bzgl mehrerer ZVorgänge (ZDRahmenVertr). Die Unterscheidg ist für die InfoPfl (§ 675 d) bedeuts (EG 248 §§ 3 ff für den RahmenVertr, §§ 10 ff für den EinzelVertr). Der Inhalt iÜ richtet sich grdsätzl nach den vertragl Vereinbngen, idR nach den einschläg AGB des ZDLeisters (Einf 14). BasisKto s Rn 22c
- 6 **2) Einzelzahlungsvertrag, Abs 1.** In ihm verpflichtet sich der ZDLeister, für den ZDNutzer einen einz ZVorgang auszuführen. Der ZAuftr ergibt sich, sofern nicht and vereinbart, unmittl aus dem Vertr. InfoPfl des ZDLeisters § 675 d, EG 248 §§ 10 ff. Der Nutzer ist zur Zahlg des vereinb Entgelts (IV 1), zum Ersatz evtl Aufwendngen des DLeisters (§ 670) u zu bestimmten SorgfaltsMaßn verpflichtet (sa Rn 9). Für die *Beendigung*

gilt zwar nicht § 671, da in § 675 c III nicht genannt; jedoch kann ein iR des Vertr erteilter ZAuftr widerrufen werden (§ 675 p Rn 2 ff).

3) Zahlungsdiensterahmenvertrag, Abs 2 (sa § 675 c Rn 10). – **a) Allgemeines.** In ihm verpflichtet sich der ZDLeister, für den ZDNutzer, im Ggsatz zum EinzelZVertr, mehrere aufeinander folgende ZVorgänge auszuführen. Der Vertr ist wg seines auf Dauer angelegten Inhalts Dauerschuldverh (§ 314). Er ist als RahmenVertr (Einf 19 v § 145) Grdlage für mehrere ZVorgänge, die der Nutzer dch Weisg (§ 665) beauftragen kann. Welche Arten von ZDiensten zu leisten sind, ist Ggst der vertragl Vereinbg (and beim BasisKto, Rn 22c). Bestimmte Dienste können nur iR eines ZDRahmenVertr erbracht werden. IdR handelt es sich um die Führg eines laufden Ktos (Rn 22 ff), ggf auch mehrerer Kten, über das iR des bargeldlosen ZVerkehrs ZVorgänge zG des Nutzers (zB LastschrEinzug, Rn 32 ff) od zu seinen Lasten (zB Überw, Rn 29 ff) dchgeführt werden (II 1). Auch soweit über einz ZahlVerf mit wiederkehrenden ZVorgängen (zB ZKarten) eine gesonderte ZusatzVereinbg abgeschl wird, handelt es sich um einen ZDRahmenVertr. Die einz Dienste sind in §§ 675 j–t näher geregelt, aus diesen Vorschr ergibt sich auch, wie die ZDienste zu erbringen sind. Eine Übersicht enthalten Rn 22 ff. Haftg bei mangelh ZVorgängen: §§ 675 u–676 c. *Parteien u Abschluss* des Vertr Rn 3 f. *Änderung* des Vertrinhalts § 675 g. *Beendigung* § 675 h Rn 1. *Kontowechsel* s § 675 h Rn 5.

b) Zusatzvereinbarungen. ZDRahmenVertr sind Bestandteil jedes heute übl GiroVertr, häuf sind mehrere derart Vereinbgen gekoppelt (zB Giroverkehr u Kartenzahlg), s Rn 11. Gem **Abs 2 S 2** kann ein ZDRahmenVertr (od mehrere) aber auch Bestandteil eines and Vertr sein od mit diesem zushängen. Das setzt voraus, dass der and Vertr mind eine selbstd HauptPfl außerh des ZDVertr begründet (sa BGH NJW 13, 995 Tz 18 ff). Dann gelten die Regeln zur Verbindg von Vertr (Übbl 16 ff v § 311). Zur Änderg u Künd in diesen Fällen sa § 675 g Rn 1, § 675 h Rn 1. **Beispiele:** Ja: Vereinbgen über *weitere Vorgänge des bargeldlosen Zahlungsverkehrs*, die nicht ZDienste sind, wie Einziehg vom Kunden eingereicherter Schecks od die Verpfl zur Einlösg von dch den Kunden auf das KredInst gezogener Schecks (§ 675 Rn 12, 14). Vereinbgen über *Kreditgewährung* als Haupt- od Neben-Gesch (s § 675 c Rn 4). Für sie gelten die Regeln der §§ 488 ff, u zwar auch für Überziehungskredite u geduldete KtoÜberziehungen, die das Gesetz als Darl behandelt (vgl §§ 504, 505; BGH NJW-RR 15, 885 Tz 34); sie gehen, zB bzgl der HinwPfl gem EG 247 od der Änderg u Beendigg des DarlVertr, als speziellere Vorschr den Vorschr für ZDienste, insbes §§ 675 g, h vor (sa Mühlert/Grimm WM 15, 2217/21 ff). Ob das auch für Kreditkartenkredite (Rn 48) gilt, ist zweifelh. Nein: Führg als P-Kto (Rn 22).

c) Pflichten des Dienstleisters. Über § 675 c I gelten grdsätzl Anzeigepfl gem §§ 663, 665 S 2, Ausk- u RechenschPfl gem § 666, HerausgabePfl gem § 667, VerzinsgPfl gem § 668, eine FortführgPfl gem § 672 S 2. Bei ZKtenVertr für Verbraucher gilt ein Benachteiligungsverbot (ZKG 3; dazu Herresthal BKR 16, 133/43). *Hauptpflicht* ist die Leistg der vereinbarten ZDienste (II 1) aGrd Weisg (§ 665 S 1) des ZDNutzers gem den Vorgaben in §§ 675 j ff. Es können Voraussetzgen für die Ausführg der Weisg vereinbart werden, zB zur Form der Erteilg eines ZAuftr, zu dessen Inhalt od zur KtoDeckg (sa Rn 17, § 675 o Rn 2). Es gilt der Grds der Auftr-Strengte, dh der ZDLeister muss sich innerh der Grenzen des ihm erteilten Auftr halten (BGH WM 10, 1393 Tz 18; sa § 675 r Rn 3). Ferner ergeben sich aus dem Gesetz eine Reihe weiterer *Nebenpflichten*: *InfoPfl* gem § 675 d iVm EG 248 §§ 3 ff, für VerbrKtenVertr ZKG 5 ff, die zT vorvertragl Natur sind, zB: Pfl zur Mittelg der VertrBedinggen auf Verlangen des ZDNutzers (EG 248 § 5), also der maximalen Ausführgsfrist u der Entgelte für einen ZVorgang (EG 248 § 6); der Info zum ZVorgang an den Zahler (EG 248 § 7) wie den ZEmpfänger (EG 248 § 8); hierüber können iRv EG 248 § 10 Vereinbgen zu Häufigk, Form u InfoVerf getroffen werden, für KleinbetragsInstr (§ 675 i Rn 2) gelten Besonderh (EG 248 § 11). *Sorgfalts- u UnterrichtsPfl* bzgl von ZAI (§ 675 k II 2, 5, 6, § 675 m), der Ablehng von ZAuftr (§ 675 o). Evtl NachforschgsPfl (§ 675 y V). P-Kto s Rn 22. Unabhängig von den speziellen MitteilgPfl hat der ZDLeister dem Kunden uU *Auskunft* zu geben (selbstd Anspr gem §§ 666, 675 c III; sa BGH NJW 06, 217), zB über KtoStand (LG Dortmund VuR 14, 231) od Einlöser eines Schecks (BGH NJW 97, 2528); also sofern der Kunde Unterlagen benötigt, um die Richtigk der Berechnung zu prüfen od die Dchführg eines ZahlgsVorgangs ggü Dritten nachzuweisen (BGH NJW 85, 2699). Die Übersendg von Tagesauszügen u period Rechngsabschlüssen schließt diesen AuskAnspr, ggf auch nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist gem HGB 257, nicht aus, soweit der Kunde den Bedarf glaubh macht, zB Verlust der früheren Info od zusätzl zu den KtoAuszügen nicht ersichtl Info (Schlesw NJW-RR 00, 780), u das Verlangen nicht im Einzelfall unzumutb ist (BGH NJW 01, 1486, Celle NJW-RR 08, 1584). Daneben steht dem Kunden ein umfassender RechngsleggsAnspr bei Beendigg des ZDVertr nicht mehr zu (BGH NJW 85, 2699 zum GiroVertr). Entgelte s Rn 19 f sowie § 675 d III. **Warn- und Schutzpflichten** (§ 241 II) treffen den ZDLeister wg des Massencharakters der ZVerkehrsgesch nur in engsten Grenzen (BGH NJW 08, 2245, 12, 2422 Tz 32), selbst bei TreuhandKten (BGH WM 10, 1393 Tz 18). Dabei ist auch der vollharmonisierte Charakter der ZDiensteRL zu beachten (Einf 10), der in dem von der RL abschließd geregelten Bereich (vgl BGH NJW 12, 2571 Tz 20) gg die Herausbildg von über die RL hinausgehenden Pfl sprechen dürfte, soweit diese nicht aus allg EU-rechtl RGrds entnommen werden können. IdR darf sich der ZDLeister auf die formale Prüfng beschränken, ob der Auftr nach seinem äußeren Erscheingsbild in Ordng ist, es besteht keine RückfragePfl (Köln NJW-RR 99, 1725: Echth des Auftr, Verwendg eines bankfremden ÜberwFormulars; sa Rn 17). And nur, wenn Treu u Glauben dies nach den Umst des Einzelfalls gebieten, um den AuftrG vor Schad zu bewahren, zB wenn sich der Verdacht einer Straftat od eines Missbr der Vertretgsmacht zu Lasten eines am ZVorgang Beteiligten aufdrängt (Schlesw NJW-RR 14, 741) od der unmittelb Zusbruch der Schu-Firma bevorsteht (BGH WM 10, 1393 Tz 18). Grdsätzl keine Schutzwirkg zG Dritter (BGH aaO Tz 21; § 328 Rn 23).

d) Pflichten des Nutzers. *Hauptpflichten* sind die Pfl zur Entrichtg der vereinbarten *Entgelte* (Rn 18 ff) u die in der RL vorausgesetzte Pfl zum *Ersatz von Aufwendungen* des ZDLeisters. Über § 675 c I gelten grdsätzl §§ 669 (Leistg von Vorschuss; s aber § 675 t Rn 10), 670 (AufwendgsErs; vorausgesetzt in § 675 u S 1). Bei nicht beauftragten, aber später genehmigten ZVorgängen ergibt sich der Anspr aus §§ 683, 670. Den ZDNutzer treffen eine Reihe von *Nebenpflichten*, zB: *SorgfaltsPfl* insbes bzgl ihm überlassener ZAI (§ 675 l); *UnterrichtgsPfl* bei fehlerbehafteten ZVorgängen (§ 676 b); sa Rn 28 aE. Zu vertragl vereinbarten MitwirkgsPfl s AGB-Banken 11.

e) Verhältnis zum Girovertrag. Dieser ist nach herkömml Prägng GeschBesorggsVertr mit DienstVertrCharakter, uU mit einz werkvertragl Elementen. Er ist RahmenVertr u dient der Abwicklg bargeldlosen ZVerkehrs des Kunden über ein für diesen bei einem KredInst eingerichtetes GiroKto (dazu Rn 22 ff). Welche Dienste inbegriffen sind, ist Sache der Vereinbg. Häuf sind dies die Ausführg von Überw u DauerAuftr von dem Kto u die Abbuchg von Lastschr, ferner zT die Einziehg vom Kunden eingereicherter Lastschr, Schecks, Wechsel u sonst EinzugsPap (zB AGB-Sparkassen Nr 23). Weitere Leistgen des KredInst werden idR, einschließl der hierfür geltenden besond AGB, gesondert vereinbart mit der Folge, dass gesonderte HauptPfl entstehen (Ffm WM 15,

1709/11), zB die Verpfl zur Einlösg von dch den Kunden auf das KredInst gezogener Schecks (ScheckVertr), die Bereitstellg von Onlinediensten od von mit einer Bankkarte verbundenen Leistgen. Der GiroVertr herkömmll Präg verpflichtet das KredInst damit überwiegd zu Diensten, die nach neuem Recht als ZDienste zu werten sind. Der Vertr ist daher als ZDRahmenVertr einzustufen, jedoch mit einer Reihe von gem II 2 vereinbarten Zusatzleistgen (BT-Drs 16/11643 S 102). Er unterliegt, jedenfalls soweit ZDienste erbracht werden, den neuen Regeln (EG 229 § 22 S 1). Inwieweit dies, zB bzgl Entgelten (IV, Rn 18f), Ändergen (§ 675 g) u Künd (§ 675 h), auch für vereinbarte Zusatzleistgen gilt, die nicht ZDienste sind, hängt vom PartWillen ab. Bilden sie keinen selbstd VertrTeil (Bsp: unregelm Verwahrng eines Guthabens, Scheckinkasso, § 675 Rn 12), wird idR ein gemischter Vertr vorliegen, dessen Schwerepckt bei den ZDiensten liegt (sa ÜbbI 26 v § 311, SchBL/Mayen § 47 Rn 1 b), insow dürfte die RL keine Sperrwirkg für abweichde nationale Regelgen entfalten. *Selbständige Zusatzvereinbarungen* sind hingg auch eigenständ einzuordnen, sie unterliegen, soweit sie nicht unter §§ 675 c ff fallen, weiterhin dem allg Recht der GeschBesorgg (Bsp: ScheckVertr, § 675 Rn 14).

- 12 **4) Zahlung, Zahlungsvorgang, Zahlungsauftrag, Abs 3. – a) Zahlung** iSv §§ 675 c–676 c bedeutet die zweckgerichtete Übertrag von Bar- od Buchgeld (dazu Einf 1 f). Der Begriff wird in den genannten Vorschr nicht definiert, sond vorausgesetzt. Kernstück einer Zahlg ist der tats Geldfluss, den das Gesetz als ZVorgang bezeichnet (Rn 16). Dabei ist zu unterscheiden zw dem ZVorgang (od Teil des ZVorgangs), der im Verhältn des Zahlers zu seinem ZDLeister (*Deckungsverhältnis*) abläuft, u dem ZVorgang (od Teil des ZVorgangs), der das Verhältn zw dem ZEmpfänger u seinem ZDLeister betrifft (*Inkassoverhältnis*). Betrifft eine Zahlg nur das Deckgs-Verh, besteht die Ausführg regeln in einer einz Transaktion (zB Einzahlg u Gutschr, Auszahlg u KtoBelastg). Betrifft die Zahlg hingg einen *Zahlungstransfer*, sei es weil Zahler u ZEmpfänger verschiedene Pers sind, sei es weil verschiedene ZDLeister beteiligt sind (Bsp: Zahler überweist auf ein eig Kto bei einem and KredInst), tritt die Unterscheidg klar hervor (sa Rn 16, § 675 y Rn 2): Der ZFluss vom Kto des Zahlers bis zum Eingang beim ZDLeister des ZEmpfängers ist dem Verantwortungsbereich des Zahlers u seines ZDLeisters zugeordnet, Störge in diesem Bereich betreffen das DeckgsVerh. Der ZFluss ab diesem Punkt bis zum Kto des ZEmpfängers, dh der endgült Gutschr auf diesem Kto fällt in den Verantwortungsbereich des ZEmpfängers u seines ZDLeisters, Störge betreffen das InkassoVerh. Zum besseren Verständn empfiehlt es sich, bei Anwendg der §§ 675 f ff die folgd Elemente bzw Phasen einer Zahlg gesondert zu betrachten (*horizontale Gliederung*, sa Einf 11):
- 13 Die Phase der *Einleitung der Zahlung* beginnt mit Abgabe der an den ZDLeister des Zahlers gerichteten Erkl, dass ein bestimmter ZVorgang dchgeführt werden soll (*Auslöser* des ZVorgangs). Die Erkl stößt bei diesem ZDLeister (dh im DeckgsVerh) die Ausführg des ZVorgangs an. Die Einleitgsphase endet mit dem Zugang der Erkl beim ZDLeister des Zahlers. Vorschr, die diesen Bereich betreffen, beziehen sich auf Abgabe, Weiterleitg, Zugang u Widerruf dieser auslösenden Erkl, betreffen also den Weisgsfluss. Die auslösende Erkl ist häuf mit dem *Zahlungsauftrag* (Rn 17) verbunden. Das gilt für alle Zahlgen, die nur das DeckgsVerh betreffen, zB Einzahlgen auf od Abhebben vom ZKto ohne Einschaltg eines Dritten. Jedoch enthält nicht jeder ZAuftr auch die auslösende Erkl. Die Unterscheidg zw ZAuftr u Auslöser wird bedeuts beim *Zahlungstransfer* (Rn 12). Hier kann der ZVorgang dch eine Erkl des Zahlers angestoßen werden, die idR den ZAuftr enthält (sog „*Push-Zahlung*“). Er wird dann entw vom Zahler selbst ausgelöst, indem dieser die Erkl unmittelbar seinem ZDLeister übermittelt, zB bei der Überw. Od der Zahler gibt zwar selbst den Anstoß für die Dchführg, dieser wird aber dem ZDLeister des Zahlers, idR zusammen mit dem ZAuftr, auf dem Umweg *über den Zahlungsempfänger*, ggf auch dessen ZDLeister, übermittelt, so zB häuf bei Zahlgen mit ZKarte. Der ZVorgang kann schließ *durch den Zahlungsempfänger* ausgelöst werden, dh dch dessen Erkl, die dem ZDLeister des Zahlers, meist über den ZDLeister des Empfängers, übermittelt wird (sog „*Pull-Zahlung*“). In diesem Fall kann der anschließde ZVorgang dch einen (vorher gesondert erteilten od mit dem Auslöser übermittelten) ZAuftr gedeckt sein, zwingd ist dies nicht (s Rn 14). Die Unterscheidg wirkt sich aus auf die Zuordng der Pfl und Risiken, die mit Einleitg eines ZVorgangs verbunden sind (vgl zB § 675 s I, II), sowie auf die Haftg (vgl zB §§ 675 x I, II, 675 y I, II).
- 14 Die *Autorisierung des Zahlungsvorgangs*, dh die Zustimmung des Zahlers zum ZVorgang (§§ 675 j–m, insbes § 675 j I, Einzelh s dort). Sie betrifft nur das DeckgsVerh. Jeder ZAuftr beinhaltet diese Zustimmung, da er den Willen des Zahlers zur Ausführg des beauftragten Vorgangs zum Ausdr bringt. Wird der ZVorgang auf and Weise eingeleitet, muss die Zustimmung gesondert erteilt werden. Oft ist die auslösende Erkl des ZEmpfängers mit der Autorisierg verbunden, weil der Empfänger diese als Bote (mit) übermittelt (Bsp: SEPA–Lastschr, Rn 40). In and Fällen erteilt sie der Zahler gesondert ggü seinem ZDLeister, sei es vor der Ausführg des ZVorgangs, sei es im Nachhinein (Einzelh § 675 j Rn 4).
- 15 Die *Ausführung des Zahlung* beginnt mit dem Zugang der den ZVorgang auslösenden Erkl (Rn 13) beim ZDLeister des Zahlers (s § 675 n) u betrifft den ZVorgang selbst. Davon zu unterscheiden ist die Ausführg eines ZAuftr, die, sofern der Auftr über den ZEmpfänger übermittelt wird, auch die Einleitg der Zahlg umfasst. Vorschr, die die Ausführg der Zahlg betreffen, beziehen sich im Wesentl auf den ZFluss, dh die konkr Vorgänge bei Übertrag des ZBetrag. Die Ausführg kann sich auf das DeckgsVerh beschränken od Deckgs- wie Inkasso-Verh betreffen (s Rn 12). Die Unterscheidg dieser beiden Verhältn ist für die PflVerteilg u Haftg von erheb Bedeutig (s nur §§ 675 s u 675 t, 675 y).
- 16 **b) Zahlungsvorgang, Abs 3 S 1** (sa § 675 c Rn 10). Das Gesetz versteht darunter die Bereitstellg, Übermittlg od Abhebg von Buch- od Bargeld, maW den tats Geldfluss (BT-Drs 16/11643 S 102). Gemeint ist häuf der Geldfluss iR der vertragl vom ZDLeister geschuldeten Leistg, also bei einer bargeldlosen Zahlg für das DeckgsVerh vom Kto des Zahlers bis zum Eingang auf dem Kto des ZDLeisters des Empfängers (sa § 675 q I), für das InkassoVerh vom Kto des ZDLeisters des Empfängers bis zum Eingang auf dem Kto des Empfängers. Es kann aber auch der gesamte Geldfluss vom Zahler bis zum Empfänger gemeint sein. Bedarf es, zB weil bei einem ZTransfer das Kto des ZEmpfängers von einem and ZDLeister geführt wird, der Einschaltg mind eines weiteren Instituts, liegt ein *externer ZVorgang* vor. Die Beteiligten bedienen sich in diesem Fall zur Dchführg des ZTransfers meist eines *Zahlverfahrens*, dh eines auf der Grdlage der techn Vorgaben für Überw u Lastschr von SEPA-VO 4 ff (gültig ab 1. 2. 2014 bzw 1. 2. 2016) geschaffenen einheitl Regelwerks aus Vorschr, Praktiken u Standards sowie zw den ZDleistern vereinbarten Leitlinien für die Ausführg von ZVorgängen (SEPA-VO 2 Nr 7). Der ZVorgang kann aber auch *intern* ablaufen, wenn wie bei Aus- u Einzahlgen ledigl der ZDNutzer u sein ZDLeister betroffen sind, od wenn die betroffenen Kten von Zahler u ZEmpfänger beim selben Institut geführt werden. SchutzVorschr zG des ZDNutzers gelten nach ihrer Zielrichtg dann, obwohl der GWordlaut idR von zwei ZDleistern ausgeht, häuf (GgBsp § 675 s Rn 2) auch für diese Vorgänge (zB § 675 q Rn 1).
- 17 **c) Zahlungsauftrag, Abs 3 S 2** (sa § 675 c Rn 10). Das ist eine rechtl Erkl des ZDNutzers an seinen ZDLeister, dass ein bestimmter ZVorgang od auch mehrere ZVorgänge (zB ein DauerAuftr) ausgeführt werden sollen. Soweit er sich nicht, wie idR beim EinzelZVertr, unmittelbar aus dem Vertr ergibt (zB iR des Angebots des

Zahlers zum VertrSchluss), handelt es sich um eine Weisg, dh eine WillensErkl (§ 665 Rn 2) des ZDNutzers iR des ZDRahmenVertr an seinen ZDLeister (BT-Drs 16/11643 S 102). Er kann nach dem GWortlaut nur vom Zahler ausgehen (and insow ZDiensteRL Art 4 Nr 16; sa BGH NJW 12, 2571 Tz 27, für RL-Widrigk Gebauer/Schinkels [Einf 1] Rn 20). Der ZAuftr ist zwar mit der Autorisierg eines ZVorgangs (Rn 14) eng verbunden (sa § 675j II), weil er auch die Zustimmung zu dem ZVorgang beinhaltet, ist aber von dieser streng zu unterscheiden. Er enthält insbes zusätzl die Anordng, den ZVorgang auszuführen, wenn auch uU nur unter bestimmten Voraussetzgen (zB bei der Lastschr der Auslösg des ZVorgangs dch den ZEmpfänger). Die unterlassene od fehlerh Ausführg stellt dann, and als bei der bloßen Zustimmung, eine Verletzg vertragl Pfl dar u kann zur Haftg, zB gem § 675y, führen. Von der Auslösg des ZVorgangs (Rn 13) unterscheidet sich der ZAuftr, weil die Weisg zwar darauf gerichtet sein kann, den ZVorgang ohne weitere Handlgen des Zahlers od eines Dritten auszuführen, aber nicht darauf gerichtet sein muss. Sie kann die Ausführg vielmehr von weiteren Voraussetzgen abhäng machen, insbes einer getrennten, den ZVorgangs auslösenden Erkl des Zahlers selbst od eines Dritten, insbes des ZEmpfängers. Damit ist der ZAuftr oft mit der Einleitg des ZVorgangs (Rn 13) verbunden, aber keineswegs immer (and zB bei der SEPA-Lastschr, Rn 33), u umgekehrt die Einleitg des ZVorgangs oft mit einem ZAuftr, aber auch dies nicht immer. *Form* (zB Verwendg eines Formulars) u *Art der Übermittlung* (zB über Internet beim Onlinebanking) des ZAuftr an den ZDLeister können vertragl geregelt werden (Bsp für Überw: AGB-Überw 1.3 I). Der ZDLeister hat den Zahler hierüber zu informieren (EG 248 § 4 Nr 2 Buchst c; Grd: der ZAuftr enthält stets die Zustimmung). *Vertretung*: § 675 Rn 9 aE, dort auch zum Nachw der Berechtig. *Inhaltlich* setzt der ZAuftr die Benennung von Zahler u ggf ZEmpfänger (auch in allg Form, zB bei der Geldkarte) sowie die Anweisg voraus, einen näher bezeichneten ZVorgang auszuführen. Die Beifüg der erfdl ZInfo (zB bei der Überw Angaben zum Betrag u den KtoBezeichngen [Kundenkennngen] von Zahler u ZEmpfänger), ist die Regel, aber nicht zwingd für jede Art des ZAuftr erfdl, wie zB § 675x I zeigt, der gerade die fehlde betragsmaß Festlegg voraussetzt. Der ZDLeister hat dem ZDNutzer die für die ordngsgem Ausführg der einz ZArten erfdl Info mitzuteilen (EG 248 § 4 Nr 2 lit b, sa dort § 13). Der ZAuftr endet dch Widerruf (§ 675p), berecht Ablehng (§ 675o III), ordngsgem Ausführg od Erstattg des ZBetrags gem § 675y.

5) Entgelt, Abs 4. Lit Kropf/Habl BKR 14, 145, 15, 316; v Westphalen, FS für Kaissis 2012, S 1057. *Informationspflichten* des ZDLeisters: Vorvertragl gem § 675 d I, EG 248 § 4 I Nr 3 lit a (sa dort § 13) u bei VerbraucherVertr ZKG 3–9. Nach VertrSchluss auf Verlangen des ZDNutzers vor Ausführg eines ZVorgangs Info über dabei anfallde Entgelte (EG 248 § 6), nach Ausführg auch ohne Verlangen über angefallene Entgelte (EG 248 § 7 Nr 3, § 8 Nr 3); bei VerbraucherVertr Pfl zu Entgeltaufstellen, ZKG 10–13. *Begriff*: die Vergütg für eine DLeistg, die der ZDNutzer an den ZDLeister zu entrichten hat (sa ZKontenRL 2 Nr 15). Davon zu unterscheiden sind Aufwendngen (§ 670 Rn 3), insbes Kosten des ZDLeisters iR der Ausführg eines Auftr, die im Grds nach § 670 zu ersetzen sind. *Vertragliche Regelung* zB in AGB-Banken 12 (s aber BGH WM 12, 1344). Zur Überprüfg solcher Klauseln nach §§ 305ff s § 307 Rn 49, 69, auch zu einz Klauseln; diese generell ablehnd Fornasier WM 13, 205. Verrechng von Entgelten iRv ZVorgängen s § 675q. *Änderng von Entgeltvereinbngen* § 675g Rn 1, § 675h Rn 3. – **a) Für die Dienstleistung selbst.** Vorgaben der ZDiensteRL: Art 52 II u III, 67. IÜ ist der nationale GesetzG frei. Das gilt insbes für die Regelg der Frage, ob Entgelte verlangt werden dürfen. **Satz 1** regelt nur die Verpfl zur Zahlg eines vereinb Entgelts (ebso für BasisKten ZKG 41 I). Das kann eine Pauschale sein, aber auch eine Vergütg für einz Auftr (LG Ffm WM 13, 225: Bereitstellg von mTAN) od Erfüllungshandlungen (Bamgb WM 13, 1705: Buchgposten). Daraus folgt nicht, dass Schranken für Entgelte, die sich aus and Vorschr des nationalen Rechts ergeben, unwirks wären (s aber Rn 18). Ob zB die alte Rspr des BGH zur entgeltfrei der Bareinzahlg u –abhebg vom GiroKto am Schalter fortgilt, obwohl ein ZDienst vorliegt, ist str (dagg zB Bamgb WM 13, 1705, Fornasier WM 13, 205/09; differenziert § 307 Rn 69); dafür könnte sprechen, dass es sich letztl um eine Folge der Einordng der KtoGuth als unregelm Verwahr, also eine ZusatzVereinbg handelt. Soweit eine DLeistg vorliegt, kann auch für letztl erfolglose Dienste (zB den vergebll Einzug einer Lastschr), ein Entgelt vereinbart werden, nur für NebenPfl (zB die Info des ZDNutzers) gilt S 2. Umgekehrt ist auch die Vereinbg der Unentgeltlichk zuläss (BT-Drs 16/11643 S 102). *Höhe*: Grdsätzl die vereinbarte Vergütg. IÜ gelten §§ 612, 632 (BGH NJW 13, 995 Tz 37); sie haben aber prakt Bedeutg nur, soweit keine Unterrichtg über die zu zahlnden Entgelte gem EG 248 § 4 I Nr 3 lit a (sa dort § 13) erfolgt ist, da idR bei entspr Unterrichtg u späterem VertrSchluss ohne Widerspr von einer stillschw Vereinbg auszugehen sein dürfte, soweit die Entgelte nicht ungewönl hoch sind. Gesetzl Grenzen zB für grenzüberschreitde Zahlngen im EU-Raum in € gem der SEPA-VO (Einf 10): Entgelte nur wie bei Inlandszahlngen. IÜ gelten die allg Bestimmngen (Einzelh Nobbe WM 08, 185).

b) Für die Erfüllung von Nebenpflichten gilt **Satz 2** (Grdlage: ZDiensteRL 52 I). Soweit es sich um *gesetzliche Pflichten gemäß §§ 675c–676c* handelt, darf ein Entgelt nur unter zwei *Voraussetzungen* verlangt werden: (1) Zulassg dch das Gesetz, zB §§ 675e IV, 675o I 4, 675p IV 3, 675y III 3 (s dort), u (2) entspr Vereinbg zw den Part, auch in AGB (Bamgb NJW-RR 12, 630); zum gesetzl Leitbild s BGH NJW 12, 2571 Tz 40 mwN zum Streitstand sowie § 307 Rn 69. *Höhe*: Grdsätzl das vereinbarte Entgelt, jedoch muss es angemessen u an den tats Kosten des ZDLeisters ausgerichtet sein (dazu Kropf/Habl BKR 13, 104; BGH NJW 14, 922 [zu § 675d III]; keine Mischkalkulation). Dies ist auch iRv § 307 überprüf. Nach der GBegründg soll daneben für den Ersatz von *Aufwendungen* kein Raum sein (BT-Drs 16/11643 S 103). Die allg GeschUnkosten des ZDLeisters, zB allg Personalkosten, rechnen daher nicht zu den tats Kosten (Bamgb NJW-RR 12, 630). Bei Auslagen für Leistngen, die der ZDLeister zur Erfüllung der NebenPfl gesondert von Dritten in Anspr nimmt (zB Entgelte für einen NachforschgsAuftr), besteht aber für einen Ausschluss des § 670 kein Grd (sa AGB-Banken 12 VII u BGH WM 12, 1344). Entgelte für *andere gesetzliche Nebenpflichten* sind zwar im Grds zulässig, Vereinbngen unterliegen aber der Inhaltskontrolle nach §§ 305ff (BGH NJW 13, 995 Tz 44 zu P-Kten, Rn 22). Spezialregelg für den KtenWechsel: ZKG 26 (Entgelt nur bei Vereinbg, nur angemessenes Entgelt). Für die Vergütg der *Informationspflichten* gem EG 248 §§ 1–16 gilt die Spezialregelg des § 675d III (dort Rn 5); auf and gesetzl InfoPfl ist § 675f IV 2 anwendb. *Vertragliche Nebenpflichten*: Ein Entgelt kann iR der allg Vorschr frei vereinbart werden.

c) Basiskonten (Rn 22a). Im Grds gelten die Regeln gem Rn 18–19, daneben ZKG 41 (Grdlage: ZKontenRL 18). Jedoch müssen hier zusätzl alle Entgelte u zu erstatnden Kosten (dh Aufwendngen gem § 670), die für grdlegde Funktionen (Rn 22c) verlangt werden (aA Rott VuR 16, 3/5: alle Leistngen), unter Berücksichtigg der marktübll Entgelte u des Nutzerverhaltens *angemessen* sein (ZKG 41 II), dh dürfen im Dchschnitt nur die Kosten der Inst decken u ihnen einen angem Gewinn sichern (BT-Drs 18/7204 S 86; für Abstellen auf das konkrete KredInst Herresthal BKR 16, 133/41, auf das Entgelt bei Normalkunden Rott aaO S 5). Keine VertrStrafen (ZKG 41 III). Verstoß führt nach der GBegründg (BT-Drs aaO) zur Unwirksamk nur der Entgelt- bzw VertrStrafenVereinbg (§ 134 iVm ZKG 4, ZKG 41 IV; and Herresthal aaO S 142, sa Rott aaO S 6).

- 20 **6) Entgelt bei Nutzung eines Zahlungsinstruments, Abs 5** (Grdlage: ZDiensteRL 52 III, dazu EuGH WM 15, 813; zur Entgeltstruktur im KartenGesch Oechsler WM 16, 537). Begriff des ZAI § 675j Rn 6 mit Bsp; für Anwendg von V auf ZKarten (Rn 41 ff) allg BaRo/Schmalenbach Rn 78, jedenfalls auf DistanzGesch (Rn 47) Casper/Pfeifle WM 09, 2343/45. Bei Nutzg eines solchen Instruments hat der ZEmpfänger uU an seinen ZDLeister besondere Entgelte zu entrichten (zB bei ZKarten der Händler an das KartenUntern, Rn 45), evtl entstehen ihm aber auch Vorteile (Vermeidg von Verwaltungsaufwand, schnelle, sichere Zahlg etc). Der Empfänger (Händler) kann diese Gebühren bzw Vorteile im ValutaVerh (Einf 4, Rn 43) dch einen Preiszuschlag (sog Surcharging) od eine Preisermäßigg an seinen Kunden (Zahler) weitergeben (zur Zulässigk s BGH WM 10, 1564 u in VerbraucherVertr § 312a IV, der nur im ValutaVerh gilt, Omlor NJW 14, 1703). Der ZDLeister (KartenUntern) kann wg der Akzeptanz des ZAI (der Karte) ein Interesse daran haben, dass der ZEmpfänger (Händler) von dieser Möglichk keinen Gebrauch macht. Er kann dies erreichen, indem er im *Inkasso- oder Zuwendungsverhältnis* (Einf 6, Rn 45) dem Empfänger (Händler) vertragl untersagt, dem Zahler (Kunden) solche Aufschläge bzw Ermäßiggen abzuverlangen bzw anzubieten, u ihn so trotz uU unterschiedl Kosten zur Gleichbehandlg von barer u unbarer Zahlg zwingt. V schränkt (nur) solche Vereinbgen ein. Er untersagt sie aber nur, soweit sie Ermäßiggen für die Nutzg des ZAI verbieten. Insow sind sie unwirks (§ 134). Dagg darf das Surcharging, also der Weitergabe der Nachteile des Händlers bei Kartennutzg bzw seiner Vorteile bei Barzahlg, weiterhin vertragl ausgeschl werden (zur nicht überzeugenden Begründg s BT-Drs 16/13669 S 103). Vereinbgen zw ZDleistern zur kostenlosen Bargeldabhebg dch Kunden an den Geldautomaten des jeweils and fallen nicht unter V.
- 21 **7) Einzelne Zahlungsdienste und Zahlverfahren.** S zunächst Rn 7.
- 22 **A) Kontoeinrichtung und -führung, Abs 2 S 1.** Die ordnungsgem Einrichtg („Eröffnung“) u Führg des Ktos einschl der Ein- u Auszahlgen ist ZDienst (§ 675 c Rn 4) u eine HauptPfl eines ZDRahmenVertr. Vertragl Regelg idR iR der allg AGB (Einf 14). Zur Erleichterg grenzüberschreitender KtoEröffngen iR Europas ZKG 27–29. – **a) Konto** iES ist ein Handelsbuch (HGB 238), iwS wird darunter aber das zur KtoFührg bestehde VertrVerhältn zw Kunde u ZDLeister verstanden (Baumbach/Hopt Anh 7 A/36 ff, auch zu verschiedenen KtoFormen). **Zahlungskonto** iSv §§ 675 c ff ist ein auf den Namen eines od mehrerer ZDNutzer lautdes Kto, das vereinbarggemäß der Ausführg von ZVorgängen dient (also zB nicht ein SparKto od ein Kto, bei dem nur auf ein ReferenzKto überwiesen wird, SchBL/Mayen § 47 Rn 1 b), die Fdgen u Verbindlichk zw dem ZDNutzer u dem ZDLeister innerh der GeschBeziehg buch- u rechnngsmäß darstellt u für den ZDNutzer dessen jew Fdg ggü dem ZDLeister bestimmt (ZAG 1 III, § 675 c III; sa dort Rn 10). Das **Girokonto** ist eine besond Form des ZKtos mit im GiroVertr (Rn 11; dort auch zu gesondert vereinbarten Leistgen) festgelegten, oft den KredInst vorbehaltenen (zB Überziehungskredit) Zusatzleistgen. Es weist entweder eine Fdg des ZDNutzers aus (Guthaben, s Rn 27; AktivKto; sa BGH NJW-RR 09, 979 Tz 11) od eine Fdg des ZDLeisters (idR aGrd Kredits, s Rn 27 aE; PassivKto). Die Vereinbg zur Führg als sog **P-Konto** gem ZPO 850 k ist zwar ZusatzVereinbg, aber keine selbstd gem II 2. Der ZDNutzer hat hierauf Anspr (ZPO 850 k VII 2), auch bei einem BasisKto. Es gelten kr Gesetzes besond NebenPfl (dazu ThP/Seiler § 850 k Rn 2 ff), iÜ die allg Regeln (LG Dortmund VuR 14, 271). Eine höhere Gebühr als für StandardKten verstößt gg § 307, ebso ein automat Wegfall von Dispokredit od ZKarte bei bloßer Umstellg (BGH NJW 13, 995 u 3163). Die Vereinbg kann, ggf mit entspr Frist (sa § 675 h I), selbstd gekündigt werden, dann gelten wieder ausschließl die allg Regeln (BGH NJW-RR 15, 885 Tz 18, auch zur Fortführg auf GuthBasis).
- 22a Das **Basiskonto** (BKto; Lit: Artz ZBB 16, 191, Herresthal BKR 16, 133, Rott VuR 16, 3, Gondert/Huneke VuR 16, 323) ist eine besond Form des ZKtos mit genau definierten sog. grdlegenden Funktionen (ZKG 30 II), das aGrd eines BKtoVertr u im Grds auf GuthBasis (ZKG 38 II: ohne KreditGesch; s aber ZKG § 39) geführt wird. Die Bezeichng des Ktos ist nicht maßg. Kten, die nicht alle diese Funktionen aufweisen (Bsp: SparKto, Termingeld), fallen nicht unter ZKG 30 ff (BT-Drs 18/7204 S 75). Hingg können zusätzl Leistgen wie Scheckeinzug od Überziehungsmöglichk (§§ 504, 505) vereinb werden (ZKG 39; sa Rn 8), ohne den Charakter als BKto zu ändern (sa ZKG 30 II Nr 1 „mindestens“); auch insow gilt das Diskrimiergsverbot (ZKG 40). – **Basiskontoverträge** (BKtoVertr) sind nur Vertr, die als solche abgeschl werden (ZKG 30 II Nr 2; BT-Drs 18/7204 S 80). Nur für sie gelten ZKG 30–45 (in Kraft seit 18. 6. 16, Einf 10; sa ZKontenRL 15–20) als halbzwingdes Recht (ZKG 4 I). Für vor Inkrafttr abgeschl Vertr gelten sie nur, wenn nachträgl eine ausdrückl BKtoVereinbg geschlossen wird. Der **Abschluss** kann nach den allg Regeln erfolgen, wenn der Vertr ausdrückl als solcher bezeichnet wird (ZKG 30 II Buchst b). IU kann jeder Verbraucher mit rechtmäß Aufenth innerh der EU (*Berechtigter*, näher ZKG 31 I 2, BT-Drs 18/7204 S 76 u Rott [Rn 22a] S 7) von jedem Institut (ZKG 2 V, Inst), das in Deutschland ZKten für Verbr anbietet (*Verpflichteter*, ZKG 31 I 1; Gondert ua [Rn 22a] S 324), den Abschluss eines BKtoVertr verlangen (ZKG 30 II Buchst a, 31; für Verfassungswidrigk Held BKR 16, 353). Dadch soll jedermann die hinreichde u effektive Teiln am ZVerkehr eröffnet werden. Der Anspr richtet sich ggf gg das hinter dem Inst stehde KredInst (vgl ZKG 30 III). Voraussetzung ist ein *Antrag* (ledigl Vorstufe zum VertrSchluss) des Berecht, der nach Inhalt u Form den Anforderngen gem ZKG 33 entspricht (Muster s Anlage 3 zum ZKG). Ist der Antr ordnungsgem, hat der Verpflichtete unverzügl, spät innerh von 10 GeschTagen (§ 675 n Rn 4) nach Zugang des Antr ein *Vertragsangebot* zu unterbreiten (ZKG 31 II 1; VertrAntrag gem § 145 Rn 1). Dieses darf nur an die zwei Voraussetzngen gem ZAG 32 geknüpft werden (*Kopplungsverbot*): Zugehörigk zu einer institutsspezif Berufsgruppe (I Nr 1), damit sind wohl auch vergleichb Kriterien wie Zugehörigk zu einer Kirche, einer Gewerksch, einem Unternehmen erfasst. Erwerb von GeschAnteilen des ZDLeisters (I Nr 2), zB wie früher bei Raiffeisenbanken. Kein Zwang zur Vereinbg zusätzl Dienste, zB ÜberziehgsVereinbg. Von dem Angebot darf der Verpflichtete nur unter einer der folgendn Voraussetzngen (ZKG 34 I; sa ZKG 3) absehen: (1) AntrSteller ist bereits Inhaber eines ZKtos bei einem in Dtschland ansäss Inst mit allen tats nutz b grdlegenden Funktionen (ZKG 35 mit Einzellh). Desh beseitigt auch der Abschluss eines gewöhnl ZDiensteVertr zw Berecht u Verpflichtetem mit mind den grundlegenden Funktionen den Anspr auch ein BKto (Herresthal [Rn 22a] S 137). Ob Pfändg des and Ktos die Nutzbarh hindert, ist str (Herresthal aaO). (2) Berechtigter ist wg bestimmter vorsätzl Straftaten gg das Inst, dessen MitArb od Kunden (nicht nur allg wie bei betrüger Bankrott) verurteilt; Verpflichteter hat vorher ein BKto des Berecht aus bestimmten Grden gekündigt; Unmöglichk der Erfüllg bestimmter Verpfl nach dem GeldwäscheG bzw KWG 25 j iR der Führg des Ktos; s ZKG 36 mit Einzellh. (3) Verpflichteter (nicht: and ZDLeister) hat ein BKto (nicht: allg GiroKto) des Berecht wg ZVerzugs (zulässigerweise) gekündigt (ZKG 37 mit Einzellh). Insges ist der Gleichlauf von Ablehngs- u KündGrden zu beachten. Eine Ablehng dürfte stets gerechtfertigt sein, wenn das Inst den angestrebten Vertr gem ZKG 42, 43 sofort wieder kündigen könnte; sa Herresthal [Rn 22a] S 138, auch zur Ablehng aus wicht Grd. Die Ablehng ist unverzügl zu erklären u zu begründen (Einzellh ZKG 34 II-IV). *Vertragsannahme* (§ 147 Rn 1) nach den allg Regeln. Dchsetzg des Anspr auf Abschluss gem ZKG 48 ff (AufsBehörde) bzw 51 (Gericht), sa UKlaG. – **Zu erbringende Dienste** (*grundlegende Funktionen*; Einzellh ZKG 38), u zwar bzgl Nr 2 u 3 jew in dem Umfang, wie das Inst diese Dienste auch and Verbr zur Vfg stellt (ZKG
- 22c

38 IV 1; Bsp: Online-Banking). Daher Ablehng der Erbringg einz Dienste nach den allg Regeln zuläss. (1) Eröffng u Führg des ZKtos in € (ZKG 38 I) dch das Inst für den Berecht zu ggü and Verbr nicht diskriminierden Bedinggen (ZKG 40; dazu Herresthal [Rn 22a] S 139); (2) Bareinzahlgen u -auszahlgen, letztere auch an ZAutomaten des Inst od eines dieses einschließden Automatenetzes u auch im europ Ausland innerh des EWR in dort Fremdwähr (BT-Drs 18/7204 S 81), sowie sonst für die Führg (Rn 24 ff) erfdl Vorgänge (ZKG 38 II Nr 1, III 1); (3) Ausführg von Lastschr (Rn 33), Überweisgen (Rn 29) u ZVorgängen mittels ZKarte od ähnl ZInstr (ZKG 38 II Nr 2, III 2, IV 1). Die Zahl der ZVorgänge ist unbeschränkt, die Erteilg von ZAuftr muss dem Berecht in allen vom Inst angebotenen Kommunikationsformen ermöglicht werden (ZKG 38 IV 2, 3). – **Sonstiges:** Keine Vertr auf Zeit (BT-Drs 18/7204 S 88). PfVerletzgen führen zu Erfüllgs- od SchadErsAnspr nach den allg Regeln (sa Herresthal [Rn 22a] S 140, Rott [Rn 22a] S 8). Entgelte Rn 19a. Änderg nach den allg Regeln (§ 675 g), soweit keine zwingden Verpfl des ZDLeisters berührt werden. Kündigung § 675 h Rn 3a. Unentgeltl Unterstützgsleistgen des Inst für Verbr bzgl der BKten ZKG 45 (dazu Herresthal [Rn 22a] S 142).

b) Kontoinhaber ist, wer nach dem erkennb Willen des die KtoEröffng beantragden ZDNutzers Gläub (od Schu) des ZDLeisters werden soll, auch wenn die Ersteinlage von einem Dritten stammt od das Kto wirtschaftl einem and zuzurechnen ist (BGH NJW 95, 2621). Das ist bei einem GiroKto idR, wer als KtoInhaber bezeichnet ist (BGH NJW 96, 840, Saarbr NJW-RR 08, 954; sa § 328 Rn 9a), sofern sich aus den Umst nicht and ergibt (Mü NJW-RR 00, 1682); beim (VollR) TreuhandKto der Treuhänder (Zweibr WM 00, 2491; sa KG NZG 06, 706/10), auch bei Offenlegg der Treuhand (Karlsr WuB I B 2.–1.00). Das Kto kann für eine Pers geführt werden (EinzelKto; auch für eine GbR, Rn 3; zur Scheingesellsch Osterloh-Konrad ZBB 11, 155) od, sofern zuläss (zB nicht P-Konten, ZPO 850I), für mehrere Pers (GemschKto). Beim **Gemeinschaftskonto** (näher K. Schmidt FS Hadding S 1093) kann jeder Inhaber aGrd wechselseit Vertretgsmacht (BGH WM 91, 313) allein verfügberecht sein (**Oder-Konto**; dazu Lenkatis/Messing ZBB 07, 364). Die Inhaber sind dann als Gläub GesamtGläub (§ 428 Rn 3; InnenVerh § 430 Rn 2, Gernhuber WM 97, 645; Reihenfolge der Ausführg mehrerer Auftr LG Ffm NJW-RR 04, 775; Wirkg der Pfändg gg einen Inhaber Dresd WM 01, 1148); als Schu GesamtSchu (§ 421, BGH NJW-RR 93, 233; InnenVerh § 426), wobei nur solche Buchgen eingestellt werden dürfen, die beide Inhaber gg sich gelten lassen müssen (BGH BKR 02, 835; sa Karlsr NJW 03, 222). Od die Inhaber sind nur gemeinsaft verfügberecht (**Und-Konto**). Dann sind sie (SchBL/Hadding ua § 35 Rn 17): als Gläub GesamthandGläub, sofern sie eine Gesamthand-Gemsch bilden u als solche das Kto eröffnen haben, sonst BruchteilsGemsch gem § 741 (dort Rn 3; sa § 432 Rn 3); als Schu sind sie GesamtSchu. Welche Gestaltg vorliegt, ist ggf dch Auslegg zu ermitteln (Bsp BGH WM 09, 887). Ein Beteiligter allein kann ein Oder-Kto mangels and Vereinbg nicht ggü der Bank dch Widerruf der EinzelVfögs-Befugng des and in ein Und-Kto umwandeln (BGH NJW 91, 420, str). EhegattenKto § 1372 Rn 8. Tod des KtoInhabers § 1922 Rn 30. **Vollmachten** § 167 Rn 9, zur Form der Erteilg § 309 Rn 112.

c) Geführt wird das ZKto unter einer Kundenkennng (KtoNummer, s § 675 r Rn 2), u zwar als **Kontokorrent** (ZAG 1 III: laufde Rechnng, sa HGB 355, die jew AGB u SchBL/Mayen § 47 Rn 37 ff), dh die beiderseit ktokorrentföh (dh unbedingten u fill) Anspr u Leistgen werden in eine laufde Rechnng eingestellt mit dem Ziel der Verrechng u Feststellg eines Saldos zu einem bestimmten Ztpkt (oft das Quartalsende). Unpfändb Fdgen sind grdsätzl nicht verrechngs- u damit nicht ktokorrentföh (§ 394); zu P-Kten s § 850 k VI (Sozialleistgen, Kindergeld). Die vom KtoKorrent erfassten EinzelAnspr verlieren ihre rechtl Selbständigk, dh sie werden Rechnngs-posten u können nicht mehr selbst geldgemacht od erfüllt, abgetreten, verpfändet (BGH 84, 371) od gepfändet (BGH 80, 172) werden (KtoKorrentbindg); Klage auf Feststellg eines EinzelAnspr ist aber mögl. Zur Verjährng s LG Saarbr WM 11, 2043. Zur ZwVollstrg in das Kto Schultheiß JuS 14, 516. Insolvenz des Kunden beendet das KtoKorrentVerh (Steinhoff ZIP 00, 1141, insbes zur Verrechng von Gutschr vor Eröffng). – **Buchungen.** Ihre Dokumentation ist HauptPfl des ZDLeisters, dieser trägt das Risiko der Ordngsmäßigk u des materiellen Bestehens gebuchter Positionen (BGH NJW 01, 453). Als **Gutschnft** (Rn 28) werden Leistgen u Fdgen des Kunden gebucht. Als **Belastung** werden Fdgen des ZDLeisters (insbes AufwendgsErsAnspr, Rn 10) gebucht. Mit jeder Buchg, die einen ZVorgang betrifft, hat der ZDLeister Info zu ZVorgang, ZEmpfänger, ZBetrag, angefallenen Entgelten u Zinsen, ggf Wechselkurs u Wertstellsdatum zu geben (EG 248 § 7), idR geschieht dies in Form eines monatl KtoAuszugs (dort Rn 1). Belastungsbuchgen (and das spätere Saldoanerkenntn) haben nur deklarator Bedeutg (BGHZ 105, 263). Erfolgen sie zu Unrecht, lassen sie zunächst das KtoGuthaben u daraus folgd ZAnspr unberührt, können aber einen Schaden darstellen (BGH NJW 01, 3183 u 3190; Vorb 20 v § 249); and nach erfolgreichem Rechnngsabschluss (s Rn 26). Der Kunde hat bei nicht autorisierden ZVorgängen gem § 675 u S 2, sonst gem § 667 Anspr auf rückwirkde Beseitigg, ggf auch auf Auszahlg des Betrags (sa BGH NJW 93, 735/37, 02, 3093 für Oder-Kto; Ffm WM 08, 534). – Der period **Rechnungsabschluss** beruht auf der idR kr Vereibng automat eintretenden Verrechng der eingestellten Fdgen (BGH 107, 192; Bsp AGB-Banken 7). Er enthält ein Saldoanerkenntn des ZDLeisters u ist auf ein solches des ZDNutzers gerichtet (Wirkg § 781 Rn 9), setzt insow allerd Zugang des Abschlusses beim Nutzer voraus (Köln BKR 07, 170: Abrufmöglichk genügt nicht). Der ZDNutzer hat ihn idR gem vertragl Vereinbg (Bsp AGB-Banken 11 IV) zu prüfen (sa § 676 b). Widerspricht er nicht binnen bestimmter Frist (AGB-Banken 7 II: 6 Wochen), gilt dies idR kr Vereibng als Genehmigg des Abschlusses, dh Anerkenntn des Kunden mit der Wirkg der Beweislastumkehr (s aber § 675 w, § 676 b Rn 4); in AGB kann Schriftlichk des Widerspr (§ 127) gefordert werden (BGH NJW 14, 1441 [Klassen BKR 14, 262]). Genehmigg von Lastschr § 675 j Rn 9 ff u BGH NJW 12, 306. Für einfache Tages- u Monatsauszüge (zu deren Gestaltg BGH NJW 07, 3002) gelten diese Grds nicht (§ 781 Rn 9; sa § 675 j Rn 5).

d) Bei Guthaben liegt nach hM eine vom GiroVertr zu trennde unregelmäßig Verwahrng (§ 700, dort Rn 1) vor (Begründg bei SchBL/Mayen § 47 Rn 1b, str; sa BaRo/Schmalenbach Rn 18 u zum früheren Recht BFH 131, 60). Über das Guthaben kann der Kunde mangels abweichder Vereinbg (zB SichgsAbrede) auch zw zwei Saldenabschlüssen verfügen, zB es sich bar am Schalter (§§ 700, 695, 697) od am Geldautomaten des KredInst (Rn 51) auszahlen lassen; zur Erfüllgswirkg bei fehlder GeschFähigk BGH NJW 15, 2497, § 362 Rn 4. Dieser AuszahlgsAnspr betrifft das jew KtoGuthaben (Tagessaldo), er ist übertragb u pfändb, esbo der Anspr auf künftl Salden (BGH 84, 325, 135, 140); eingehd zur Pfändg Fritzsche DStR 02, 265, bei TreuhandKten Lange NJW 07, 2513, Pfändgsschutz ZPO 850 k, SGB I 55. Zur Pfändg des Anspr aus einem Oder-Kto genügt ein Titel gg nur einen der Inhaber (BGH 93, 315/21). – Weist das Kto einen **Passivsaldo** aus, hat der ZDLeister zunächst einen Anspr aus den den Belastungsbuchgen zGrde liegden RGesch, zB Vergütgs- od AufwendgsErsAnspr (Rn 10). Sofern das Kto nicht ausschließl auf GuthBasis geführt wird, ist aber idR als Zusatzleistg (Rn 8, 11) ein KtoKorrentkredit vereinbart, zB als Dispositions- od Überziehgskredit (Vorb 24 ff v § 488, §§ 504 u 505; sa Mülb- bert/Grimm WM 15, 2217). Das Kto wird dann bis zur Höhe des Kreditrahmens wie ein AktivKto geführt, die Rückzahlg folgt den Regeln der Kreditgewährng. Die nicht geduldete KtoÜberziehg stellt hingg eine VertrVerletzg des ZDNutzers dar (sa AG Köln NJW-RR 15, 1272).

- 28 **e) Gutschrift.** Der ZDLeister des ZEmpfängers ist verpflichtet, diesem einen für ihn eingegangenen ZBetrag unverzögl verfügb zu machen (näher § 675 t Rn 3 ff). Der ZDLeister ist insow „Zahlstelle“ des Empfängers (dazu Peters/Lwowski WM 99, 258). Hiervon zu unterscheiden sind der Akt, mit dem der Eingang der Zahlg im Kto dokumentiert wird u die daraus resultierenden R Folgen (die Gutschr) sowie der für die Zinsberechnung maßg Ztpkt, die Wertstellg (§ 675 t 1 2, dort Rn 8). Mit jeder Gutschr, die einen ZVorgang betrifft, hat der ZDLeister die in EG 248 § 8 genannten Info zu ZVorgang, Zahler, ZBetrag, angefallenen Entgelten u Zinsen, ggf Wechselkurs u Wertstellungsdatum zu geben. Die Gutschr beinhaltet ein auf dem ZDVertr beruhendes (zum nachvertragl fortgeführten Kto s BGH NJW 07, 914 mwN) abstraktes SchuldVerspr (BGH NJW 91, 2140; SchBL/Mayen § 47 Rn 52), das eine vom Grd des Anerkenntn u vom DeckgsVerh unabhäng Fdg des ZDNutzers gg den ZDLeister begründet. Diese Fdg wird idR in den KtoKorrent eingestellt u ist dann ktokorrentgebunden (BGH NJW 05, 1771). Der Anspr aus dem Anerkenntn („der Gutschr“) entsteht, sobald der ZDLeister dch einen Organisationsakt die Daten der Gutschr auf dem Kto (nicht nur den erhöhten KtoStand) mit nach außen erkennb RBindgsWillen dem Kunden, zB bei Ausdruck od Abruf eines KtoAuszugs, ohne Vorbeh zugängl macht (autorisierte Abrufpräsenz; BGH NJW 88, 1320 u 05, 1771 für beleglosen Datenträgeraustausch, sa BSozG WM 07, 2232; für stillschw Annahme Meder JZ 03, 443/44); bei rein elektron dchgeführten ZVorgängen liegt der Organisationsakt idR erst in der Datenfreigabe nach Ablauf der zur Prüfng gem dem betr InterbankenVerh (Rn 31, 35, 46, 59) erfdl Nachdispositionsfrist (BGH NJW 00, 804; LG RstK ZMR 13, 397). SchuldVerspr, aller (wohl auflösd, Nobbe ua WM 06, 1885/88; str) bedingt dch die Einlösg ist auch die Gutschr unter Vorbeh auf dem Kto des Kunden bei Erteilg eines Auftr zum Scheck- od LastschrInkasso (Rn 32, § 675 Rn 12; sa BGH WM 03, 524). Eine fehlerh, dh einen RückfordergsAnspr begründete Gutschr kann der ZDLeister idR aGrd seiner AGB (zur Wirksamk LG Bonn BKR 07, 519) bis zum nächsten Rechngsabschluss (Rn 26) **stornieren**, dh dch Belastgsbuchg (Rn 25) mit Wirkg ex nunc rückgäng machen (BGH NJW 01, 453; sa Hbg ZIP 06, 1981, Karlsru WM 08, 632; Storno nach „phishing“); danach hat er nur Anspr od Einreden aus §§ 812, 821 (BGH 72, 9, NJW-RR 01, 127; sa Celle BKR 05, 506). Das gilt zB für verbotswidr Gutschr (Spoerr ua WM 16, 1323; Sanktionen nach AWG) bzw bei RückfordergsAnspr der RentenVersTräger gem SGB VI 118 III (BSG WM 16, 1220). Der Kunde kann die Gutschr nur zurückweisen u RückÜberw auf das Kto des Schu verlangen, wenn sie auf einer rechtsgrdlosen FehlÜberw beruht, so dass er im ValutaVerh einem Anspr des Überweisenden aus § 812 ausgesetzt wäre (BGH 128, 135, aA Häuser ZIP 95, 89). Er darf eine ihm ow erkennb fehlerh Gutschr nicht verwenden (§ 675 Rn 9). *Einzahlungen auf das eigene Konto* s § 675 t Rn 9.
- 29 **B) Überweisung.** RsprÜbersicht Nobbe WM 12 SondBeilage 1. Ausführl EFN/Dippel Teil 3 S 1265 ff, LBS/Langenbacher [§ 675 Rn 9] Kap 3. Ungerechtf Bereichergr iR des ÜberwVerkehrs § 812 Rn 107 f. – **a) Begriff.** Das ZAG verwendet den Begriff zwar, definiert ihn aber nicht. Im BGB u EGBGB kommt er nicht vor. Nach SEPA-VO 2 Nr 1 (sa AGB-Überw [Rn 31] 1.1) handelt sich um einen vom Zahler (Überweisenden, Schu) ausgelösten ZDienst zum Zweck der Erteilg einer Gutschr auf das ZKto des ZEmpfängers (Begünstigten, Gläub) zulasten des ZKtos des Zahlers in Ausführg eines od mehrerer ZVorgänge dch den ZDLeister des Zahlers (sa ZKontenRL 2 Nr 20). Damit verbunden ist die Übermittlg der ÜberwDaten an den ZDLeister des ZEmpfängers (arg EG 248 § 8; sa AGB-Überw 1.8). Nach dieser Definition wird die Zahlg von einem Kto des Überweisenden geleistet (bargeldloser ZVerkehr, Einf 2), die Übergabe von Geld zur Gutschr auf das ZKto des ZEmpfängers (sa Einf 1) fällt nicht darunter. Zahler u ZEmpfänger müssen nicht verschiedene Pers sein. Grdlage ist ein ZAuftr, den der Zahler idR eines ZDRahmenVertr dch Weisg erteilt (Rn 17). ÜberwBetrag ist der ZBetrag, der nach dem Inhalt des ZAuftr letztlich auf dem EmpfängerKto gutgeschrieben werden soll. Für die Ausführg der Überw gelten die Regeln der SEPA-VO. *Abgrenzung:* Bei der Lastschr (Rn 32) wird der ZVorgang nicht vom Zahler, sond vom ZEmpfänger ausgelöst (s Rn 13). Beim Finanztransfer (Rn 60) wird ZBetrag nicht einem Kto des ZEmpfängers gutgeschrieben, sond diesem bar außbezahlt.
- 30 **b) Arten** (sa Rn 16). Eine innerbetriebl od **institutsinterne Überweisung** liegt vor, wenn ZDLeister des Zahlers u ZDLeister des Empfängers identisch sind, die betroffenen ZKten also beim selben ZDLeister geführt werden. Dann findet nur eine innerbetriebl Verrechng statt. Sind die ZDLeister verschieden, handelt es sich um eine außerbetriebl od **institutsfremde Überweisung**. Die dann erfdl Verrechnngsbeziehung zw den ZDleistern (Einf 7) kann darin bestehen, dass eines der Institute bei dem and ein Kto unterhält; dann ist auch der zur Verrechng erfdl ZVorgang ZDienst, §§ 675 c ff sind anwendb. Sie kann aber auch über ein ZSystem dchgeführt werden, insow liegt kein ZDienst vor (§ 675 c Rn 11). ZT werden auch, insbes im AuslandsZVerkehr u uU zusätzl zur Nutzg eines ZSystems, KorrespondenzInst eingeschaltet (mehrglied od KettenÜberw). ZDLeister, die über die ZDLeister des Zahlers u Empfängers hinaus in ZVorgänge eingeschaltet werden, sind **zwischen geschaltete Stellen**. – Beim **Dauerauftrag** erteilt der Zahler dch eine Weisg seinem ZDLeister im Voraus den ZAuftr, jew zu einem bestimmten wiederkehrenden Termin einen gleich bleibenden ZBetrag an das gleiche ZKto eines ZEmpfängers zu überweisen (AGB-Überw 1.1, Zahrt BKR 12, 12, sa ZKontenRL 2 Nr 21; Bsp: Mietzahlg). ZT wird er auch als Bündel von TerminAuftr (§ 675 n Rn 6) angesehen (MüKo/Casper § 675 p Rn 11 mwN, bedeuts für den Widerruf; näher § 675 p Rn 2). Die Ausführg steht unter dem Vorbeh, dass bei jeder einz Überw die Ausführngsvoraussetzgen, insbes KtoDeckg (§ 675 o Rn 2), gegeben sind.
- 31 **c) Vertragsbeziehungen.** An der Überw sind idR mind drei Pers beteiligt, zw denen gesonderte vertragl Beziehgen bestehen, die streng zu trennen sind (allg dazu Einf 1 ff, auch zu AusglAnspr außerh dieser RVerhältn). Zu unterscheiden sind: *Valutaverhältnis*, dh die RBeziehng zw Überweisendem (Schu) u ÜberwEmpfänger (Gläub). Es ist in §§ 675 c ff nicht angesprochen, aber dch die Überw insbes bzgl der Fragen der Art u Weise u des Ztpkts der Erfüllg der Schuld berührt (dazu § 362 Rn 9 f). Ferner bestehen InfoPfl gem SEPA-VO 5 IV. *Deckungsverhältnis*, dh die RBeziehng zw dem Überweisenden u seinem ZDLeister. Es ist idR ein GiroVertr, der, soweit Überw u damit ZDienste betroffen sind, einen ZDVertr darstellt u §§ 675 c ff unterliegt (Rn 7, 11). Ergänz sind die für den Ztpkt der Überw maßg AGB des ZDLeisters heranzuziehen (Einl 14), zB die Bedinggen für den ÜberwVerkehr (AGB-Überw). *Inkasso Verhältnis*, dh die RBeziehng zw dem ÜberwEmpfänger u seinem ZDLeister (Einf 6; sa § 675 t). Hier gelten die für die KtoFührg maßg AGB, dh idR die Allg AGB des ZDLeisters (§ 675 Rn 9). *Interbankenverhältnisse*, dh die RBeziehgen zw den beteiligten ZDleistern (dazu Einf 7, 13). Neben der SEPA-VO (Einf 10) sind grdlegd im europ ZVerkehrsraum (SEPA) das Credit Transfer Scheme Rule Book (CTR), zu beidem s Einf 13), für den innerdeutschen ZVerkehr ergänzt dch das Abk über die SEPA-InlandsÜberw (Stand Februar 2014) u die Vereinbng über den beleglosen Datenaustausch.
- 32 **C) Lastschrift.** Lit: SchBL/Ellenberger §§ 56–59; EFN/Hartmann Teil 3 S 1299 ff, LBS/Werner [§ 675 Rn 9] Kap 4. Die folgende Darstellg konzentriert sich auf die aktuell geltenden, auch für grenzüberschreitende Zahlgen taugl **SEPA-Lastschriftverfahren**. Die früheren innerdeutschen LastschrVerf sind ausgelaufen. Zu ihnen u zur

Migration alter LastschrMandate auf die SEPA-Verf Rn 39. Ungerechtf Bereicherung iR des LastschrVerkehrs § 812 Rn 108, unerlaubte Handlg u Sittenwidrigk der Nutzg § 826 Rn 31.

a) Begriff. Nach der gesetzl Definition (ZAG 1 IV, § 675 c III, ähnl SEPA-VO 2 Nr 2, ZKontenRL 2 Nr 19; 33 ausführl EFN/Findeisen § 1 ZAG Rn 250 ff; zur rechtsdogmat Einordng Schnauder WM 14, 1701) ist sie ein vom ZEmpfänger ausgelöster ZVorgang zur Belastg des ZKtos des Zahlers, dem dieser ggü dem ZEmpfänger, dessen ZDLeister od seinem eig ZDLeister zustimmt. Der ZBetrag wird vom ZEmpfänger angegeben. Für die Ausführg von Lastschr gelten die Regeln der SEPA-VO (vgl insbes dort § 5 III), ergänzt dch die entspr AGB (Rn 36, 37) u die Abk im InterbankenVerh (Rn 38). Der Ablauf ähnelt dem einer Überw (Rn 29), jedoch wird im Ggsatz zu dieser der ZVorgang dch Weisg des ZEmpfängers (Gläub) eingeleitet (Rn 13), sog rückläuf Überw (BGH 69, 82). Der Schu (Zahler) erteilt dem Gläub (ZEmpfänger) ein Mandat für die Lastschr (Rn 35), das zugl eine Einzugsermächtigg (Rn 35) u einen ZAuftr (Rn 36) enthält. Der Gläub reicht die Lastschr unter Bezugnahme auf das Mandat bei seinem ZDLeister (1. Inkassostelle, GläubBank) ein. Dieser erteilt eine Gutschr, die trotz ihres vorläuf Charakters bereits ein bedingtes abstraktes SchuldVerspr ist (BGH 70, 181; Rn 28), u gibt die Lastschr zum Einzug iR des InterbankenVerh (Rn 38) an den ZDLeister (Zahlstelle, SchuBank) des Zahlers (Schu) weiter. Dieser belastet das Kto des Zahlers u löst dadch die Lastschr ein. Gläub u Schu können dieselbe Pers sein (sog Eigen- od UmbuchgsLastschr).

b) Arten. Die für SEPA-Lastschr maßg Direct Debit Scheme Rulebooks unterscheiden zwei Varianten: die 34 sog *Basislastschrift* für alle ZVorgänge u die sog *Firmenlastschrift* nur für ZVorgänge B2B. Zu den Unterschieden EFN/Hartmann S 1307. Zu den ausgelaufenen innerdtsch Verf Rn 39. **Vertragsbeziehungen** wie bei der Überw (Rn 31):

aa) Im Valutaverhältnis zw Gläub u Schu hat bei Vereinbg des LastschrVerf (sog LastschrAbrede; Wirksamk in 35 AGB § 307 Rn 111, zur Auslegg BGH NJW 08, 2495) der Gläub selbst für den Einzug der Fdg zu sorgen, der Schu hat das seinerseits Erfdl getan, wenn er das Mandat erteilt hat u auf seinem Kto Deckg (§ 675 o Rn 2) für die Lastschr vorhanden ist. Das Mandat (SEPA-VO 2 Nr 21; Fortgeltg alter Mandate s Rn 39) enthält die Gestattg für den Gläub, den ZBetrag dch Einreichg einer Lastschr vom ZKto des Schu einzuziehen, u insow eine Ermächtigg (§ 185), Vollm (§ 167) od Botenmacht des Schu für den Gläub, ggf auch zur Präzisierg der Einzell. Das Gesetz (einschl SEPA-VO) setzt hierfür eine bestimmte Form nicht voraus, and die Rulebooks (schriftl, § 127, od elektron Signatur) u AGB (schriftl od vereinbarte Form). Nach hM genügt uU auch eine vereinbargsgem per Telekommunikation, insbes über Internet erteilte Erkl (sog Internet-Lastschr); näher Zahrt MMR 14, 211; auch in AGB, Hoeren WM 14, 1061 mwN, Weiser/Färber CR 14, 379; sa Walter DB 13, 385/90, EFN/Hartmann S 1325. Der Schu hat den Gläub über die IBAN seines Ktos zu informieren (SEPA-VO 5 V). Mit Erteilg des Mandats ist die Schuld nicht mehr Schick-, sond *Holschuld*, für die Rechtzeitigg der Leistg ist grdsätzl der Gläub verantwortl (BGH NJW 78, 215/17, zu Ausn NJW-RR 09, 809). Er hat dem Schu vor jeder Lastschr, soweit nicht and vereinbart, den Betrag u den Belaststg mind 14 Tage vor Fälligk mitzuteilen. Will der Gläub nicht (mehr) per Lastschr einziehen, muss er dies dem Schu rechtzeitig u unzweideut mitteilen, im Grds handelt es sich um eine (Teil-)Künd (Hadding ZBB 12, 149/164; sa BGH NJW 78, 215/17, 84, 871). *Widerruft* der Schu den ZAuftr ggü seinem ZDLeister ohne die vertragl erfdl Zustimmung des Gläub, so kann er dem Gläub ggü aus § 280 zum SchadErs verpflichtet sein (Düss WM 84, 724). Ebso, wenn er ohne anerkennenswerten Grd (zB Nichtbestehen des Anspr) gem § 675 x Erstattg verlangt (vgl Hamm WM 85, 1139, Mü ZIP 07, 807, jew zum Widerspr im EEVerf), keine SchadPauschalierg dch AGB (BGH NJW 09, 3570); zum Widerspr im Insolvenz-Verf des Schu s § 675 j Rn 12. *Erfüllt* hat der Schu seine Verpfl im Grds mit Einlösg der Lastschr (Rn 36). Das gilt jedenfalls für die FirmenLastschr, nach hM aber, trotz des ErstattgsAnspr gem § 675 x, auch für die Basis-Lastschr (BGH NJW 10, 3510, str, s § 362 Rn 11, Hadding WM 14, 97).

bb) Im Deckungsverhältnis erbringt der ZDLeister des Zahlers (Schuldners) diesem einen ZDienst. Es gelten besond 36 AGB des ZDLeisters, u zwar je nach Art der Lastschr (Rn 34) die Bedinggen für Zahlgen mittels Lastschr im SEPA-BasisLastschrVerf (AGB-BasisLastschr) od im SEPA-FirmenLastschrVerf (AGB-FirmenLastschr). Mit dem Mandat (Rn 35) erteilt der Zahler seinem ZDLeister einen ZAuftr (sa Rn 13: Pull-Zahlg), der diesem über den ZEmpfänger u dessen ZDLeister als Boten übermittelt wird u auch die Autorisierg der Abbuchg enthält (s § 675 j Rn 9, auch zum Widerruf). Der AufwendsErsAnspr des ZDLeisters (Rn 10) entsteht mit LastschrEinlösg, dh mit der KtoBelastg. Haftg des ZDLeisters bei fehlender Autorisierg §§ 675 u, v; ErstattgsAnspr des Zahlers trotz Autorisierg § 675 x, eingeschränkt gem I u allg (nur bei BasisLastschr) gem II. MitteilgsPfl des ZDLeisters EG 248 § 7.

cc) Auch im InkassoVerhältnis erbringt der ZDLeister des Empfängers (Gläub) diesem einen ZDienst. Erfdl ist 37 eine besond InkassoVereinbg (sa Einf 14 u § 675 Rn 12). Für sie gelten die Bedinggen für den LastschrEinzug (AGB-LastschrEinzug). VergütgsAnspr des ZDLeisters bestehen nur bei entspr Vereinbg (Rn 18 ff) u Info (§ 675 d Rn 5, sa § 307 Rn 69), gleiches dürft für AufwendsErsAnspr gg den Empfänger zB für Entgelte od Erstattgsleistgen im VerrechngsVerh gelten (zum früheren Recht Dresd WM 07, 547). Für die techn Dchführg benötigt der Empfänger eine Identifikationsnummer, die er bei seinem ZDLeister beantragt. Bei Einleitg des ZVorgangs (zwingd auf elektron Weg, „Dematerialisierg“) hat er einen Belaststg („due date“) anzugeben. Der ZDLeister ist verpfl, den mit der Lastschr verbundenen ZAuftr (Rn 36) im InterbankenVerh rechtzeitig an den ZDLeister des Zahlers zu übermitteln (§ 675 s II, dort Rn 4; sa SEPA-VO 5 III, auch zu inhaltl Anforderngen); Haftg gem § 675 y II, IV. Keine allg BelehrgsPfl des ZDLeisters über die Risiken des Verf (Dresd WM 07, 547). InfoPfl des ZEmpfängers bei besond WidersprRisiko (s BGH/St) NJW 05, 3008, krit Knierim NJW 06, 1093).

dd) Das Verrechnungsverhältnis betrifft das Verhältn zw GläubBank (Inkassostelle) u SchuBank (1. Zahlstelle) u 38 ggf weiteren zwischengeschalteten Institutionen. Es handelt sich also um ein InterbankenVerh (Einf 7) u ist zT dch die SEPA-VO geregelt, iÜ dch Abk der ZDLeister iR von SEPA (Einf 13). Für beide LastschrVerf sind entspr Rulebooks vorhanden (jew neueste Version abrufb unter www.europeanpaymentscouncil.eu), für BasisLastschr SDD Core, für FirmenLastschr SDD B2B. Für Inlandszahlgen gilt ergänzd das Abk über die SEPA-InlandsLastschr. Die Weitergabe der den ZVorgang auslösenden Erkl erfolgt in einem speziellen Clearing- u Settlement-Mechanismus. Auf diesem Weg wird auch der ZAuftr des Zahlers (Rn 36) über den ZDLeister des Empfängers als Boten (§ 120) dem ZDLeister des Zahlers übermittelt (BGH NJW 10, 3510 Tz 17). Da ZSysteme genutzt werden, liegt im VerrechngsVerh kein ZDienst vor (§ 675 c Rn 11). Für die Ausführg des ZVorgangs ist § 675 s anwendb, jedoch ist für den Fristbeginn § 675 n II zu beachten. Zu Entgelten im InterbankenVerh SEPA-VO 8.

c) Innerdeutsche Lastschriftverfahren. Zu unterscheiden waren *Abbuchungsauftragsverfahren (AAVerf)* u *Ein-* 39/40 *zugsermächtigungsverfahren (EEVerf)*. Beide waren für grenzüberschreitende Zahlgen nicht geeignet u sind daher (vgl SEPA-VO 3 II) mit Ablauf der Übergangsfristen (Grundsatz SEPA-VO 6: 31. 1. 14; Duldg alter Kundenkennngen [§ 675 r Rn 2a: BBAN] bis 1. 8. 14; Einzugsermächtigg im elektron LastschrVerf bis 31. 1. 16) ausgelaufen. IR der sog *Migration* (dazu ausführl Werner BKR 12, 221/26, Hadding ZBB 12, 149/50) gelten Einzugsermächtigg, die

für das EEVerf vor Fristablauf erteilt worden sind, ab diesem Ztpkt für SEPA-Lastschr fort (SEPA-VO 7; dazu Bausch/Zahrte BKR 12, 229/30, Walter DB 13, 385/88, EFN/Dietze S 1498) u können als Mandate für das SEPA-BasisLastschrVerf nutzbar gemacht werden (Zahrte WM 13, 1207/08 f; vgl auch II.2.2 AGB-BasisLastschr u zur Konvertierg alter Kundenkenngen § 675 r Rn 2 a). Einzell zu diesen Verf: allg SchBL/Ellenberger §§ 56–59 u RsprÜbersicht Nobbe WM 12 SondBeilage 3; zum AAVerf 72. Aufl § 675 f Rn 38; zum EEVerf 75. Aufl § 675 f Rn 39 f, speziell zur sog Genehmigstheorie 75. Aufl § 675 j Rn 10 f u EFN/Ellenberger § 675 x Rn 49 ff.

- 41 **D) Kartenzahlung.** Aus der *Literatur*: LBS [§ 675 Rn 9] Kap 6 (Kreditkarte, Jungmann), 7 (Debitkarte, Herresthal), 8 (Geldkarte, Borges); SchBL/Martinek § 67. Zu SEPA iRv Kartenzahlgen („SEPA for Cards“) EFN/Godschalk Teil 3 S 1345. RsprÜbersicht Nobbe WM 12 SondBeilage 2. – **a) Wesen.** Bei der **Zahlungskarte (ZKarte)** handelt es sich um eine Urkunde, mit deren Hilfe der **Karteninhaber (KartenInh)** den Emittenten der Karte od **Kartenaussteller (KartenAusst)** verpflichten kann, an einen Dritten, idR ein **Vertragsunternehmen (VertrUntern)** des Kartenausst, eine bestimmte Geldleistg zu erbringen, u zwar grdsätzl ohne Rücksicht auf Einwendungen aus den der Transaktion zugrde liegenden KausalVerh, insbes dem ValutaVerh zw KartenInh u VertrUntern (sa StGB 152 a IV; str). Vergibt der KartenAusst die Karte in Lizenz (Rn 46), tritt ein selbst **Kartenunternehmen (KartenUntern)** hinzu. AGrd der wirtschaftl Potenz des Kartenausst od KartenUntern hat der Dritte die prakt Gewisssh, dass die Verpfl erfüllt wird. Die Verwendg der Karte dient damit als Bargeldersatz (BGH NJW 02, 285/86, Oechsler WM 10, 1381/85; aA für DistanzGesch, Rn 47, zB Bitter WM 10, 1173/80, zweifelnd wg § 675 f V auch Casper/Pfeifle WM 09, 2343/44). Das ist besond ausgeprägt, soweit Karten als elektron Geld eingesetzt werden (s dazu Rn 54 ff). ZKarten sind idR ZAI (§ 675 j Rn 6), es gelten die hierfür maßg Regeln. Die Karte bleibt idR Eig des Kartenausst/KartenUntern (Bsp AGB-girocard [Rn 44] II.4); zu ihrer RNatur s § 807 Rn 1.
- 42 **b) Vertragsbeziehungen.** An der ZKarten-Transaktion sind idealtyp drei Pers beteiligt (KartenInh, KartenAusst, VertrUntern), zw denen jew gesonderte vertragl Beziehgen bestehen (BGH WM 14, 2259 Rn 11); in der Praxis verteilt sich die Funktion des Kartenausst häuf auf mehrere Untern (ausführl Jungmann WM 05, 1351 zu den Kreditkarten), ferner ist in die ZABwickl meist noch der ZDLeister des VertrUntern eingeschaltet. Für weitere Pers neben dem KartenInh können Zusatzkarten ausgestellt sein, zB für den Ehegatten (Langenbacher NJW 04, 3522) od ArbeitN (sa Rn 44 aE). Für dessen Karteneinsätze haftet auch der ErstKartenInh (Kblz NJW 04, 3563). Zu unterscheiden sind:
- 43 Das **Valutaverhältnis**, dh die RBeziehg zw KartenInh (Schu) u dem VertrUntern (Gläub), die Anlass für den Einsatz der ZKarte ist (zB Kauf, Miete, Dienstleistg, Geldauszahlg). Die dort bestehde ZVerpfl des KartenInh bildet die Grdlage für die dch den ZKarten-Einsatz bewirkte VermVerschiebg (sa Einf 4). Der Einsatz berührt hierbei insbes die Fragen der Art u Weise u des Ztpkts der Erfüllg der Verpfl; idR handelt es sich nur um eine Leistg erfüllgshalber (§ 364 II; s § 362 Rn 12, § 364 Rn 7, 9; aA Brechtel WM 16, 1057). Der KartenInh hat gg das VertrUntern Anspr auf Mitwirkg bei der Stornierg unberech Belastgsbuchgen (BGH NJW 02, 3698).
- 44 Das **Deckungsverhältnis** zw KartenInh u KartenAusst. Es wird dch den sog **Emissionsvertrag** geregelt. Die mit Ausgabe u Nutzg der Karte verbundenen Transaktionen sind, sofern die Karte wie idR als ZAI (§ 675 j Rn 6) genutzt wird, ZDienste (§ 675 c Rn 4; BT-Drs 16/11613 S 34). Es liegt dann ein ZDRahmenVertr vor (Rn 7), für die Künd gilt § 675 h. Häuf handelt es sich um eine ZusatzVereinbg zum GiroVertr (Rn 11), die dch AGB des ZDLeisters ausgestaltet ist, zB die Bedinggen für die Girocard (AGB-girocard, s SchBL/Maihold Anh 5 zu §§ 52–55); dann kann das GiroKto als NutzerKto dienen (Debitkarten, Rn 50, so bei der Girocard, ec-Karte). Andfalls führt der KartenAusst (bzw das KartenUntern) für den KartenInh ein gesond NutzerKto, das period abgerechnet wird (zu Kreditkarten Rn 48). Der KartenAusst/das KartenUntern verpflichten sich allg, aber nicht für jeden Einzelfall zur Bereitstellg der vereinbarten Leistgen, insbes zur Aushändigg der ZKarte. Ferner zur Erfüllg der dch den Inhaber der Karte od Zusatzkarte unter deren ordngsgem Verwendg ggü VertrUntern eingegangenen Verpfl (§ 329, BGH NJW 02, 3698; zur Möglichk der Sperre § 675 k), hierfür erhält er einen AufwendsErsAnspr (§ 670), den er in das NutzerKto einstellt. Der KartenInh erhält das Recht, die vorgesehenen Leistgen (zB Einkauf bei VertrUntern unter Verwendg der ZKarte, Barabheben od Zahlgen an Automaten) in Anspr zu nehmen. Tut er dies ordngsgem (ggf unter Nutzg zusätzl IdentifiziergsMerkm wie PIN etc), so erteilt er dadch einen ZAuftr (näher Rn 48, 51 f; AGB-MasterCard I.3 spricht nur von Autorisierg), den er nur iRv § 675 p widerrufen kann (sa BGH NJW 02, 3698). Das VertrUntern leitet den ZAuftr als (wohl Empfangs)Bote dem ZDLeister des KartenInh, ggf dem KartenUntern zu u löst dadch den ZVorgang aus (sa Rn 13, 17 sowie AGB-girocard II.9, AGB-MasterCard I.5). Der KartenInh od uU auch ein Dritter, zB der ArbeitG (dazu Burkard/Lambrecht NZA 11, 96), verpflichtet sich ggü dem Kartenausst zur Zahlg der vereinbarten Entgelte (häuf Jahrespauschale u Sonderentgelte für bestimmte Transaktionen insbes im Ausland); Entgelt für den Ersatz von ZKarten nur, soweit dazu keine vertragl NebenPfl besteht (IV; dazu § 675 k Rn 6). Ferner Pfl zur Begleichg der AufwendsErsAnspr (§ 670). Weitere Pfl s zB §§ 675 l, m; Haftg bei KartenMissbr §§ 675 u, v. Zu AGB § 675 e Rn 1, § 307 Rn 109.
- 45 Das **Zuwendungsverhältnis** (VollzugsVerh) zw Kartenausst/-Untern u VertrUntern. Es hat ZDienste zum Ggst (§ 675 c Rn 4; BT-Drs 16/11613 S 34) u ist idR dch den sog **Aquisitionsvertrag** ausgestaltet, einen ZDRahmenVertr. Darin verpflichtet sich das VertrUntern, die ZKarte als ZMittel anzunehmen, u zwar idR zum Barzahlgspreis (sa § 675 f V u Rn 20). Diese Verpfl wirkt idR auch zG des KartenInh (§ 328 Rn 11). Der Kartenausst/das KartenUntern verpflichtet sich, unter der Voraussetz der Einhaltg der vertragl vereinbarten Bedinggen, zur Begleichg der dem VertrUntern anlässlich der ZKartenverwendg entstandenen Fdgen gg den KartenInh, wobei die RNatur der EinzelVerpfl umstr ist (Rn 49, 52; für einheitl Einordng als abstraktes SchuldVerspr Hofmann BKR 03, 321). Er erhält hierfür ein Entgelt, das idR prozentual aus der Höhe des ZBetrgs berechnet wird. Die VO (EU) 2015/751 über Interbankenentgelte für kartengebundene ZVorgänge v 29. 5. 15 ABl L 123 S 1 enthält hierfür Obergrenzen. Zu AGB § 675 e Rn 1, § 307 Rn 110.
- 46 Das **Interbankenverhältnis** kann dch einen ZVorgang mit ZKarte in mehrfacher Hinsicht betroffen sein. Nicht selbter stellt der ZDLeister die Karte zwar im eig Namen, aber nur in Lizenz des KartenUntern aus, das seinerseits anstelle des Kartenausst den AquisitionsVertr mit den VertrUntern abschließt, sog **Co-Branding**. Dann besteht zw diesen Beteiligten ein als GeschBesorggsVertr zu qualifizierdes Lizenz- u AbrechngsVerh (*Interchange*, ClearingVerh). Es bildet idR ein ZSystem, beinhaltet damit keine ZDienste (ZAG 1 X Nr 7, 9) u unterfällt nicht §§ 675 c ff (BT-Drs 16/11613 S 34). Außer ist in die Abwickl des ZVorgangs häuf auch der **Zahlungsdienstleister des Empfängers** eingeschaltet. Insow ist die Beziehg der ZDLeister oft dch gesond Vereinbgen geregelt, für die §§ 675 c ff nicht gelten (Einf 7). Für das ZKartenGesch mit garantierten Zahlgen sind iRv SEPA generelle Anfordergen definiert (SEPA Card Framework, SCF; dazu BuB/Dippel Rn 20/121 ff, Werner WM 14, 243/50).
- 47 **c) Kreditkartensysteme.** Der Einsatz sog Universalkreditkarten (zur Kundenkreditkarte § 675 c Rn 5) wie Eurocard, Visa, MasterCard, American Express etc ist idR so ausgestaltet, dass der KartenInh entweder bei dem

VertrUntern zur Erfüllung einer ZahlungsPfl im ValutaVerh (Rn 43; zur Rückabwicklg bei nachträgl Entfallen dieser Pfl wg Rücktr öä Freitag WM 00, 2185) einen Belastgsbeleg unterzeichnet (*Präsenzgeschäft*, BelegVerf), od er dem VertrUntern briefl, telefon od elektron bestimmte KartenInfo (idR Kartennummer, Verfallsdatum, Prüfzahl) übermittelt u dieses selbst anhand der Daten einen Leistgsbeleg erstellt (*Distanzgeschäft*, MailorderVerf; sa Oechsler WM 10, 1381). Das VertrUntern als ZEmpfänger reicht anschließend die Belege beim KartenAusst/KartenUntern ein u löst hierdch den ZVorgang aus. Für das DistanzGesch wird zT die Behandlg als Lastschr vorgeschlagen (ablehnd MüKo/Casper Rn 109 mwN). Sowohl im DeckgsVerh wie im ZuwendgsVerh können allg od für bestimmte Gesch weitere Voraussetzgen für den Karteneinsatz vereinbart sein, zB: Verwendg eines ZAI; vorangehde Rückfrage beim KartenAusst/KartenUntern; Einhaltung einer ZBetragsobergrenze, § 675 k I, sa Köln WM 95, 1914. Je nach Ausgestaltg ist ferner der Einsatz an elektron Kassen (nicht aber das elektron LastschrVerf) bzw zur Bargeldabhebg an Automaten od bei angeschl Kredlnst mögl. Weitere Zusatzanwendgen können vereinbart sein. Es gelten die Grds gem Rn 43 ff, 51 f mit folgendn Besonderh:

Im **Deckungsverhältnis** (Rn 44; Bsp für VertrBedinggen: Bedinggen für die MasterCard [AGB-MasterCard], abgedruckt bei SchBL/Koch Anh 1 zu §§ 67/68) erteilt der KartenInh beim PräsenzGesch dem KartenAusst den dch das VertrUntern als Empfangsbote zu übermittelnden, aGrd des EmissionsVertr iR des eingeräumten Vfgrahmens verbindl ZAuftr, die Verbindlichk ggü dem VertrUntern aus dem ValutaVerh zu tilgen (Rn 44). Auch beim DistanzGesch wird idR ein ZAuftr vorliegen (ggf Ausleggsfrage). Der KartenInh kann dem ErsAnspr des KartenAusst (§ 670) Einwendgen gg die Wirksamk der Weisg (dh der darin liegenden Autorisierg, § 675 u), Einwendgen aus dem ValutaVerh hingg nur bei RMissbr entgghalten (Grd: fehlde Erforderlichk [§ 670 Rn 4], BGH NJW 02, 3698). Der KartenAusst stellt seine AufwendgsErsAnspr (Rn 10) gg den KartenInh in ein NutzerKto ein u zieht unter period Abrechng den jew Saldo von dem vereinbarten AbrechngsKto bei dem ZIDLeister des KartenInh ein; bis dahin wird der Betrag gestundet, evtl (zB bei Vereinbg der Rückzahlg in Raten) auch kreditiert (zur Zulässigk § 675 c Rn 4; sa BGH WM 14, 2259 Tz 11 ff). Da der ZVorgang dch den ZEmpfänger ausgelöst wird, steht dem KartenInh uU ein ErstattgAnspr nach §§ 675 x zu (sa AGB-MasterCard I.11.5). Beweislast für Bestehen des ZAuftr beim KartenAusst/-Untern (§§ 675 u, w), Haftg des KartenInh bei Missbr § 675 v. Da der Emissions- (Kreditkarten)Vertr ZIDVertr ist, besteht ein gesetzl Leitbild (Rn 1); Zulässigk von AGB s § 307 Rn 109.

Im **Zuwendungsverhältnis** zw KartenAusst/-Untern (im Folgendn einheitl KartenAusst) u VertrUntern (Rn 45) wird der AquisitionsVertr als RahmenVertr abgeschl (eingehd Meder ZBB 00, 89). Er beinhaltet insbes die ZZusage des KartenAusst, dh ein aufschiebd bedingtes (§ 158 I) abstraktes SchuldVerspr (§ 780, BGH NJW 02, 2234, NJW-RR 04, 481, str; sa Casper/Pfeifle WM 09, 2343/48; auch bei DistanzGesch), dem ggü nur der Einwand des RMissbr dchgreift, insbes bei offensichtl, liquide beweise od unbestr Einwendgen aus dem ValutaVerh (BGH NJW 02, 2234/37 u 3698, NJW-RR 05, 780). Der Inhalt der Bedinggen ist Frage der vertragl Vereinbg (sa Rn 45; zu AGB s Einf 14 u § 307 Rn 110), idR: beim PräsenzGesch die Unterzeichnung u Übergabe eines ordnungsgem Belastgsbelegs für die Transaktion an den KartenAusst (Bsp AG Krefeld NJW-RR 07, 1540); beim DistanzGesch das Vorliegen einer Bestellg beim VertrUntern u die Erstellg u Übergabe eines ordnungsgem Leistgsbelegs (BGH NJW-RR 04, 1122 u 1124; strikte Beachtg der Förmlichk, vorher Zustimmung des KartenAusst ändert dies nicht; sa BGH NJW-RR 05, 1570). Sind die Bedinggen nicht erfüllt, braucht der KartenAusst nicht zu leisten, bereits geleistete Zahlgen kann er (ggf gem § 812) zurückfordern. Das Risiko des KartenMissbr ist im ZuwendgsVerh nicht dch §§ 675 u ff geregelt. Es kann individualvertragl dem VertrUntern überbürdet werden, hingg nach BGH nicht verschuldensunabhäng in AGB, auch nicht beim DistanzGesch (NJW 02, 2234, NJW-RR 04, 481; krit zB Meder NJW 02, 2215; Schlinker ZGS 07, 248; zu neueren Entwicklgen, auch bzgl der VertrBedinggen Jungmann WM 05, 1351). Beide VertrPart haben Prüfgs- u SorgfaltsPfl. Beim VertrUntern kann ihre Erfüllung als Bedingg Voraussetz für die EinstandsPfl des KartenAusst sein (s oben), ihre Verletzg Schad-ErsAnspr des Ausst gem § 280 begründen (BGH NJW-RR 04, 481; Annahme einer Mailorder trotz Missbr-Verdachts). Verletzt der KartenAusst seine Pfl, ist er dem VertrUntern gem § 280 ersatzpfl (BGH NJW-RR 04, 1122 u 1124). Ggf ist § 254 zu beachten.

d) Debitkarten (ec-Karte, girocard etc). Im **Deckungsverhältnis** (sa Rn 44) wird sie idR im Zushang mit dem GiroVertr (Rn 11), aber aGrd selbst Vereinbg (BankkartenVertr, BGH NJW 06, 430, Köln WM 14, 1338/39) ausgegeben. Es gelten besond AGB (Einf 14, § 307 Rn 67; Bsp: AGB-Girocard). Der KartenInh kann je nach Ausstattg verschiedene Dienstleistgen (insbes: Geldabhebg an Automaten; elektron Kassen; Aufladen von Prepaid-Karten u -Kten, zur Geldkarte s Rn 54 ff) nutzen. Im Ggsatz zur Kreditkarte (Rn 47) wird der verwendete Betrag nicht kreditiert, sond unmittelb dem AbrechngsKto des Zahlers belastet (desh *Debitkarte*). Der KartenInh darf daher nur iR der ihm eingeräumten KtoDeckg (§ 675 o Rn 2) verfügen (sa AGB-girocard II.2). IdR ist außerdem ein abstrakter Vfgrahmen vereinbart (Begrenzg des Karteneinsatzes auf einen Höchstbetrag innerh bestimmter Zeit; Bsp AGB-Girocard III.1.1). Der KartenAusst hat iF der Vfgr dch den Berecht (sa Rn 44) nach Zahlg Anspr auf AufwendgsErs (Rn 10; kein Vorschuss, § 675 t Rn 10); Einwendgen des KartenInh wie Rn 48. Für das **Zuwendungsverhältnis** gelten die allg Regeln (Rn 45).

aa) Abhebung an Geldautomaten (SchBL/Maihold § 54). Es liegt, auch bei Nutzg von Automaten des ktoführenden ZIDLeisters (vgl MüKo/Casper Rn 60), ein ZIDienst vor, da ein ZAI (Karte mit PIN) verwendet wird. Im **Deckungsverhältnis** (sa Rn 44) führt der ZIDLeister einen ZAuftr (Rn 17) des KartenInh aus, der ihm bei Abhebg am institutsseig Geldautomaten unmittelb zugeht, bei Abhebg am institutsfremden Automaten dch dessen Betreiber zugeleitet wird. Er macht seine Aufwendgen (Auszahlgsbetrag, evtl Entgeltleistgen an Dritte) gem § 670 geltd. KartenMissbr s §§ 675 u, v. Grdlage im **Interbankenverhältnis** (Rn 46) bei Abhebg an institutsfremden Automaten, das hier zugl InkassoVerh ist, ist die Vereinbg über das deutsche Geldautomatensystem (Stand Jan 2011; Text SchBL/Maihold Anh 4 zu §§ 52-55). Sie verpflichtet die beteil Geldlnst, Karten and ZIDLeister an ihren Automaten zu akzeptieren (kein Vertr zG des abhebden ZIDNutzer, str), wobei der KartenAusst einen Vfgrahmen festsetzen kann u der Automatenbetreiber ein Entgelt. Sie begründet nach bish hM einen Anspr des den Automaten betreibden Geldlnst gg den KartenAusst aus einem SchuldVerspr (Baumbach/Hopt NebenG 7 Rn F/23, str), Nr 1 Buchst d des neuen Abk spricht allerd von GarantieAnspr. Zahlgstechn erfolgt der ZEinzug wie bei einer Lastschr.

bb) Der Verwendg an elektronischen Kassen (electronic-cash od edc-Verf; SchBL/Koch § 68) mittels Angabe der Geheimzahl (PIN) des KartenInh, **POS-System**, liegt im InterbankenVerh die Vereinbg über ein institutsübergreifdes System zur bargeldlosen Zahlg an automatisierten Kassen (AGB-electronic-cash; Text SchBL/Koch Anh 2 zu §§ 67, 68) zugrunde, dort liegen keine ZIDienste vor. Dagg beinhalten sowohl das DeckgsVerh wie das ZuwendgsVerh (Händlerbedinggen, s Einf 14; hier EntgeltPfl) ZIDienste (Rn 44 f). Dch den Karteneinsatz erteilt der KartenInh seinem ZIDLeister einen unwiderrufl (§ 675 p I) ZAuftr zur Begleichg der Schuld im ValutaVerh (sa Rn 44). Übermittlg dch das VertrUntern auf elektron Weg, mit der Antwort des KartenAusst

(BGH NJW 03, 1256; sa Einf 1 v § 116) kommt ein abstraktes SchuldVerspr zw KartenAusst u VertrUntern zu stande (Rn 45; nach aA GarantieVertr). Im Übr ist die RLage ähnl der Kreditkartenzahlg im PräsenzVerf (Rn 47 ff) zu beurteilen, jedoch besteht wg der unmittelb Autorisierg eines bestimmten ZBetrags kein Erstattungs-Anspr aus § 675 x. Die Verwendg ohne PIN (heute idR iVm einer Unterschrift des KartenInh, **elektronisches Lastschriftverfahren**; dazu EFN/Dietze § 7 c ZAG Rn 1 ff) ermächtigt den Händler zum Einzug des vom KartenInh geschuldeten Betrags dch Lastschr, insow ist sie ZDienst (BaRo/Schmalenbach Rn 70); bei Fehlschlagen der Lastschr hat der Händler uU einen Anspr gg den KartenAusst auf Mitteilg der Kundendaten (Wuppertal NJW-RR 98, 775; MüKo/Casper § 675 f Rn 120). Es existieren keine besond VertrBedinggen. Das Verf kann nur noch auf SEPA-Basis genutzt werden (zur RLage bis 31. 1. 16 s ZAG 7 c, SEPA-VO 16 IV u Casper/Terlau/Zahrte ZAG Erläut zu § 7 c).

- 53 **e) Sonstige Karten.** In Betr kommen zB die Sparcard der Postbank od sog Bankkarten. Soweit sie nicht nur der Erstellg u Ausgabe von KtoAuszügen dienen, sond die Erteilg von ZAuftr od die Geldabhebg an institutseig od institutsfremden Geldautomaten Geld ermöglichen, betreffen sie ZDienste u fallen daher unter §§ 675 c ff; sa § 675 j Rn 7 aE. Telefonkarte uä § 675 c Rn 3, Kundenkarten § 675 c Rn 5.
- 54 **E) Elektronisches Geld (E-Geld).** Aus der Lit: SchBL/Neumann § 55 a, SchBL/Koch § 68. – **a) Begriff.** E-Geld ist besond ausgestaltetes Buchgeld. S die Legaldefinition (§ 675 c III, dort Rn 10) in ZAG 1 a III (näher § 245 Rn 5; EG-rechtl Grdlage: Art 1 III Buchst c der RL 2000/46/EG); wicht Ausn in ZAG 1 a V. Es kann auf einer ZKarte (kartenbasiert) od auf einem Datenträger, auf den der Nutzer zugreifen kann (serverbasiert, sog Netzgeld) gespeichert sein. Zur-Vfg-stellen wie Nutzg sind **Zahlungsdienste** (§ 675 c II, dort Rn 8), §§ 675 c ff daher anwendb. HauptBsp für **kartenbasiertes E-Geld** ist die **GeldKarte**, der im InterbankenVerh die Vereinbg über das institutsübergreifde System GeldKarte zGrde liegt (Text: SchBL/Koch Anh 4 zu §§ 67, 68; Einzellh Staud/Omlor Vorb 215 ff v § 675 c). Bsp für **Netzgeld** sind **PayPal**, ein BezahlVerf insbes für Internet-Transaktionen (zB eBay) unter Nutzg von E-Mail-Adresse mit Passwort u unter Einbindg in das Kreditkarten- bzw Girossystem (Staud/Omlor § 675 c Rn 4; Meder/Grabe BKR 05, 467). Auch **Mobile-Payment-Verfahren** (dazu allg Baumann GWR 14, 493, Danwerth ZBB 15, 119) wie M-Pesa (dazu Knops/Wahlers BKR 13, 240) od Apple Pay (dazu Söbbing WM 16, 1066), bei denen ein mobiles Endgerät (Smartphone oä) für die Ausführg des ZVorgangs genutzt wird, zB dch Erteilg des ZAuftr dch SMS od über ein App, zählen uU hierher. Nicht hingg das von deutschen Kredlnt entwickelte BezahlVerf **paydirect**, das eine gesond zu vereinbarde Zusatzfunktion des GiroKtos darstellt u, wie bei der Überw, zu einem unmittelb Geldtransfer vom Kto des Zahlers auf das Kto des Händlers führt. Ebso nicht die auf privaten Vereinbgen beruhden **Bitcoins** („kryptographisches Geld“; Engelhardt/Klein MMR 14, 355/56; sa Kuhlmann CR 14, 691, Lerch ZBB 15, 190 u zur Einordng der dabei entstehden VertragsVerh Beck/König JZ 15, 130).
- 55 **b) Vertragsbeziehungen.** Idealtyp sind drei Pers beteiligt (Zahler, Emittent = Betreiber des E-Geld-Systems, ZEmpfänger), zu denen jew gesonderte vertragl Beziehgen bestehen. Prakt sind die Funktionen des Betreibers häuf auf mehrere Untern verteilt. Typischerw wird bei der Nutzg von E-Geld zunächst in einem „Ladevorgang“ ein Geldbetrag vom ZKto des Kunden (Zahlers) bei seiner Bank (KartenAusst) ab- u auf ein allg SammelKto (BörsenverrechnngsKto) bei dieser Bank bzw beim Betreiber des ZSystems umgebucht, ggf wird dies gleichzeit auf dem dem Kunden zur Vfg stehden Speichermedium (bei der Geldkarte auf dieser, beim Netzgeld auf dem PC des Zahlers) vermerkt. Damit steht der Betrag für den Einsatz als E-Geld zur Vfg („prepaid“). Nach hM war dies bish eine Vorauszahl ggü dem Ausst iS eines Vorschusses (§ 669), dies dürfte trotz § 675 t III weiterhin gelten (dort Rn 10; sa AGB-girocard III.2.3: sofortige KtoBelastg des KartenInh beim Aufladen). Setzt der Zahler (zB der Käufer) das E-Geld ein (zB dch Verwendg der Geldkarte am Lesegerät eines Händlers), wird ggf der auf dem Speichermedium verfügb Betrag entspr gemindert. Gleichzeitig wird er zG des ZEmpfängers (Händlers) umgebucht, indem der Transfer des Betrags vom SammelKto auf das ZKto des Händlers bei dessen Bank veranlasst wird.
- 56 **Valutaverhältnis,** dh die RBeziehg zw Zahler (Schu) u ZEmpfänger (Gläub), die Anlass für den Einsatz der ZKarte ist (zB Kauf, Dienstleistg, Geldauszahlg). Die dort bestehde ZVerpfl des Zahlers bildet die Grdlage für die dch den E-Geld-Einsatz bewirkte VermVerschiebg. Zu Ztpkt, Art u Weise der Erfüllg der Verpfl s § 362 Rn 12.
- 57 **Deckungsverhältnis** zw dem Zahler u dem Emittenten (bzw seiner Bank). Es ist dch einen ZDRahmenVertr, häuf als ZusatzVereinbg zum GiroVertr geregelt (AGB s Einf 14). IR eines BasisKtoVertr (Rn 22b) dürfte ein Anspr des Kunden auf VertrAbschluss bestehen (ZKG 38 II Nr 4). Dch den Einsatz des E-Geld-Mediums erteilt der Zahler den dch den ZEmpfänger als Empfangsboten auf elektron Weg zu übermittelnden ZAuftr (Rn 17), für den Transfer des eingesetzten Betrags auf das ZKto des ZEmpfängers zu sorgen. Ist das ZInstr so ausgestaltet, dass der ZDLeister keine Möglichk der Sperrg (§ 675 k II) hat u die Betragsgrenze von 200 € eingehalten ist (so zB AGB-girocard II.13.3, III.2.2), besteht keine Haftg nach §§ 675 u, v (§ 675 i III), Einwendngen aus dem Valuta-Verh können dem ZDLeister nicht entgeggehalten werden; zT wird in diesen Fällen eine antezipierte Gesamtweisg des Zahlers angenommen (Staud/Omlor Vorb 226 v § 675 c mwN). Außerd können zahlreiche Rechte u Pfl aus §§ 675 c ff abbedungen werden (§ 675 i II), wenn die Voraussetzgen des KleinbetragsInstr (§ 675 i I) gegeben sind. Weitere Pfl des Emittenten, zB zum Rücktausch des auf der Karte/dem Kto gespeicherten E-Geldes s ZAG 23 b; sa AGB-girocard III.2.2 u zur privatrechtl Einordng der Vorschr ELF/Stralek ZAG 23 b Rn 4.
- 58 **Zuwendungsverhältnis** (VollzugsVerh) zw dem ZEmpfänger u dem Betreiber des Systems; das kann, muss aber nicht die Bank sein, bei der das Kto des ZEmpf geführt wird. Es ist ebenfalls dch ZDRahmenVertr geregelt (Bsp abgedruckt in WM 96, 2353, 2359). Darin verpflichtet sich das VertrUntern, die ZKarte als ZMittel anzunehmen. Diese Verpfl wirkt idR auch zG des Zahlers (§ 328). Der Betreiber verpflichtet sich zur Begleichg der dem VertrUntern anlässlich der E-Geld-Verwendg entstandenen Fdgen gg den Zahler, idR dch abstraktes Schuld-Verspr (str; zur rechtl Einordng der Karte BuB/Werner Rn 6/1757 ff). Bei Einsatz von Geldkarten wird das SchuldVerspr dch den Aussteller der Geldkarte (dh die Bank des Zahlers) abgegeben.
- 59 Im **Interbankenverhältnis** wird das E-Geld-Verf auf der Grdlage einer Vereinbg der beteil ZDLeister abgewickelt (Rn 54), dch die die Aufg des Betreibers aufgeteilt werden. Dabei handelt es um ein **Zahlungssystem** zw den beteiligten Geldlnt u damit um keinen ZDienst (§ 675 c Rn 11). §§ 675 c ff sind insow nicht anwendb.
- 60 **F) Finanztransfer.** Dieser ZDienst (§ 675 c Rn 4) beruht idR auf Bargeld, das der Zahler einem ZDLeister zur Übermittlg an den ZEmpfänger übergibt; der Zahler kann den Betrag auch auf and Weise (Überw, Lastschr, Scheck etc) einbringen. Der ZDLeister leitet entspr dem ihm erteilten ZAuftr den ZBetrag, sofern er die Auszahlg nicht selbst übernimmt, an einen and ZDLeister am Zielort weiter (idR dch Übermittlg der entspr Info), der für den Empfänger handelt od es übernimmt, den Betrag dem Empfänger auszuzahlen (BT-Drs 16/11613 S 35) od ihm andweit verfügb zu machen (zB auf dessen Kto; näher EFN/Findeisen § 1 ZAG Rn 287 ff). Sowohl im Verhältn zw Zahler u seinem ZDLeister wie im Verhältn zw Empfänger u dessen ZDLeister handelt

es sich um einen ZDienst (sa Saarbr NJW-RR 15, 739). Bsp: der *Auszahlungsauftrag* (SchBL/Mayen § 49 Rn 203 ff), bei dem der Geldbetrag nicht einem Kto des Empfängers gutgeschrieben, sondern an diesen bar ausbezahlt werden soll (zB weil der Empfänger bei dem KredInst kein Kto unterhält). Hauptwendungsbereich ist der Geldtransfer in Länder ohne funktionierenden Giroverkehr. Der beauftragte ZDLeister ist iR des mit ihm geschlossenen Vertr (sa Reimer/Wilhelm BKR 08, 234) gehalten, nur an die Pers ausbezahlen, auf welche bei sorgfältiger Prüfung die in dem Auftr genannten Angaben zutreffen; andfalls steht ihm kein AufwendsErsAnspr (§ 670) zu, der zur Vfg gestellte Betrag ist zurückzugewähren (§ 675 y I 1; sa dort Rn 5 u BGH 130, 87 [zu § 667]).

675g Änderung des Zahlungsdiensterahmenvertrags. (1) Eine Änderung des Zahlungsdiensterahmenvertrags auf Veranlassung des Zahlungsdienstleisters setzt voraus, dass dieser die beabsichtigte Änderung spätestens zwei Monate vor dem vorgeschlagenen Zeitpunkt ihres Wirksamwerdens dem Zahlungsdienstnutzer in der in Artikel 248 §§ 2 und 3 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche vorgesehenen Form anbietet.

(2) ¹ Der Zahlungsdienstleister und der Zahlungsdienstnutzer können vereinbaren, dass die Zustimmung des Zahlungsdienstnutzers zu einer Änderung nach Absatz 1 als erteilt gilt, wenn dieser dem Zahlungsdienstleister seine Ablehnung nicht vor dem vorgeschlagenen Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Änderung angezeigt hat. ² Im Fall einer solchen Vereinbarung ist der Zahlungsdienstnutzer auch berechtigt, den Zahlungsdiensterahmenvertrag vor dem vorgeschlagenen Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Änderung fristlos zu kündigen. ³ Der Zahlungsdienstleister ist verpflichtet, den Zahlungsdienstnutzer mit dem Angebot zur Vertragsänderung auf die Folgen seines Schweigens sowie auf das Recht zur kostenfreien und fristlosen Kündigung hinzuweisen.

(3) ¹ Änderungen von Zinssätzen oder Wechselkursen werden unmittelbar und ohne vorherige Benachrichtigung wirksam, soweit dies im Zahlungsdiensterahmenvertrag vereinbart wurde und die Änderungen auf den dort vereinbarten Referenzzinssätzen oder Referenzwechsellkursen beruhen. ² Referenzzinssatz ist der Zinssatz, der bei der Zinsberechnung zugrunde gelegt wird und aus einer öffentlich zugänglich und für beide Parteien eines Zahlungsdienstvertrags überprüfbar Quelle stammt. ³ Referenzwechsellkurs ist der Wechselkurs, der bei jedem Währungsumtausch zugrunde gelegt und vom Zahlungsdienstleister zugänglich gemacht wird oder aus einer öffentlich zugänglichen Quelle stammt.

(4) Der Zahlungsdienstnutzer darf durch Vereinbarungen zur Berechnung nach Absatz 3 nicht benachteiligt werden.

1) Allgemeines. S zunächst Einf 10 ff. Grdlage: ZDiensteRL Art 44. Für die geschäftl Änderg eines Schuld-Verh ist ein Vertr u damit die Zustimmung beider Part erfl (§ 311 I, dort Rn 3 ff). Betrifft sie, wie bei ZDVertr idR, die geldten AGB, bedarf sie der Einbeziehung gem § 305 II, III (dort Rn 48). § 675 g stellt hierfür in I, IV besond Anforderungen auf u in II, III ein besond Verf zur Vfg, die als lex specialis ggü §§ 305 ff vorrangig sind. Die Möglichk, eine Änderg ausdrückl zu vereinbaren, bleibt unberührt. **Anwendungsbereich:** Nur Änderg eines ZDRahmenvertr auf Veranlassung des ZDLeisters; auch Zins- u Entgeltvereinbgen, soweit sie ZDienste betreffen (sa § 675 f Rn 18) u nicht unter III fallen (Metz BKR 10, 265). Ändergen auf Veranlassung des ZDNutzers sind jederzeit mögl, es gelten die allg Regeln. Letztere gelten auch für Zusatzvereinbgen, die nicht ZDienste betreffen (§ 675 f Rn 8); allerding wird nicht selten der ZDVertr den Schwerpkt bilden (zB ggü der ergänzten ScheckVereinbng), so dass insow, soweit vertragl nicht and bestimmt, § 675 g herangezogen werden kann (Übbl 26 v § 311; für generelle Anwendg BaRo/Schmalenbach Rn 1). **Abdingbarkeit:** Zu Lasten des ZDNutzers iRv § 675 e (dort Rn 3 Nr 1, 2, 3), insbes bei Vertr zw Untern (§ 675 e IV); ferner I bzgl KleinbetragsInstr (§ 675 i II Nr 1). ZG des Nutzers unbeschränkt, Grenzen nur gem den allg Regeln (§§ 305 ff etc).

2) Angebot. Abs 1 betrifft nur, aber insow alle VertrÄndergen, die vom *Zahlungsdienstleister* ausgehen („auf Veranlassung“). Gemeint sind zunächst Angebote (§ 145 Rn 1) des ZDLeisters an den ZDNutzer zum Abschluss eines ÄndVertr (Rn 1). I unterstellt sie einer speziellen Form u einer WirksamkFrist. Nach dem Wortlaut („setzt voraus“) handelt es sich um WirksamkVoraussetzgen der Änderg (Zweifel wg der RL-Konformität bei Gebauer/Schinkels [Einf 1] Rn 25). Stimmt der ZDNutzer dem Angebot ausdrückl zu, wird darin häuf ein Abbedingen von I liegen, sodass bei dessen Wirksamk (Rn 1) auch die Änderg wirks wird. Kann I nur bzgl einz Klauseln abbedungen werden (zB weil manche Ändergen zG, manche zu Lasten des ZDNutzers gehen), ist nach § 139 zu entscheiden, ob das gesamte Angebot od nur einz Klauseln unwirks sind. Dagg kann die Zustimmung nicht als wirks Angebot des Nutzers zur Änderg gewertet werden, das der ZDLeister (ggf stillschw) annehmen könnte. Denn auch in diesem Fall erfolgt die VertrÄnderg „auf Veranlassung“ des ZDLeisters, so dass I eingreift.

a) Form. Gefordert wird dch die Verweisg auf EG 248 § 3 Mitteilg auf einem dauerh Datenträger (Begriff § 126 b S 2). Schriftform (§ 126) genügt (EG 248 § 3 Rn 1). AGB-Banken I II sieht bei allg Vereinbng eines elektron Kommunikationswegs (zB Onlinebanking) Übermittlg auf diesem Weg vor (dazu § 126 b Rn 3). Die Verweisg auf EG 248 § 2 betrifft *Sprache und Verständlichkeit* der Mitteilg. Diese Fragen sind dem Problemkreis der Einbeziehung von AGB zuzuordnen (Transparenzgebot; näher EG 248 § 2 Rn 1). *Formmangel* führt, falls die Mitteilg wie idR das Angebot beinhaltet, zu dessen Unwirksamk (§ 125 S 1), in jedem Fall zur Unwirksamk der VertrÄnd (s Anm zu EG 248 § 2, 3), soweit § 675 g nicht wirks abbedungen ist.

b) Anbieten. Nach der GBegründg (BT-Drs 16/11643 S 103) beinhaltet die Verweisg auf EG 248 § 3 auch, dass das Angebot is dieser Vorschr mitgeteilt werden muss. S dazu EG 248 § 3.

c) Frist. Das Angebot muss 2 Monate vor dem vom ZDLeister vorgeschlagenen Ztpkt des Inkrafttretens der VertrÄnderg erfolgen. „Vorschlagen“ bedeutet, dass der ZDLeister diesen Ztpkt im Angebot mitteilen muss. Fristbeginn mit Zugang des Angebots (§ 130 Rn 5, 13). Fristberechng §§ 187 I, 188 II, III. *Verspäteter Zugang:* Der Wortlaut („setzt voraus“) spricht dafür, dass rechtzeitig Zugang WirksamkVoraussetz ist, u sein Fehlen die vorgesehene VertrÄnderg insgesamt zu Fall bringt, auch wenn der ZDNutzer die Annahme erklärt. Allerding kann darin uU ein wirks Abbedingen von I liegen (Rn 2, dort auch zur Wertg als neues Angebot), dann tritt die Änderg zum vorgesehene Ztpkt in Kraft.

- 6 **3) Schweigen als Zustimmung, Abs 2.** Der ZDNutzer kann das Angebot zur Änderg (I) nach den allg Regeln annehmen. Tut er dies, wie idR, nicht, stellt II eine erleichterte Form der Änderg der VertrBedinggen zur Vfz (sa § 305 Rn 48). *Widerspricht* er, bleibt dem ZDLeister nur die Möglichk der Künd, ggf ÄndergsKünd
- 7 (§ 675h Rn 3). Fehlt eine KündVereinbg, kommt uU eine Anpassg nach § 313 in Betr. – **a) Voraussetzungen.** (1) Vereinbarung zw ZDLeister u ZDNutzer, auch in AGB (Bsp AGB-Banken I II); § 305 Nr 5 gilt wg der vorrang gesetzl Regelg nicht. Sie muss den Regeln von II entsprechen. (2) Mitteilg der Änderg, die den Anforderungen von I (Rn 2ff) genügt. (3) Hinweis des ZDLeisters gem **Abs 2 S 3**, dh auf die Folgen des Schweigens u das KündR (Rn 8). Dieser Hinw hat zusätzl zu der allg Info bei VertrSchluss über die Wirkg des Schweigens (EG 248 § 4 I Nr 6 lit a) zu erfolgen. (4) Keine Ablehng dch den ZDNutzer. Wird eine Ablehng erklärt, hindert sie das Inkrafttreten der Änderg, aber nur, wenn sie vor dem vorgeschlagenen Ztpkt des Inkrafttretens (Rn 5) dem ZDLeister zugeht (§ 130 Rn 5, 13). Es handelt sich um eine Ausschlussfrist (s Übb1 13 f v § 194, auch zur Anwendg von HemmgsVorschr), keine Wiedereinsetzg. Der Vertr bleibt mit dem alten Inhalt bestehen.
- 8 **b) Wirkung.** Die an sich erfld Zustimmung zur Änderg (Rn 1) gilt als erteilt, unabhäng von der Willensrichtg des ZDNutzers wird kr Gesetzes das **Schweigen als Annahme** des in der Mitteilg liegenden Angebots fingiert (sa § 147 Rn 3). Die VertrÄnderg tritt zum vorgeschlagenen Ztpkt in Kraft. Dem ZDNutzer steht jedoch ein **außerordentliches Kündigungsrecht** zu, **Abs 2 S 2**. Über dieses Recht ist der ZDNutzer vor VertrSchluss zu informieren (EG 248 § 4 I Nr 6 lit c). Kündigen kann der Nutzer den gesamten ZDVertr (zum GiroVertr s § 675 f Rn 11). Aber nur bis zum vorgeschlagenen Ztpkt (s Rn 5), dh dem Inkrafttreten der Änderg. Ausschlussfrist, die Anwendg einz HemmgsVorschr (zB § 210) dürfte geboten sein (Übb1 13 f v § 194).
- 9 **4) Änderung von Zinssätzen und Wechselkursen, Abs 3.** Der ZDLeister hat dem ZDNutzer die verwendeten Zinssätze u Wechselkurse, bei Referenzkursen die Methode ihrer Berechng mitzuteilen (EG 248 § 4 I Nr 3 lit b, sa § 13). – **a) Anwendungsbereich.** Die Vorschrift betrifft nur Zinssätze u Wechselkurse, die nach dem ZDVertr für dessen Dchführg gelten sollen (*Vertragszinssatz* bzw *Vertragswechselkurs*), zB für die Berechng der Habenzinsen auf vorhandene Guthaben, od für die Umrechng des ZBetrags einer Überweisg od einer Kartenzahlg aus einer Fremdwähr in € od aus € in eine Fremdwähr. Sollzinsen für Kredite iR der KtoFührg sind nicht erfasst (§ 675 f Rn 8; aA BaRo/Schmalenbach Rn 13); insow gehen die speziellen Regelgen (zB §§ 493 III, 504 I 3, 505, EG 247 §§ 15, 17) vor.
- 10 **b) Voraussetzungen.** (1) Vereinbarung eines den Vorgaben von III 2 u 3 entspr Referenzwertes (Referenzzinssatz, Referenzwechselkurs) im ZDVertr für den VertrZinssatz bzw -Wechselkurs. (2) Vereinbarung zw ZDLeister u ZDNutzer, auch in AGB, über das unmittelb Einwirken von Ändergen des Referenzwertes auf VertrZinssatz bzw -Wechselkurs. Das ist dem ZDNutzer mitzuteilen (EG 248 § 4 I Nr 3 lit c, sa § 13). (3) Änderg des Referenzwertes.
- 11 **c) Wirkung.** Die Änderg des Referenzwertes führt unmittelb u sofort zu einer Änderg des VertrZinssatzes od -Wechselkurses, gleichgült ob der ZDNutzer dadch begünstigt od benachteiligt wird. Eine Benachrichtigg des ZDNutzers ist hierfür nicht erfld. Sie kann als nachträgl Info vorgeschrieben sein (vgl EG 248 § 9 Nr 2 für nachteil Zinsändergen), das Ausbleiben der Info führt dann aber nicht zur Unwirksamk der Änderg, sond ggf zu SchadErsAnspr des ZDNutzers gem § 280.
- 12 **d) Referenzzinssatz, Abs 3 S 2.** Der Referenzwert muss aus einer öff zugängl u für beide Part des ZDVertr überprüf Quelle stammen, zB der Veröffentlichg in einem allg zugängl Publikationsorgan od der allg zugängl Homepage einer Institution wie der Bundesbank. Zu einz Referenzwerten (Libor, Euribor etc) Wimmer/Rösler WM 11, 1788.
- 13 **e) Referenzwechselkurs, Abs 3 S 3.** Der Referenzkurs muss entweder vom ZDLeister dem ZDNutzer zugänglich gemacht werden (wie § 675 d Rn 2), od er muss aus einer öff zugängl Quelle stammen, zB einem allg zugängl Publikationsorgan od einer allg zugängl Homepage. Sa AGB-Überw 1.11.
- 14 **5) Benachteiligungsverbot, Abs 4.** Bezieht sich auf Vereinbgen zur Berechng von Zins- u Wechselkursen gem III (weitergehnd wg Art 44 ZDiensteRL BaRo/Schmalenbach Rn 13). Nicht Soll- u Habenzinssätze müssen gleich sein, nur die Änderg muss in gleicher Weise zG wie zu Lasten des ZDNutzers gelten. Entggestehde Vereinbgen sind unwirks (§ 134). Bsp für nachteil BerechngsVereinbgen: dchgäng Auf- bzw Abrunden zG des ZDLeisters; ReferenzkursAnd zG des ZDLeisters wirkt sofort, eine solche zu seinen Lasten erst mit Verzögerg.

675h *Ordentliche Kündigung eines Zahlungsdiensterahmenvertrags.* (1) ¹Der Zahlungsdienstnutzer kann den Zahlungsdiensterahmenvertrag, auch wenn dieser für einen bestimmten Zeitraum geschlossen ist, jederzeit ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist kündigen, sofern nicht eine Kündigungsfrist vereinbart wurde. ²Die Vereinbarung einer Kündigungsfrist von mehr als einem Monat ist unwirksam.

(2) ¹Der Zahlungsdienstleister kann den Zahlungsdiensterahmenvertrag nur kündigen, wenn der Vertrag auf unbestimmte Zeit geschlossen wurde und das Kündigungsrecht vereinbart wurde. ²Die Kündigungsfrist darf zwei Monate nicht unterschreiten. ³Die Kündigung ist in der in Artikel 248 §§ 2 und 3 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche vorgesehenen Form zu erklären.

(3) ¹Im Fall der Kündigung sind regelmäßig erhobene Entgelte nur anteilig bis zum Zeitpunkt der Beendigung des Vertrags zu entrichten. ²Im Voraus gezahlte Entgelte, die auf die Zeit nach Beendigung des Vertrags fallen, sind anteilig zu erstatten.

- 1 **1) Allgemeines.** S zunächst Einf 10ff. Grdlage: ZDiensteRL Art 45, ZKontenRL Art 19. Ein ZDVertr kann jederzeit dch Vereinbarung beendet werden. Er kann ferner gekündigt, dh ex nunc beendet werden (Einf 12 v § 346; s zB AGB-Banken Nr 18f). § 675h regelt für ZDLeister wie -Nutzer abschließd die *ordentliche Kündigung*; § 627 ist nicht (mehr) anwendb. Der ZDNutzer ist vor VertrSchluss über dieses Recht sowie kündiggrelevante Vereinbgen zu informieren (EG 248 § 4 I Nr 6 lit c). Daneben besteht für ZDLeister wie -Nutzer die Möglichk der *außerordentlichen Kündigung*, sofern sie ausdrückl im Gesetz zugelassen ist (zB gem § 675 g II 2, ZKG 42 IV), sonst gem §§ 313 III 2, 314, 626 aus wicht Grd (Naumbg WM 13, 1706/09, SchBL/Mayen § 47 Rn 31; sa ZDiensteRL 45 V), wobei häufige Fallgestaltgen zT vertragl präzisiert sind (Bsp AGB-Banken 19 III). *Eröffnung des Insolvenzverfahrens* des Kunden beendet den ZDVertr einschl der KtoKorrentAbrede (InsO 116 S 1, sa BGH WM 08, 1442 Tz 11; insolvenzrechtl Folgen Heublein ZIP 00, 161; and für P-Kto [§ 675 f Rn 22] LG Verden

NZI 14, 36), nicht dagg die Insolvenz des ZDLeisters. Tod des Kunden lässt den Vertr unberührt (§ 1922 Rn 30f; sa AGB-Banken 5 u zur Rückzahlg überzahlter Renten Einf 9 v § 812), ebenso Eintritt der GeschUnfähigkeit (§ 672). – **Anwendungsbereich:** nur ordentl Künd eines ZDRahmenVertr, auch von Zusatzvereinbgen, die ZDienste sind (zB ZKartenVertr). Für Zusatzvereinbgen, die nicht ZDienste sind (§ 675 f Rn 8), sind die anwendb Vorschr nach den Regeln für VertrVerbindgen (Übbl 20 v § 311; sa § 675 g Rn 9) zu bestimmen. Zu BasisKten s Rn 2, 3, zu GiroVertr § 675 f Rn 11. – **Abdingbarkeit:** Zu Lasten des ZDNutzers nur iRv § 675 e (dort Rn 3 Nr 1, 2, 3), insbes bei Vertr zw Untern (§ 675 e IV); zG des Nutzers unbeschränkt, Grenzen nur gem den allg Regeln (§§ 305 ff etc).

2) Kündigung durch den Zahlungsdienstnutzer, Abs 1. Zweck: Erleichterung des Wechsels zu einem and ZDLeister (BT-Drs 16/11643 S 104), sa Rn 5. – **Kündigungsrecht.** Ab VertrSchluss jederzeit u ohne Angabe von Grden bis zur andweit Beendig des Vertr. Vereinb einer bestimmten VertrLaufzeit ändert hieran nichts (and bei Künd dch den ZDLeister, Rn 3). **Teilrückzahlung** ist ohne vertragl Gestatt nicht mögl (BGH NJW 06, 430; Zusatzvereinbgen s Rn 1). – **Kündigungsfrist.** Grdsätzl keine (I 1). And bei entspr Vereinbarung, auch in AGB, die Frist darf aber 1 Monat nicht übersteigen, **Abs 1 S 2**. Das gilt auch, soweit § 675 h abdingb ist, da I 2 ausdrükl (u damit über § 675 e hinausgehend) die Unwirksamk anordnet. – **Erklärung.** Sie ist einseit Gestaltsgesch (Übbl 17 v § 104). Nicht formbedürftig, keine BegründgsPfl. Sie kann daher auch konkludent erfolgen, indem der ZDNutzer dch sein Verhalten den Wunsch nach VertrBeendig eindeut zum Ausdr bringt. Beim KtenWechsel (Rn 5) liegt die Künd, soweit Schließ des Ktos gewünscht, in der Übermittlg der Ermächtigt gem ZKG 21. – **Wirkung.** Aufhebg des Vertr für die Zukunft (Einf 12 v § 346). Soweit KtoFührg VertrInhalt ist, endet die Funktion des Ktos als ZVerkehrskto; damit enden idR auch die Sondervereinbgen, die die KtoFührg voraussetzen (zB ec-KartenVertr; Herresthal WM 13, 773/75). Das Kto ist zu schließen (sa ZKG 44 S 2), dh ein Guthaben ist auszusahlen, ein Sollsaldo zurückzuführen (HGB 355 III). Der ZDLeister ist zur Ausführg von ZDLeistgen nicht mehr verpfl, kann aber, jedenfalls für angem Zeit, eingehde Zahlgen weiterhin entgnehmen u auf dem Kto verbuchen (S 1), an den Inhaber auskehren (§ 667) od mit eig Fdgen verrechnen (Herresthal aaO S 776, str; sa BGH NJW 07, 914 Tz 12, NJW-RR 15, 677 Tz 10 [4 Jahre nach Insolvenz des Kunden]). Er kann für die Künd weder ein Entgelt noch Erstattg der dch die Künd verursachten eig Kosten verlangen, wohl aber der Auslagen ggü Dritten (str, § 675 f IV 2, dort Rn 19; sa ZKG 26 III Nr 3), Vereinbgen zu Lasten des ZDNutzers sind unwirks, da die BRrep von der Option gem ZDiensteRL 45 VI keinen Gebrauch gemacht hat (sa BT-Drs 16/11643 S 104, Herresthal aaO S 775). – Für **Basiskonten** (§ 675 f Rn 22a) gelten dieselben Grds (ZKG 44).

3) Kündigung durch den Zahlungsdienstleister, Abs 2. Dazu Herresthal WM 13, 773. Sie ist, and als die des ZDNutzers, an enge Voraussetzgen gebunden, bei BasisKten weitgehend ausgeschl (Rn 3a). Akzeptiert der ZDNutzer eine (unwirks) Künd, kann einvernehm VertrAufhebg vorliegen. – **Kündigungsrecht, Abs 2 S 1.** Nur bei Vertr auf unbestimmte Zeit, u nur, wenn das Recht zur Künd mit einer mind 2-monat Frist vereinbart ist, auch in AGB (Bsp AGB-Banken 19 I; sa BGH NJW 13, 1519 Tz 15; auch fortgeltde alte AGB). Gekündigt werden kann dann, soweit nicht and vereinbart u kein BasisKto vorliegt (Rn 3a), ohne besond Grd ab VertrSchluss bis zur andweit Beendig des Vertr. Bei Vertr mit fester Laufzeit ohne od mit mangels Gestaltsgmöglichk (Rn 1 aE) unwirks KündVereinbg bleibt nach dem Wortlaut nur die außerordentl Künd (Rn 1), jedoch ist wg § 138 (dort Rn 82) nach angem Frist auch eine ordentl Künd zuzulassen (wie in § 723 Rn 2), uU auch nach § 314 (Hk-BGB/Schulte-Nölke Rn 3; aA zB Herresthal aaO S 774). **Teilrückzahlung** ist ebenfalls nur bei vertragl Gestatt zuläss (sa BGH NJW 06, 430). Selbst Zusatzvereinbgen (zB ec-KartenVertr; Ktokorrentkredit s Müllbert/Grimm WM 15, 2217/21) können selbst gekündigt werden (§ 675 f Rn 8). Die Künd kann im Einzelfall **ausgeschlossen** sein (näher Herresthal aaO S 777, auch zur Künd zur Unzeit), zB weil sie missbräuchl wäre (BGH NJW 13, 1519), od gg § 134, § 138 (dort Rn 91) verstieße. Bloße Ungleichbehandlg von Kunden genügt hierfür nicht (BGH NJW 13, 1519). And, wenn der ZDLeister öffentl gehindert ist, den Zugang zu seinen DLeistgen willkür zu beschneiden (BGH NJW 15, 2412 Tz 12: öff Spark, sachgerechter KündGrd erfdl). Das gilt insbes bei KontrahiersPfl (§ 675 f Rn 4) des ZDLeisters, sei es dass die Regelg selbst die Künd ausschließt, sei es dass sie auf Abschluss eines neuen Vertr zu den Bedinggen des bestehenden Vertr gerichtet ist (§ 242 Rn 52). Eine ÄndergKünd (Begriff Vorb 40 v § 620) zB zur allg Erhöhg der Entgelte kann daher, je nach Inhalt der KontrahiersPfl, zulässig sein (vgl zB ZKG 42 II Nr 4). **Beispiele:** drohde Image-Schäden für die Bank (sa Unger-Hellmich/Stephan BKR 09, 441); ParteiKten (NPD- u DVU oä), Parteienprivileg ist zu beachten (BGH NJW 03, 1658 für staatl od staatl beherrschtes KredInst, sa Saarbr NJW-RR 08, 1632 für Privatbank bei Quasi-Monopolstellg; § 242 Rn 13); gepfändetes Kto (Lücke BKR 09, 457), zur Künd bei Umwandlg in P-Kto Schlesw NZI 12, 923/25 u LG Leipzig VuR 16, 109. Für BasisKtoVertr gelten abschließde Sonderregelgen (Rn 3a). – **Kündigungsfrist, Abs 2 S 2.** Grdsätzl gilt die vertragl Vereinbg. MindFrist 2 Monate, kürzer nur, soweit § 675 h abdingb ist (Rn 1 aE; Herresthal aaO S 774). Berechng §§ 187 I, 188 II, III. – **Erklärung.** Sie ist einseit Gestaltsgesch (Übbl 17 v § 104; sa BGH NJW 13, 1519 Tz 41) u muss klar u verständl sein (sa EG 248 § 2). Sie bedarf grdsätzl keiner Begründg (and bei Sparkassen, Linnenbrink BKR 14, 10/15). **Form, Abs 2 S 3:** wie bei VertrÄnderg grdsätzl Mittelg auf dauerh Datenträger in deutscher od der vereinbarten Sprache; Einzelln s EG 248 §§ 2, 3 u § 675 g Rn 3. Daher keine stillschw Künd (Einf 6 v § 116). – **Wirkung** wie bei Künd des ZDNutzers (Rn 2).

Bei **Basiskontenverträgen** (§ 675 f Rn 22a) ist die Künd an zusätzl Voraussetzgen gebunden, da sonst die KontrahiersPfl des ZDLeisters unterlaufen werden könnte. **Ordentliche Kündigung** ist nur (ZKG 42 I) zuläss: (1) Bei entsprechender Vereinbarung (wie Rn 3; ZKG 42 II mit Einzelln), wenn (Nr 1) das Kto mind 24 Monate nicht genutzt wurde; od wenn (Nr 2 u 3) der KtoInhaber keinen Anspr mehr auf ein BasisKto hat, weil er nicht mehr Berechtigter iSv ZKG 31 I 2 (§ 675 f Rn 22b) ist od in Deutschland ein weiteres Kto eröffnet hat, das er für alle grdlegend Funktionen (§ 675 f Rn 22c) nutzen kann (vgl ZKG 35 I 1 u 2, § 675 f Rn 22b); od wenn (Nr 4) der KtoInhaber eine zuläss (BT-Drs 18/7204 S 89) VertrÄnderg ablehnt, die das Inst allen BasisKtoNutzern gem § 675 g (vgl dort Rn 2 ff) wirks angeboten hat. (2) **Ohne Vereinbarung** (ZKG 42 III), wenn (Nr 1) der KtoInhaber bestimmte vorsätzl Straftaten begangen hat u dem Inst die Fortsetz des VertragsVerh nicht mehr zumutbar ist; od wenn (Nr 2) der KtoInhaber mit der Entrichtg der dem Inst geschuldeten Entgelte u Kosten mehr als 3 Monate in Verzug ist, der Betrag 100 € übersteigt u das Entstehen weiterer Rückstände aus der KtoFührg zu besorgen ist (dazu Rott VuR 16, 3/7). Insbes iFv Nr 2 wird häuf eine vorangehde Fristsetz zur Begleichg der Rückstände od Abmahng erfdl sein (ZKG 42 V 2 u 3 iVm § 314 II). **Kündigungsfrist** mind 2 Monate (wie Rn 3). **Fristlose Kündigung** ist zuläss (ZKG 42 IV mit Einzelln), wenn der KtoInhaber das Kto für gesetzl verbotene Zwecke nutzt (Nr 1) od unzutreffde Angaben gemacht hat, wenn zutreffde Angaben zu einer Versagg des BasisKtos geführt hätten (Nr 2). Ob dadch die nach allg Grds stets zuläss außerord Künd aus wicht

Grd (Rn 1) vollständig erfasst ist, ist zweifelhaft (ablehnd Herresthal BKR 16, 133/40). Für die **Kündigungserklärung** (ZKG 43) gilt im Grds Rn 3. Jedoch bedarf sie der Textform (I, § 126 b). Der KündGrd ist anzugeben, soweit hierdurch nicht die öff Sicherh gefährdet od gg ein Verbot zur InfoWeitergabe verstoßen wird (II, V). Dem Gekündigten ist eine RBehelfsbeleg zu erteilen (III, IV). IFv ZKG 42 III u IV ist die Künd binnen angem Frist nach KenntnErlangg vom KündGrd zu erklären (ZKG 42 V 1 iVm § 314 III). Zum Zugang bei Unerreichbark des KtoInhabers s BT-Drs 18/7204 S 88. SchadErsAnspr wg des die Künd begründenden Verhaltens bleiben unberührt (ZKG 42 V 2 iVm § 314 IV). **Wirkung** der Künd wie Rn 2.

- 4 **4) Erstattung von Entgelten, Abs 3.** Die Vorschrift stellt klar, dass Entgelte, die (auch) für die Zeit nach VertrBeendiggg wirken, nicht mehr erhoben werden. Das betrifft insbes „regelmäßig“ Entgelte, dh solche, die jeweils für eine bestimmte Zeitspanne erhoben werden (Jahrespauschale für allg Verwaltungskosten, Monatsgebühr für KtoFührg etc). Werden sie im Nachhinein fällig, kann gem **Satz 1** der ZDLeister nur noch den Teil des Entgelts verlangen, der auf die Zeit vor VertrEnde fällt. Werden sie im Voraus erhoben u sind sie bereits vor VertrEnde gezahlt worden, hat gem **Satz 2** der ZDLeister den auf die Zeit nach VertrEnde entfallenden Betrag zu erstatten. Bsp: Kreditkartengebühr für 1 Kalenderjahr beträgt 60 €. Der Vertr wird zum 31. 8. beendet. Der ZDLeister kann bei Fälligg in Nachhinein mit VertrEnde nur 40 € verlangen, bei Zahlg im Voraus hat er 20 € zu erstatten.
- 5 **5) Kontenwechsel.** Das ist der auf Wunsch eines Verbrauchers vorgenommene Wechsel vom bei einem ZDLeister (übertragender ZDLeister) geführten ZKto zum bei einem and ZDLeister (empfangender ZDLeister) geführten ZKto mit od ohne Schließg des alten ZKtos. Für ihn gelten bei ZKten von Verbrauchern (ZKG 1) die besond Vorschr der ZKG 20–26 (sa ZKontenRL Art 2 Nr 10, 11, 18, Art 9–14; Herresthal BKR 16, 221/26), u zwar auch für den KtenWechsel innerh eines KredInst (BT-Drs 18/7204 S 70 f). Der Wechsel kann beinhalten: die Übermittlg von *Informationen* von einem ZDLeister, sofern dort vorhanden (BT-Drs 18/7204 S 72), zum and ZDLeister insbes über DauerAuftr für Überw, wiederkehrde Lastschr od wiederkehrde eingehde Überw auf dem alten ZKto, die Beendiggg bzw Neueinrichtg *wiederkehrender Zahlungsvorgänge* einschl der Benachrichtigg der beteiligten ZDNutzer; ferner die Übertrag eines positiven *Saldos* vom alten ZKto auf das neue; schließl die Schließg des alten Ktos. Er bedarf einer schriftl od beim Online-Banking (auch) in der dort vorgesehenen Form (zB dch TAN-Bestätigg) erteilten Ermächtigg des KtoInhabers, bei mehreren Inhabern von jedem, aus der sich auch der Umfang der iR des Wechsels auszuführenden DLeistgen ergibt, ggf einschl der Schließg des alten Ktos (Rn 2). Musterformular für diese Ermächtigg s Anl 1 zum ZKG. Die beteiligten ZDLeister sind zu den entspr Leistgen verpflichtet, schuldln (str) PflVerletzgen führen zu SchadErsAnspr des ZDNutzers (ZKG 25). Diese können für den Wechsel bei entspr Vereinbg mit Einschränkgen Entgelte verlangen (Einzelh ZKG 26; zum früheren Recht Jena ZIP 15, 1577).

675i Ausnahmen für Kleinbetragsinstrumente und elektronisches Geld. (1) ¹Ein Zahlungsdienstvertrag kann die Überlassung eines Kleinbetragsinstruments an den Zahlungsdienstnutzer vorsehen. ²Ein Kleinbetragsinstrument ist ein Mittel,

1. mit dem nur einzelne Zahlungsvorgänge bis höchstens 30 Euro ausgelöst werden können,
2. das eine Ausgabenobergrenze von 150 Euro hat oder
3. das Geldbeträge speichert, die zu keiner Zeit 150 Euro übersteigen.

³In den Fällen der Nummern 2 und 3 erhöht sich die Betragsgrenze auf 200 Euro, wenn das Kleinbetragsinstrument nur für inländische Zahlungsvorgänge genutzt werden kann.

(2) Im Fall des Absatzes 1 können die Parteien vereinbaren, dass

1. der Zahlungsdienstleister Änderungen der Vertragsbedingungen nicht in der in § 675 g Abs. 1 vorgesehenen Form anbieten muss,
2. § 675i Satz 2, § 675 m Abs. 1 Satz 1 Nr. 3, 4, Satz 2 und § 675 v Abs. 3 nicht anzuwenden sind, wenn das Kleinbetragsinstrument nicht gesperrt oder eine weitere Nutzung nicht verhindert werden kann,
3. die §§ 675 u, 675 v Abs. 1 und 2, die §§ 675 w und 676 nicht anzuwenden sind, wenn die Nutzung des Kleinbetragsinstruments keinem Zahlungsdienstnutzer zugeordnet werden kann oder der Zahlungsdienstleister aus anderen Gründen, die in dem Kleinbetragsinstrument selbst angelegt sind, nicht nachweisen kann, dass ein Zahlungsvorgang autorisiert war,
4. der Zahlungsdienstleister abweichend von § 675 o Abs. 1 nicht verpflichtet ist, den Zahlungsdienstnutzer von einer Ablehnung des Zahlungsauftrags zu unterrichten, wenn die Nichtausführung aus dem Zusammenhang hervorgeht,
5. der Zahler abweichend von § 675 p den Zahlungsauftrag nach dessen Übermittlung oder nachdem er dem Zahlungsempfänger seine Zustimmung zum Zahlungsauftrag erteilt hat, nicht widerrufen kann, oder
6. andere als die in § 675 s bestimmten Ausführungsfristen gelten.

(3) ¹Die §§ 675 u und 675 v sind für elektronisches Geld nicht anzuwenden, wenn der Zahlungsdienstleister des Zahlers nicht die Möglichkeit hat, das Zahlungskonto oder das Kleinbetragsinstrument zu sperren. ²Satz 1 gilt nur für Zahlungskonten oder Kleinbetragsinstrumente mit einem Wert von höchstens 200 Euro.

- 1 **1) Allgemeines.** S zunächst Einf 10 ff. Grdlage: ZDiensteRL Art 34 (teilw), 53. **Zweck:** KleinbetragsInstr, zB Geldkarten od and E-Geld, werden inwz in großem Umfang im Alltag als kostengünst u benutzerfreundl Alternative zum Bargeld zur Bezahlg niedrigpreis Waren od Dienstleistgen (Telefonieren, Erwerb von Fahrscheinen odä) eingesetzt. § 675i soll, unter Begrenzg des damit verbundenen Verlust- u MissbrRisikos für den Verwender, ihren Einsatz erleichtern, indem für sie bestimmte allg InfoPfl u Schutzmechanismen der ZDiensteRL außer Kraft gesetzt werden (BT-Drs 16/11643 S 104). **Anwendungsbereich:** Soweit KleinbetragsInstr (I, II) bzw E-Geld (III) iRv ZDiensten eingesetzt werden. – **Abdingbarkeit:** Zu Lasten des ZDNutzers iRv § 675 e (dort Rn 3 Nr 1, 2, 3), insbes bei Vertr zw Untern (§ 675 e IV); zG des Nutzers unbeschränkt, Grenzen nur gem den allg Regeln (§§ 305 ff etc).
- 2 **2) Kleinbetragsinstrumente. – a) Begriff, Abs 1.** Das sind besond ausgestaltete **Zahlungsinstrumente** (ZDiensteRL Art 34 I; zum Begriff § 675j Rn 6; sa Gebauer/Schinkels [Einf 1 v § 675 c] Rn 29), bei denen das

Risiko der Verwendg für den ZDNutzer dch bestimmte betragsmäß Grenzen des Einsatzes (sa § 675 k I) beschränkt ist. Darunter fällt insbes das karten- u serverbasierte E-Geld (Geldkarten uä; § 675 f Rn 54), gleichgült ob eine Sperrmöglichk gem III besteht od nicht. Nicht Telefonkarten (vgl § 675 c Rn 3). Die erfdl **Risikobegrenzung** ergibt sich aus I 2 u 3. Das ZInstr muss eines der folgden Merkmale erfüllen:

- (1) Begrenzg des einz auslösb **Zahlungsvorgangs** (§ 675 f Rn 16) auf 30 €; od
- (2) Begrenzg der mit dem ZInstr **mögliche Gesamtausgaben** auf 150 €, bei nur im Inland mögl Nutzg des ZInstr 200 €; od
- (3) Begrenzg des auf dem ZInstr **speicherbaren Gesamtbetrags** auf 150 €, bei nur im Inland mögl Nutzg des ZInstr 200 €.

(1) stellt auf den einz ZVorgang ab. (2) u (3) betreffen den für den Nutzer jew insges verfügb Betrag, auch wenn mehrere ZVorgänge ausgelöst werden. Nach einem ZVorgang kann das ZInstr jew wieder auf den zuläss Gesamtbetrag aufgeladen werden, ohne dass die Risikogrenze überschritten wird. Die Unterscheidg zw (2) u (3) ist erfdl, da nur auf ZKarten der Betrag gespeichert wird, wähd bei serverbasiertem E-Geld eine Ausgabenobergrenze geführt wird.

b) Rechtsfolgen, Abs 2. II bezeichnet die Vorschr, von denen die Part des ZDVertr bei Ausgabe eines KleinbetragsInstr abweichen können, also eine Ausn bzgl der (halb)zwingenden Natur dieser Vorschr (§ 675 e I). Wirks wird die Abweichg erst, wenn die Part sie auch tats vereinbaren. In Nr 2, 3, 4, 5 ist die Abweichg an weitere Voraussetzgen geknüpft. Zu den Einzelh vgl die Kommentierg bei den genannten Vorschr.

3) Weitere Erleichterungen für E-Geld, Abs 3. Begriff des E-Geldes § 675 f Rn 54. Wird das ZInstr ordnungsgem eingesetzt, autorisiert der Zahler die ausgelösten ZVorgänge (§ 675 j I 4). Es entspricht aber der Bargeldersatzfunktion des E-Geldes, dass bei seinem Einsatz, wie bei Bargeld, der Verwender (Zahler) die Gefahr der missbräuchl Verwendg u des Verlusts des E-Geld-Instr tragen soll. III trägt dem Rechng. Erfasst sind insbes Prepaid-Produkte, bei denen ZVorgänge ohne Unterschrift od personalisierte SicherhMerkmale (PIN etc) ausgelöst werden können (BT-Drs 16/11643 S 105). Diese Voraussetzung ist zB bei der GeldKarte erfüllt. Die Erleichterger sind, schon wg ihrer and Wirkg, neben denjen gem II anwendb.

a) Voraussetzungen: (1) **keine Sperrmöglichkeit** des ZDLeisters des Zahlers (III 1), bei der GeldKarte zB des KredInst des Zahlers. Diese Möglichk besteht nur bei entspr Vereinbg (§ 675 k II, dort auch zum Begriff der Sperrg). Es genügt daher, wenn die Part keine Sperrmöglichk vereinbart haben. (2) **Höchstbetrag 200 €**. Diese Voraussetzung entspricht der in Deutschland derzeit für entspr Produkte, zB die GeldKarte, übl Grenze.

b) Rechtsfolgen. § 675 u (Haftg des ZDLeisters bei fehlender Autorisierg des ZVorgangs) u § 675 v (Begrenzg der Haftg des Zahlers bei Missbr) sind kr Gesetzes nicht anwendb, ohne dass dies, wie bei II, vereinbart sein muss. Der Zahler trägt die Gefahr der missbräuchl Verwendg u des Verlusts der entspr E-Geld-Instrumente allein.

Kapitel 3. Erbringung und Nutzung von Zahlungsdiensten

Unterkapitel 1. Autorisierung von Zahlungsvorgängen; Zahlungsauffertifizierungsinstrumente

675j Zustimmung und Widerruf der Zustimmung. (1) ¹Ein Zahlungsvorgang ist gegenüber dem Zahler nur wirksam, wenn er diesem zugestimmt hat (Autorisierung). ²Die Zustimmung kann entweder als Einwilligung oder, sofern zwischen dem Zahler und seinem Zahlungsdienstleister zuvor vereinbart, als Genehmigung erteilt werden. ³Art und Weise der Zustimmung sind zwischen dem Zahler und seinem Zahlungsdienstleister zu vereinbaren. ⁴Insbesondere kann vereinbart werden, dass die Zustimmung mittels eines bestimmten Zahlungsauffertifizierungsinstruments erteilt werden kann.

(2) ¹Die Zustimmung kann vom Zahler durch Erklärung gegenüber dem Zahlungsdienstleister so lange widerrufen werden, wie der Zahlungsauftrag widerruflich ist (§ 675 p). ²Auch die Zustimmung zur Ausführung mehrerer Zahlungsvorgänge kann mit der Folge widerrufen werden, dass jeder nachfolgende Zahlungsvorgang nicht mehr autorisiert ist.

1) Allgemeines. S zunächst Einf 10 ff. Grdlage: ZDiensteRL Art 54, Art 55 (teilw). **Anwendungsbereich:** alle ZDienste. **Abdingbarkeit:** Zu Lasten des ZDNutzers iRv § 675 e (dort Rn 3 Nr 1, 2; bzgl II auch Nr 3); zG des Nutzers unbeschränkt, Grenzen nur gem den allg Regeln (§§ 305 ff etc).

2) Autorisierung, Abs 1. – a) Begriff und Wirkungen, Satz 1. Die Autorisierung ist nach der Legaldefinition in I 1 die Zustimmung (Rn 3) zu einem ZVorgang (§ 675 f III 1). Fehlt sie, ist der ZVorgang ggü dem Zahler nicht „wirksam“, dh dieser muss den Vorgang nicht als für ihn getätigt u verbindl gelten lassen, er hat gg den ZDLeister die Rechte gem § 675 u. Der ZDLeister kann seinerseits aus dem Vorgang keine Rechte (zB AufwendgsErsAnspr aus § 670) ggü dem Zahler herleiten. Die Zustimmung ist nur wirks, wenn der Erklärd **zustimmungsberechtigt** ist, insbes über das Kto, von dem die Zahlg vorgenommen werden soll, verfügen kann. Hieran fehlt es zB nach Eröffnung des InsolvenzVerf über das Verm des Zahlers (InsO 81; BGH NJW-RR 09, 981) od Anordng eines Verfüggsverbots (InsO 21; Ffm ZIP 13, 943). Zustimmung kann auch ein Vertreter des Zahlers, soweit Vertretg zuläss u Vertretgsmacht gegeben ist (Schlesw NJW-RR 14, 741; sa § 675 l Rn 2). Auch die Grds der RScheinHaftg (§ 172 Rn 6 ff) sind anwendb, jedoch nur, soweit nicht das System der Haftg gem §§ 675 u ff entgssteht (Linardatos BKR 15, 98; sa Piekenbrock WM 15, 797/801 u BGH NJW 16, 2024 Tz 58 [obiter dictum] mwN zur AnscheinsVollm bei nicht autorisierter Überw). Einzelh s § 675 Rn 9. Nachw der Berechtigdg dch Erben § 2353 Rn 76.

b) Zustimmung. – aa) Rechtsnatur. Gemeint ist, vergleichb § 684 S 2, die Erkl des Einverständn mit dem ZVorgang als tats Ereign, nicht hingg rechtstechn die Zustimmung zu einem RGesch iSv §§ 182 ff u/od einer Vfg (sa § 185 Rn 2). Allerding, wie bei § 684 S 2 (dort Rn 2), die Regeln gem §§ 182, 184 sinngem heranzuziehen, wie sich auch aus der Verwendg der dortigen Terminologie in § 675 j ergibt (BaRo/Schmalenbach Rn 2). Anstelle § 183 gilt die Sonderregel in § 675 j II. Die Zustimmung ist eine WillensErkl, für Voraussetzgen (Zahrte BKR 16, 315/16; ErklBewusstsein), Zugang u Anfechtg gelten im Grds die allg Regeln (Einf 3 v § 182); jedoch ist Anfechtg nach Unwiderruflichk (Rn 8) ausgeschl (AG Bonn MMR 15, 477, str, s Zahrte aaO). Beruht die Zustimmung auf der Täuschg des Zahlers dch einen Dritten (Bsp: sog Rücküberweisgstrojaner, AG Köln NJW-RR 14, 50, Zahrte MMR 13, 207), gilt § 123 II.

- 4 **bb) Arten, Satz 2.** Die dem ZVorgang vorangehende Erkl des Einverständn heißt Einwilligg, die ihm nachfolgende Genehmigg. Beide sind iRv S 2 zuläss u können für mehrere ZVorgänge erteilt werden. Die **Einwilligg** liegt idR darin, dass der Zahler selbst od sein berecht Vertreter einen ZAuftr (Weisg gem § 665) erteilt, damit stimmt er grdsätzl allen dch den Auftr bedingten ZVorgängen zu (§ 675 fRn 17). So liegt es bei der Überw (§ 675 fRn 29), bei Lastschr (näher Rn 9 f) sowie häuf bei Inanspruchnahme der iR der Nutzg einer ZKarte angebotenen Leistgen (§ 675 fRn 41 ff). Die Einwilligg kann pauschal, dh insbes ohne genaue Angabe des Z Betrags, erteilt werden (arg § 675 x I; Piekenbrock WM 15, 797/802). Sie kann dch wirks Widerruf (II) wieder beseitigt werden. Eine **Genehmigg** entfaltet Wirksamk nur, wenn dies zw ZDLeister u Zahler vorab vereinbart ist, auch in AGB (Laitenberger NJW 10, 192/93; zur Lastschr s Rn 10, zur Genehmigg gem § 675 x VI s dort Rn 3). Sie wirkt in diesem Fall grdsätzl zurück (vgl § 184 I). Eine (nachträgl) Genehmigg des ZVorgangs ohne solche Vereinbg ist unwirks.
- 5 **cc) Art und Weise der Erklärung, Satz 3.** Sie unterliegt der PartVereinbg. Insbes können die Part, auch in AGB, vereinbaren, dass eine Zustimmung unter bestimmten Voraussetzgen als erteilt gilt. § 309 Nr 13 ist nicht anwendb. Der ZDLeister hat dem ZDNutzer die Art u Weise der Zustimmung mitzuteilen (EG 248 § 4 I Nr 2 lit c, sa § 13). *Adressat* ist, wie in § 684 S 2, der ZDLeister des Zahlers. Die Erkl kann ihm, je nach Vereinbg, unmittelbar od mittelb über den ZEmpfänger bzw dessen ZDLeister übermittle werden (bedeuts zB für § 675 x III, VI). *Form:* Ist nichts vereinbart, gelten die allg Grds (§ 182 Rn 2 f: formlos, ggf auch stillschw, selbst wenn für den ZAuftr eine Form vereinbart ist, sa § 182 II). *Beispiele:* mündl bei Telefonbanking ggü dem ZDLeister; schriftl unter Verwendg vorgegebener Formulare bei gewöhnl ÜberwAuftr; elektron Telekommunikation mit dem ZDLeister bei Onlinebanking; mit Hilfe eines and ZAI (Rn 6), dort auch über den ZEmpfänger. Stillschw Zustimmung nach Übersendg von KtoAuszügen § 675 fRn 26.
- 6 **c) Zahlungsauffertigungsinstrumente (ZAI), Satz 4.** Darunter fällt jedes personalisierte, dh einem bestimmten ZDNutzer zuzuordnende (BaRo/Schmalenbach Rn 6) Instrument od Verf, das zw ZDNutzer u ZDLeister für die Erteilg von ZAuftr vereinbart u vom ZDNutzer zur Erteilg eines ZAuftr eingesetzt wird (ZAG 1 V; sa § 675 c III, EFN/Findeisen § 1 ZAG Rn 411 ff). Die ZDiensteRL (Art 4 Nr 23) verwendet mit vergleichb Definition den Begriff *Zahlungsinstrument*, dem der EuGH (WM 15, 813: unterschriebener ÜberwAuftr ebenso wie OnlineAuftr) allerd auch einen nicht personalisierten VerfAblauf zuordnet, der zw Nutzer u ZDLeister vereinbart wird u vom Nutzer für die Erteilg eines ZAuftr eingesetzt werden kann (zur begrenzten Anwendg dieser Rspr s Piekenbrock WM 15, 797/800). Der Begriff ZAI wird in den §§ 675 c ff vielfach verwendet, wobei zT nicht die Gesamth der das Instrument konstituierenden Bestandteile, sondern nur einz Komponenten (Karte, persönl SicherhMerkm) angesprochen sind (Bsp: § 675 l; für strikte Trenng Hofmann BKR 14, 105/06, zum Streitstand MüKo/Casper Rn 25 ff). Ziel eines ZAI ist es, dch den Einsatz eines formalisierten Verf, uU auch unter Beschräng auf eine bestimmte Art der Kommunikation, u den Einsatz von Merkm, die nur diesem Nutzer eigen bzw bekannt sind, die Abwicklg eines ZVorgangs zu erleichtern u den zu seiner Ausführg föhrenden ZAuftr eindeutig diesem Nutzer als Verantwortl zuordenb zu machen (ihn zu „authentifizieren“; sa § 675 w I 2). Dem dient zum einen die Unterschrift des Zahlers, idR iVm einem in AGB des ZDLeisters vorgeschriebenen 7 Formular (Bsp: Kreditkartenbeleg im PräsenzGesch). Sie wird jedoch oft ersetzt dch **personalisierte Sicherheitsmerkmale**, dh vom ZDLeister dem Nutzer zugeteilte u nur diesem bekannte u/od zugängl Codes wie persönl Identifikationsnummern (PIN), Transaktionsnummern (TAN), elektron Signaturen od Kenn- bzw Passwörter (sa §§ 675 l, m). Sie sind für sich genommen keine ZAI, vielm ledigl dem als ZAI anzusehenden Verf zugeordnet (SchBL/Maihold § 55 Rn 42). Nicht hierher gehören Merkm, die der ZDNutzer zwangsläuf offenbaren muss, wie KtoNr, Nr u Prüfzahl der ZKarte (str, aA zB Oechsler WM 10, 1381/83, Gebauer/Schinkels [Einf 1 v § 675 c] Rn 31). Bei Unterschrift (dagg zutr Hofmann BKR 14, 105/07), biometr Merkm sowie Kodiergen, die auch in and Zushang verwendet werden (Bsp: Chipkarte mit allg Signaturfunktion), ist die Zuordng zweifelh (Einzelh bei MüKo/Casper Rn 27 ff). ZAI ist das Instrument/Verf nur, wenn es für die Erteilg eines ZAuftr genutzt wird (Casper/Pfeifle WM 09, 2343/44). Davon zu unterscheiden ist die Kundenkennng (§ 675 r II), die ledigl zur eindeut Kennzeichng u Ermittlbarck des Nutzers dient, nicht zu einer Authentifizierg. Der Einsatz von ZAI bedarf besond Vereinbg iR eines ZDVertr. Er hat besond Pfl der Beteiligten zur Folge, vgl §§ 675 k–n für ZDLeister u Zahler, EG 248 § 17 für den ZEmpfänger, § 18 für Dritte, über die ein ZVorgang ausgelöst wird, zB Geldautomatenbetreiber; ferner hat er haftgs- u beweisrechtl Folgen (§§ 675 v, w); zu Manipulationen dch Dritte s § 675 w Rn 4. **Beispiele:** Nutzg von ZKarten (§ 675 fRn 41 ff) mit PIN (zB am SB-Terminal, am Geldautomaten) u/od Unterschrift (beleg Verf) od als E-Geld; Online-(Direkt)banking mit PIN u TAN (BGH NJW 16, 2024 Tz 14) od elektron Signatur (zu sog Hardware-Token Hofmann aaO); Telefonbanking mit Kennwort; DFÜ-Überw mit elektron Signatur. *Nicht:* reine ZMittel wie Bargeld od Scheck; der Einsatz von Formularen mit Unterschrift (zB für Überw; s aber Rn 6), insow wäre die Anwendg der §§ 675 k ff kaum sachgerecht; reine Speichermedien für SicherhMerkm (zB PIN-Briefe, str; Hofmann aaO); die Nutzg von Karten etc, soweit sie nicht der Autorisierg eines ZVorgangs, sondern nur der Erfassg der Kundenkennng (§ 675 r II) des Nutzers oä dient, zB der Einsatz einer ZKarte im elektron LastschrVerf (§ 675 f Rn 52; Laitenberger NJW 10, 192/94) od DistanzGesch (§ 675 fRn 47; MüKo/Casper Rn 31, str).
- 8 **3) Widerruf, Abs 2.** Abweiche Vereinbgen s Rn 1; Bsp: Vereinbg der Stornierg eines ZAuftr (§ 675 p Rn 2). **Zulässigkeit:** Die Zustimmung (Rn 3) ist grdsätzl widerrufll. **Satz 1. Erklärung des Zahlers:** Sie ist WillensErkl u formfrei, soweit nicht and vereinbart (sa EG 248 § 5 I Nr 2 lit c u Rn 3). *Adressat:* Abweicht von § 183 nur der ZDLeister. *Zeitpunkt:* bis zur Unwiderruflichck des ZAuftr, § 675 p, s dort. Liegt die Zustimmung in einer unmittelbar dem ZDLeister ggü erklärten Genehmigg, ist diese unwiderrufll (sa § 675 x III, VI). *Wirkung:* Ein zuläss Widerruf beseitigt die Autorisiergswirkg der Zustimmung. Zu RückerstattgAnspr bei Lastschr trotz Autorisierg s § 675 x. Ist die **Zustimmung für mehrere Zahlungsvorgänge** erteilt (Bsp: LastschrMandate; zur Einordng des DauerAuftr § 675 p Rn 2), kann der ZAuftr als solcher zwar nicht mehr widerrufen werden, wenn die hierfür erfld Voraussetzgen gem § 675 p nicht (mehr) gegeben sind. Jedoch bleibt die Zustimmung gem I zu den ZVorgängen widerrufll, die im Ztpkt des Zugangs der Widerrufserkl beim ZDLeister des Zahlers noch nicht ausgeführt sind, **Satz 2.** Folge: Der ZDLeister darf die ZVorgänge mangels Autorisierg nicht mehr ausführen. Andfalls gilt § 675 u.
- 9 **4) Lastschriften. – a) SEPA-Lastschrift.** Hier liegt im ZAuftr des Zahlers seine Einwilligg in davon gedeckte ZVorgänge u damit eine Autorisierg (BGH NJW 10, 3510 Tz 17, § 675 fRn 36). Widerruf gem Rn 8, sa insbes § 675 p II, III. UU besteht trotz Autorisierg ein ErststgtsAnspr gem § 675 x I, II (s dort).
- 10 **b) Einzugsermächtigungsverfahren.** Bei diesem nicht mehr zuläss Verf (§ 675 fRn 39) wurde der ZVorgang früher idR nachträgl dch (ggf auch stillschw) Genehmigg (Rn 4) autorisiert (§ 675 fRn 40), die gem den AGB bei fehlendem Widerspr 6 Wochen nach Mitteilg des Rechnungsabschlusses (§ 675 fRn 26) fingiert wurde. Nach den seit 9. 7. 2012 geltenden AGB enthielt die Einzugsermächtig auch den ZAuftr des Schu an seinen

ZDLeister, die Lastschr einzulösen, u damit die Autorisierg des mit dem Einzug verbundenen ZVorgangs. Nach den AGB SEPA-BasisLastschr darf der ZDLeister des Zahlers die Ermächtigg als SEPA-LastschrMandat behandeln (sog Migration; dazu § 675 f Rn 39). Ausführl EFN/Ellenberger § 675 x Rn 49 ff; sa 72. Aufl u 75. Aufl jew § 675 j Rn 10 ff.

c) In der **Insolvenz** des Zahlers (SchBL/Ellenberger § 59) bindet eine vor VerEröffng wirks erteilte (auch fingierte, BGH NJW 08, 3348 Tz 27) Autorisierg (Rn 9, 10) den InsolvenzVerw, die Lastschr ist trotz evtl RückfordergsAnspr (§ 675 x) „insolvenzfest“ (BGH NJW 10, 3510), die Autorisierg allerd uU anfechtb (InsO 129 ff, BGH NZI 10, 981, 11, 17, NJW-RR 13, 492). Nach Eröffng konnte der InsolvenzVerw beim EinzugsermächtigtsVerf (Rn 10) grdsätzl nur noch widersprechen, wenn der Zahler den ZVorgang nicht autorisiert hatte. Diese Voraussetzg ist bei Lastschr ab 9. 7. 2012 allenfalls ausnahmsweise gegeben (Rn 10; Nobbe ZIP 12, 1937/42), die umfangreiche Rspr des BGH zur Problematik (Einzelh bei Soe/Werner § 675 x Rn 31; sa 72. Aufl § 675 j Rn 12) ist für solche Lastschr prakt ggstandlos. BereichergsAnspr bei rgrundlosen Buchgen § 812 Rn 108.

675k Nutzungsbegrenzung. (1) In Fällen, in denen die Zustimmung mittels eines Zahlungsauthentifizierungsinstruments erteilt wird, können der Zahler und der Zahlungsdienstleister Betragsobergrenzen für die Nutzung dieses Zahlungsauthentifizierungsinstruments vereinbaren.

(2) ¹ Zahler und Zahlungsdienstleister können vereinbaren, dass der Zahlungsdienstleister das Recht hat, ein Zahlungsauthentifizierungsinstrument zu sperren, wenn

1. sachliche Gründe im Zusammenhang mit der Sicherheit des Zahlungsauthentifizierungsinstruments dies rechtfertigen,
2. der Verdacht einer nicht autorisierten oder einer betrügerischen Verwendung des Zahlungsauthentifizierungsinstruments besteht oder
3. bei einem Zahlungsauthentifizierungsinstrument mit Kreditgewährung ein wesentlich erhöhtes Risiko besteht, dass der Zahler seiner Zahlungspflicht nicht nachkommen kann.

² In diesem Fall ist der Zahlungsdienstleister verpflichtet, den Zahler über die Sperrung des Zahlungsauthentifizierungsinstruments möglichst vor, spätestens jedoch unverzüglich nach der Sperrung zu unterrichten. ³ In der Unterrichtung sind die Gründe für die Sperrung anzugeben. ⁴ Die Angabe von Gründen darf unterbleiben, soweit der Zahlungsdienstleister hierdurch gegen gesetzliche Verpflichtungen verstoßen würde. ⁵ Der Zahlungsdienstleister ist verpflichtet, das Zahlungsauthentifizierungsinstrument zu entsperren oder dieses durch ein neues Zahlungsauthentifizierungsinstrument zu ersetzen, wenn die Gründe für die Sperrung nicht mehr gegeben sind. ⁶ Der Zahlungsdienstnutzer ist über eine Entsperrung unverzüglich zu unterrichten.

1) **Allgemeines.** S zunächst Einf 10 ff. Grdlage: ZDiensterl Art 55. Die Vorschr regelt Einzelh zur Nutzg von ZAI (§ 675 j Rn 6). **Anwendungsbereich:** Alle ZDVertr, bei denen der ZDLeister ein ZAI (§ 675 j Rn 6) ausgibt. **Abdingbarkeit:** Zu Lasten des ZDNutzers iRv § 675 e (dort Rn 3 Nr 1, 2); zG des Nutzers unbeschränkt, Grenzen nur gem den allg Regeln (§§ 305 ff etc).

2) **Betragsobergrenze, Abs 1.** Die Part können in dem die Nutzg des ZAI regelnden ZDVertr (§ 675 j Rn 6), auch in AGB, Obergrenzen für den ZBetrag (§ 675 q I) bzw die Summe der ZBeträge vereinbaren, die dch das ZAI autorisiert werden können. Dadch kann dem mögl Missbr des Instruments begegnet u das Risiko seines Einsatzes begrenzt werden. Art u Höhe der Obergrenze sind Sache der Vereinbg, zB absolute Obergrenze für ein bestimmtes Instrument, Obergrenzen für den Einsatz innerh einer Frist u/od eine bestimmte Nutzgsart. Bsp: Tagesbegrenzg für den Einsatz einer ZKarte od für Barabheben; Betragsgrenze für Überw im Online-banking; sa § 675 i. Der ZDLeister hat über die Möglichk der Vereinbg zu informieren (EG 248 § 4 Nr 2 lit f). Führt er einen die Grenze überschreitenden ZVorgang aus, liegt darin, and als bei der bloßen KtoÜberziehng (§ 675 o Rn 3), uU eine PfVerletzg (sa BGH NJW 12, 2422 Tz 37).

3) **Sperrung, Abs 2. – a) Begriff.** Sperren bedeutet ein Vorgehen des ZDLeisters, das bewirkt, dass das ZAI nicht mehr zur Auslösg eines ZVorgangs verwendet werden kann (BT-Drs 16/11643 S 106). Bsp: techn Sperre, die bewirkt, dass das Instrument an Terminals nicht mehr angenommen wird; Einziehng einer ZKarte. Davon zu unterscheiden ist die Frage, ob der Einsatz der ZKarte etc im Verh zum Empfänger die vorgesehenen rechtl Wirkgen entfalten kann. – **Anwendungsbereich:** nur dch den ZDLeister veranlasste Sperren, nicht Sperren auf Veranlassg des Zahlers (§ 675 m I Nr 4).

b) **Zulässigkeit, Satz 1.** Im *Einvernehmen* von ZDLeister u Zahler ist die Sperrg stets zuläss, zB bei Verlust einer ZKarte auf Antr des Zahlers. *Einseitig* dch den ZDLeister, wenn die vertragl Basis für die Nutzg des ZAI entfällt, zB bei Beendig des ZDVertr etwa dch Künd aus wicht Grd od bei Zusatzkarten (§ 675 f Rn 42) dch Widerruf der Vollm des HauptkartenInh. Sonst nur, wenn dies, wie idR (Bsp AGB-girocard II.5, AGB-Master-Card I.18), im ZDVertr vereinbart ist. Eine solche Vereinbg kann, da zu Lasten des ZDNutzers, grdsätzl nur (§ 675 e I; s Rn 1) für die in II 1 genannten Fallgestaltgen getroffen werden. Die Bedinggen für die einseit Sperre sind dem Zahler mitzuteilen (EG 248 § 4 I Nr 5 lit b). **Nr 1** bei obj verifizierb Bedenken gg die Sicherh des ZAI, sei es wg seiner techn Ausgestalt (zB erkennb SicherhLücken des Authentifiziergsmechanismus), sei es wg des Verhaltens des Zahlers (wiederholte od schwerwiegde Missachtg der SorgfaltsPf, § 675 i S 1). **Nr 2** bei Verdacht (dh der dch konkrete obj Anhaltspkte unterlegten Vermutg) einer missbräuchl Verwendg, zB bei Verlust, Diebstahl einer ZKarte (sa § 675 m I 1 Nr 4). Die Sperre kann insow auch automat vorgesehen werden, zB bei mehrfach aufeinanderfolgender Eingabe einer falschen PIN (Bsp: AGB-girocard III.1.2, 2.2, 3.2). **Nr 3** bei ZAI mit Kreditgewährng ein dch obj Anhaltspkte belegb wesentl erhöhtes Kreditrisiko (zB mehrfache Nichtzahlg der vereinbarten Rückführgraten); hierher rechnen stets zB Kreditkarten (§ 675 f Rn 47), aber auch Debitkarten (§ 675 f Rn 50), wenn der Zahler für sein GiroKto Kredit (Überziehgskredit oä) in Anspr nimmt.

c) **Unterrichtung, S 2–4.** *Art und Weise* der Unterrichtg: s § 675 d Rn 2. *Inhalt:* Die Tats der Sperre. Ferner die hierfür gem II 1 maßg Grde, sofern nicht ein AusnFall gem II 4 vorliegt (Bsp: GeheimhaltgsPf wg des Verdachts strafb Handlgen wie Geldwäsche, Terrorismusfinanzierg; s BT-Drs 16/11643 S 106). *Zeitpunkt:* möglichst vor, jedenfalls unverzügl (dh ohne schuldh Zögern, § 121 I) nach der Sperrg. *Pflichtverletzng* kann SchadErsAnspr gem § 280 I begründen.

d) **Entsperrung, S 5, 6.** Der Zahler hat idR aus dem Vertr mit seinem ZDLeister (vgl zB § 675 f Rn 44) einen Anspr auf Nutzg des ZAI. Schon aus diesem Grd kann er Entsperrg (dh Beseitigg der techn Barrieren für die

Nutzg) bzw, sofern die Nutzg des alten ZAI nicht mehr mögl ist (zB wg der Gefahr der Nutzg dch unbefugte Dritte), Ausstellg eines neuen ZAI verlangen, wenn keine Grde (mehr) bestehen, die die Verweigerg rechtfertigen. S 5 stellt dies klar. Soweit der ZDLeister ledigl diese NebenPfl iSv § 675 f IV 2 erfüllt, kann er für die Entsperrg etc mangels gesetzl Zulassg kein Entgelt verlangen (BGH NJW 16, 560 Tz 26; bei Verlust der Originalkarte); andfalls bei entspr Vereinbg EntgeltPfl (sa Kropf/Habl BKR 15, 316/18, Köln WM 16, 354). *Unterrichtung* des ZDNutzers (dürfte, wie § 675 k umfasst, nur den Zahler betreffen, MüKo/Casper Rn 18): wie Rn 5.

675I Pflichten des Zahlers in Bezug auf Zahlungsauthentifizierungsinstrumente. ¹ Der Zahler ist verpflichtet, unmittelbar nach Erhalt eines Zahlungsauthentifizierungsinstrumentes alle zumutbaren Vorkehrungen zu treffen, um die personalisierten Sicherheitsmerkmale vor unbefugtem Zugriff zu schützen. ² Er hat dem Zahlungsdienstleister oder einer von diesem benannten Stelle den Verlust, den Diebstahl, die missbräuchliche Verwendung oder die sonstige nicht autorisierte Nutzung eines Zahlungsauthentifizierungsinstrumentes unverzüglich anzuzeigen, nachdem er hiervon Kenntnis erlangt hat.

- 1 **1) Allgemeines.** S zunächst Einf 10 ff. Grdlage: ZDiensteRL Art 56. Die für den Zahler statuierten Pfl korrespondieren vielfach mit denen des ZDLeisters gem § 675 m. **Anwendungsbereich:** Alle ZDVertr, bei denen der ZDLeister ein ZAI (§ 675 j Rn 6) ausgibt. **Abdingbarkeit:** Zu Lasten des ZDNutzers iRv § 675 e (dort Rn 3 Nr 1, 2); ferner S 2 bzgl KleinbetragsInstr gem § 675 i II Nr 2. ZG des Nutzers unbeschränkt, Grenzen nur gem den allg Regeln (§§ 305 ff etc).
- 2 **2) Sorgfaltspflichten des Zahlers, S 1.** Zu den Begriffen *Zahlungsauthentifizierungsinstrument* u *personalisiertes Sicherheitsmerkmal* s § 675 j Rn 6 f. Erfasst sind insbes PIN, TAN u Kenn- bzw Passworte. *Unbefugt* ist ein Zugriff Dritter, der dch die vertragl Vereinbgen zur Nutzg des ZAI nicht gedeckt ist. Ist zB die Weitergabe von TAN an einen Vertreter nach dem ZDVertr erlaubt, ist sie nicht unbefugt. IÜ können dem Vertreter eig PIN- u TAN-Berechtigten eingeräumt werden (BGH NJW 16, 2024 Tz 59). **Inhalt:** S 1 betrifft, entgg dem Wortlaut, die Pfl im Umgang mit ZAI einschl persönl SicherhMerkm (Hofmann BKR 14, 105/06). Was zumutb Vorkehrgen sind, kann nur im Einzelfall u anhand der Ausgestaltg von ZAI u persönl SicherhMerkm entschieden werden. Insow besteht Spielraum für die vertragl Ausgestaltg (Hofmann aaO; Bsp Rn 3); Grenzen in AGB § 307 Rn 67. Die entspr Anfordergen sind dem Zahler mitzuteilen (EG 248 § 4 Nr 5 lit a). Jedoch darf vom Nutzer nichts Unzumutbares verlangt werden. Unzumutb dürften auch Vorkehrgen sein, die die Nutzg des ZAI derart einschränken, dass es seine prakt Brauchbar für die mit ihm bezweckten Einsatzmöglichk verliert (Scheibengruber BKR 10, 15/20); Bsp: absolutes Verbot, eine PIN aufzuschreiben od elektronisch zu speichern (Hofmann aaO 108); Gebot, an Geldautomaten stets die Tastatur abzudecken. Handelt es sich, wie idR, um AGB, sind §§ 305 ff heranzuziehen. Insbes bei der Frage der Unangemessenh (§ 307 II) wird die gesetzl, nicht abdingb Haftg von Nutzer u ZDLeister gem §§ 675 u–w zu berücksichtigen sein (BT-Drs 16/11643 S 107). **Zeitpunkt:** Bis zum Eingang des ZAI beim Zahler hat der ZDLeister für dessen Schutz gg missbräuchl Verwendg zu sorgen, er trägt insow die Gefahr (§ 675 m II). Sobald das ZAI in den HerrschBereich des Zahlers gelangt, treffen diesen die Pfl gem S 1. Insow können, auch hinsichtl der Beweislast, die Grds zum Zugang von WillensErkl (§ 130 Rn 5 ff, 21) herangezogen werden. Unmittelb nach Erhalt bedeutet nur, dass die Pfl mit diesem Ztpkt, insbes der Bekanntgabe der SicherhMerkm, einsetzen. Ergeben sich später Situationen, die erhöhte, aber zumutb Sorgfaltsanfordergen stellen, fällt auch die Einhaltg dieser Anfordergen unter S 1. **Verpflichtet** ist der Zahler, dh derjen, mit dem der ZDLeister den Einsatz des ZAI vereinbart hat. **Pflichtverletzung** kann zur Sperrg des ZAI führen (§ 675 k Rn 4). Ferner zu SchadErsAnspr des ZDLeisters gem § 675 v (dort II Nr 1).
- 3 **Beispiele,** zT nach altem Recht: *Überweisungen, Online-Banking* (Borges NJW 12, 2385; sa AGB-Online-Banking Nr 7): Der Zahler hat dem Missbr ihm auf seinen Wunsch für Transaktionen zugeordneter Kodiergen wie PIN, TAN vorzubeugen (Kind/Werner CR 06, 353); seinen zur Erteilg von ZAuftr genutzten Computer iR des Üblichen gg das Ausspähen von Daten („phishing“ oä) od deren Manipulation zu sichern (Bender WM 08, 2049; Einzelh Schulte am Hülsen/Klabunde MMR 10, 84); keine Eingabe von TAN im Internet bei obj Verdachtsmomenten auf Phishing (KG WM 11, 493) od Pharming (BGH NJW 12, 2482; Eingabe mehrerer TAN, s dort auch zu den Begriffen). *Zahlungskarten:* Bsp AGB-girocard II.6, AGB-MasterCard I.7.2 u 3. IdR sind PIN (Ffm NJW-RR 01, 1341) und Karte sorgfältig u getrennt aufzubewahren; die PIN ist geheim zu halten (dazu Hamm NJW-RR 98, 561, LG Köln NJW-RR 01, 1340; Hofmann BKR 14, 105/08). Bsp für PflVerletzgen: gemeins Aufbewahrg von Karte u PIN (BGH 145, 337; einheitl Zugriffsmöglichk, Ffm NJW-RR 04, 206; als Telefonnummer notiert, KG MDR 00, 1022; offen in einer Wohng); Liegenlassen der Karte an allg zugängl Ort (Rottweil WM 99, 1934), nicht dagg ow in verschlossenem Pkw (aA LG Hbg NJW-RR 02, 264), Wohnwagen im Urlaub (Ffm NJW-RR 02, 692, sa Mainz WM 03, 1172) od allg nicht zugängl Büro (Bonn NJW-RR 05, 1645, strenger Düss BKR 08, 41); Eingabe der PIN an freistehden Automaten (Halle WM 01, 1298 [zu Recht krit Haertlein WuB I D 5 b-3.01]); nicht hingg unterlassene Vernichtg der PIN-Mitteilg (BGH 145, 337).
- 4 **3) Anzeigepflicht, S 2.** *Zahlungsauthentifizierungsinstrument* wie Rn 2, § 675 j Rn 6. – **a) Anzuzeigende Vorgänge.** Bei der Auslegg der Vorschr ist zu berücksichtigen, dass die Anzeige zwingd schwerwiegde Folgen wie die Sperrg des ZAI nach sich zieht. – **Verlust und Diebstahl.** Diese Variante bezieht sich nur auf ZAI mit körperl Komponente, zB die ZKarte, nicht hingg PIN od TAN (Scheibengruber BKR 10, 15/20). Erfasst ist nur diese Komponente, nicht erfill ist, dass auch das persönl SicherhMerkm der (alleinigen, S 1) Kontrolle des Zahlers entglitten ist (Casper/Pfeifle WM 09, 2343/46; sa Rn 6); denn die Gefährdgt tritt bereits dch den Verlust der verkörpernten Komponente ein. *Verlust* bedeutet zunächst verlieren des verkörpernten Teils iSv § 965 (sa Vorb 1 v § 965). Dass der Zahler eine Karte (vorübergehnd) nicht findet, genügt nicht, solange er davon ausgehen kann, dass sie sich noch in seiner allg alleinigen VfgsGewalt befindet (s aber Rn 7). *Diebstahl* ist ledigl ein Unterfall des Verlusts. S StGB 242. Das bloße *Abhandenkommen*, dh der unfreiwill Besitzverlust (wie § 935 Rn 3 ff) am verkörpernten Teil allg, ist hier (and § 675 v I, dort Rn 3) nicht erwähnt. Gleichwohl spricht viel dafür, es auch unter § 675 I fallen zu lassen, da auch die ZDiensteRL (Art 56, 61) beide Fälle gleich behandelt.
- 6 **Nicht autorisierte Nutzung** meint jede Nutzg dch Dritte, denen der Zahler nicht die entspr Befugn zur Nutzg eingeräumt hat. *Dritter:* Jeder außer dem Inhaber der ZKarte (Haupt- od Zusatzkarte) selbst. Es genügt daher zB nicht, wenn die Verwendg dch den Inhaber im Verhältn zum KartenAusst gg die vertragl Bedinggen (zB ungenehmigte KtoÜberziehg oä), od zB bei Zusatzkarte gg die Vereinbgen mit dem HauptkartenInh (Zwade/Mühl WM 06, 1225/29) verstößt. Hauptfall ist die *missbräuchliche Verwendung*. Darunter fällt jede Verwendg des ZAI

(od der personalisierten SicherhMerkm) ohne od gg den Willen des Inhabers, zB bei ZKarten auch die weigs-widr Verwendg dch das VertrUntern (LG Karlsr NJW-RR 01, 770). Auch die (im Verhältn zum Inhaber) unbe-recht Verwendg dch denjen, dem der Inhaber die ZK überlassen hat (zur Zweitkarte s oben), fällt nach wohl hM darunter (MüKo/Casper Rn 27 mwN, sa § 665 Rn 2).

Unklar ist die RLage, wenn ledigl die **Gefahr missbräuchlicher Verwendung** besteht, zB weil der Zahler sich der alleinigen VfgsGewalt über ZKarte od personalisierte SicherhMerkm nicht mehr sicher ist (Karte ist vorübergehd nicht auffindb od kann dupliziert worden sein; PIN kann dritten, nicht befugten Pers bekannt geworden sein, zB dch Ausspähen). Nach dem Wortlaut fallen solche Fallgestaltgen nicht unter die AnzeigePfl. Ob sich allein aus dem Zweck der Vorschr (Verhinderung von Missbr) begründen lässt, sie dem Verlust des verkörperten ZAI gleich-zustellen, ist angesichts der gravierenden Folgen für den Zahler (sa § 675 v) zweifelh (ablehnd zB BaRo/Schmalen-bach Rn 6). Jedoch sind vertragl Ausgestaltgen zuläss (SchBL/Maihold § 54 Rn 89; Bsp AGB-girocard II.6.4).

b) Anzeige bedeutet Mitteilg in einer Weise (keine bestimmte Form, also auch telefonisch, per E-Mail od Fax), die dem ZDLeister eine angemessene Reaktion (zB Sperrg, § 675k) ermöglicht. InfoPfl des ZDLeisters zu Art u Weise der Anzeige EG 248 § 4 I Nr 5 lit a. **Zeitpunkt:** Unverzügl (§ 121 I 1; Ffm NJW-RR 04, 206; höchstens 1½ Std, sehr knapp) nach (positiver) Kenntn vom Anzeigetatbestand. Bloßer (auch gewicht) Verdacht genügt nicht; jedoch muss ihm der Zahler uU nachgehen (§ 241 II), andfalls uU SchadErsAnspr des ZDLeisters gem § 280 I. Kenntn haben muss der Zahler, Kenntn des Vertreters genügt aber (§ 166 I, sa dort Rn 6 zum Wis-sensvertreter). **Verpflichteter:** Wie Rn 2. **Adressat** ist grdsätzl der ZDLeister des Zahlers. Hat dieser eine bestimm-te Stelle benannt (InfoPfl des ZDLeisters EG 248 § 4 I Nr 5), genügt Mitteilg dorthin (Bsp: zentraler Sperran-nahmedienst). **Folge der Anzeige:** Sperrg des ZAI, § 675 m I 1 Nr 4. **Pflichtverletzung** wie Rn 2.

675m Pflichten des Zahlungsdienstleisters in Bezug auf Zahlungsauthentifizierungs-instrumente; Risiko der Versendung. (1) ¹ Der Zahlungsdienstleister, der ein Zahlungsauthentifizierungsinstrument ausgibt, ist verpflichtet,

1. unbeschadet der Pflichten des Zahlungsdienstnutzers gemäß § 675I sicherzustellen, dass die per-sonalisierten Sicherheitsmerkmale des Zahlungsauthentifizierungsinstruments nur der zur Nut-zung berechtigten Person zugänglich sind,
2. die unaufgeforderte Zusendung von Zahlungsauthentifizierungsinstrumenten an den Zahlungs-dienstnutzer zu unterlassen, es sei denn, ein bereits an den Zahlungsdienstnutzer ausgegebenes Zahlungsauthentifizierungsinstrument muss ersetzt werden,
3. sicherzustellen, dass der Zahlungsdienstnutzer durch geeignete Mittel jederzeit die Möglichkeit hat, eine Anzeige gemäß § 675I Satz 2 vorzunehmen oder die Aufhebung der Sperrung gemäß § 675 k Abs. 2 Satz 5 zu verlangen, und
4. jede Nutzung des Zahlungsauthentifizierungsinstruments zu verhindern, sobald eine Anzeige gemäß § 675I Satz 2 erfolgt ist.

² Hat der Zahlungsdienstnutzer den Verlust, den Diebstahl, die missbräuchliche Verwendung oder die sonstige nicht autorisierte Nutzung eines Zahlungsauthentifizierungsinstruments angezeigt, stellt sein Zahlungsdienstleister ihm auf Anfrage bis mindestens 18 Monate nach dieser Anzeige die Mittel zur Verfügung, mit denen der Zahlungsdienstnutzer beweisen kann, dass eine Anzeige erfolgt ist.

(2) Die Gefahr der Versendung eines Zahlungsauthentifizierungsinstruments und der Versendung personalisierter Sicherheitsmerkmale des Zahlungsauthentifizierungsinstruments an den Zahler trägt der Zahlungsdienstleister.

1) Allgemeines. S zunächst Einf 10 ff. Grdlage: ZDiensteRL Art 57. **Anwendungsbereich:** Alle ZDVertr, bei denen der ZDLeister ein ZAI (§ 675 j Rn 6) ausgibt. **Abdingbarkeit:** Zu Lasten des ZDNutzers iRv § 675 e (dort Rn 3 Nr 1, 2); ferner I 1 Nr 3 u 4, I 2 bzgl KleinbetragsInstr gem § 675 i II Nr 2. ZG des Nutzers unbeschränkt, Grenzen nur gem den allg Regeln (§§ 305 ff etc).

2) Pflichten des Zahlungsdienstleisters, Abs 1 S 1. Auch der ZDLeister hat, korrespondierend zu den Pfl des Zahlers gem § 675I, iR des in seinem Verantwortungsbereich Erforderl u wirtschaftl Zumutb dazu beizutragen, dass das ZAI sicher verwendet, Missbr vermieden u evtl Schaden gering gehalten wird. Diese Pfl (sa § 675 f Rn 9) regelt I 1 nicht abschließd, wicht Hinw im BaFin-Rdschr 4/2015 zu MindAnfordergen an die Sicherh von Internetzahlgen (MaSI; dazu Zahrt ZBB 15, 410). Zu mobile-payment-Verf per Smartphone etc Sobbing WM 16, 1066/69. Die Vereinbg eines Entgelts für die PflErfüllg, zB die Sperrg eines ZAI (Düss ZIP 12, 1748), in AGB ist unzuläss (Scheibengruber BKR 10, 15/20). **Nr 1: Personalisierte Sicherheitsmerkmale** s § 675 j Rn 7. Erfüll ist insbes eine Form der Übermittlg dieser Merkm, die iR des Zumutb ausschließt, dass Dritte die Merkm erfahren, bevor der Zahler für ihre Sicherh sorgen kann (sa § 675I Rn 2). Welche techn Vorkehrgen hierfür erföll sind, richtet sich nach der Art der Merkm u ihrer Übermittlg (zB bei Onlineübermittlg gesicherte Verbindg, bei Zusendg per Post dch Einschreiben oä). Die Pfl besteht aber auch bei Auswahl u Einsatz der Merkm, zB: wirks PIN/TAN-Systeme (KG WM 11, 493/96); Zur-Vfg-Stellen einer gesicherten Onlineverbindg bei Onlineban-king; sa Schulte am Hülse/Klabunde MMR 10, 84/88. Ferner bei der Info bzw Aufkl über Gefahren (Borges NJW 12, 2385/88). **Nr 2: Zusendung nur auf Anforderung.** Betrifft nicht nur die SicherhMerkm (Nr 1), sond das ZAI insges (zB auch die ZKarte selbst). Ausn: Ersatz des ZAI, zB bei Ablauf der Geltgsdauer einer ZKarte. **Nr 3: Anzeigemöglichkeit.** S zunächst § 675I Rn 8. Erfüll ist die Benennng des Adressaten der Anzeige od des Aufhebg-sverlangens. Dieser muss jederzeit erreichbar sein, dh rund um die Uhr auch an Nichtgeschäftstagen. Nr 3 betrifft nur die techn Dchführg der Anzeige etc, regelt hingg nicht deren Folgen. **Nr 4: Verhinderung der Nutzung.** Be-trifft das gesamte ZAI, nicht nur die persönl SicherhMerkm. Anzeige s § 675I S 2. Art u Weise der Verhinderung ist Sache des ZDLeisters, zB dch Sperrg (§ 675 k Rn 3). Die Verpfl betrifft nur die Nutzg innerh der dem ZDLeister zugängl Sphäre (sa Hk-BGB/Schulte-Nölke Rn 4).

3) Bestätigungspflicht, Abs 1 S 2. Anzeige gem § 675I S 2, dort Rn 8. Es handelt sich um einen Anspr des ZDNutzers, der den der Ausstellg des ZAI zugrundeliegenden ZDVertr geschlossen hat, gg den ZDLeister, der sein VertrPartner ist, nicht gg die von diesem ZDLeister als Adressat der Anzeige benannte Stelle. Gefordert wer-den kann im Ergebn eine wg der Beweisfunktion schriftl (MüKo/Casper Rn 13) Bestätigg der Anzeige, einschl des genauen EingangsZtpkts, unabhäng davon, ob die Anzeige ggü dem ZDLeister selbst od der von ihm be-nannten Stelle erfolgt ist. Zweck: Sichg eines Nachw für die Anzeige. Ausstellg nur auf Verlangen des ZDNut-

zers, das binnen 18 Monaten nach Anzeige zu äußern ist (MüKo/Casper Rn 14: Ausschlussfrist); danach kann der ZDLeister die Bestätigg verweigern. R Folge eines Verstoßes: keine Beweiserleichterung gem § 675 w (str). Kein Entgelt (§ 675 f IV 2).

- 4 **4) Versendungsrisiko, Abs 2.** Bis zum Ztpkt des Eintritts des ZAI u der personalisierten SicherhMerkm in den HerrschBereich des Zahlers trägt der ZDLeister das Risiko des Missbr des ZAI, dh er hat dessen Folgen allein zu tragen, §§ 675 u–w gelten nicht. Das ist unproblematisch, wenn ZAI u SicherhMerkm unter Anwesenden übergeben werden. II regelt das Risiko für den Fall der Versendg (zu den Anfordergen an die Versendg s Rn 2), zB per Post od online per Internet. Zum insow maßg Ztpkt des Risikoübergangs s § 675 I Rn 2. UU Nachforschgs- u MitteilgPfl des Zahlers, zB wenn ihm die beantragte ZKarte od angekündigte SicherhMerkmale nicht zeitnah zugehen (sa KG NJW 06, 381; SchBL/Maihold § 54 Rn 56).

Unterkapitel 2. Ausführung von Zahlungsvorgängen

675n Zugang von Zahlungsaufträgen. (1) ¹ Ein Zahlungsauftrag wird wirksam, wenn er dem Zahlungsdienstleister des Zahlers zugeht. ² Fällt der Zeitpunkt des Zugangs nicht auf einen Geschäftstag des Zahlungsdienstleisters des Zahlers, gilt der Zahlungsauftrag als am darauf folgenden Geschäftstag zugegangen. ³ Der Zahlungsdienstleister kann festlegen, dass Zahlungsaufträge, die nach einem bestimmten Zeitpunkt nahe am Ende eines Geschäftstags zugehen, für die Zwecke des § 675 s Abs. 1 als am darauf folgenden Geschäftstag zugegangen gelten. ⁴ Geschäftstag ist jeder Tag, an dem der an der Ausführung eines Zahlungsvorgangs beteiligte Zahlungsdienstleister den für die Ausführung von Zahlungsvorgängen erforderlichen Geschäftsbetrieb unterhält.

(2) ¹ Vereinbaren der Zahlungsdienstnutzer, der einen Zahlungsvorgang auslöst oder über den ein Zahlungsvorgang ausgelöst wird, und sein Zahlungsdienstleister, dass die Ausführung des Zahlungsauftrags an einem bestimmten Tag oder am Ende eines bestimmten Zeitraums oder an dem Tag, an dem der Zahler dem Zahlungsdienstleister den zur Ausführung erforderlichen Geldbetrag zur Verfügung gestellt hat, beginnen soll, so gilt der vereinbarte Termin für die Zwecke des § 675 s Abs. 1 als Zeitpunkt des Zugangs. ² Fällt der vereinbarte Termin nicht auf einen Geschäftstag des Zahlungsdienstleisters des Zahlers, so gilt für die Zwecke des § 675 s Abs. 1 der darauf folgende Geschäftstag als Zeitpunkt des Zugangs.

- 1 **1) Allgemeines.** S zunächst Einf 10 ff. Grdlage: ZDiensteRL Art 4 Nr 27 (Geschäftstag), sonst Art 64. Die Vorschr regelt den Ztpkt des Zugangs eines ZAuftr u damit dessen Wirksamwerden. Der Ztpkt ist bedeuts für den Widerruf des ZAuftr (§ 675 p I), für den Beginn der Ausführgsfrist (§ 675 s I 1) u damit auch für die Ablehng eines ZAuftr (§ 675 o I 1). Der ZDLeister hat dem ZDNutzer den Ztpkt mitzuteilen, ab dem der ZAuftr als zugegangen gilt (EG 248 § 4 I Nr 2 lit d, sa § 13). **Anwendungsbereich:** alle ZAuftr (§ 675 f Rn 17). **Abdingbarkeit:** Allg zu Lasten des ZDNutzers iRv § 675 e (dort Rn 3 Nr 1, 2); zG des Nutzers unbeschränkt, Grenzen nur gem den allg Regeln (§§ 305 ff etc). Bzgl der Wirkgen des Zugangs können zT abweichde Regelungen vereinbart od festgesetzt werden: für den Fristbeginn s § 675 n I 3, II (Rn 5 f), ferner § 675 o III (dort Rn 5); für den Widerruf s § 675 p II–V (dort Rn 3 ff).
- 2 **2) Regelfall des Zugangs, Abs 1 S 1, 2, 4. – a) Zugehen, S 1.** Ein ZAuftr geht immer vom Zahler aus u ist an den ZDLeister des Zahlers gerichtet (§ 675 f III 2, Einzelh dort Rn 17). Er ist WillensErkl, für den Zugang beim ZDLeister des Zahlers als ErklEmpfänger gelten die Grds gem § 130 Rn 5 ff (hM, str wg ZDiensteRL Art 64 I; MüKo/Casper Rn 5 ff mwN). I 1 entspricht der allg Regel des § 130 I 1. Auch iÜ können, soweit nicht §§ 675 c ff and bestimmen, die allg Grds herangezogen werden. Das gilt zB für die Übermittlg des ZAuftr dch Boten (§ 130 Rn 9) wie bei Lastschr (§ 675 f Rn 35) u Zahlg per ZKarte (§ 675 f Rn 48, 50). Ebso für § 130 II zum Tod des Erklärdn. Entscheid für das Wirksamwerden ist ausschließl der Zugang der Erkl beim ZDLeister des Zahlers, dh deren Eingang in den hierfür vorgesehenen Empfangsvorrichtgen (Briefkasten, Online-Server etc, sa AGB-Überw 1.4). Auf evtl Vorbefassgen (zB iR von Prüfen der Sicherh, der Kundenkennng od der KtoDeckg) od die Einschaltg and ZDLeister (zB bei Lastschr, die vom ZEmpfänger ausgehen, § 675 f Rn 33 ff), kommt es nicht an (BT-Drs 16/11643 S 107).
- 3 **b) Geschäftsstagsregel, S 2.** Es handelt sich um eine abschließde gesetzl Regel der Möglichk der Kenntnismahme (§ 130 Rn 5) dch den ZDLeister als ErklEmpfänger. Entscheid ist allein, ob der Tag des tats Zugangs ein GeschTag (Rn 4) dieses ZDLeisters ist (BT-Drs 16/11643 S 108). Insow besteht eine InfoPfl des ZDLeisters (EG 248 § 4 Nr 2). Sa Rn 5.
- 4 **c) Geschäftstag, S 4. Beteiligter Zahlungsdienstleister** ist derjen, der den konkreten ZVorgang ausführt. Welcher dies ist, ist aus dem jew Zushang zu ermitteln, zB bei der Überw das kontofühnde KredInst des Zahlers, bei der Gutschr das kontofühnde KredInst des ZEmpfängers. Ist der ZDLeister berechtigt, zur Ausführg weitere Institute einzuschalten (Bsp: Überweisg), werden auch deren GeschTage zu berücksichtigen sein, soweit nicht der Zweck der jew Vorschr (Frist etc) entgegensteht (sa § 675 s Rn 3). Maßg ist das Unterhalten des GeschBetriebs bei der Stelle des ZDLeisters, die das Kto führt bzw bei ZVorgängen ohne KtoBerührg mit dem Zahler od ZEmpfänger in Kontakt tritt (BT-Drs 16/11643 S 108; wie § 675 d Rn 3). Das kann auch eine Zweigstelle sein, so dass bei einem ZDLeister die GeschTage nicht einheitl sein müssen (zB bei regionalen Feiertagen, bei Einschaltg einer Filiale im Ausland etc). Für die Ausführg von ZVorgängen *erforderlicher Geschäftsbetrieb:* Betrifft die GeschVorgänge, die für die Einleitg u Dchführg des jew ZVorgangs erfdl sind, zB: Schalteröffng; sachl Bearbeitg eingehder ZAuftr, nicht nur deren Entggnahme. Daher sind zwar grdsätzl nur Werkstage GeschTage, nicht dagg Samstage, Sonntage u Feiertage (§ 193) bzw Tage, an denen die beteiligte Stelle des ZDLeisters gewöhnl nicht geöffnet hat (zB „Bankfeiertage“, Heiligabend, Sylvester etc; sa AGB-Überw 1.5 II). And gilt aber (erfdl GeschBetrieb), soweit die für einen einz ZDienst (zB Geldabhebg am Automaten) erfdl Vorkehrgen auch an and Tagen vorgehalten werden, so dass keine Verzögerung eintritt (sa Grundmann WM 09, 1109/15).
- 5 **3) Ausnahmen für den Fristbeginn** iSv § 675 s I 1. Sie gelten nur für den ZAuftr, nicht für den Widerruf, insow enthalten § 675 p II–V eine abschließde Regelg. – **a) „cut-off“-Regelung, Abs 1 S 3.** Zweck: Dem ZDLeister soll ein einheitl Rechngsabschluss je GeschTag u damit die einheitl Bearbeitg der an diesem Tag eingegangenen ZAuftr ermöglicht werden. *Einseitig festlegen* kann der ZDLeister den Ztpkt gem I 3. *Zeit-*

punkt: „Nahe am Ende des GeschTages“ ist weit auszulegen. Grdsätzl ist auf die übl Schließzeiten für den Publikumsverkehr abzustellen, jedoch können (zB vor mehreren bankfreien Tagen, vor Jahresultimo) frühere Ztpkte bestimmt werden (BT-Drs 16/11643 S 107). Grenze ist jedenfalls der GeschTag selbst. Für verschiedene Formen der Einreichg eines ZAuftr können verschiedene Ztpkte festgelegt werden. *Folge:* Ein an diesem Tag später zugehder (wie Rn 2) ZAuftr gilt iSv § 675 s I (also nur für die Berechnung der Ausführungsfrist) als erst am nächsten GeschTag zugegangen. Ist also der folgede Tag ein Feiertag od ein Wochenende, wird der Auftr als erst am nächsten Werktag zugegangen behandelt. Es besteht eine *Informationspflicht* des ZIDLeisters (EG 248 § 4 Nr 2 lit d).

b) Vereinbarter Zeitpunkt, Abs 2. ZAuftr sind häuf nach dem Willen der Beteiligten erst zu einem bestimmten Termin auszuführen. Das gilt vor allem für DauerAuftr (§ 675 f Rn 30) od Lastschr, die dem Einzug period fällig werdeder Zahlgen dienen, kann aber auch bei EinzelAuftr der Fall sein. In diesem Fall sind Erteilg des ZAuftr u seine Ausführg entkoppelt, die Ausführungsfrist (§ 675 s I) kann daher nicht schon mit dem (jedenfalls erfdl) Zugang des Auftr beginnen. **Satz 1** ermöglicht insow einen späteren Fristbeginn. *Voraussetzungen:* (1) Beginn der Ausführg an einem bestimmten Tag (zB am 15. 11., od jew am 1. eines Monats); od am Ende eines bestimmten Zeitraums (zB einen Monat nach Eingang des ZAuftr); od bei Zur-Vfg-Stellg des für die Ausführg erfdl Geldbetrags (zB bei KtoDeckg od nach Eingang des zu zahlnden Betrags auf dem Kto). (2) entspr Vereinbg zw ZDNutzer (§ 675 f Rn 3), der den ZVorgang auslöst od über den er ausgelöst wird, u seinem ZIDLeister. Dh bei der Überw (= Auslösg dch den Zahler, § 675 f Rn 29) zw dem Zahler u seinem ZIDLeister; bei der Lastschr (= Auslösg dch den ZEmpfänger, § 675 f Rn 33) zw dem ZEmpfänger u seinem (mit dem Inkasso beauftragten) ZIDLeister; bei Kartenzahlgen (= Auslösg mit Verwendg der Karte dch den Zahler, Übermittlg an den ZIDLeister über das VertrUntern als ZEmpfänger, § 675 f Rn 48, 52) zw dem dem ZEmpfänger u seinem ZIDLeister. *Folge:* Der gem (1) vereinbarte Termin gilt als Tag des Zugangs (Fiktion!), so dass die Ausführungsfrist gem § 675 s I erst an diesem Tag beginnt. Fällt der Termin nicht auf einen GeschTag des betroffenen ZIDLeisters, ist gem **Satz 2** der darauffolgede GeschTag maßg.

675o Ablehnung von Zahlungsaufträgen. (1) ¹ **Lehnt der Zahlungsdienstleister die Ausführung eines Zahlungsauftrags ab, ist er verpflichtet, den Zahlungsdienstnutzer hierüber unverzüglich, auf jeden Fall aber innerhalb der Fristen gemäß § 675 s Abs. 1 zu unterrichten.** ² **In der Unterrichtung sind, soweit möglich, die Gründe für die Ablehnung sowie die Möglichkeiten anzugeben, wie Fehler, die zur Ablehnung geführt haben, berichtet werden können.** ³ **Die Angabe von Gründen darf unterbleiben, soweit sie gegen sonstige Rechtsvorschriften verstoßen würde.** ⁴ **Der Zahlungsdienstleister darf mit dem Zahlungsdienstnutzer im Zahlungsdiensterahmenvertrag für die Unterrichtung über eine berechnete Ablehnung ein Entgelt vereinbaren.**

(2) **Der Zahlungsdienstleister des Zahlers ist nicht berechtigt, die Ausführung eines autorisierten Zahlungsauftrags abzulehnen, wenn die im Zahlungsdiensterahmenvertrag festgelegten Ausführungsbedingungen erfüllt sind und die Ausführung nicht gegen sonstige Rechtsvorschriften verstößt.**

(3) **Für die Zwecke der §§ 675 s, 675 y und 675 z gilt ein Zahlungsauftrag, dessen Ausführung berechtigterweise abgelehnt wurde, als nicht zugegangen.**

1) Allgemeines. S zunächst Einf 10 ff. Grdlage: ZIDienstRL Art 65. **Inhalt.** ZAuftr werden iRv ZDVertr erteilt. Aus dem Vertr folgt auch die Pfl des ZIDLeisters (§ 675 f I für EinzelZVertr, II 1 für RahmenVertr), ihm erteilte ZAuftr (§ 675 f Rn 17) auszuführen. II beschränkt für ZDRahmenVertr die Zulässigk vertragl Vereinbgen in diesem Bereich. I u III regelt bestimmte Folgen der Ablehng. **Anwendungsbereich:** alle ZAuftr (§ 675 f Rn 17). **Abdingbarkeit:** Zu Lasten des ZDNutzers iRv § 675 e (dort Rn 3 Nr 1, 2); ferner I bzgl KleinbetragsInstr gem § 675 i II Nr 4. ZG des Nutzers unbeschränkt, Grenzen nur gem den allg Regeln (§§ 305 ff etc).

2) Ablehnung und Ausführungspflicht, Abs 2. – a) Voraussetzungen der Ablehnung. II legt für ZDRahmenVertr, zG des ZDNutzers zwingd (Rn 1) u vorrangig ggü § 665, im Grds (hinzu kommen die gesetzl HindergsGrde wie Unmöglichk etc) abschließd die Voraussetzgen fest, unter denen der ZIDLeister von der dem ZAuftr zugrundeliegden Weisg (§ 675 f Rn 7) abweichen u die Ablehng des ZAuftr erklären (dazu Rn 4) darf. Dies sind alternativ: **(1) Fehlen von Voraussetzungen**, gleichgült ob gesetzl od vertragl vereinbart. Hierzu zählen idR (Bsp AGB-Überw 1.6 I, 2.1, 3.1): Das Vorliegen der *Angaben*, die zur Ausführg des ZAuftr nach Gesetz (vgl für Überw u Lastschr SEPA-VO 5 II u III, jew Buchst a) od vertragl Vereinbg erfdl sind, dh je nach ZVorgang zB Name des Zahlers u ZEmpfängers, ihre Kundenkenngen (§ 675 r), der ZBetrag. Weitere Einschränkgen (zB Überw nur in € oä) sind häufig. Die erfdl *Autorisierung*, sie ist im ZAuftr enthalten (§ 675 j Rn 4). Hierzu gehört auch der Nachw ordngsgem Vertretg (Schlesw NJW-RR 14, 741: obj Anhaltspkte für Missbr, fehlde Genehmigg gem § 1812; sa § 675 f Rn 9). *Kontodeckung*, dh das Vorliegen eines den ZBetrag abdeckden Guthabens od Kreditrahmens auf dem Kto im Ztpkt der Freigabe des ZVorgangs dch den ZIDLeister (zu den Kreditformen, insbes Überziehungskredit Vorb 22 ff v § 488). **(2) Verstoß gegen Rechtsvorschriften.** In Betr kommen zB: fehlde Genehmigg nach dem AWG, fehlde FreigabeErkl der Staatsanwaltsch gem GeldwäscheG 11 I 2.

b) Ausführungspflicht. Aus der Formulierung von II u aus § 675 f (dazu Rn 1) folgt, dass der ZIDLeister den ZAuftr ausführen muss, wenn kein AblehngsGrd vorliegt, unabhängig davon, ob der ZVorgang vom Zahler od vom ZEmpfänger ausgelöst wurde. Auch Kenntn der Zahlungsunfähigk des Zahlers befreit ihn nicht (BGH WM 13, 361 Tz 30). Er ist andseits nicht zur Ablehng verpflichtet, er kann zB fehlde Angaben, die ow zu ermitteln sind, ergänzen, od auch eine KtoÜberziehg dulden (§ 505, sa Schlesw SchlHA 14, 104; BGH ZIP 07, 435: konkludenter Abschluss eines DarlVertr, NJW 12, 2422 Tz 36: keine SchutzPfl ggü Kunden; s aber § 675 k Rn 2) u den ZAuftr ausführen. Es bleibt ihm auch unbenommen, die Ergänzg fehlender Angaben anzumahnen etc. Darin liegt, da dann eine rechtzeitg (§ 675 s) Ausführg nicht mehr mögl ist, eine Mittelg der Ablehng verbunden mit der Aufforderung zu einem neuen, vollständg ZAuftr. Es gelten die Grds gem Rn 4.

3) Folgen der Ablehnung. – a) Mitteilungspflicht, Abs 1. Bereits nach allg Grds ist der ZIDLeister verpflichtet, eine Ablehng des ZAuftr anzuzeigen (§ 665 Rn 3). I enthält hierfür eine vorrang Sonderregel, die bei berecht wie unberecht Ablehng gilt. Abweichde Vereinbgen sind insbes bzgl KleinbetragsInstr zuläss (Rn 1). **Unterrichten** bedeutet grdsätzl Mittelg in der vertragl vorgesehenen Weise (näher § 675 d Rn 2), hilfsw auf jedem verfügb Weg, zB per Post, Telefon. Das kann unmittelb bei Erteilg des ZAuftr geschehen, zB bei Abhebgsver-

such am Geldautomaten. Bei entspr Vereinbg kann genügen, dass der ZDLeister die Info über Kto-Auszugsdrucker od Onlinepostfach zur Vfg stellt (Bsp AGB-Überw 1.7). **Inhalt:** Der Umst der Ablehng. Die für die Ablehng maßg Grde sowie die Möglichk zur Abhilfe, **Satz 2**, damit der ZDNutzer umgehd reagieren kann. Unterbleiben der Angabe der Grde bei Verstoß gg RVorschr, **Satz 3** (wie § 675k Rn 5). **Zeitpunkt:** Unverzügl (§ 121 I 1) nach der Entsch über die Ablehng, dh der ZDLeister muss alle ihm zumutb Maßn ergreifen, um den ZDNutzer auf dem vorgesehenen Weg schnellstmögl über die Ablehng zu informieren; spätestens innerh der Frist gem § 675s I (dazu dort Rn 2ff). Bleibt der ZAuftr bereits beim ZDLeister des ZEmpfängers „stecken“ (s unten), beginnt letztere Frist nicht zu laufen. Die Regelg gilt für die Absendg der Mitteilg, Zugang innerh der Frist kann nicht gefordert werden (BT-Drs 16/11643 S 108). **Adressat:** Der ZDNutzer. Das ist grdsätzl derjen, der den ZAuftr erteilt hat, also der Zahler (§ 675f Rn 17). Ablehnen kann die Ausführg des ZAuftr (dh die Mitwirkg daran) aber auch ein and in den ZVorgang eingeschalteter ZDLeister. Dann muss er den ihm vertragl verbundenen ZDNutzer unterrichten (BT-Drs 16/11643 S 108). So etwa der mit dem Inkasso beauftragte ZDLeister den ZEmpfänger, wenn dieser nicht alle für das Inkasso erfdl Angaben mitgeteilt hat (zB bei fehlerh Kreditkartenbeleg od unvollständ SEPA-Lastschr). **Entgelt:** Grdsätzl keines (§ 675f IV 2). **Satz 4** enthält die insow für die abweichde Vereinbg erfdl (§ 675f IV 2) Befreiung, aber nur für berecht Ablehngen. Höhe des Entgelts s § 675f Rn 19. Bei **Pflichtverletzung** evtl SchadErsAnspr des ZDNutzers gem § 280 I.

- 5 **b) Weitere Folgen, Abs 3.** Bei berecht Ablehng ist der ZDLeister nicht zur Ausführg verpflichtet. Die Regelgen zur Ausführgsfrist (§ 675s) u Haftg bei fehlerh Ausführg (§§ 675y, z) können nicht gelten. III enthält insow ledigl eine Klarstellg.

675p Unwiderruflichkeit eines Zahlungsauftrags. (1) Der Zahlungsdienstnutzer kann einen Zahlungsauftrag vorbehaltlich der Absätze 2 bis 4 nach dessen Zugang beim Zahlungsdienstleister des Zahlers nicht mehr widerrufen.

(2) ¹ Wurde der Zahlungsvorgang vom Zahlungsempfänger oder über diesen ausgelöst, so kann der Zahler den Zahlungsauftrag nicht mehr widerrufen, nachdem er den Zahlungsauftrag oder seine Zustimmung zur Ausführung des Zahlungsvorgangs an den Zahlungsempfänger übermittelt hat. ² Im Fall einer Lastschrift kann der Zahler den Zahlungsauftrag jedoch unbeschadet seiner Rechte gemäß § 675 x bis zum Ende des Geschäftstags vor dem vereinbarten Fälligkeitstag widerrufen.

(3) Ist zwischen dem Zahlungsdienstnutzer und seinem Zahlungsdienstleister ein bestimmter Termin für die Ausführung eines Zahlungsauftrags (§ 675 n Abs. 2) vereinbart worden, kann der Zahlungsdienstnutzer den Zahlungsauftrag bis zum Ende des Geschäftstags vor dem vereinbarten Tag widerrufen.

(4) ¹ Nach den in den Absätzen 1 bis 3 genannten Zeitpunkten kann der Zahlungsauftrag nur widerrufen werden, wenn der Zahlungsdienstnutzer und sein Zahlungsdienstleister dies vereinbart haben. ² In den Fällen des Absatzes 2 ist zudem die Zustimmung des Zahlungsempfängers zum Widerruf erforderlich. ³ Der Zahlungsdienstleister darf mit dem Zahlungsdienstnutzer im Zahlungsdienstrahmenvertrag für die Bearbeitung eines solchen Widerrufs ein Entgelt vereinbaren.

(5) Der Teilnehmer an Zahlungsverkehrssystemen kann einen Auftrag zugunsten eines anderen Teilnehmers von dem in den Regeln des Systems bestimmten Zeitpunkt an nicht mehr widerrufen.

- 1 **1) Allgemeines.** S zunächst Einf 10 ff. Grdlage: ZDiensteRL Art 66 (für I–IV); ZSichgsRL Art 5 (für V). Der Ztpkt, bis zu dem ein ZAuftr widerrufen werden kann, ist auch für den Widerruf der Zustimmung zu einem ZVorgang von Bedeutg (§ 675j II). **Anwendungsbereich:** Sachlich alle ZAuftr (§ 675f Rn 17) bzw Auftr iR eines ZSystems. *Persönlich* I–IV für die Beziehg ZDLeister–ZDNutzer, dh iRv ZDVertr; V nur für die Beziehg an einem ZSystem beteiligter ZDLeister. **Abdingbarkeit:** Zu Lasten des ZDNutzers iRv § 675e (dort Rn 3 Nr 1, 2, 3); ferner bzgl KleinbetragsInstr gem § 675i II Nr 5. ZG des Nutzers unbeschränkt, Grenzen nur gem den allg Regeln (§§ 305ff etc).

- 2 **2) Widerruf bis Zugang, Abs 1.** I geht davon aus, dass ein ZAuftr (§ 675f Rn 17) grdsätzl dem **Widerruf** zugängl ist. Das entspricht, soweit der ZAuftr wie bei Erteilg iR eines ZDRahmenVertr, eine Weisg darstellt, dem allg AuftrR, womach diese bis zu ihrer Ausführg widerruf ist (§ 665 Rn 4). Für den EinzelZVertr ist zwar § 671 nicht unmittelbar anwendb (§ 675c III), jedoch kann der ZAuftr auch insow auf einer Weisg beruhen, bzw der ZDNutzer kann, soweit nichts and vereinbart ist, die Weisg erteilen, seinen Auftr nicht auszuführen. Widerrufen kann der ZDNutzer, dh der Zahler als derjen, der einen ZAuftr erteilen kann u Herr des Gesch ist. Der Widerruf ist als Weisg WillensErkl (§ 665 Rn 2), es gelten grdsätzl die für diese maßg Vorschr, auch für den Zugang (§ 130 Rn 5ff). Adressat ist der ZDLeister des Zahlers als derjen, an den auch der ZAuftr selbst gerichtet ist; kein Direktwiderruf ggü and am ZVorgang beteiligten Stellen (Hk-BGB/Schulte-Nölke Rn 2; aA Werner BKR 10, 353). IdR ist in AGB eine Form vereinbart, der ZDLeister hat dem ZDNutzer die Art u Weise des Widerrufs mitzuteilen (EG 248 § 4 I Nr 2 lit c, sa § 13). – I schränkt diese allg Regel stark ein u erklärt den Widerruf im Grds (Ausrn Rn 3) nur bis zum **Zugang des Zahlungsauftrags** beim ZDLeister des Zahlers für zuläss. Damit soll die Einhaltung der sehr kurzen Ausführgsfristen (§ 675s) ermöglicht u dem Erfordern einer Automatisierg von ZVorgängen Rechng getragen werden (BT-Drs 16/11643 S 109). Unabhängig davon können der Zahler u sein ZDLeister die Nichtausführg des ZAuftr vereinbaren, auch nach dem genannten Ztpkt (BGH NJW 15, 3093). Die Regelg betrifft insbes **Überweisungen**, soweit nicht III, IV eingreifen; den ZDLeister trifft nach Zugang auch keine Pfl, den ÜberwErfolg zu verhindern (Köln BKR 16, 349). Zum Ztpkt des Zugangs s § 675n Rn 2ff, die Ausn gem § 675n I 3, II (dort Rn 5f) gelten nicht. – Betrifft ein ZAuftr **mehreere Zahlungsvorgänge** (dazu § 675f Rn 17), kommt zwar ein (teilw) Widerruf des ZAuftr insges nach dem gem § 675p maßg Ztpkt nicht in Betr. Der Zahler kann aber bzgl noch nicht ausgeführter ZVorgänge seine Zustimmung (§ 675j I) insges widerrufen (§ 675j II, dort Rn 8), der ZDLeister darf den (Rest-)Auftr dann nicht mehr ausführen. So nach hM zB beim DauerAuftr (§ 675f Rn 30; Kropf/Habl BKR 15, 316/18 mwN). Die Part können aber, ggf entgeltpflichtig, die Aussetzg einz Zahlen vertragl vereinbaren (s oben), in der Entgeltregelg in AGB kann ein entspr Angebot des ZDLeisters liegen (s aber LG Ffm WM 14, 1956). And gilt, wenn ein Bündel von ZAuftr als TerminAuftr (§ 675n Rn 6) gleichzeitig erteilt wird (ggf Ausleggsfrage; so den DauerAuftr einordnend MüKo/Casper Rn 11 mwN); dann kann iRv III jeder Auftr gesondert widerrufen werden.

- 3 **3) Ausnahmen** vom Grds gem I sind vorgesehen, soweit dies dch die Besonderh der jew ZVorgangs geboten bzw gerechtfertigt ist. Zur Beachtg, wenn noch nicht mit der Ausführg des ZAuftr gegonnen wurde, MüKo/

Casper Rn 9. – **a) Auslösung vom oder über den Zahlungsempfänger, Abs 2.** Vom Zahlungsempfänger wird der ZVorgang (§ 675 f Rn 16) ausgelöst, wenn dieser selbst den Anstoß für die Ausführung des ZVorgangs gibt (Pull-Zahlung, § 675 f Rn 13). So insbes bei Lastschr, für sie gilt aber die Sondregelg in II 2 (Rn 4). Über den Zahlungsempfänger wird der ZVorgang ausgelöst, wenn zwar der Zahler selbst den Anstoß für die Durchführung gibt, dieser Anstoß aber dem ZDLeister des Zahlers, idR zusammen mit dem ZAuftr, auf dem Umweg über den ZEmpfänger, ggf auch dessen ZDLeister, übermittelt wird, wie idR bei der Benutzung von **Zahlungskarten**. Hier scheidet gem **Satz 1** ein Widerruf dch den Zahler (Karteninhaber) aus, sobald er dem ZEmpfänger (VertrUntern) den ZAuftr bzw seine Zustimmung zum ZVorgang (§ 675 j I) übermittelt hat. Das ist mit der Nutzung der Karte am Terminal des VertrUntern der Fall, da darin ein ZAuftr liegt (§ 675 f Rn 44). Diese Vorverlegg des maßg Ztpkts ggü dem Grds des I rechtfertigt sich dch die Bargeldersatzfunktion der ZKarten (§ 675 f Rn 41) u gilt für Präsenz- wie DistanzGesch (§ 675 f Rn 47; Nobbe WM 11, 961/67).

b) Lastschriften, Abs 2 S 2. Begriff der Lastschr s § 675 f Rn 33. II 2 schiebt den maßg Ztpkt für den Zugang des Widerrufs (s Rn 2) hinaus. Entscheid ist das Ende des GeschTags (§ 675 n I 4) des ZDLeisters des Zahlers, der vor dem im ValutaVerh vereinbarten FälligTermin liegt. Widerruft der Zahler zu spät, darf sein ZDLeister nicht die Rückbelastg veranlassen. Tut es dies dennoch, kann es sich ggü dem ZEmpfänger uU nach § 826 (dort Rn 31) schadensersatzpfl machen. Ggü der GläubBank hat der Schu mangels vertragl Beziehung kein WiderrufsR (sa Rn 2). Jedoch bleiben bei fehlerh Lastschr die Rechte des Zahlers gem § 675 x unberührt (s dort).

c) Vereinbarter Ausführungstermin, Abs 3. Betrifft die Fälle gem § 675 n II (dort Rn 6). Der maßg Ztpkt für den Zugang des Widerrufs (s Rn 2) wird auf das Ende des GeschTags (§ 675 n I 4) des an der Vereinbg beteiligten ZDLeisters hinausgeschoben, der vor dem vereinbarten Ausführungstermin liegt.

d) Vereinbarte Widerruflichkeit, Abs 4. Die Vorschr ermöglicht ZDNutzern u ihren ZDLeistern die Vereinbg verlängerter Widerrufsfristen, **Satz 1**, auch in AGB. Bei ZVorgängen gem II (Rn 3) bedarf dann der (nach dem Ztpkt gem Rn 3 erfolgte) Widerruf zu seiner Wirksamk der Zustimmung des ZEmpfängers, **Satz 2**. Abweichd vom allg Grds kann der ZDLeister mit seinem ZDNutzer für die Bearbeitg derart Widerrufe ein Entgelt vereinbaren, auch in AGB (vgl dazu § 675 f IV 2, dort Rn 19).

4) Widerruf in Zahlungssystemen, Abs 5. Zum Begriff des ZSystems § 675 c Rn 11. Wird der Auftr iR eines solchen Systems dchgeführt, kann nach dessen Regeln der Widerruf für die Teilnehmer an dem System ausgeschl sein (Art 5 ZSichsRL, PalArch I B). Die Teilnehmer sind dann zur unbedingten Ausführung des Auftr verpflichtet. Desh schließt V insow ein Lösgr aus. Maßg für den Widerruf ist nur noch der in den Regeln des Systems bestimmte Ztpkt.

675q Entgelte bei Zahlungsvorgängen. (1) Der Zahlungsdienstleister des Zahlers sowie sämtliche an dem Zahlungsvorgang beteiligte zwischengeschaltete Stellen sind verpflichtet, den Betrag, der Gegenstand des Zahlungsvorgangs ist (Zahlungsbetrag), ungekürzt an den Zahlungsdienstleister des Zahlungsempfängers zu übermitteln.

(2) ¹ Der Zahlungsdienstleister des Zahlungsempfängers darf ihm zustehende Entgelte vor Erteilung der Gutschrift nur dann von dem übermittelten Betrag abziehen, wenn dies mit dem Zahlungsempfänger vereinbart wurde. ² In diesem Fall sind der vollständige Betrag des Zahlungsvorgangs und die Entgelte in den Informationen gemäß Artikel 248 §§ 8 und 15 des Einführungs-gesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche für den Zahlungsempfänger getrennt auszuweisen.

(3) Bei einem Zahlungsvorgang, der mit keiner Währungsumrechnung verbunden ist, tragen Zahlungsempfänger und Zahler jeweils die von ihrem Zahlungsdienstleister erhobenen Entgelte.

1) Allgemeines. S zunächst Einf 10 ff. Grdlage: s ZDiensteRL Art 67 (für Abs 1, 2), Art 52 II (für Abs 3). Die Vorschr regelt, wer evtl anfallende Entgelte zu tragen hat, und begrenzt die Abzugsmöglichk der ZDLeister, die solche Entgelte verlangen können. Welche Entgelte verlangt werden dürfen, ergibt sich aus and Vorschr (s § 675 f IV u dort Rn 18 f). Ziel der **Abzugsverbote** ist es, unerwartete Nachteile für den Zahler im Verhältnis zum ZEmpfänger zu vermeiden, die auftreten können, wenn letzterem der im ValutaVerh geschuldete Betrag nicht vollständig zur Vfz gestellt wird u er desh von einer unvollständ Leistg des Zahlers ausgeht. – **Anwendungsbereich:** Alle ZVorgänge, auch institutsinterne (s § 675 f Rn 16). I u III nicht auf ZDienste in Fremdwähr od dch DrittstaatenDLeister (§ 675 e II 1). – **Abdingbarkeit:** Zu Lasten des ZDNutzers iRv § 675 e (dort Rn 3 Nr 1 u 2: ZDienste in Fremdwähr od unter Beteiligg von DrittstaatenDleistern); zG des Nutzers unbeschränkt, Grenzen nur gem den allg Regeln (§§ 305 ff etc).

2) Abzugsverbot beim Zahler, Abs 1. Betroffen sind alle an einem ZVorgang beteiligten ZDLeister mit Ausn des ZDLeisters des ZEmpfängers, für ihn gilt II. Das sind der ZDLeister des Zahlers (§ 675 f Rn 3), dh idR das sein Kto führde KredInst, sowie alle zwischengeschalteten Stellen (zum Begriff Einf 7 u § 675 f Rn 30). **Zahlungsbetrag** ist der Geldbetrag, der Ggst des ZVorgangs ist, dh der Betrag, der nach dem ZAuftr (bei Auslösg des ZVorgangs dch den Zahler, wie bei Überw u Verwendg von ZKarten) od dem Auftr des ZEmpfängers (bei Auslösg des ZVorgangs dch diesen, wie bei der Lastschr) dem Kto des ZEmpfängers gutgeschrieben werden soll. **Ungekürzt** ist der ZBetrag zu übermitteln, dh er ist dem ZDLeister des ZEmpfängers ohne Abzüge zur Vfz zu stellen. Insbes können die ZDLeister nicht mit evtl EntgeltFdgden od AufwendsErsAnspr aufrechnen. Diese sind ggf gesondert in Rechng zu stellen. Abweichde Vereinbg s Rn 1.

3) Abzugsverbot beim Empfänger, Abs 2. Der ZDLeister des ZEmpfängers hat diesem den ZBetrag gutzuschreiben (§ 675 t I). Er muss dies gem **Satz 1** ungekürzt tun, sofern er im ZIDVertr mit dem ZEmpfänger, auch in AGB, nicht and vereinbart hat. Die Möglichk einer solchen Vereinbg widerspricht nicht dem Zweck des Abzugsverbots (Rn 1), da ein evtl Abzug hier vom ZEmpfänger selbst zu verantworten ist u daher nicht dem Zahler zugerechnet werden kann. Wird ein Abzug vorgenommen, ist dies gem **Satz 2** in den nach EG 248 § 8, 15 gebotenen Mitteilgen an den ZEmpfänger getrennt auszuweisen (sa dort jew Nr 3).

4) SHARE-Regel, Abs 3. Sie besagt, dass jeder ZDNutzer die von seinem ZDLeister geforderten Entgelte (einschließl evtl Aufwendgen für Dienste Dritter, § 675 f Rn 18 f) selbst trägt. Die Regelg ist, da sie Zahler u ZEmpfänger betrifft, insges unabdingb (§ 675 e Rn 1, str; MüKo/Casper Rn 15), aber letztl sanktionslos. Sie gilt nur für ZVorgänge (§ 675 f Rn 16) ohne Währsumrechng, dh insbes für solche in € innerh des Euro-Raums (Begriff § 245 Rn 7). Ausführh EFN/Burghardt Rn 5 ff. S iÜ zu Geltgsbereich u der Pfl zur Entgeltzahlg Rn 1.

675r *Ausführung eines Zahlungsvorgangs anhand von Kundenkennungen.* (1) ¹Die beteiligten Zahlungsdienstleister sind berechtigt, einen Zahlungsvorgang ausschließlich anhand der von dem Zahlungsdienstnutzer angegebenen Kundenkennung auszuführen. ²Wird ein Zahlungsauftrag in Übereinstimmung mit dieser Kundenkennung ausgeführt, so gilt er im Hinblick auf den durch die Kundenkennung bezeichneten Zahlungsempfänger als ordnungsgemäß ausgeführt.

(2) Eine Kundenkennung ist eine Abfolge aus Buchstaben, Zahlen oder Symbolen, die dem Zahlungsdienstnutzer vom Zahlungsdienstleister mitgeteilt wird und die der Zahlungsdienstnutzer angeben muss, damit der andere am Zahlungsvorgang beteiligte Zahlungsdienstnutzer oder dessen Zahlungskonto zweifelsfrei ermittelt werden kann.

(3) Ist eine vom Zahler angegebene Kundenkennung für den Zahlungsdienstleister des Zahlers erkennbar keinem Zahlungsempfänger oder keinem Zahlungskonto zuzuordnen, ist dieser verpflichtet, den Zahler unverzüglich hierüber zu unterrichten und ihm gegebenenfalls den Zahlungsbetrag wieder herauszugeben.

1 1) **Allgemeines.** S zunächst Einf 10 ff. Grdlage: ZDiensteRL Art 74 (teilw). **Anwendungsbereich:** Alle ZVorgänge, auch institutsinterne (s § 675 f Rn 16, 30). **Abdingbarkeit:** Zu Lasten des ZDNutzers iRv § 675 e (dort Rn 3 Nr 1 u 2: ZDienste in Fremdwähr od unter Beteiligung von DrittstaatenDLeistern); zG des Nutzers unbeschränkt, Grenzen nur gem den allg Regeln (§§ 305 ff etc).

2) **Kundenkennung, Abs 2** (s ZDiensteRL Art 4 Nr 21: Kundenidentifikator). **Zweck** der Kundenkennung ist es, den an einem ZVorgang beteiligten ZDNutzer, ggf einschließl des von ihm zur Dchföhrng des Vorgangs gewählten Ktos, iR der Dchföhrng des Vorgangs eindeut erkennbar zu machen. Hierfür wird ihm eine Abfolge von Buchstaben u/od Ziffern u/od Symbolen zugeordnet, die innerh des zur Dchföhrng gewählten ZahlVerf die eindeut Zuordng des ZVorgangs zum ZDNutzer u seinem Kto erlaubt. Diese Kennng hat der ZDNutzer zur Dchföhrng eines ZVorgangs anzugeben; gemeint ist wohl, dass er je nach Struktur des ZVorgangs (§ 675 f Rn 13) die Kennng von Zahler u Empfänger anzugeben hat. Wird die Kundenkennung, wie idR, maschinenlesb ausgestaltet, wird dach eine vollständ Automatisierg des Datenaustauschs zw den beteiligten ZDLeistern, auch solchen verschiedener Staaten, u damit die rein maschinelle Abwicklg eines ZVorgangs ermöglicht. Davon zu unterscheiden sind die für die Autorisierg eines ZVorgangs verwendeten Instrumente, insbes die personalisierten SicherhMerkmale (dazu § 675 j Rn 5 ff). **Art und Struktur** der Kundenkennung werden im Grds im InterbankenVerh dch eine Vereinbg der ZDLeister festgelegt, die an dem System beteiligt sind, in dem der ZVorgang abgewickelt werden soll (s Einf 7, 13). Allerd geben SEPA-VO 5, 6 hierfür iS einer Normg einen engen Rahmen vor (Rn 2a). **Zweifelsfrei ermittelbar** ist der ZDNutzer, wenn die Kennng iR dieses Systems (nicht auch generell) die eindeut Zuordng des ZVorgangs zu diesem Nutzer od, sofern der Vorgang über sein ZKto abgewickelt werden soll, zu diesem Kto ermöglicht. **Berechtigt zur Zuteilung** der Kundenkennung ist der ZDLeister des jew ZDNutzers. Was Kundenkennung ist, hängt damit von seiner Bestimmg ab. Er hat es in der Hand, die Kennng nach Art, Struktur u Inhalt so festzulegen, das sie für das von ihm gewählte ZahlVerf geeignet ist. Wg der erheb Risiken, die für den ZDNutzer bei der Abwicklg von ZVorgängen ausschließl über die Kundenkennung entstehen (Rn 3 f), wird man ihn für verpflichtet halten müssen, eine Struktur zu wählen, die eine wirks automat Vorabprüfg der Kundenkennung einschließl der Zuordng zu einem bestimmten Nutzer ermöglicht, zB dch die Einführung von Prüfziffern (s dazu Rauhut ZBB 09, 32/43; zur IBAN Scheibengruber/Breidenstein WM 09, 1393).

2a **Beispiele** für Kundenkennungen: **IBAN** (International Bank Account Number). Es handelt sich um eine in ihrer Struktur normierte internationale Kennng für ein ZKto, die das Kto seit 1. 2. 16 EU-weit eindeutig identifiziert. Sie ist für Zahlgen iRv SEPA (Einf 13) entwickelt worden u besteht für Deutschland aus der Länderkennung DE, zwei Prüfziffern, der Bankleitzahl u der zehnstellig KtoNr, wobei fehlde Stellen dch 0 aufgefüllt werden. Die SEPA-VO (Art 5 I Buchst a u c, Anh Nr 1 Buchst a; sa Einf 10 v § 675 c) schreibt für auf € lautde Überw u Lastschr innerh der EU, bei denen die ZDLeister des Zahlers u ZEmpfängers innerh der EU ansässig sind (Art 1 I, Ausn in II), die Verwendg der IBAN zwingd vor (Art 6). Die **BBAN** (Basic Bank Account Number, in Deutschland die Kombination Bankleitzahl/KtoNr; dazu KG WM 11, 493 u Hadding FS U.H. Schneider S 443) identifizierte das ZKto bei einem ZDLeister nur innerh eines MitglStaates eindeutig. Sie ist seit 1. 2. 14 grdsätzl nicht mehr zugelassen. Die ZDLeister durften aber bis 31. 1. 16 auf BBAN-Basis erteilte ZVorgänge im elektron LastschrVerf (ZAG 7 c, § 675 f Rn 52) entgegnehmen. In and ZVerf durften sie bei auf Inlandszahlgen beschränkten ZAuftr von Verbrauchern (zu Lastschr s Casper/Terlau/Zahrte ZAG § 7 b Rn 21) die BBAN unentgeltl (ZAG § 7 b S 5) in die nach SEPA-VO 5 vorgeschriebene IBAN umrechnen („konvertieren“, ZAG 7 b) u so dem dann auf IBAN-Basis dchzuföhrden ZVorgang zugrdelegen; seit 1. 2. 16 besteht für sie ein generelles Konvertiergsverbot (Casper/Terlau/Zahrte § 7 b Rn 6a). Haftg für fehlerh Konvertierg § 675 y Rn 8. Konvertiergen dch and Pers außerh des ZVorgangs, dh vor dessen Einleitg (§ 675 f Rn 13), zB dch IT-Dienstleister, sind weiterhin zulässig (Zahrte WM 13, 1207/08). **BIC** (Business Identifier Code). Sie dient ledigl der Kennzeichng des beteiligten ZDLeisters u ist, auch für ZVorgänge ins EU-Ausland seit 1. 2. 16 nicht mehr erföll (sa Zahrte WM 13, 1207/10). **Sonstige:** ZKartennummer iR des Systems Kartenaussteller-Karteninhaber-VertrUntern.

3) **3) Ausführung anhand der Kundenkennung, Abs 1.** Nach Ausföhrng eines ZVorgangs ist die Kundenkennung sowohl dem Zahler wie dem ZEmpfänger mitzuteilen (EG 248 § 7 Nr 1, § 8 Nr 1). **a) Berechtigung, Satz 1.** Nach altem Recht war für die Ausföhrng eines ZVorgangs im Verhältn zu den ZDNutzern zwar der obj ErklWert des Auftr maßg, bei Auseinanderfallen von Kto- u Empfängerbezeichng aber grdsätzl letztere (BGH NJW 03, 1389, sa NJW 04, 2517, 06, 503). Nach geltdem Recht darf der ZDLeister des Zahlers, nach hM auch der des ZEmpfängers (EFN/Burghardt Rn 5; aA Hadding FS U.H. Schneider S 443/54) den Vorgang ausschließl anhand der Kundenkennngen (Rn 2) von Zahler u ZEmpfänger ausföhren, zu einem Abgleich von Empfängername u Kundenkennung sind sie nicht verpflichtet. Das gilt selbst dann, wenn der AuftrG weitere IdentifiziergsMerkm (zB den Namen) angegeben hat, die der Kundenkennung widersprechen, u der ZDLeister dies hätte erkennen können. Dies ermöglicht zwar eine rasche Ausföhrng des Vorgangs (BT-Drs 16/11643 S 110), bürdet aber dem ZDNutzer das volle Risiko jegl Vertippens, Verschreibens etc auf. Besteht ein solcher Widerspr, ist der ZDLeister nicht zur Ausföhrng des ZVorgangs verpflichtet (sa Rn 6).

4) **b) Wirkung, Satz 2.** Die Vorschr betrifft den Fall, dass der ZAuftr trotz fehlerh Angabe der Kundenkennung dch den ZDNutzer entspr dieser Kennng ausgeföhrd werden kann u ausgeföhrd wird, wenn auch an einen and Empfänger od auf ein and Kto als gewünscht (zum nicht ausföhrb Auftr Rn 5). Dann gilt der ZAuftr sowohl im

DeckgsVerh (Zahler zu seinem ZDLeister) wie im InkassoVerh (ZEmpfänger zu seinem ZDLeister) als bzgl des Empfängers ordnungsgem ausgeführt. Der Zahler hat gg seinen ZDLeister insow keine Anspr wg mangelh Ausführg des Auftr. Das ergibt sich für die Anspr gem § 675 y aus § 675 y III (dort Rn 8; zum Anspr gem § 675 y V s unten), iÜ aus S 2, da die Ausführg insow nicht mehr als PfVerletzg angesehen werden kann, zB iRv § 280. Der Zahler ist, sofern nicht eine Ursache aus dem Verantwortungsbereich des ZDLeisters (mit) ursächl ist (dazu § 675 y Rn 8, zB fehlde Zuordngsmöglichk gem Rn 5), idR auf die (unsicheren) BereicherersAnspr gg den tats Empfänger des ZBetrags angewiesen (§ 812 Rn 107 f). Da er idR in keiner vertragl Beziehg zum ZDLeister des tats Empfängers steht, hat er selbst auch keinen vertragl AuskAnspr gg diesen. Auch der bereicherersrechtl AuskAnspr (§ 812 Rn 74) hilft nicht weiter, da er sich gg den (unbekannten) Bereichererten richtet. Der Nutzer kann sich nur an seinen eig ZDLeister wenden, insow wird man ihm einen Anspr zumind analog § 675 y V zugestehen müssen (sa § 675 y III 2 u dort Rn 8). Denkb wäre wohl auch eine Ermächtigtg des ZDLeisters des ZEmpfängers zur Geldmachg des Anspr des Zahlers aus § 812 verbunden mit einem StornoR ggü dem ZEmpfänger. Jedenfalls wird man diesen ZDLeister im InterbankenVerh aus § 241 II für verpfl halten müssen, Ausk über den Empfänger zu geben. Zum *Valutaverhältnis* Zahler zu ZEmpfänger (Einf 4 v § 675 c) sagt die Vorschr nichts aus. Ausführl zu den Auswirkgen in den verschiedenen RVerhältn MüKo/Casper Rn 27 ff.

4) Nicht ausführbarer Auftrag, Abs 3. Zweck: Beschränkter Schutz des Zahlers vor den einschneidenden Folgen des 1 dch Abbruch des ZVorgangs im Vorfeld (Bitter WM 10, 1725/29). **Voraussetzungen:** Gemeint ist die *Unmöglichkeit der Zuordnung*, dh der Fall, dass die vom Zahler angegebene Kundenkennung bereits dem ZDLeister des Zahlers obj keine eindeut Zuordng zu einem bestimmten Empfänger/ZKto erlaubt, zB: die KtoNr existiert bei dem benannten ZDLeister nicht od ist keinem (aktuellen) ZKto zugeordnet; die für den ZDLeister angegebene Bankleitzahl existiert nicht; die auf einem Beleg angegebene Kundenkennung ist nicht eindeutig ermittelbar, zB wg undeutl Schreibweise uä. *Erkennbar* ist dies für den ZDLeister des Zahlers, wenn die Unmöglichk der Zuordng das Ergeb einer techn mögl u zumutb, zB weil automatisierten Überprüfg ist (Einzelh dazu bei MüKo/Casper Rn 20). Dann hat der ZDLeister zwei Pfl: Unverzügl **Unterrichtung** des Zahlers bedeutet grdsätzl Mitteilg sobald als mögl in der vertragl vorgesehenen Weise (wie § 675 d Rn 2, § 675 o Rn 4, Einzelh dort). **Inhalt:** Der Umst der Nichtausführbar. Kein *Entgelt* (§ 675 f IV 2). Bei *Pflichtverletzung* evtl SchadErsAnspr des Zahlers gg seine ZDLeister gem § 280 I, zB bzgl der im ValutaVerh dch evtl Verzögergergen erlittenen Schäd. IF bereits eingetretener Belastg des Zahlers, zB Buchg auf dem Kto, **Herausgabe des Zahlungsbe-trages**, dh idR Gutschr auf dem belasteten Kto. Eine (bzgl der Wertstellg, § 675 t, rückwirkde) Stornierg der belast-den Buchg kann nicht verlangt werden (BT-Drs 16/11643 S 111). – **Kennt** der ZDLeister **den Fehler**, zB weil es sich um einen institutsinternen ZVorgang handelt, der einem Mitarbeiter des ZDLeisters aufgefallen ist, ist er schon nach allg Grds (§ 241 II) über III hinaus gehalten, vor Ausführg des Vorgangs den Zahler zu unterrichten (sa Gebauer/Schinkels [Einf 1 v § 675 c] Rn 47: Ausführg als Verstoß gg § 242). Das gilt auch für das Auseinanderfallen von Empfängername u Kundenkennung (Rn 4; BGH NJW 15, 3093 Tz 15).

675s Ausführungsfrist für Zahlungsvorgänge. (1) ¹ Der Zahlungsdienstleister des Zahlers ist verpflichtet sicherzustellen, dass der Zahlungsbetrag spätestens am Ende des auf den Zugangszeitpunkt des Zahlungsauftrags folgenden Geschäftstags beim Zahlungsdienstleister des Zahlungsempfängers eingeht; bis zum 1. Januar 2012 können ein Zahler und sein Zahlungsdienstleister eine Frist von bis zu drei Geschäftstagen vereinbaren. ² Für Zahlungsvorgänge innerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums, die nicht in Euro erfolgen, können ein Zahler und sein Zahlungsdienstleister eine Frist von maximal vier Geschäftstagen vereinbaren. ³ Für in Papierform ausgelöste Zahlungsvorgänge können die Fristen nach Satz 1 um einen weiteren Geschäftstag verlängert werden.

(2) ¹ Bei einem vom oder über den Zahlungsempfänger ausgelösten Zahlungsvorgang ist der Zahlungsdienstleister des Zahlungsempfängers verpflichtet, den Zahlungsauftrag dem Zahlungsdienstleister des Zahlers innerhalb der zwischen dem Zahlungsempfänger und seinem Zahlungsdienstleister vereinbarten Fristen zu übermitteln. ² Im Fall einer Lastschrift ist der Zahlungsauftrag so rechtzeitig zu übermitteln, dass die Verrechnung an dem vom Zahlungsempfänger mitgeteilten Fälligkeitstag ermöglicht wird.

1) Allgemeines. Lit: Hadding WM 14, 2065. S zunächst Einf 10 ff. Grdlage: ZDiensteRL Art 68 II 2, 69, 70 (teilw). Die Vorschr regelt Fristen für die Ausführg bzw Übermittlg eines ZAuftr. Davon zu unterscheiden sind die in § 675 t geregelten Ztpkte der Gutschr u Wertstellg, die bei institutsinternen ZVorgängen (§ 675 f Rn 16) allein entscheidend sein können (PWW/Fehrenbacher Rn 1). Der ZDLeister hat dem ZDNutzer die maximale Ausführungsfrist für die einz ZDienste mitzuteilen (EG 248 § 4 I Nr 2 lit e, sa § 13). Soweit keine speziellen Regeln od Vereinbgen eingreifen, sind ZAuftr grdsätzl baldmöglichst auszuführen. Bei längerer Ausführgsdauer kann der ZDNutzer kostenfrei Ausk über den Sachstand verlangen (Ffin ZIP 13, 1160). **Anwendungsbereich** s Rn 2, 4. **Abdingbarkeit:** Zu Lasten des ZDNutzers iRv § 675 e (betrifft nur II, s Rn 2); ferner bzgl Kleinbetrags-Instr gem § 675 i II Nr 6; I 1 Hs 2 ist wg Zeitablaufs ggstandslos. ZG des Nutzers unbeschränkt, Grenzen nur gem den allg Regeln (§§ 305 ff etc).

2) Ausführungsfristen für den Zahlungsdienstleister des Zahlers, Abs 1. – a) Allgemeines. Die 2 Vorschr betrifft den Zahlungsfluss im Bereich des Zahlers bei Ausführg eines ZVorgangs (sa § 675 f Rn 12, 16). Sie regelt die Rechtzeitigk der Ausführg für den Fall, dass eine AusführgsPfl besteht, nicht die AusführgsPfl als solche (dazu § 675 o Rn 2). **Anwendungsbereich:** Alle ZAuftr (§ 675 f Rn 17; str, nach aA alle ZVorgänge, MüKo/Casper Rn 4), unabhängig vom Auslöser des ZVorgangs (Franck/Massari WM 09, 1117/20) u davon, ob Zahler/ZEmpfänger bei den jew ZDleistern Kten unterhalten (PWW/Fehrenbacher Rn 1). Ausgenommen sind ZDienste in Fremdwährg od unter Beteiligg von DrittstaatenDleistern (§ 675 e II 1) u, soweit vereinbart, ZAuftr unter Verwendg von KleinbetragsInstr (§ 675 i II Nr 6). Für institutsinterne ZVorgänge (§ 675 f Rn 16) gilt, da der ZBetrag mit der Abbuchg vom Kto des Zahlers zur Vfg steht, nur § 675 t (BT-Drs 16/11643 S 111). **Verpflichtet** ist der ZDLeister des Zahlers im Verhältnis zum Zahler, nicht auch sonst zwischengeschaltete Stellen (zum Begriff Einf 7 u § 675 f Rn 30). **Eingang** des ZBetrags ist der Ztpkt, ab dem der ZDLeister des ZEmpfängers über den Betrag verfügen kann, dh idR mit Gutschr des Betrags (einschl Wertstellg, s Grundmann WM 00, 2267/78 zur Überw) auf seinem Verrechnungskto. Ob der Empfänger bei diesem ZDLeister ein ZKto führt, od ob ihm der Betrag, wie beim Finanztransfer (§ 675 f Rn 60), ohne vertragl Beziehg bar ausgezahlt wird,

ist unerhebl (BT-Drs 16/11643 S 111), ebenso ob auch er bereits über den Betrag verfügen kann (HK-BGB/Schulte-Nölke Rn 3). Der Ztpkt muss innerh der Frist liegen. *Fristüberschreitung* führt im Verhältnis ZDNutzer zu seinem ZDLeister zu den Folgen gem § 675 y (dort Rn 3). Folgeschäden, insbes im ValutaVerh, sind nicht von § 675 y erfasst (dort Rn 1); für sie gelten die allg Vorschr, sie können aber nach § 675 z S 2 begrenzt werden (dort Rn 4; sa AGB-Überw 2.3.2-4). So dürfte zB der ZDLeister idR (s aber § 286 IV) gem § 286 II Nr 2 in Verzug geraten, wenn der ZBetrag nicht fristgerecht beim ZDLeister des Empfängers eingeht (s AGB-Überw 2.2.1; Hadding WM 14, 2065/69).

- 3 **b) Fristberechnung. aa) Beginn, Satz 1**, mit Zugang des ZAuftr beim ZDLeister des Zahlers bei bestehender AusführungsPfl (Rn 2), bei TerminÜberw mit dem Ausführungsstermin. Zugang s § 675 n (dort Rn 2 ff). Entscheidet sich der ZDLeister trotz KtoUnterdeckg für die Ausführg (§ 675 o Rn 3), beginnt die Frist mit dieser Entsch. – **bb) Dauer, Satz 1-3**. Die jew Frist gilt nach dem eindeut Wortlaut (auch der RL) unabhäng davon, ob der ZDLeister zur Ausführg weitere Institute einschaltet (PWW/Fehrenbacher Rn 1). Geschäftstag s § 675 n I 4; grdsätzl kommt es auf die GeschTage des ZDLeisters des Zahlers an (Einzelh § 675 n Rn 4; aA: beider ZDLeister, MüKo/Casper Rn 10). Zuläss Vereinbgen können in AGB erfolgen. Es besteht eine InfoPfl gem EG 248 § 4 Nr 2. Nennt ein GeldInst dort eine kürzere Frist als in seinen AGB, wird mangels and Anhaltspkte eine entspr Vereinbg anzunehmen sein. *Zahlungsvorgänge in € innerhalb des EWR*: Es gilt der Grundsatz gem S 1: bis zum Ende des auf den Fristbeginn folgenden GeschTags, Hs 2 ist wg Zeitablaufs ggstandslos. Für in Papierform ausgelöste ZVorgänge, S 3, bei entspr Vereinbg bis zum Ende des auf den Fristbeginn folgenden zweiten GeschTags. *Zahlungsvorgänge innerhalb des EWR, aber nicht in €*: Es gilt die vereinbarte Frist, höchstens eine Frist bis zum Ende des auf den Fristbeginn folgenden vierten GeschTags. *Zahlungsvorgänge außerhalb des EWR*: Gem Vereinbg, I gilt nicht; fehlt eine Vereinbg, ist die Zahlg unverzügl zu bewirken.

- 4 **3) Ausführungsfristen für den Zahlungsdienstleister des Empfängers, Abs 2**. Die Vorschr betrifft den Weisgsfluss bei Einleitg eines ZVorgangs (§ 675 f Rn 13). Sie soll insbes bei Lastschr u Kartenzahlgen die zügige Übermittlg des ZAuftr an den ZDLeister des ZEmpfängers u damit den Beginn der Ausführungsfrist gem I sicherstellen. *Anwendungsbereich*: ZAuftr bei vom od über den ZEmpfänger ausgelösten ZVorgängen (wie § 675 p Rn 3). Nicht hingg nach dem Wortlaut bei Pull-Zahlgen (§ 675 f Rn 13) ohne ZAuftr (Laitenberger NJW 10, 192/95). Ausgenommen sind ferner, soweit vereinbart, ZDienste in Fremdwähr od unter Beteiligg von DrittstaatenDleistern (§ 675 e, dort Rn 3 Nr 1 u 2) sowie ZAuftr unter Verwendg von KleinbetragsInstr (§ 675 i II Nr 6). Für institutsinterne ZVorgänge (§ 675 f Rn 16) bedarf es keiner Übermittlg. *Verpflichtet* ist der ZDLeister des den ZVorgang auslösenden ZEmpfängers im Verhältnis zu diesem, nicht auch zwgeschaltete Stellen (Einf 7 u § 675 f Rn 30). *Übermitteln* bedeutet auf dem für das InterbankenVerh (Einf 13) vereinbarten Weg zur Kenntnis bringen (sa § 675 d Rn 1), ggf auch über zwgeschaltete Stellen. *Frist*: Maßß ist grdsätzl, wie **Satz 1** ledigl klarstellt (BT-Drs 16/11643 S 112), die vereinbarte Frist. Bei Lastschr (§ 675 f Rn 32), **Satz 2**, hat die Mitteilg so rechtzeitig zu erfolgen, dass der ZDLeister des Zahlers den ZAuftr noch vor dem FälligTag ausführen u die Verrechng zw den beteiligten ZDleistern noch am FälligTag dchgeführt werden kann (für RL-Widrigk Gebauer/Schinkels [Einf 1 v § 675 c] Rn 50). FälligTag ist der Tag, den der ZEmpfänger seinem ZDLeister mitgeteilt hat, idR wird dies der Tag der Fälligk der im ValutaVerh zu tilgenden Verbindlichk sein. *Fristüberschreitg* s § 675 y II u Hadding WM 14, 2065/69.

675t Wertstellungsdatum und Verfügbarkeit von Geldbeträgen. (1) ¹Der Zahlungsdienstleister des Zahlungsempfängers ist verpflichtet, dem Zahlungsempfänger den Zahlungsbetrag unverzüglich verfügbar zu machen, nachdem er auf dem Konto des Zahlungsdienstleisters eingegangen ist. ²Sofern der Zahlungsbetrag auf einem Zahlungskonto des Zahlungsempfängers gutgeschrieben werden soll, ist die Gutschrift, auch wenn sie nachträglich erfolgt, so vorzunehmen, dass der Zeitpunkt, den der Zahlungsdienstleister für die Berechnung der Zinsen bei Gutschrift oder Belastung eines Betrags auf einem Zahlungskonto zugrunde legt (Wertstellungsdatum), spätestens der Geschäftstag ist, an dem der Zahlungsbetrag auf dem Konto des Zahlungsdienstleisters des Zahlungsempfängers eingegangen ist. ³Satz 1 gilt auch dann, wenn der Zahlungsempfänger kein Zahlungskonto unterhält.

(2) ¹Zahlt ein Verbraucher Bargeld auf ein Zahlungskonto bei einem Zahlungsdienstleister in der Währung des betreffenden Zahlungskontos ein, so stellt dieser Zahlungsdienstleister sicher, dass der Betrag dem Zahlungsempfänger unverzüglich nach dem Zeitpunkt der Entgegennahme verfügbar gemacht und wertgestellt wird. ²Ist der Zahlungsdienstnutzer kein Verbraucher, so muss dem Zahlungsempfänger der Geldbetrag spätestens an dem auf die Entgegennahme folgenden Geschäftstag verfügbar gemacht und wertgestellt werden.

(3) Eine Belastung auf dem Zahlungskonto des Zahlers ist so vorzunehmen, dass das Wertstellungsdatum frühestens der Zeitpunkt ist, an dem dieses Zahlungskonto mit dem Zahlungsbetrag belastet wird.

- 1 **1) Allgemeines.** S zunächst Einf 10 ff. Grdlage: ZDiensteRL Art 70 (für I 1, I 3), 71 (für II), 73 (für I 1 u 2, III). *Anwendungsbereich u Abdingbarkeit* s Rn 2, 9, 10. *Konkurrenzen*: Verletzt der ZDLeister seine Pfl aus § 675 t schuldh, kann der ZEmpfänger SchadErs verlangen (§ 280 I); § 675 z S 2 ist nicht anwendb (and Grundmann WM 09, 1117/16), da der ZDLeister des ZEmpfängers bei der Gutschr keinen ZAuftr ausführt.

- 2 **2) Verfügbarkeit und Wertstellung bei unbaren Zahlungseingängen, Abs 1.** Die Vorschr regelt Pfl des ZDLeisters des Empfängers einer Zahlg für den Fall, dass eine solche Zahlg auf dem VerrechngsKto des ZDLeisters eingeht. *Anwendungsbereich*: Alle ZVorgänge, auch institutsinterne (§ 675 f Rn 16). Ausgenommen sind ZDienste in Fremdwähr (§ 675 e II 1 Hs 2). Ferner, soweit vereinbart, ZVorgänge, die nicht in € erfolgen (§ 675 e III), aber nur bzgl I 3. IU sind nach der GBegründg (BT-Drs 16/11643 S 112) abweichde Vereinbgen zu Lasten des KtoInhabers nicht zuläss. § 675 e II 1 Hs 2, II 2 Hs 2 u III werden offenb als abschließde Regelg angesehen, so dass auch für ZDienste unter Beteiligg von DrittstaatenDleistern (§ 675 e II 1) keine weitere Ausn zugelassen wird. *Mitteilungspflichten* bei ZEingang EG 248 §§ 8, 15.

- 3 **a) Zur-Verfügung-Stellen, S 1 und 3.** S 1 verpflichtet den ZDLeister, für seinen ZDNutzer eingehende ZBeträge diesem unverzügl (ohne schuldh Zögern, § 121 I) nach Eingang (wie § 675 s Rn 2) verfügb zu machen. Er ist insow „Zahlstelle“ des ZDNutzers (dazu Peters/Lwowski WM 99, 258). Bei institutsinternen ZVorgängen ist als Eingang die Abbuchg des Betrags vom Kto des Zahlers anzusehen.

aa) Anspruch bei Zahlung auf ein Konto. Er tritt an die Stelle des früheren Anspr auf Gutschr (vgl 4 68. Aufl § 676 f Rn 11) u verdrängt insow den Anspr aus §§ 675 I, 667; nach aA betrifft I nur die Verfügbar selbst, der Anspr aus § 667 besteht fort (s SchBL/Mayen § 47 Rn 9 mwN). Er ist von der Gutschr selbst (§ 675 f Rn 28) u der Wertstellg (Rn 8) streng zu unterscheiden. *Verfügbarmachen* bedeutet, dass der ZDLeister den Betrag für Vfgen über das Kto (dch Abhebg, Überw, Lastschr etc) in dem rechtl Umfang zur Vfgr stellen muss, in dem er ihn selbst iR der Verrechng in einem ZSystem od unmittelbar vom ZDLeister des Zahlers erhalten hat u der Vfgr keine rechtl Hindern entgegenstehen. Muss er zB iR eines LastschrVerf mit einem ErstattgsAnspr des and ZDLeisters bzw des Zahlers (§ 675 x) rechnen, kann er die Gutschr unter Vorbeh erteilen, dh ein StorniergsR vereinbaren (Laitenberger NJW 10, 192/95; sa § 675 f Rn 28). S 1 steht auch evtl Pfand-, Zurückbehaltgs- od AufrechngsR, der Einbring in den KtoKorrent (§ 675 f Rn 24) od der Gutschr auf ein debitor Kto nicht entgg (BT-Drs 16/11643 S 112), esbo nicht der Einbehaltg bei Abtretg des zu tilgden Anspr an den ZDLeister (Rühl DStR 09, 2256/58) od der Rückforderg dch RentenVersTräger (SGB VI 118 III; BSG WM 16, 1220). *Unverzüglich*: ohne schuldh Zögern (§ 121 II). Wie II 2 zeigt, geht der GGeber von sehr kurzen Fristen aus. IdR wird Verfügbarmachg spätestens am auf den Eingang folgenden GeschTag erflld sein.

Berechtigt ist grdsätzl der KtoInhaber, bei einem Oder-Kto (§ 675 f Rn 23) jeder Beteiligte unabhängig vom and 5 (BGH 95, 185). Wird der ZVorgang anhand der *Kundenkennung* des Empfängers ausgeführt, ist dies diejen Pers, der die Kundenkennung zugeordnet ist (§ 675 r Rn 4). Stimmt die angegebene Kundenkennung mit der (zusätzl) *Empfängerbezeichnung* nicht überein (zum Parallelproblem im Verh zum Zahler § 675 r Rn 3; zum früheren Recht BGH NJW 91, 3208 u Pauli NJW 08, 2229) od wird sie, zB wg KtoAuflösg, nicht (mehr) geführt, ist der ZDLeister zwar berechtigt, die Gutschr auf dem angegebenen Kto auszuführen (§ 675 r Rn 4). Erkennt er aber die Fehlerhaftigk der Kundenkennung, ist er hierzu nicht verpflichtet, vielm wird er vorab beim Zahler rückzufragen haben (SchBL/Mayen § 47 Rn 13; sa MüKo/Casper § 675 r Rn 33; str). Erkennt er sie erst nachträgl, ist er iR seiner AGB berecht, die Gutschr zu stornieren (§ 675 f Rn 28; MüKo/Casper § 675 r Rn 35, str).

Ob er den Betrag einem *anderen Konto* des namentl bezeichneten Empfängers als angegeben gutschreiben 6 darf, ist zweifelh. Hat der Empfänger *mehrere Konten*, ist wie bish die angegebene KtoNr maßg (Schlesw WM 84, 549); and bei entspr Weisgen des Empfängers (SchBL/Mayen § 47 Rn 15) bzw ausdrücll Vereinbg zw Empfängern u seinem ZDLeister, die aber nicht formularmäßig geschlossen werden kann (so zum alten Recht BGH 98, 24). Ist das angegebene Kto ein SperrKto, darf der ZDLeister den Betrag nicht auf einem freien Kto gutschreiben (BGH WM 74, 274). Ist die Kundenkennung unzutreffd (Rn 5) u bemerkt der ZDLeister dies, wird man wg der Zielrichtg von I jedenfalls nach entspr Hinw die Gutschr auf einem and Kto des namentl angegebenen Empfängers zulassen können. Zum WiderspruchsR des ZEmpfängers MüKo/Casper Rn 10.

bb) Zahlung nicht auf ein Konto des Empfängers (wie beim Finanztransfer, § 675 f Rn 60). Hier ergibt 7 sich der Anspr aus S 1 iVm S 3. Dabei begründet S 3 einen (dann wohl gesetzl) Anspr des ZEmpfängers auch dann, wenn dieser nicht in einem VertragsVerh zum ZDLeister steht. Der Anspr ist hier auf Auszahlg des Betrages gerichtet. Auch insow stehen dem ZDLeister die erwähnten Einwendungen (Rn 4) zu.

b) Wertstellung, S 2, auch Valutierung genannt. Sie gibt bei einer KtoBuchg (Gutschr od Belastg, sa § 675 f 8 Rn 25, 28) den Ztpkt an, ab dem der gebuchte Betrag zu verzinsen ist bzw zinsmindernd wirkt, wenn eine VerzinsgPfl des ZDLeisters (bei positivem Saldo) bzw des ZDNutzers (bei negativem Saldo) besteht. Auf ZVorgänge ohne KtoBuchg ist I 2 nicht anwendb. Der Ztpkt kann, muss sich aber nicht mit dem der Gutschr/BelastgBuchg decken, Tagesguthaben u zu verzinsder Betrag können daher unterschiedl sein (Celle NJW-RR 04, 1346). I 2 bestimmt für die Gutschr, dass die Wertstellg spätestens mit Wirkg für den GeschTag (§ 675 n Rn 4) des Eingangs der Zahlg auf dem (Verrechngs-)Kto des ZDLeisters des Empfängers, dh *taggleich* vorgenommen werden muss. Das gilt auch für den Eingang unter Vorbeh (Laitenberger NJW 10, 192/96) u entspricht dem früheren Recht (vgl BGH NJW 97, 2042 u 3168), eine abweichde vertragl Vereinbg zu Lasten des KtoInhabers ist nicht mehr mögl (Rn 2). Löst der ZEmpfänger mehrere ZVorgänge gleichzeitig aus (zB bei einer Sammellastschr), kann ein einheitl Wertstellungsdatum für den Gesamtbetrag gewählt werden, wenn dem ZEmpfänger insges kein Nachteil entsteht (BaRo/Schmalenbach Rn 10, sa § 675 e Rn 1; aA wohl Laitenberger aaO). BelastgBuchg s Rn 10.

3) Verfügbarkeit und Wertstellung bei Bareinzahlungen, Abs 2. Die Vorschr regelt Pfl des ZDLeisters 9 eines ZDNutzers, für den ein Kto geführt wird, bei zuläss Bareinzahlgen auf das Kto. Sie begründet keine Verpfl, Bareinzahlgen entgegzunehmen (zB bei KtoFührg dch Direktbank). *Anwendungsbereich*: Alle Bareinzahlgen, gleichgült ob dch den KtoInhaber od Dritte, soweit sie unmittelb auf ein Kto erfolgen (nicht zB zunächst zur Verwahrng übergebenes Bargeld). Nicht betroffen sind Einzahlgen in einer Währg, die nicht derjen entspricht, in der das ZKto geführt wird. Ausgenommen sind ferner gem § 675 e II 1 Einzahlgen auf Kten, die in Fremdwährg od dch einen DrittstaatenDLeister geführt werden. Ferner, soweit vereinbart, Einzahlgen, die nicht in € erfolgen (§ 675 e III). *Inhalt*: Der eingezahlte Betrag muss bei Einzahlg dch einen Verbraucher (§ 13) ohne schuldh Zögern (s § 121 I) alsbald nach Entgegnahme dch den ZDLeister verfügb gemacht (Begriff Rn 3) u valutiert (Begriff Rn 8) werden, idR, da es sich um einen rein institutsinternen Vorgang handelt, noch am GeschTag der Einzahlg. Nur wenn der Einzahlde kein Verbr ist, genügt der folgede GeschTag.

4) Wertstellung bei Kontobelastungen, Abs 3. *Anwendungsbereich*: Alle BelastgBuchgen auf einem ZKto 10 (§ 675 f Rn 25). Abweichde Vereinbg zu Lasten des KtoInhabers sind nach der GBegründg (BT-Drs 16/11643 S 113) nicht zulässig, keine Ausn für ZDienste unter Beteiligg von DrittstaatenDleistern (§ 675 e II 1; wie Rn 2). *Inhalt*: Der belastete Betrag ist für den Ztpkt des tats Mittelabflusses zu valutieren (MüKo/Casper Rn 22; Begriff s Rn 8). Damit scheidet zwar nicht eine KtoBelastg als Vorschuss (§ 669; zB bei der Überw), wohl aber deren Wertstellg vor dem Abfluss aus (MüKo/Casper Rn 23, str). Eine Ausnahme gilt für E-Geld (§ 675 f Rn 54, zB GeldKarte), bei dem die Bereitstellg prakt wie eine Auszahlg wirkt, u zwar auch soweit der kontoführde ZDLeister mit dem Kartenaussteller ident ist (Grundmann WM 09, 1157/61 Fn 75).

Unterkapitel 3. Haftung

675u Haftung des Zahlungsdienstleisters für nicht autorisierte Zahlungsvorgänge. ¹Im Fall eines nicht autorisierten Zahlungsvorgangs hat der Zahlungsdienstleister des Zahlers gegen diesen keinen Anspruch auf Erstattung seiner Aufwendungen. ²Er ist verpflichtet, dem Zahler den Zahlungsbetrag unverzüglich zu erstatten und, sofern der Betrag einem Zahlungskonto belastet worden ist, dieses Zahlungskonto wieder auf den Stand zu bringen, auf dem es sich ohne die Belastung durch den nicht autorisierten Zahlungsvorgang befunden hätte.

- 1) **1) Grundsätze zu §§ 675 u–676 c.** Haftungsfragen im Zusammenhang mit ZVorgängen können sich ergeben, wenn ein solcher Vorgang nicht autorisiert ist, dh ohne wirks Zustimmung des Zahlers (§ 675 j Rn 2 ff) ausgeführt wurde, od wenn ein ZAuftr trotz ordnungsgemäßer Autorisierung nicht od nur mangelh ausgeführt wurde. Während Mängel der Autorisierung nur das DecksVerh zw Zahler u seinem ZDLeister betreffen, können sich Mängel der Ausführung sowohl im DecksVerh wie auch im InkassoVerh zw dem ZEmpfänger u seinem ZDLeister ergeben. Das Unterkapitel regelt Fragen der Haftung zw ZDLeister u ZDNutzer bei ZVorgängen: §§ 675 u–675 x zur Autorisierung von ZVorgängen im DecksVerh zw Zahler u seinem ZDLeister, wobei §§ 675 u, v die nicht autorisierte Zahlung betreffen, § 675 x RückerstattungsAnspr des Zahlers bei autorisierter Zahlung; §§ 675 y, 676, 676 a zu mangelh, dh nicht od fehlerh ausgeführten ZVorgängen; §§ 675 z, 676 b u 676 c das Verhältnis der HaftungsAnspr zu and Anspr, die Beschränkung u den Ausschluss der HaftungsAnspr sowie Anzeigepflicht in diesem Zusammenhang.
- 2) **2) Allgemeines zu § 675 u.** S zunächst Einf 10 ff. Grundlage: ZDiensteRL Art 60 I. Hat der ZDLeister iR eines autorisierten ZVorgangs eine Leistung erbracht, steht ihm hierfür gg den Zahler ein AufwandsErsAnspr zu (§ 675 f Rn 10). S 1 stellt klar, dass bei fehlender Autorisierung kein solcher Anspr besteht, der ZDLeister ist auf evtl Anspr aus § 675 v beschränkt (sa Rn 3). S 2 regelt die Folgen, wenn ein solcher Anspr gleichwohl bereits geltend gemacht wurde. Der ZDLeister hat den ZDNutzer über die Haftung zu informieren (EG 248 § 4 I Nr 5 lit d, sa § 13). – **Anwendungsbereich:** Alle ZVorgänge (§ 675 f Rn 16), die nicht autorisiert sind, dh bei denen die Zustimmung des Zahlers gem § 675 j (dort Rn 3) fehlt. Ausgenommen sind gem § 675 i III (dort Rn 4 ff) Zahlungen mit elektronischem Geld (§ 675 f Rn 54). Betroffen sind nur Anspr im DecksVerh zw Zahler u seinem ZDLeister; Rückabwicklung im Interbanken- u InkassoVerh nach den dort geltenden vertragl Vereinbarungen, zum ValutaVerh vgl § 812 Rn 107; sa MüKo/Casper Rn 4. Hat der Zahler mit seinem ZDLeister vereinbart, dass die Autorisierung als Genehmigung erfolgen kann (§ 675 j I 2), entfällt nach dem Zweck dieser Vereinbarung wohl eine ErstattungsPflicht, solange die Frage der Genehmigung nicht geklärt ist. In dem Erstattungsverlangen dürfte die Verweigerung der Genehmigung liegen, so dass § 675 u dann eingreift. – **Abdingbarkeit:** Zu Lasten des ZDNutzers iR v § 675 e II 2 (dort Rn 3 Nr 1, 2: ZDienste in Fremdwährung od unter Beteiligung von DrittstaatenDleistern); ferner gem § 675 i II Nr 3 bzgl ZVorgängen bei KleinbetragsInstr in dem dort genannten Rahmen. ZG des Nutzers unbeschränkt, Grenzen nur gem den allg Regeln (§§ 305 ff etc).
- 3) **3) Kein Erstattungsanspruch des Zahlungsdienstleisters, S 1.** Nicht autorisierter Zahlungsvorgang s Rn 2. Wäre ein Anspr nach S 2 wg § 676 c ausgeschl, bleibt der ErstattungsAnspr bestehen (GroßKommHGB/Grundmann [§ 675 Rn 9] Bd 10/2 III Rn 540). Erfasst sind nur *Aufwendersersatzansprüche* des ZDLeisters gg den Zahler iR eines ZDVertr, die sich aus einem solchen Vorgang ergeben können. Ein Anspr aus § 670 (§ 675 f Rn 10) zB wird idR schon an der fehlenden Weisung scheitern (§ 670 Rn 2). Ausgeschl sind auch Anspr gg den Zahler, die sich im Ergebnis auf die Erstattung von Aufwendungen richten, zB BereicherungAnspr des ZDLeisters (Winkelhaus BKR 10, 441/45, str; sa § 812 Rn 107 f), sowie EntgeltAnspr (BGH NJW 15, 3025 Tz 35). Nicht hingezB: SchadErsAnspr, zB gem § 675 v; Anspr auf Vorschuss (§ 669) iR der Geldkartenverwendg (§ 675 i III Nr 3); Anspr des ZEmpfängers gg den ZDLeister bzw des ZDLeisters gg den Empfänger zB gem § 812 Rn 107 f.
- 4) **4) Erstattungsanspruch des Zahlers, S 2.** Hat der ZDLeister einen Anspr gem Rn 2 bereits geltend gemacht, richten sich die Folgen nach S 2. Diese Regelg bleibt der ErstattungsAnspr im DecksVerh auf and RGrundlage, die auf dieselbe Rfolge gerichtet sind (zB aus §§ 812 ff, sa dort Rn 107 a), sind ausgeschl (§ 675 z S 1). Dagegen sind dch § 675 u nicht abgedeckte Anspr, zB wg Folgeschäden außerhalb der RBeziehung Zahler-ZDLeister, od Anspr zB im ValutaVerh Zahler-Zahlungsempfänger nicht betroffen (§ 675 z Rn 2 f). Zur vertragl Begrenzung solcher Anspr § 675 z Rn 4. Die Erstattung etc hat *unverzüglich* zu erfolgen, dh nach einer ohne schuldh Zögern (§ 121 I) dchgeführten Prüfung des Anspr dch den ZDLeister. Hat der Zahler bereits *Aufwendersersatz geleistet*, so hat der ZDLeister diese Leistung zurückzuerstatten, der Zahler kann Auszahlung verlangen. Wurde der Anspr als *Belastungsbuchung* in den KtoKorrent eingest. ist, ist der Zahler so zu stellen, als ob diese Buchung nicht erfolgt wäre, dh die Buchung ist mit einer dem Wertstellungszpkt der Belastung entspr Valutierung zu stornieren, inklusive der Erstattung etwaiger vom Zahler gezahlter Sollzinsen bzw ihm entgangener Habenzinsen (sog *valutamäßige Buchung*, sa § 675 f Rn 25). Der Zahler kann stattdessen Auszahlung verlangen, wenn die KtoBeziehung unter Saldoausgleich aufgelöst ist (LG Darmstadt WM 14, 2323/24), sonst nur soweit das Kto auch ohne Rückbuchung im Plus steht (sa BGH WM 09, 958 Tz 13). Die Geldmacherg der Anspr kann gg § 242 verstoßen, wenn eine weisungswidr Erledigung eines ZAuftr gleichwohl den vom KtoInhaber verfolgten Zweck erfüllt hat (BGH NJW 06, 294/96). Der Anspr bleibt bei Beendigung des ZDVerhältn bestehen (BGH NJW 92, 112). *Ausschluss* des Anspr gem § 676 b II, uU auch gem § 676 c bei gesetzl Verpfl (KtoPfändg oÄ).
- 5) **5) Beweislast.** Für den Nachw der Autorisierung gilt, soweit diese unter Einsatz eines ZAI erfolgt sein soll, § 675 w (dort Rn 2). Für and Fallgestaltungen s § 675 w Rn 5.

675v Haftung des Zahlers bei missbräuchlicher Nutzung eines Zahlungsauthentifizierungsinstrumentes. (1) ¹ Beruhen nicht autorisierte Zahlungsvorgänge auf der Nutzung eines verlorengegangenen, gestohlenen oder sonst abhanden gekommenen Zahlungsauthentifizierungsinstrumentes, so kann der Zahlungsdienstleister des Zahlers von diesem den Ersatz des hierdurch entstandenen Schadens bis zu einem Betrag von 150 Euro verlangen. ² Dies gilt auch, wenn der Schaden infolge einer sonstigen missbräuchlichen Verwendung eines Zahlungsauthentifizierungsinstrumentes entstanden ist und der Zahler die personalisierten Sicherheitsmerkmale nicht sicher aufbewahrt hat.

(2) Der Zahler ist seinem Zahlungsdienstleister zum Ersatz des gesamten Schadens verpflichtet, der infolge eines nicht autorisierten Zahlungsvorgangs entstanden ist, wenn er ihn in betrügerischer Absicht ermöglicht hat oder durch vorsätzliche oder grob fahrlässige Verletzung

1. einer oder mehrerer Pflichten gemäß § 675 l oder

2. einer oder mehrerer vereinbarter Bedingungen für die Ausgabe und Nutzung des Zahlungsauthentifizierungsinstrumentes herbeigeführt hat.

(3) ¹ Abweichend von den Absätzen 1 und 2 ist der Zahler nicht zum Ersatz von Schäden verpflichtet, die aus der Nutzung eines nach der Anzeige gemäß § 675 l Satz 2 verwendeten Zahlungsauthentifizierungsinstrumentes entstanden sind. ² Der Zahler ist auch nicht zum Ersatz von Schäden

im Sinne des Absatzes 1 verpflichtet, wenn der Zahlungsdienstleister seiner Pflicht gemäß § 675 m Abs. 1 Nr. 3 nicht nachgekommen ist.³ Die Sätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der Zahler in betrügerischer Absicht gehandelt hat.

1) Allgemeines. S zunächst Einf 10 ff, § 675 u Rn 1. Grdlage: ZDiensteRL Art 61. – **Inhalt.** Die Vorschr

regelt die SchadErsAnspr des ZDLeisters gg den ZDNutzer, dem er ein ZAI überlassen hat, für die Fälle des Verlusts, Diebstahls od der missbräuchl Verwendg des ZAI. Sie führt damit in ihrem Anwendungsbereich zu einer von § 675 u abweichenden Verteilg des Risikos bei nicht autorisierten ZVorgängen. Sie kodifiziert weitgehend die früher für ZKarten übl vertragl Regeln u erstreckt sie auf alle ZAI. Der ZDLeister hat den ZDNutzer über die Haftg u ggf den Höchstbetrag zu informieren (EG 248 § 4 I Nr 5 lit c, sa § 13).

– **Haftungsphasen.** Zu unterscheiden sind: (1) Nutzg des ZAI vor Eingang des Instruments beim Zahler (§ 675i Rn 2). Die Gefahr trägt der ZDLeister (§ 675 m II), § 675 v ist nicht anwendb. (2) Nutzg ab Eingang bis zum Zugang der Anzeige des Verlusts etc des ZAI (§ 675l Rn 8). Der ZDLeister hat die Anspr gem I, II, es sei den er hat seine Pfl gem § 675 m I Nr 3 nicht erfüllt (III 2), mit der RückAusn gem III 3 (betrüger Absicht des Zahlers). (3) Nutzg des ZAI ab Zugang der Anzeige. Der ZDLeister hat keine Anspr (III 1), außer bei betrüger Absicht des Zahlers (III 3). – **Anwendungsbereich:** Alle ZAI (§ 675j Rn 6), ausgenommen elektron Geld (§ 675i III; § 675 f Rn 54). Bei and ZahlVerf gelten die allg Vorschr (Piekenbrock WM 15, 797/802; str, für entspr Anwendg zB MüKo/Casper Rn 5: Verlust von Vordrucken). – **Abdingbarkeit:** Zu Lasten des ZDNutzers iRv § 675 e (dort Rn 3 Nr 1, 2, 3); ferner bzgl Kleinbetrags- Instr gem § 675i II Nr 3 (betrifft nur I, II) u gem § 675i II Nr 2 (betrifft nur III). ZG des Nutzers unbeschränkt, Grenzen nur gem den allg Regeln (§§ 305 ff etc). Die bish vertragl geregelten, für den ZDNutzer günstigeren Haftgsgrenzen können daher beibehalten werden. Übbl u Würdig bzgl der AGB bei Scheibengruber BKR 10, 15/18, NJOZ 10, 1366. – **Abschließend** regelt § 675 v die Haftg des ZDNutzers für die in der Vorschr angesprochenen Fallgestaltgen. SchadErsAnspr nach and Vorschr, zB § 280 I, sind insow ausgeschl (BT-Drs 16/11643 S 113). – **Haftungsausschluss** unter den Voraussetzgen des § 676 c; sa Rn 6.

2) Begrenzte Haftung, Abs 1. – a) Voraussetzungen. (1) **Nicht autorisierter Zahlungsvorgang**, dh ein ZVorgang (§ 675 f Rn 16), dem die Zustimmung des Zahlers gem § 675j (dort Rn 3) fehlt. Bsp: Nutzg einer ZKarte ohne od gg den Willen des Inhabers (Düss NJW 12, 3381/82). (2) **Beruhn des Vorgangs auf der Nutzung eines Zahlungsauthentifizierungsinstruments**, dh die (unwirks) Zustimmung zu dem ZVorgang muss unter Einsatz eines ZAI (§ 675j Rn 6) erteilt worden sein (sa SchBL/Maihold § 54 Rn 58). (3) **Missbräuchliche Verwendung des Instruments.** Das ist jede Verwendg des ZAI ohne od gg den Willen seines Inhabers (Einzelh mit Bsp § 675l Rn 6). Der missbräuchl Verwendg muss zugrundeliegen: (a) **ein Abhandenkommen** des Instruments, **Satz 1.** Hierunter fallen insbes der Verlust od Diebstahl der verkörperten Komponente eines ZAI (wie § 675l Rn 5). Ferner jede sonst Fallgestalt, bei der der Inhaber des Instruments den unmittelbar Besitz der körperl Komponente ohne seinen Willen verloren hat (Düss NJW 12, 3381/82). Die zu § 935 entwickelten Grds (dort Rn 3 ff) können herangezogen werden. Nicht hierher, sond unter I 2 fällt der Verlust verkörperter personalisierter SicherhMerkmale (TAN-Liste, PIN-Brief; Scheibengruber NJOZ 10, 1366/69). Oder (b) **unsichere Aufbewahrung der personalisierten Sicherheitsmerkmale**, die mit dem Instrument verbunden sind, **Satz 2.** Darunter fällt jede Aufbewahrg, die nicht den Pfl gem § 675l S 1 entspricht. Einzelh s dort. Wird das ZAI unbefugt verwendet, ohne dass eine solche Pflverletzg vorliegt, scheidet eine Haftg aus (Bsp: Fälschg eines Leistungsbelegs; Abgreifen von Daten beim Online-Banking, Schulte am Hülse/Klabunde MMR 10, 84), ebenso wenn ledigl die im ZAI enthaltene Kundenkennng einschließl evtl Prüfelemente unbefugt genutzt wird (BT-Drs 16/11643 S 113; Bsp: Verwendg einer KreditkartenNr u Prüffziffer im DistanzGesch, § 675 f Rn 47). Ob bei Einsatz von ZKarten die Verwendg der Originalkarte erfdl ist, ist str (ja Hofmann BKR 14, 105/09). **Verschulden** des Zahlers ist iFv S 1 nach dem Wortlaut nicht erfdl (sa Casper/Pfeifle WM 09, 2343/46). And nach hM iFv S 2 (MüKo/Casper Rn 19 f mwN; BT-Drs 16/11643 S 113: Verschuldenselement). Die RL lässt EntschSpielraum (Art 61 III). Wenn auch der Wortlaut des Gesetzes („nicht sicher aufbewahrt“) den obj Tatbestand der PflVerl genügen lässt (zum Sprachgebrauch des BGB vgl § 280 I 1 u dort Rn 3, 12) u der konkrete Zushang, wonach nur der Verlust des ZAI in S 1 in S 2 dch die PflVerl bzgl eines SicherhMerkm ersetzt wird, gg die Einschränk spricht, wird man doch S 2 als Sonderfall der Haftg nach § 280 ansehen und daher auch § 280 I 2 heranziehen können. Jedenfalls sind entspr Regelgen zG des ZDNutzers, zB in AGB, ow zulässig. (4) **Kein Ausschluss nach Abs 3**, s dazu Rn 6. Der Anspr entfällt auch iFv § 676 c, zB bei Abhandenkommen des ZAI dch „höhere Gewalt“ od Beschlagnahme.

b) Folgen. Der Zahler ist zum Ersatz des dch den nicht autorisierten ZVorgang (vgl die Formulierg in II) entstandenen Schadens verpflichtet, insbes der an den Verwender des ZAI ausgezahlten Beträge. Es gelten die für die SchadVerursachg u -berechnng maßg Grds (§§ 249 ff, insbes Vorb 21 ff, 24 ff v § 249). Der Anspr ist der Höhe nach auf 150 € begrenzt, u zwar für den gesamten Schaden, der dch das Abhandenkommen bzw die unsichere Aufbewahrg, ggf auch bei missbräuchl Verwendg iR mehrerer ZVorgänge, verursacht wird (bei I 1 s den Wortlaut; zu I 2 vgl Oechsler WM 10, 1381/83; sa BGH NJW 12, 1277 Tz 39). Höherer SchadErs kann nur unter den Voraussetzgen von II verlangt werden. § 254 ist anwendb.

3) Unbegrenzte Haftung, Abs 2. Die Vorschr enthält nach hM eine ggü I eigenständ u vorrang Anspr-Grdlage (MüKo/Casper Rn 22 mwN, Staud/Omlor Rn 18). § 254 ist anwendb, insbes bei Verletzg der Pfl gem § 675 m Rn 2. Ist zB der VfgsRahmen des ZAI begrenzt (§ 675 k I), begrenzt dies auch die Höhe des zu ersetzenden Schad, da bei Vfggen über den Rahmen hinaus der ZDLeister in ihm zurechenb Weise die Entstehg eines höheren Schadens ermöglicht hat (§ 254 II; sa BGH NJW 12, 1277). II erfasst folgde Fälle: – Der Inhaber des ZAI hat den nicht autorisierten ZVorgang **in betrügerische Absicht** ermöglicht (II Alt 1). Das setzt voraus, dass er sich od einem Dritten dch die in dem missbräuchl Einsatz des ZAI liegende Täuschg des ZDLeisters einen unbe-recht VermVorteil zu Lasten des ZDLeisters verschaffen wollte (vgl StGB 263). – Der Inhaber hat den Schad dch **grob fahrlässige oder vorsätzliche Pflichtverletzung** herbeigeführt (II Alt 2). Für die **Pflichtverletzung** kommen nur

die in II Alt 2 ausdrückl aufgezählten Pfl in Betr (krit zur Trenng in Nr 1 u 2 Hofmann BKR 14, 105). *Nr 1:* Jedenfalls genügt eine Verletzg der Pfl gem § 6751 S 1 (dort Rn 2f mit Bsp). Str ist, ob auch die Verletzg von Pfl nur bzgl der ZKarte genügt (dazu Hofmann aaO 110). Aber auch eine Verletzg der AnzeigePfl (§ 6751 S 2) muss ausreichen. Denn dch das Unterbleiben der Anzeige wird dem ZDLeister die Möglichk einer Sperrg des ZAI genommen und die SchadTrächtigkeit eines Verlusts beträchtl erhöht. Es ist daher gerechtfertigt, den Inhaber des Instruments der über I hinausgehenden Haftg auszusetzen, wenn er die Anzeige grob fahrläss od gar vorsätzl unterlässt. *Nr 2:* In Betr kommen ferner zulässig dch Vertr aufgelegte SorgfaltsPfl, wie sie iR der Ausgestaltg des § 6751 S 1 vereinbart sein können (dazu § 6751 Rn 2). *Grob fahrlässig oder vorsätzlich:* Es gelten die allg Grds der §§ 276 (dort Rn 10ff), 277 (dort Rn 4ff). Die bish Rspr kann daher herangezogen werden (sa BT-Drs 16/11643 S 114). *Beispiele* (s zunächst § 6751 Rn 3): Bei *Zahlungskarten* (sa Oechsler WM 10, 1381/84) gemeins Aufbewahrung von Karte u PIN (BGH 145, 337: einheitl Zugriffsmöglichk, Ffm NJW-RR 04, 206: als Telefonnummer notiert, KG MDR 00, 1022: offen in einer Wohnung); bewusstes Liegenlassen der Karte an allg zugängl Ort, nicht dagg ow in verschlossenem Pkw (Nachw bei LG Bln NJW-RR 11, 352), Wohnwagen im Urlaub (Ffm NJW-RR 02, 692, sa Mainz WM 03, 1172) od nicht allg zugängl Büro (Bonn NJW-RR 05, 1645, strenger Düss BKR 08, 41); Eingabe der PIN an freistehden Automaten (Halle WM 01, 1298 [zu Recht krit Haertlein WuB I D 5 b-3.01]); nicht hingz unterlassene Vernichtg der PIN-Mitteilg (BGH 145, 337) od das versehentl Steckenlassen der Karte im Automaten (Düss NJW 12, 3381: Augenblicksversagen). Im *Überweisungverkehr* Eingabe einer Vielzahl von TAN auf Aufforderung (Mü BKR 12, 475); Missachtg von SicherhHinw od -Vorgaben des ZDLeisters bei Online-Banking (AG Bonn, AG Köln BKR 14, 304 bzw 307: Reagieren auf „SicherhAbfrage“ bei TAN-Generator, sehr weitgehend); Unterlassen des Abgleichs von Auftrag u SMS-Inhalt im mTAN-Verf (LG Köln NJW 14, 3735); zu SichgPfl gg das Ausspähen per E-Mail oä („phishing“) LG Essen WM 15, 2098, LG Oldbg MMR 16, 450, Bender WM 08, 2049, Borges NJW 05, 3313. Für die Übersendg von *Mitteilungen* darf der einfache Postweg genutzt werden (vgl BGH 139, 108), soweit vertragl nichts and vorgeschrieben ist.

- 6 4) **Haftungsausschluss, Abs 3.** Nach Satz 1 haftet der Zahler nicht für Schäd, die dch eine Nutzg des ZAI nach Eingang der Anzeige gem § 6751 S 2 beim ZDLeister od der von ihm benannten Stelle entstehen (sa Rn 1). Nach Satz 2 nicht, wenn der ZDLeister seiner Pfl (§ 675 m I 1 Nr 3) zur Ermöglichg einer Verlustanzeige (§ 6751 S 2) nicht nachgekommen ist. Der Ausschluss bezieht sich entgg dem Wortlaut auch auf die Haftg nach II (Hofmann BKR 14, 105/11). Unklar ist, ob die Verletzg dieser Pfl für den Schad ursächl sein muss, od ob der Ausschluss auch dann eingreift, wenn der Zahler nicht einmal den Versuch einer Anzeige gemacht hat, obwohl eine solche mögl gewesen wäre. Nach dem Wortlaut wird man die bloße PflVerletzg genügen lassen können. Nach Satz 3 greifen diese Ausn nicht ein, wenn der Zahler in betrügerischer Absicht (wie Rn 5) gehandelt hat.
- 7 5) **Beweislast.** Den Zugang des ZAI beim ZDNutzer (Ende Phase 1) hat der ZDLeister zu beweisen (sa AG Bln-Mitte MDR 02, 654), die Anzeige gem § 6751 S 2 (Beginn Phase 3) der Inhaber des ZAI. Für die Phase zw Eingang des ZAI u Anzeige (Rn 1) ist § 675w zur berücksichtigen. Er betrifft die fehlde Autorisierg u die PflVerletzg. Danach kann insbes für die PflVerletzg die bish Rspr weitgehend fortgeführt werden (§ 675w Rn 2). Somit gilt: Liegt die SchadUrsache ausschließl im Gefahrenbereich des KartenInh, obliegen diesem im Grds Darlegg u Beweis, keine PflVerletzg begangen zu haben (§ 280 Rn 37), jedoch bestehen Beweiserleichterungen (Hamm VersR 98, 372: Handtaschendiebstahl). Zum Anscheinsbeweis mit Bsp s § 675w Rn 4.

675w *Nachweis der Authentifizierung.* ¹Ist die Autorisierung eines ausgeführten Zahlungsvorgangs streitig, hat der Zahlungsdienstleister nachzuweisen, dass eine Authentifizierung erfolgt ist und der Zahlungsvorgang ordnungsgemäß aufgezeichnet, verbucht sowie nicht durch eine Störung beeinträchtigt wurde. ²Eine Authentifizierung ist erfolgt, wenn der Zahlungsdienstleister die Nutzung eines bestimmten Zahlungsauthentifizierungsinstruments, einschließlich seiner personalisierten Sicherheitsmerkmale, mit Hilfe eines Verfahrens überprüft hat. ³Wurde der Zahlungsvorgang mittels eines Zahlungsauthentifizierungsinstruments ausgelöst, reicht die Aufzeichnung der Nutzung des Zahlungsauthentifizierungsinstruments einschließlich der Authentifizierung durch den Zahlungsdienstleister allein nicht notwendigerweise aus, um nachzuweisen, dass der Zahler

1. den Zahlungsvorgang autorisiert,
2. in betrügerischer Absicht gehandelt,
3. eine oder mehrere Pflichten gemäß § 6751 verletzt oder
4. vorsätzlich oder grob fahrlässig gegen eine oder mehrere Bedingungen für die Ausgabe und Nutzung des Zahlungsauthentifizierungsinstruments verstoßen hat.

- 1 1) **Allgemeines.** S zunächst Einf 10ff. Grdlage: ZDiensteRL Art 59. Die Autorisierg eines ZVorgangs entscheidet darüber, ob der ZDLeister AufwendsErs verlangen kann (§ 675 u Rn 1) od auf evtl SchadErsAnspr (§ 675v) angewiesen ist. Für die Autorisierg können die Part des ZDVertr bestimmte Verfahren vorsehen, insbes den Einsatz von ZAI. § 675w regelt für diesen Fall, wenngleich nicht abschließd, die Beweislast, wenn die Autorisierg bzw PflVerletzg zw den Part streitig ist. Er legt Mindestanforderungen für den Nachw der Autorisierg fest (S 1, 2). S 3 schließt für die Autorisierg wie auch für die and dort genannten Tats eine bestimmte Form der Beweislastverteilg zu Lasten des ZDNutzers als unzuläss aus. **Abdingbarkeit:** Zu Lasten des ZDNutzers iRv § 675e (dort Rn 3 Nr 1, 2, 3); ferner bzgl KleinbetragsInstr gem § 675i II Nr 3. ZG des Nutzers unbeschränkt, Grenzen nur gem den allg Regeln (§§ 305ff etc).
- 2) **Grundsatz, S 1. Anwendungsbereich:** Alle Fälle der Autorisierg eines ZVorgangs (§ 675j Rn 2) unter Einsatz eines ZAI (§ 675j Rn 6) unabhäng davon, ob der ZDLeister einen (AufwendsErs)Anspr auf die bestehde od der ZDNutzer einen (Erstattgs)Anspr auf die fehlde Autorisierg gründen will. Zu beleggebundenen Zahlgn Piekenbrock WM 15, 797/99. Die Vorschr betrifft nur das DeckgsVerh (§ 675f Rn 12). Nachw iF der Autorisierg auf and Weg od ggü Dritten s Rn 5. **Mindestvoraussetzungen** des Nachw der Autorisierg sind: Nachw der Authentifizierg (Rn 3) u ordngsgem Abwicklg des ZVorgangs beim ZDLeister, dh eine Aufzeichng, Buchg (§ 675f Rn 25) u techn Dchführg in einer Weise, die den vertragl Vereinbgen entspricht u keinerlei Auffälligk ggü normalen ZVorgängen der entspr Art aufweist. Plastischer ZDiensteRL Art 59 I bzgl der Störg: der ZVorgang darf nicht dch einen techn Zusammenbruch od eine and Panne beeinträchtigt sein. **Wirkung:** Grdsätzl folgt

die Beweislast den allg Regeln. Fehlt aber eine der genannten MindVoraussetzgen, ist der Nachw der Autorisierg mit Hilfe des betroffenen ZAI gescheitert u von fehlder Autorisierg auszugehen (BGH NJW 16, 2024 Tz 16). Andseits reicht das Vorliegen der genannten Voraussetzgen allein nicht stets aus, um die Autorisierg nachzuweisen (BGH aaO Tz 18). Denn S 3 schließt, weitgehd unabdingb (Rn 1), eine bestimmte Form der Beweislastverteilg im über S 1 hinausgehenden Bereich aus. Ob weitere Umst hinzutreten müssen, ggf welche, ferner wie die Beweislast in diesem zw S 1 u 3 gelegenen Bereich zu verteilen ist, haben, ausgehd von den Grdlagen des nationalen Rechts (hier ZPO 286), die Gerichte zu beurteilen (BT-Drs 16/11643 S 114; zur wg der europarechtl Implikationen wicht RLage in Frankreich Halfmeier ZEuP 09, 613).

3) Authentifizierung, S 2. ZDiensteRL Art 4 Nr 19 versteht darunter ein Verf, mit dessen Hilfe der ZDLeister die Nutzg eines bestimmten ZInstr, einschl seiner personalisierten SicherhMerkm, überprüfen kann. Dem trägt S 2 Rechng. Wird das Verf ordngsgem dchgeführt, ist eine Authentifizierg iSv S 1 gegeben. *Beispiele:* Eingang des ZAuftr auf dem vereinbarten Weg. Überprüfung von SicherhMerkm, Kundenkennng u PIN bei Abhebung am Geldautomaten. Überprüfung von Kundenkennng, PIN u TAN beim Onlinebanking. Abfrage von Kundenkennng u Kennwort im Telefonbanking.

4) Beweisvermutungen, S 3. Anwendungsbereich: ZVorgänge (§ 675f Rn 16), die unter Benutzg eines ZAI (§ 675j Rn 6) ausgelöst (§ 675f Rn 13) werden. **Inhalt:** Die Vorschrift verbietet es, an die ordngsgem Aufzeichnung der Nutzg des Instruments (wie Rn 2) u die ordngsgem Authentifizierg (wie Rn 3) für die in Nr 1–4 genannten Umst eine unwiderlegl Beweisvermutg zu Lasten des Nutzers zu knüpfen. Sie fordert also eine Berücksichtigg der Umst des Einzelfalls iR der Beweislastverteilg (BT-Drs 16/11643 S 114). Dabei wird die Anwendg bestimmter Regeln nicht ausgeschlossen, soweit eine abschließde Würdigg der GesamtUmst zulässig bleibt (SchBL/Maihold § 55 Rn 80) u bestimmte Anfordergeren gewahrt sind (BGH NJW 16, 2024 Tz 23 mwN zum Streitstand). Der ZDNutzer muss die Möglichk haben, die Anwendg der Beweisregel dch Vortrag u Nachw besond Umst zu verhindern, die Anwendg zB des Anscheinsbeweises darf nicht einer Beweislastumkehr gleichkommen (BGH aaO Tz 26). Betroffen sind: (1) die *Autorisierung* des ZVorgangs (§ 675j Rn 2; sa hier Rn 2). Hier muss für den Anscheinsbeweis zum einen aGrd aktueller Erkenntn (BGH NJW 12, 1277 Tz 37) die allg prakt Sicherh des eingesetzten SichgsVerf, zum and dessen ordngsgem Anwendg u fehlerfreie Funktion im konkreten Einzelfall feststehen (BGH NJW 16, 2024, sa Tz 39 ff, Beweislast beim ZDLeister). Zur Erschütterg kann sich der ZDNutzer auf alle, auch außerh des SicherhSystems liegende Umst stützen, die für einen nicht autorisierten ZVorgang sprechen, dh die ernsth Möglichk eines Missbr nahelegen (BGH aaO u Tz 29). (2) das Handeln in *betrügerischer Absicht* (wie § 675v Rn 5). (3) die *Pflichtverletzung* gem § 675l S 1 od S 2 (wie § 675v Rn 5). (4) der vorsätzl od grob fahrläss *Verstoß gegen Ausgabe- bzw Nutzungsbedingungen* für ZAI (wie § 675v Rn 5). Das ist bei den folgenden *Beispielen* (zT nach altem Recht) zu berücksichtigen (ausführl Darstellg Soe/Werner Rn 10 ff, EFN/Nobbe Rn 30 ff): Wird zur *Abhebung an Geldautomaten* (Ffm WM 08, 534, Kollrus MDR 12, 377) od *Zahlung an automatisierten Kassen* im electronic-cash od edc-System (AG Schönebg WM 97, 66) mittels Originalkarte (BGH NJW 12, 1277: Beweis beim KredInst) die zutr PIN eingegeben, besteht Anscheinsbeweis (Vorb 130 v § 249) dafür, dass der Berecht, dem die Karte zugegangen war (§ 675l Rn 2; sa BVerfG NJW 10, 1129), entweder selbst tätig wurde (wichtig für Nr 1 [Autorisierg]) od er nach den Umst des Einzelfalls (vgl zB Osnabrück BKR 03, 509), zB bei zeitnahem Diebstahl der Karte, dem Täter die Kenntn der PIN pflichtwidr verschafft hat (BGH NJW 12, 1277, Dresd ZIP 14, 766; wichtig für Nr 3, 4), zB seine PIN auf der Karte notiert od zusammen mit dieser aufbewahrt hat (BGH VuR 10, 386). Dabei kann u die Sicherh des Systems gg Herausfiltern der PIN aus der Karte vorausgesetzt werden, bei Zweifeln hat das KredInst seine SicherhVorkehrgeren darzulegen (BGH NJW 04, 3623, 07, 593/96 für EC-Karte, BGH NJW 12, 1277 Tz 37 für Kreditkarte). Dagg bestehen zahlreiche Möglichk zum Ausspähen der PIN (Schulte am Hülse/Welchering NJW 12, 1262), so dass entspr Anhaltspkte den Anscheinsbeweis erschüttern können (BGH WM 11, 924; weitere Bsp Günther WM 13, 496, AG Köln NJW-RR 15, 888). Gleiches gilt für and besond Umst (Karlsr WM 08, 1549; sa Oldbg NJW-RR 00, 1718: Dieb aus dem Umfeld des Opfers; Düss NJW 12, 3381: sehr ungewöhl Verlauf der Abhebung). Auch bei Überweisung/Lastschr im *Online-Banking* scheidet ein Anscheinsbeweis für die Autorisierg zwar nicht generell, aber doch jedenf bei Darlegg konkreter ggäuf Anhaltspkte aus (BGH NJW 16, 2024 Tz 34 unter Darlegg der Voraussetzgen [Zweifel am mTan-Verf] u mwN zum Streitstand bzgl der verschiedenen Verf; zu Manipulationsmöglichk Schulte am Hülse/Kraus MMR 16, 435, Zahre BKR 16, 315; sa AG Bln MMR 16, 391). Auch für eine PfVerl (Nr 3) od grobe Fahrlässigk (Nr 4) kommt er allein aGrd der MindVoraussetzgen gem Rn 2 nicht in Betr (BGH NJW 16, 2024 Tz 72). Auch bei Nutzg der *Kreditkarte* im Präsenz- od DistanzGesch (§ 675f Rn 47) ohne PIN (Celle MMR 09, 858, EFN/Nobbe Rn 49, Oechsler WM 10, 1381/82) kommt er idR nicht in Betr.

5) Andere Fälle der Autorisierung. Soweit S 1 nicht eingreift, gelten die allg Beweisregeln des dtchen Rechts. So kann zB der Nutzer, der einen ErstattgsAnspr geltend macht, im Rahmen der sekundären Beweislast vom ZDLeister die Darlegg der Umst verlangen, auf die dieser die Autorisierg stützt.

675x Erstattungsanspruch bei einem vom oder über den Zahlungsempfänger ausgelösten autorisierten Zahlungsvorgang. (1) ¹Der Zahler hat gegen seinen Zahlungsdienstleister einen Anspruch auf Erstattung eines belasteten Zahlungsbetrags, der auf einem autorisierten, vom oder über den Zahlungsempfänger ausgelösten Zahlungsvorgang beruht, wenn

1. bei der Autorisierung der genaue Betrag nicht angegeben wurde und
2. der Zahlungsbetrag den Betrag übersteigt, den der Zahler entsprechend seinem bisherigen Ausgabeverhalten, den Bedingungen des Zahlungsdienstlerahmenvertrags und den jeweiligen Umständen des Einzelfalls hätte erwarten können; mit einem etwaigen Währungsumtausch zusammenhängende Gründe bleiben außer Betracht, wenn der zwischen den Parteien vereinbarte Referenzwechsellkurs zugrunde gelegt wurde.

²Der Zahler ist auf Verlangen seines Zahlungsdienstleisters verpflichtet, die Sachumstände darzulegen, aus denen er sein Erstattungsverlangen herleitet.

(2) Im Fall von Lastschriften können der Zahler und sein Zahlungsdienstleister vereinbaren, dass der Zahler auch dann einen Anspruch auf Erstattung gegen seinen Zahlungsdienstleister hat, wenn die Voraussetzungen für eine Erstattung nach Absatz 1 nicht erfüllt sind.

(3) Der Zahler kann mit seinem Zahlungsdienstleister vereinbaren, dass er keinen Anspruch auf Erstattung hat, wenn er seine Zustimmung zur Durchführung des Zahlungsvorgangs unmittelbar seinem Zahlungsdienstleister erteilt hat und er, sofern vereinbart, über den anstehenden Zahlungsvorgang mindestens vier Wochen vor dem Fälligkeitstermin vom Zahlungsdienstleister oder vom Zahlungsempfänger unterrichtet wurde.

(4) Ein Anspruch des Zahlers auf Erstattung ist ausgeschlossen, wenn er ihn nicht innerhalb von acht Wochen ab dem Zeitpunkt der Belastung des betreffenden Zahlungsbetrags gegenüber seinem Zahlungsdienstleister geltend macht.

(5) ¹ Der Zahlungsdienstleister ist verpflichtet, innerhalb von zehn Geschäftstagen nach Zugang eines Erstattungsverlangens entweder den vollständigen Betrag des Zahlungsvorgangs zu erstatten oder dem Zahler die Gründe für die Ablehnung der Erstattung mitzuteilen. ² Im Fall der Ablehnung hat der Zahlungsdienstleister auf die Beschwerdemöglichkeit gemäß § 28 des Zahlungsdienstleistungsaufsichtsgesetzes und auf die Möglichkeit, eine Schlichtungsstelle gemäß § 14 des Unterlassungsklagengesetzes anzurufen, hinzuweisen. ³ Das Recht des Zahlungsdienstleisters, eine innerhalb der Frist nach Absatz 4 geltend gemachte Erstattung abzulehnen, erstreckt sich nicht auf den Fall nach Absatz 2.

(6) Absatz 1 ist nicht anzuwenden auf Lastschriften, sobald diese durch eine Genehmigung des Zahlers unmittelbar gegenüber seinem Zahlungsdienstleister autorisiert worden sind.

- 1 **1) Allgemeines.** S zunächst Einf 10 ff. Grundlage: ZDiensteRL Art 62, 63. Die Vorschr betrifft Transferzahlgen (§ 675 f Rn 12), bei denen der Zahler bereits vorab einem ZVorgang zustimmt, aber die Auslösg des ZVorgangs u jedenfalls die Übermittlg der hierzu führden Erkl dem ZEmpfänger überlässt u damit den Ztpkt der Auslösg, uU einschl der Angabe des ZBetrags, nicht mehr selbst bestimmen kann. Sie schützt insow den Zahler in gewissem Umfang (I) u eröffnet den Beteiligten, abweichd von § 675 e I, größeren Gestaltungsspielraum (II, III). Sie betrifft nur das **Deckungsverhältnis** zw Zahler u seinem ZDLeister (§ 675 f Rn 12). Der ZDLeister hat den ZDNutzer über die Bedingen für Erstattgen gem § 675 x zu informieren (EG 248 § 4 I Nr 5 lit f, sa § 13). – Das **Valutaverhältnis** zw Zahler u ZEmpfänger regelt § 675 x nicht (zur Erfüllg s § 362 Rn 11). Zur in diesem Verh unberecht Geldtmachg des Anspr s § 675 f Rn 35 u Nobbe WM 11, 961/65. Ungeregelt ist auch die Frage der **Rückbelastung** ggü dem ZEmpfänger u and beteiligten ZDLeistern (für Einordng als selbst ZVorgang Bitter WM 10, 1725/31). Liegt ein interner Vorgang vor (§ 675 f Rn 16), entscheidet das InkassoVerh darüber, ob der ZDLeister eine evtl Gutschr beim Empfänger stormieren kann. Bei externen Vorgängen richtet sich der Erstattgs-Anspr des ZDLeisters des Zahlers nach den Vereinbgen im InterbankenVerh (Einf 7, 13), die Möglichk der weiteren Rückbelastg ggü dem Empfänger nach dem InkassoVerh (MüKo/Casper Rn 25).
- 2 **2) Erstattungsanspruch des Zahlers.** Der Zahler kann seine Zustimmung zu einem ZVorgang pauschal erteilen, ohne den endgültig anfallen Betrag zu kennen (§ 675 j Rn 4), zB dch eine Lastschr im SEPAVerf (§ 675 f Rn 35) zur alljähr Abbuchg einer VersichgsPrämie, od dch Angabe der Kreditkartendaten bei Einchecken im Hotel zur Abbuchg des bei Beendigg des Aufenthalts geschuldeten Betrages. I soll ihn in diesem Fall vor unerwartet hohen Zahlgen schützen, deren Abbuchg er nicht mehr verhindern kann (BT-Drs 16/11643 S 115). Die Befugn, Erstattg zu verlangen, ist kein verlängerter Widerruf der Autorisierg od Widerspr gg die Abbuchg, sond ein eigenständ Anspr, der nicht in die Insolvenzmasse fällt (BGH NJW 10, 3510 Tz 29 ff; § 377 I analog).
- 3 **a) Anwendungsbereich, Abs 1 und 6.** Die Vorschr betrifft *nur das Deckungsverhältnis* (Rn 1), u auch nur, soweit es sich nicht um ZDienste in Fremdwähr od unter Beteiligg von DrittstaatenDleistern handelt (§ 675 e II 1). Erfasst werden nur *vom oder über den Zahlungsempfänger ausgelöste Zahlungsvorgänge*, dh insbes solche iR von Inkassozahlgen wie der Lastschr, od übermittelten ZAuftr wie einer Kartenzahlg (näher § 675 f Rn 13, § 675 p Rn 3). Der ZVorgang muss *autorisiert* sein, dh der Zahler muss ihm (pauschal) zugestimmt haben (Rn 2). Das ist im Grds bei allen Lastschr der Fall (§ 675 f Rn 36, 40), ferner bei mittels ZKarte erteilten ZAuftr (§ 675 f Rn 48, 50). Fehlt die Autorisierg, gilt § 675 u S 2. Bei nachträgl **Genehmigung** eines ZVorgangs greift I nicht ein, sofern sie der Zahler, wie idR, unmittelb ggü seinem ZDLeister ausgesprochen, also nicht über den ZEmpfänger übermittelt hat. Dies ergibt sich für den Fall insges fehlender Zustimmung bereits aus dem Wortlaut von I (die Autorisierung fehlt), für den Fall der nachträgl Autorisierg (Genehmigg) daraus, dass die Einräumg eines ErstattgsAnspr nicht richtlinienkonform wäre (vgl ZDiensteRL Art 62 I u BT-Drs 16/11643 S 116). **Abs 6** hat daher ledigl klarstellde Funktion (BT-Drs aaO) u seit Entfallen des EEVerf (§ 675 f Rn 40) auch keinen prakt Anwendungsbereich. Allenf ist denkb, dass der Zahler bei pauschaler Einwilligung (§ 675 j Rn 4) den ZVorgang nachträgl nochmals bestätigt; dies dürfte als Verzicht auf einen evtl Anspr aus I zu werten sein.
- 4 **b) Weitere Voraussetzungen, Abs 1.** Zur Begründg der Rückforderg gem I 2 s Rn 7. **(1) Belastung** des Zahlers mit einem ZBetrag, zB dch Abbuchg vom ZKto des Zahlers, u deren *Beruh*en auf einem ZVorgang gem Rn 3. **(2) Unerwartet hoher Zahlungsbetrag.** Dies setzt voraus, dass die Autorisierg pauschal erteilt wurde (I 1 Nr 1; s Rn 2 mit Bsp). Ferner, dass der belastete Betrag höher ist als derjen, mit dem der Zahler nach den konkreten Umst des Falles rechnen musste. Maßß ist der obj Empfängerhorizont, unwesentl Abweichgen ggü früheren Abbuchgen liegen innerh des Erwartgshorizonts (MüKo/Casper Rn 11 ff). Nr 2 zählt beispielh, aber nicht abschließd einige Umst auf. Erhöhgen, die sich aus Wechselkursänderngen ergeben, bleiben außer Betr, wenn die Umrechng nach einem vereinbarten Referenzkurs (§ 675 g Rn 13) erfolgt. Ob auch die abredewidr Verwendg einer Vollm (BlankettMissbr) erfasst ist, ist zweifelh (ja MüKo/Casper Rn 10 mwN).
- 5 **c) Wirkungen und Inhalt, Abs 1 S 1, Abs 5 S 1.** Der ursprüngl ZAuftr entfällt (Einsele WM 15, 1125/31, auch zur dogmat Einordng des Anspr). Der ZDLeister hat den vollständigen belasteten ZBetrag zu erstatten, nicht nur den überhöhten Teil. Frist: 10 GeschTage (§ 675 n Rn 4), zu bestimmen nach den Verhältn des erstattenden ZDLeisters. Eine Stormierg mit Rückwirkg auf den Wertstelltag der Belastgsbuchg ist nicht geschuldet (BT-Drs 16/11643 S 115, str; aA MüKo/Casper Rn 21 mwN), kann aber vereinbart werden.
- 6 **d) Ausschluss des Anspruchs. – Fristablauf, Abs 4.** Gilt für alle ErstattgsAnspr nach I, II. *Fristbeginn:* der Ztpkt der Belastg. Gemeint ist, da der Zahler muss reagieren können, das Buchgsdatum, nicht das Wertstellgsdatum. MitteilgPfl des ZDLeisters s EG 248 § 7. *Dauer:* 8 Wochen. *Fristberechnung:* §§ 187 I, 188 II; § 193 ist anwendb. *Geltendmachen* des Anspr bedeutet Erkl des Zahlers ggü dem ZDLeister, aus der eindeutig hervorgeht, dass er Erstattg des ZBetrages verlange. Sie muss dem ZDLeister innerh der Frist zugehen (§ 130 Rn 5, 13 f). Keine Form. Ein „Widerspruch“ gg die Lastschr wird idR als Erstattgsverlangen auszulegen sein. *Fristablauf* bewirkt einen AnsprAusschluss, dh wie bei and Ausschlussfristen erlischt der Anspr (Übb1 13 f v § 194, dort auch

zur entspr Anwendg von Vorschr zu Hemmg u Neubeginn). – **Vereinbarung nach Abs 3**, vgl dazu Rn 9. – §§ 676 b, c kommen nicht in Betr (MüKo/Casper Rn 23).

e) Begründung und Verfahren, Abs 1 S 2, Abs 5. Funktion u rechtl Einordng der Begründg des Erstattungsverlangens (I 2) u seiner Ablehng (V) sind unklar. V 3 spricht zB vom „Recht“ des ZDLeisters, abzulehnen. Nach dem Wortlaut von ZDiensteRL 62 soll der ZDLeister aber die Erstattg schulden, wenn die Voraussetzgen gem I 1 gegeben sind. Auch die Formulierung von I 1 (... hat Anspr auf Erstattg ...) legt nahe, dass für den Anspr keine über I 1 hinausgehenden positiven AnsprVoraussetzgen bestehen. Dies, u dass die Begründg nur auf Verlangen abzugeben ist, sprechen dafür, dass I 2 u V 1, 2 nur das Verf regeln, das der ZDLeister einzuhalten hat (entspr ZDiensteRL 63). Damit ergibt sich folgender Ablauf: Nach Eingang des Verlangens kann der ZDLeister (1) entw den ZBetrag erstatten, soweit er die Voraussetzgen (Rn 3 f) für gegeben hält, od (2) das Verlangen ablehnen, wenn die Voraussetzgen offensichtlich nicht vorliegen, od (3) vom Zahler, soweit noch nicht abgegeben, unverzüglich eine Begründg für das Erstattungsverlangen anfordern. Wird eine Begründg vor Ablauf der Frist gem V 1 (10 GeschTage, Berechng wie Rn 6) geliefert, kann der ZDLeister nunmehr entweder auf deren Grdlage erstatten od die Erstattg, unter Angabe seiner GgGründe, ablehnen. Geht keine Begründg ein, kann er mit deren Fehlen die Ablehng begründen (MüKo/Casper Rn 17: ObliegenhVerletzg mit der Folge der AnsprVerwirkg, str). Lehnt er ab, hat er auf die Möglichk der Beschwerde (ZAG 28) bzw Schlichtg (UKLaG 14) hinzuweisen. Zu V 3 s Rn 8. – **Beweislast:** Zahler für die Voraussetzgen des Anspr (Rn 3, 4). ZDLeister für die Voraussetzgen des Ausschlusses (Rn 6) u der Verwirkg wg fehlerd Begründg.

3) Abweichende Vereinbarungen. Die ausdrückl Zulassg abweichder Vereinbgen ist erfdl (§ 675 e Rn 1), weil sich jede Abweichg von der gesetzl Regel des I, die den Zahler begünstigt, zu Lasten des ZEmpfängers auswirkt, u umgekehrt. – **a) Bei Lastschriften, Abs 2.** Bei Lastschr (§ 675 f Rn 33; nach Bitter WM 10, 1175/78, auch bei KartenVfgen) hat es der ZEmpfänger in der Hand, den ZVorgang auszulösen. Dies ist für den Zahler belastd. II eröffnet daher die Möglichk, das Ergebn des ZVorgangs trotz dessen früherer Autorisierg auch ohne besond Grd wieder rückgängig zu machen, indem dem Zahler vertragl ein ggü I eigenständ Anspr auf Rückzahlg des ZBetrags zugestanden werden kann. Dadch lässt sich weitgehend ein dem EEVerf in seiner früheren Gestalt (§ 675 r Rn 10) entspr Ergebn erreichen. Die KredInst haben davon für SEPA-BasisLastschr (dort AGB II.2.5), nicht aber für SEPA-FirmenLastschr Gebrauch gemacht. Der Anspr erlischt, wenn er nicht binnen 8 Wochen ab Belastgsbuchg (wie Rn 4) gestellt wird. Ferner, wenn der Zahler die Lastschr nachträgl ggü seinem ZDLeister ausdrückl, also nicht nur konkludent genehmigt (jew AGB II.5; wohl als AnsprVerzicht zu werten, s Rn 3 aE). Zur dogmat Einordng des Anspr Einsele WM 15, 1125/32, zur *Insolvenz* währd der Rückrufrfrist Obermüller/Kuder ZIP 10, 349. **Abs 5 S 3** bestimmt (klarstelld), dass der ZDLeister bzgl der vertragl zugesagten Erstattg kein AblehngsR hat. – Die Abweichg kann sich nur auf die Voraussetzgen des ErstattgAnspr (Rn 4 unter (2)) beziehen. Für den Inhalt des Anspr, die Frist zur Erfüllg, seinen Ausschluss u das Verf gelten die Grds zum Anspr gem I (Rn 5 ff). Jedoch ist eine Begründg (I 2) nicht erfdl, da der Anspr von keinen besond Voraussetzgen abhängt. – **Beweislast:** Zahler für die Voraussetzgen des Anspr (Lastschr, Vereinbg, Verlangen). ZDLeister für die Voraussetzgen des Ausschlusses (Verfristg des Verlangens, IV).

b) Bei vorheriger Zustimmung, Abs 3. Die Vorschr gestattet es den Part des ZDVertr, den ErstattgAnspr gem I abzubedingen, aber nur für den Fall, dass die *Autorisierung* des ZVorgangs (wie Rn 3) *unmittelbar gegenüber dem Zahlungsdienstleister* erfolgt ist, also nicht (wie bei der SEPA-Lastschr) dem ZDLeister über den ZEmpfänger zugeleitet wurde. Als ergänzde („wenn vereinbart“) Voraussetzung für den Ausschluss können die Part vorsehen, dass der Zahler mind 4 Wochen vor dem FälligkTermin (§ 675 n II) *über den anstehenden Zahlungsvorgang unterrichtet* (§ 675 d Rn 2) worden ist, sei es dch seinen ZDLeister, sei es dch den ZEmpfänger. Fristbeginn: Zugang der Unterrichtg. Fristdauer: 4 Wochen. Berechng: §§ 187 I, 188 II; § 193 ist anwendb.

c) Sonstiges. Abweichde Vereinbgen sind ferner zuläss iRv § 675 e (dort Rn 3 Nr 1, 2, 3), soweit § 675 x überhaupt gilt.

675y Haftung der Zahlungsdienstleister bei nicht erfolgter oder fehlerhafter Ausführung eines Zahlungsauftrags; Nachforschungspflicht. (1)¹ Wird ein Zahlungsvorgang vom Zahler ausgelöst, kann dieser von seinem Zahlungsdienstleister im Fall einer nicht erfolgten oder fehlerhaften Ausführung des Zahlungsauftrags die unverzügliche und ungekürzte Erstattung des Zahlungsbetrags verlangen.² Wurde der Betrag einem Zahlungskonto des Zahlers belastet, ist dieses Zahlungskonto wieder auf den Stand zu bringen, auf dem es sich ohne den fehlerhaft ausgeführten Zahlungsvorgang befunden hätte.³ Soweit vom Zahlungsbetrag entgegen § 675 q Abs. 1 Entgelte abgezogen wurden, hat der Zahlungsdienstleister des Zahlers den abgezogenen Betrag dem Zahlungsempfänger unverzüglich zu übermitteln.⁴ Weist der Zahlungsdienstleister des Zahlers nach, dass der Zahlungsbetrag rechtzeitig und ungekürzt beim Zahlungsdienstleister des Zahlungsempfängers eingegangen ist, entfällt die Haftung nach diesem Absatz.

(2)¹ Wird ein Zahlungsvorgang vom oder über den Zahlungsempfänger ausgelöst, kann dieser im Fall einer nicht erfolgten oder fehlerhaften Ausführung des Zahlungsauftrags verlangen, dass sein Zahlungsdienstleister diesen Zahlungsauftrag unverzüglich, gegebenenfalls erneut, an den Zahlungsdienstleister des Zahlers übermittelt.² Weist der Zahlungsdienstleister des Zahlungsempfängers nach, dass er die ihm bei der Ausführung des Zahlungsvorgangs obliegenden Pflichten erfüllt hat, hat der Zahlungsdienstleister des Zahlers dem Zahler gegebenenfalls unverzüglich den ungekürzten Zahlungsbetrag entsprechend Absatz 1 Satz 1 und 2 zu erstatten.³ Soweit vom Zahlungsbetrag entgegen § 675 q Abs. 1 und 2 Entgelte abgezogen wurden, hat der Zahlungsdienstleister des Zahlungsempfängers den abgezogenen Betrag dem Zahlungsempfänger unverzüglich verfügbar zu machen.

(3)¹ Ansprüche des Zahlungsdienstnutzers gegen seinen Zahlungsdienstleister nach Absatz 1 Satz 1 und 2 sowie Absatz 2 Satz 2 bestehen nicht, soweit der Zahlungsauftrag in Übereinstimmung mit der vom Zahlungsdienstnutzer angegebenen fehlerhaften Kundenkennung ausgeführt wurde.² In diesem Fall kann der Zahler von seinem Zahlungsdienstleister jedoch verlangen, dass dieser sich im Rahmen seiner Möglichkeiten darum bemüht, den Zahlungsbetrag wiederzuerlangen.³ Der Zahlungsdienstleister darf mit dem Zahlungsdienstnutzer im Zahlungsdienstrahmenvertrag für diese Wiederbeschaffung ein Entgelt vereinbaren.

(4) Ein Zahlungsdienstnutzer kann von seinem Zahlungsdienstleister über die Ansprüche nach den Absätzen 1 und 2 hinaus die Erstattung der Entgelte und Zinsen verlangen, die der Zahlungsdienstleister ihm im Zusammenhang mit der nicht erfolgten oder fehlerhaften Ausführung des Zahlungsvorgangs in Rechnung gestellt oder mit denen er dessen Zahlungskonto belastet hat.

(5) Wurde ein Zahlungsauftrag nicht oder fehlerhaft ausgeführt, hat der Zahlungsdienstleister desjenigen Zahlungsdienstnutzers, der einen Zahlungsvorgang ausgelöst hat oder über den ein Zahlungsvorgang ausgelöst wurde, auf Verlangen seines Zahlungsdienstnutzers den Zahlungsvorgang nachzuvollziehen und seinen Zahlungsdienstnutzer über das Ergebnis zu unterrichten.

- 1 **1) Allgemeines.** S zunächst Einf 10 ff, § 675 u Rn 1. Grdlage: ZDiensteRL Art 67 III (für I 3, II 3), 74 II (für III), 75. Der ZDLeister hat den ZDNutzer über die Haftg gem § 675 y zu informieren (EG 248 § 4 I Nr 5 lit e, sa § 13). **Anwendungsbereich und Konkurrenzen:** Die Vorschr regelt Anspr des ZDNutzers gg seine ZDLeister bei mangelh Ausführg eines ZAuftr (Rn 2 ff; vgl I 1, II 1, V), u zwar im DeckgsVerh zw Zahler u seinem ZDLeister wie im InkassoVerh zw dem ZEmpfänger u seinem ZDLeister (sa Rn 3 f). Es handelt sich um eine verschuldensunabhängig VertrHaftg für bestimmte Leistgsstörungen, die bzgl der von ihr abgedeckten SchadPositionen abschließd ist (§ 675 z S 1). Die Haftg für nicht abgedeckte SchadPositionen (Folgeschäden) aus and Gründen bleibt bestehen, kann aber nach Maßgabe von § 675 z S 2 begrenzt werden (dort Rn 4). ZVorgänge, denen kein ZAuftr zugrunde liegt (§ 675 f Rn 13), fallen nach dem Wortlaut nicht unter die Vorschr. Insow gelten grdsätzl die allg Regeln des VertrR. Fehlt dem ZVorgang ledigl die Autorisierg, gilt § 675 u. Unberührt bleiben auch Anspr im ValutaVerh zw Zahler u ZEmpfänger sowie im VerrechnsVerh zw den ZDLeistern (sa § 676 a). – **Abdingbarkeit:** Zu Lasten des ZDNutzers iRv § 675 e (dort Rn 3 Nr 1, 2, 3), soweit die Anwendg der Vorschr nicht, wie bei I u II (§ 675 e II 1), ohnehin ausgeschl ist (Bsp: AGB-Überw 2.3.4 Überw von Untern [dazu MüKo/Casper Rn 25], 3.3.2 Überw in Drittstaatenwährg bzw in Drittstaaten; AGB-SEPALastschr Firmenkunden 2.6.2 [dazu MüKo/Casper Rn 33]); zG des Nutzers unbeschränkt, Grenzen nur gem den allg Regeln (§§ 305 ff etc).
- 2 **2) Mangelhafte Ausführung des Zahlungsauftrags.** Die Ausführg eines ZAuftr (§ 675 f Rn 17) betrifft sowohl die Einleitg des ZVorgangs (§ 675 f Rn 13) wie dessen Ausführg (§ 675 f Rn 15). Mängel können daher sowohl bei der Übermittlg des Auftr an den ZDLeister des Zahlers auftreten (dazu II) wie auch beim ZVorgang selbst. Diese Unterscheid, die der RL (Art 75 II ggü 75 I) entspricht, bringt zum Ausdruck, dass jeder ZDLeister nur für Störungen in seinem Verantwortungsbereich haftet, dh der ZDLeister des Zahlers für die Dchführg des beauftragten ZVorgangs im DeckgsVerh vom Zugang des Auftr bis zum Eingang des ZBetrags beim ZDLeister des ZEmpfängers, der ZDLeister des ZEmpfängers im InkassoVerh ggf für die ordngsgem Weiterleitg der den ZVorgang auslösenden Erkl an den ZDLeister des Zahlers sowie für die Weiterleitg des ZBetrags ab Eingang bei ihm an den ZEmpfänger (sa § 675 f Rn 12 ff). Jeder Mangel setzt den Fortbestand des ZAuftr im Ztpkt der Ausführg voraus, dieser darf weder wirks widerrufen (§ 675 p) noch abgelehnt (s § 675 o III) sein.
- 3 **a) Deckungsverhältnis.** Hier schuldet der ZDLeister den Erfolg des ZAuftr, dh den rechtzeitig Eingang des vollständ ZBetrags beim ZDLeister des ZEmpfängers (sa § 675 s I 1). Insow trägt er die Beweislast (vgl I 4). Ein Mangel kann daher darin liegen, dass der ZVorgang (vgl ZDiensteRL 75 I) **nicht ausgeführt** wird, insbes weil ein Versuch der Ausführg unterbleibt od weil der Versuch vollständig scheitert, zB der ZBetrags verloren geht (nicht erfolgte od gescheiterte Ausführg). Er kann ferner darin liegen, dass der ZAuftr **fehlerhaft ausgeführt** wird. Das bedeutet (vgl ZDiensteRL 75 I) die **nicht ordnungsgemäße Ausführung**, sei es weil der ZBetr (§ 675 q Rn 2) nicht vollständig (**gekürzte Ausführung**), sei es weil er an den falschen Adressaten (**fehlgelietete Ausführung**; zur Kundenkennung s Rn 8), sei es weil er nicht fristgerecht (**verspätete Ausführung**) übermittelt wird. Aus dem Wortlaut folgt, dass auch die nicht fristgerechte Übermittlung (§ 675 s) eine fehlerh Ausführg iSv § 675 y darstellt (Erman/v Westphalen Rn 12 ff, MüKo/Casper Rn 11 ff mwN), zumal I 4 für den Ausschluss der Haftg auf den rechtzeitig Eingang abstellt (sa ZDiensteRL 75 I, der den nicht rechtzeitig Eingang gem 69 I ausdrückl erwähnt). Die GBegründg (BT-Drs 16/11643 S 117) geht allerd davon aus, dass I in diesem Fall nicht eingreift u ledigl verschuldensabhäng SchadErsAnspr iRv § 675 z S 2 gegeben sind (so auch AGB-Überw 2.3.2 III; dazu MüKo/Casper Rn 17). Dafür spricht, dass die in I u II vorgesehenen Sanktionen (Erstattg des [Rest]ZBetrags bzw erneute Übermittlg des ZAuftr) bei einer Ausführg, die den ZEmpfänger ledigl verspätet erreicht, wohl idR den Interessen u dem Willen der Beteiligten widersprüche. Jedoch sind auch and Fallgestaltg denkb. Wendet man I u II an (so SchBL/Mayen § 49 Rn 45 mwN; differenziert Soe/Werner Rn 6), wird einem Erstattgsanspr des Zahlers idR § 242 entggehen, soweit der ZBetrags beim ZEmpfänger eingegangen ist (dort Rn 52; sa für einen ähnl Fall BGH NJW 06, 294/96; and Hadding WM 14, 2065/68). Denn der ZDLeister hat einen GgAnspr aus § 812 I 1 Alt 2, soweit der Zahler dch die Zahlg von einer Verbindlichk im ValutaVerh befreit wird (sa Einsele WM 15, 1125/28). Kann ausnahmsw dch den verspäteten Eingang des ZBetrags die Verbindlichk im ValutaVerh nicht mehr erfüllt werden, hat der Zahler seinen Anspr aus § 812 gg den ZEmpfänger an den ZDLeister abzutreten. Eine verspätete Ausführg wird man iÜ nicht als ordngsgem ansehen können, so dass die Beweislastregel des § 676 auch in diesem Fall eingreift, zB bei Geldtmachg von Anspr gem § 675 z Rn 3.
- 4 **b) Inkassoverhältnis.** Hier kann der Mangel zum einen darin liegen, dass eine den ZVorgang auslösende Erkl nicht ordngsgem übermittelt wird, so dass der ZVorgang nicht ordngsgem ausgeführt werden kann (dazu II 1). Zum and darin, dass der beim ZDLeister eingegangene ZBetrags nicht ordngsgem dem ZEmpfänger zugeleitet wird. Dieser Fall, den die RL (Art 75 I 3) als Fall der Haftg ansieht, soll nach der GBegründg dch § 675 t abgedeckt sein (BT-Drs 16/11643 S 117). § 675 y erfasst ihn nicht, mit Ausn der gekürzten Zahlg (II 3, s Rn 7).
- 5 **3) Ansprüche des Zahlers gegen seinen Zahlungsdienstleister. – a) Vom Zahler ausgelöste Zahlungsvorgänge, Abs 1. Anwendungsbereich:** (1) Ausführg eines ZAuftr, sa Rn 1. (2) Auslösg des ZVorgangs unmittelb dch den Zahler (s § 675 f Rn 13). Erfasst sind insbes Überweisg. Löst der Zahler den Vorgang nur mittelb aus, dh über den ZEmpfänger, gilt II. (3) I gilt nicht für ZDienste in Fremdwährg od unter Beteiligg von DrittstaatenDleistern (§ 675 e II 1). – **Voraussetzungen:** mangelh Ausführg des ZAuftr (Rn 2 f). – **Wirkungen und Inhalt:** Mit dem Verlangen entfällt der ursprüngl ZAuftr (Einsele WM 15, 1125/26, auch zur dogmat Einordng des Anspr). Der Ansprinhalt variiert nach der Art des Fehlers. Im Grundsatz unverzügl (§ 121 I) u ungekürzte Erstattg des ZBetrags (I 1), dh des tats von ihm gezahlten Betrags, iF der **Belastungsbuchung** auf einem ZKto des Zahlers wie iF nicht autorisierter Zahlg (§ 675 u Rn 4) valutamäß Rückbuchg, **Satz 2.** Im Ergeb bedeutet dies jedenfalls den Ausschluss des AufwendgsErsAnspr gem § 675 f Rn 10. Bei der gekürzten Ausführg ist zw dem Abzug von Entgelten u and Ursachen der Kürzg zu unterscheiden. Beim **Abzug von Entgelten** entgg § 675 q I dch den

ZDLeister des Zahlers kann der Zahler nicht Erstattg, sondern nur die Übermittlg des abgezogenen Betrags an den ZEmpfänger verlangen, **Satz 3** (sa BT-Drs 16/11643 S 116), ebenso bei Abzug dch eine zwgeschaltete Stelle (zum AusglAnspr des ZDLeisters s § 676 a). Bei Abzug erst dch den ZDLeister des ZEmpfängers entfällt die Haftg, S 4. Anspr auf angefallene *Zinsen und Entgelte* s IV (Rn 9). – **Verpflichtet** ist der ZDLeister des Zahlers, **berechtigt** der Zahler, auch bzgl der Verpfl nach S 3. – **Einwendungen:** Der Anspr entfällt, wenn der ZBetrag rechtzeitig u ungekürzt beim ZDLeister des ZEmpfängers eingegangen ist, **Satz 4**. Zur Rechtzeitigk s Rn 3, zur rechtl Einordng MüKo/Casper Rn 24. Hat der ZDLeister einen ZTransfer (§ 675 f Rn 60) unmittelb an den ZEmpfänger übernommen, ist I 4 allenfalls anwendb, wenn dieser zugl ZDLeister des Empfängers ist (unklar Saarbr NJW-RR 15, 739). Ferner gem III iF der Verwendg einer fehlerh Kundenkennng (Rn 8) sowie bei nicht rechtzeitig Anzeige gem § 676 b II od „höherer Gewalt“, § 676 c. Mitverschulden des Zahlers ist zu berücksichtigen (Grundmann WM 09, 1109/15). – **Beweislast:** Zahler für den ZAuftr u dessen Zugang. Im Grds auch für die mangelh Ausführg; jedoch bewirkt § 676 eine Beweislastumkehr, soweit ordngsmäß Aufzeichnung u Verbuchg sowie störsgfreie Ausführg in Frage steht, außerd bestehen für den Zahler Beweiserleichterungen, soweit Vorgänge im Verantwortungsbereich des ZDLeisters liegen (§ 280 Rn 37). Nach aA enthält bereits I 4 eine Beweislastumkehr (MüKo/Casper Rn 24 u § 676 Rn 6 mwN). *Zahlungsdienstleister* für den Haftg Ausschluss begründete Umst.

b) Vom oder über den Zahlungsempfänger ausgelöste Vorgänge, Abs 2 S 2. Anwendungsbereich: 6
(1) Ausführg eines ZAuftr, sa Rn 1. (2) Auslösg des ZVorgangs dch od über den ZEmpfänger (wie Rn 7). – **Voraussetzungen:** mangelh Ausführg des ZAuftr (Rn 2f) im Verantwortungsbereich des ZDLeisters des Zahlers, bei ordngsgem Übermittlg des ZAuftr dch den ZDLeister des ZEmpfängers. – **Wirkungen und Inhalt:** Im Grundsatz wie Rn 5 (s aber Einsele WM 15, 1125/30), dh unverzügl u ungekürzte Erstattg des ZBetrags (I 1), iF der *Belastungsbuchung* auf einem ZKto des Zahlers wie iF nicht autorisierter Zahlg (§ 675 u Rn 4) valutamäß Rückbuchg (I 2). Bei *Abzug von Entgelten* entgg § 675 q I trifft hier die Pfl den ZDLeister des ZEmpfängers (II 3, Rn 7). Anspr auf angefallene *Zinsen und Entgelte* s IV (Rn 9). – **Verpflichtet** ist der ZDLeister des Zahlers, **berechtigt** der Zahler. **Einwendungen** wie Rn 5. Nach Sinn u Zweck der Regelg ist I 4 auch auf diesen Fall anwendb. **Beweislast** wie Rn 5.

4) Ansprüche des Zahlungsempfängers gegen seinen Zahlungsdienstleister, Abs 2 S 1, 3. Anwendungsbereich: 7
(1) Ausführg eines ZAuftr, sa Rn 1. (2) Auslösg des ZVorgangs *vom oder über den Zahlungsempfänger*, dh insbes bei Inkassozahlgen wie der Lastschr, od bei übermittelten ZAuftr wie einer Kartenzahlg (näher § 675 f Rn 11, § 675 p Rn 3). (3) II *gilt nicht* für ZDienste in Fremdwährg od unter Beteiligg von DrittstaatenDleistern (§ 675 e II 1). – **Voraussetzungen:** mangelh Ausführg des ZAuftr (Rn 2f). – **Inhalt:** Er variiert nach der Art des Fehlers. Bei *Nichteingang des Zahlungsbetrags* unverzügl (§ 121 I), ggf erneute Übermittlg des ZAuftr an den ZDLeister des Zahlers, **Satz 1**. Bei *Abzug von Entgelten* entgg § 675 q I unverzügl (§ 121 I) Zur-Vfg-Stellen des abgezogenen Betrags für den ZEmpfänger, **Satz 3**, unabhäng davon, dch wen u in wessen Verantwortungsbereich der Abzug vorgenommen wurde (BT-Drs 16/11643 S 117; zum AusglAnspr des ZDLeisters s § 676 a). Eine Konkurrenz zum Anspr des Zahlers gg seinen ZDLeister gem I 3 kann nicht eintreten, da I 3 nur für vom Zahler unmittelb ausgelöste ZVorgänge gilt (MüKo/Casper Rn 32; sa Rn 5). Anspr auf angefallene *Zinsen und Entgelte* s IV (Rn 9), dort auch zu Schäd im ValutaVerh. – **Verpflichtet** ist der ZDLeister des ZEmpfängers, **berechtigt** der ZEmpfänger. – **Ausschluss des Anspruchs:** Der Anspr, auch der auf Erstattg gekürzter Beträge, entfällt, wenn der ZDLeister den Zugang des ZAuftr beim ZDLeister des Zahlers nachweist, da dann die ErstattgPfl dieses ZDLeisters (Rn 6) eintritt (vgl II 2). Ferner bei nicht rechtzeitig Anzeige gem § 676 b II od „höherer Gewalt“, § 676 c. – **Beweislast:** Für den ZAuftr u die Auslösg des ZVorgangs der ZEmpfänger. Für die mangelh Ausführg im Grds der ZEmpfänger, jedoch bewirkt § 676 eine Beweislastumkehr, soweit ordngsmäß Aufzeichnung u Verbuchg sowie störsgfreie Ausführg in Frage steht. Für den Ausschluss begründete Umst der ZDLeister.

5) Fehlerhafte Kundenkennung, Abs 3. Die Vorschr betrifft ZAuftr, die anhand einer eindeutig zuordenb 8
Kundenkennung (§ 675 r) ausgeführt werden, unabhäng davon, von wem u wie der ZVorgang ausgelöst wird, u nur die in S 1 genannten Anspr im DeckgsVerh zw dem Zahler u seinem ZDLeister (zu and Anspr s § 675 z S 5 sowie dort Rn 3). Bereits § 675 r I 2 bestimmt, dass ein ZVorgang, der anhand einer vom ZDNutzer angegebenen Kundenkennng u in Übereinstimmg mit dieser ausgeführt wird, als im Hinbl auf den dch die Kundenkennng bezeichneten Empfänger als ordngsgem ausgeführt gilt. Er kann im Grds nicht allein desh als mangelh angesehen werden, weil die Kennng fehlerh ist. Das setzt aber voraus, dass der Fehler nicht (auch) in den Verantwortungsbereich des ZDLeisters fällt (MüKo/Casper Rn 34), wie in den Fällen des § 675 r III (auch bei Unzulänglichk der zumutb Prüfg; dort Rn 4) od bei Zuweisg einer fehlerh Kundenkennng (§ 675 r Rn 2) od bei fehlerh Konvertierg der BBAN dch den ZDLeister (Casper/Teirau/Zahrte ZAG § 7b Rn 32). Die in **Satz 1** statuierte RFLolge, der Ausschluss der *Erstattungsansprüche* nach I 1 u 2, II 2 in diesem Fall, ist insow ledigl klarstellender Natur. Auch dass kein Anspr auf einen erneuten Inkassoversuch gem II 1 mit der fehlerh Kundenkennng besteht, ist selbstverständl. Ist der ZVorgang in and Hinsicht fehlerh, zB der ZBetrag dem Empfänger nur gekürzt od aGrd einer techn Fehlleistung einem and als dem bezeichneten Empfänger zugeleitet worden, verbleibt es insow bei der Haftg des ZDLeisters. **Satz 2** verpflichtet den ZDLeister des Zahlers ggü dem Zahler, sich *im Rahmen seiner Möglichkeiten* um die Wiedererlangg des ZBetrags zu bemühen. Insbes hat er, sobald der Fehler bekannt wird, eine *Rückholpflicht* dch unverzügl Mitteilen im InterbankenVerh, insbes an den ZDLeister des ZEmpfängers, damit der ZVorgang iR des Zulässigen gestoppt bzw eine Stornierg vorgenommen, ggf auch der tats Empfänger um Rückleitg des ZBetrags ersucht werden kann (MüKo/Casper Rn 35). Sa § 675 r Rn 4. Unklar ist, ob auch ein *Auskunftsanspruch* nach V besteht. Dafür spricht, dass die Vorschr in III 1 nicht ausdrückl ausgenommen ist (sa § 675 r Rn 4, dort auch zum Ausschluss sonst Anspr). **Satz 3** ermöglicht es dem ZDLeister, abweichd von der Regel des § 675 f IV 2 mit dem Zahler für diese Leistung ein Entgelt zu vereinbaren.

6) Zinsen und Entgelte, Abs 4. Die Vorschr geht davon aus, dass bei nicht od fehlerh ausgeführten ZAuftr 9
keine Entgelt- u ZinsAnspr des ZDLeisters entstehen (vgl BGH NJW 15, 1440 Tz 14). Sie erweitert den Inhalt der Anspr gem I 1, II 1 u II 2, setzt also deren Bestehen voraus u bezieht sich auf die dort berecht u verpfl Pers. Erfasst sind alle *Entgelte* (wie § 675 f Rn 18 f), dh für die Erfüllg von Haupt- wie NebenPfl, sowie *(Soll-)Zinsen*, zB für eine KtoÜberziehg, die der im jew VertrVerh (Deckgs- wie InkassoVerh) tät ZDLeister seinem ZDNutzer in Rechng gestellt hat. Entgangene Habenzinsen können iRv IV nicht verlangt werden, der Zahler hat hierauf allerd einen Anspr iR der valutamäß Rückbuchg gem I 2, II 2 (Rn 5 f). Der ZEmpfänger ist auf Anspr iRv § 675 z S 2 angewiesen. Auch Zinsen u Kosten, die aGrd der mangelh Ausführg des ZAuftr im ValutaVerh zw Zahler u ZEmpfänger entstehen, fallen nicht unter IV u sind nur als FolgeSchad iRv § 675 z S 2 ersatzföh (MüKo/Casper Rn 38).

- 10 7) **Nachforschungspflicht, Abs 5.** Es handelt sich um eine besond geregelte Pfl zur Ausk. *Vorausgesetzt* ist ein mangelh ausgeführter ZAuftr (Rn 2ff); zur Ausführg unter Benutzg einer Kundenkennng s Rn 8. *Berechtig und verpflichtet* sind die VertrPart des VertrVerh (Deckgs- od InkassoVerh), dem derjen ZDNutzer angehört, der den ZVorgang ausgelöst hat od über den er ausgelöst wurde (wie Rn 5, 7). *Geschuldet* ist zum einen das Nachvollziehen des ZVorgangs, dh Nachforschgen bei zwgeschalteten Stellen u dem ZDLeister des ZEmpfängers sowie eine Überprüfg der erhaltenen Info in einem Umfang, den ein Bankkunde redlicherw erwarten darf (sa § 675 Rn 39). Ferner die Unterrichtg des Kunden über das Ergebn, zur Form s § 675 d Rn 2 (str). Haftg bei *Pflichtverletzung* nach den allg Regeln (s § 675 Rn 40 ff).

675Z *Sonstige Ansprüche bei nicht erfolgter oder fehlerhafter Ausführung eines Zahlungsauftrags oder bei einem nicht autorisierten Zahlungsvorgang.* ¹ Die §§ 675 u und 675 y sind hinsichtlich der dort geregelten Ansprüche eines Zahlungsdienstnutzers abschließend. ² Die Haftung eines Zahlungsdienstleisters gegenüber seinem Zahlungsdienstnutzer für einen wegen nicht erfolgter oder fehlerhafter Ausführung eines Zahlungsauftrags entstandenen Schaden, der nicht bereits von § 675 y erfasst ist, kann auf 12 500 Euro begrenzt werden; dies gilt nicht für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit, den Zinsschaden und für Gefahren, die der Zahlungsdienstleister besonders übernommen hat. ³ Zahlungsdienstleister haben hierbei ein Verschulden, das einer zwischengeschalteten Stelle zur Last fällt, wie eigenes Verschulden zu vertreten, es sei denn, dass die wesentliche Ursache bei einer zwischengeschalteten Stelle liegt, die der Zahlungsdienstnutzer vorgegeben hat. ⁴ In den Fällen von Satz 3 zweiter Halbsatz haftet die von dem Zahlungsdienstnutzer vorgegebene zwischengeschaltete Stelle anstelle des Zahlungsdienstleisters des Zahlungsdienstnutzers. ⁵ § 675 y Abs. 3 Satz 1 ist auf die Haftung eines Zahlungsdienstleisters nach den Sätzen 2 bis 4 entsprechend anzuwenden.

- 1 1) **Allgemeines.** S zunächst Einf 10 ff, § 675 u Rn 1. Grdlage: ZDiensteRL Art 60 II, 76, 86 I. **Abdingbarkeit:** Zu Lasten des ZDNutzers iRv § 675 e (dort Rn 3 Nr 1, 2, 3); zG des Nutzers unbeschränkt, Grenzen nur gem den allg Regeln (§§ 305 ff etc). Zu S 2 s Rn 4.
- 2 2) **Abschließende Regelung, Satz 1.** Die Vorschr *gilt* für alle ZVorgänge bzw ZAuftr, die unter §§ 675 u, 675 y fallen; zum Abschluss von Anspr iF fehlerh Kundenkennng s Rn 7. Sie normiert folgden **Grundsatz:** Hat ein ZDNutzer gg seinen ZDLeister wg einer nicht autorisierten Zahlg od der mangelh Ausführg eines ZAuftr einen Anspr nach § 675 u od § 675 y, soll er sich nicht zusätzl auf and, auf dieselben RFolgen gerichtete Anspr auf and RGrdlage berufen können (BT-Drs 16/11643 S 118). Damit sind insbes Anspr auf Erstattg des ZBetrags od von Zinsen u Entgelten nach and Vorschr (zB aus §§ 280 ff, §§ 812 ff, §§ 823 ff) ausgeschl, soweit die Erstattg von § 675 u (dort Rn 4) od § 675 y (dort Rn 5–7, 9) „erfasst“ (Wortlaut des S 2) ist, unabhängig davon, ob die and Vorschr Verschulden voraussetzt od nicht. Auswirkgen auf den BereicherersAusgl bei fehlerh ZVorgängen § 812 Rn 107 a. – **Nicht ausgeschlossen** sind insbes Anspr, die sich gg den Zahler richten, sowie Anspr, die Schäd betreffen, die dch einen nicht autorisierten od mangelh ausgeführten ZVorgang entstehen, aber wg der Art des ZVorgangs od Schadens nicht dch §§ 675 u, 675 y abgedeckt sind. Das gilt insbes für FolgeSchäd eines solchen ZVorgangs außerh des RVerh zw ZDNutzer u seinem ZDLeister, zB Verzugszinsen im ValutaVerh, od ein entgangener Gewinn wg Auflösg eines and RGesch. Sa § 675 u Rn 4, § 675 y Rn 1, 9.
- 3 3) **Haftungsbegrenzung, S 2.** S 2 *gilt* für alle Anspr wg mangelh Ausführg eines ZAuftr, die nicht dch S 1 iVm § 675 y ausgeschl sind (s Rn 2f). Anspr wg der Ausführg eines nicht autorisierten ZVorgangs, die nicht dch S 1 iVm § 675 u ausgeschl werden, sind nicht erfasst; insow gelten für HaftgsbeschränksVereinbgen die allg Regeln, insbes §§ 305 ff. **Inhalt:** S 2 gestattet in bestimmtem Umfang die Vereinbg einer Haftgsbeschränkg (Bsp: AGB-Überw 2.3.3, AGB-girocard II.12.3, AGB-MasterCard I.11.3). Eine solche Vereinbg ist an sich unbeschadet § 675 e I zulässig, da S 1 keine eig Anspr begründet, sond nur auf Anspr außerh der §§ 675 c ff verweist. S 2 legt jedoch Grenzen fest, von denen zum Nachteil des Überweidenden nicht ohne Verstoß gg § 675 e I abgewichen werden kann. Ferner entzieht S 2 eine entspr Vereinbg der Überprüfg anhand der allg Regeln, insbes der §§ 305 ff. Die Vereinbg kann daher mit dem Inhalt gem S 2 auch in AGB getroffen werden. Für die Vereinbg gelten folgede **Grenzen:** (1) Das Verschulden (auch der zwgeschalteten Stelle, S 3) darf nicht in Vorsatz (§ 276 Rn 10) od grober Fahrllk (§ 277 Rn 4) bestehen. (2) Der ZDLeister darf das Risiko nicht ausdrückl übernommen haben; allein die Annahme des ZAuftr in Kennnt der Bedeutg pünktl Dchführg genügt nicht. (3) Die Mindesthaftgssumme beträgt 12 500 €.
- 4 4) **Verschulden zwischengeschalteter Stellen, S 3.** Die Vorschr gilt nicht für ZDienste in Fremdwährg od unter Beteiligg von DrittstaatenDLeistern (§ 675 e II 1). Sie stellt klar, dass zwgeschaltete Stellen (§ 675 f Rn 30) als ErfGeh (§ 278) des ZDLeisters anzusehen sind, dem jew die Pfl obliegen, die ausgeführt werden (mE ungenau insow BT-Drs 16/11643 S 118: des ZDLeisters, der die Zahlg angestoßen hat), u zwar im Verhältnis zu seinem ZDNutzer; § 664 I 2 ist nicht anwendb (§ 675 c I). Das bezieht sich nach dem Wortlaut der Vorschr nur auf die in S 2 genannten nicht ausgeschl Anspr, wird aber allg für die Ausführg von ZAuftr gelten. Ausn: Der ZDNutzer hat die Einschaltg einer bestimmten Stelle vorgegeben u die wesentl Ursache für den Fehler liegt bei diesem Institut. Zum AnsprGegner in diesem Fall Rn 6.
- 5 5) **Haftung zwischengeschalteter Stellen, S 4.** AnsprGegner ist grdsätzl der ZDLeister als VertrPartner des ZDNutzers. Hat die vom ZDNutzer ausdrückl bestimmte zwgeschaltete Stelle die wesentl Ursache für die mangelh Ausführg des ZAuftr gesetzt, richtet sich nach S 4 der Anspr als eigenständiger gg diese. Dies entspricht der Regelg in den früheren §§ 676 b III 7, 676 c II. Dort war die dogmat Einordng des Anspr sehr umstr, er wurde überwiegd dem VertragsR zugeordnet (ausführl dazu Tober Die VertrKette im bargeldlosen ZVerkehr S 163 ff).
- 6 6) **Haftung bei fehlerhafter Kundenkennung, S 5.** Die Vorschr betrifft nur ZAuftr, die anhand einer fehlerh **Kundenkennung** (§ 675 r) ausgeführt werden (wie § 675 y Rn 8), u nur Anspr gem S 2 im DeckgsVerh zw dem Zahler u seinem ZDLeister, bzw Anspr des Zahlers gg eine zwischengeschaltete Stelle gem S 4. Sie hat weitgehnd klarstellenden Charakter. Denn bereits § 675 r I 2 bestimmt, dass ein ZVorgang, der anhand einer vom ZDNutzer angegebenen Kundenkennng u in Übereinstimm mit dieser ausgeführt wird, als im Hinbl auf den dch die Kundenkennng bezeichneten Empfänger ordngsgem ausgeführt gilt. Die Ausführg kann also nicht allein desh als PflVerletzg angesehen werden, weil die Kennng fehlerh ist.

676 Nachweis der Ausführung von Zahlungsvorgängen. Ist zwischen dem Zahlungsdienstnutzer und seinem Zahlungsdienstleister streitig, ob der Zahlungsvorgang ordnungsgemäß ausgeführt wurde, muss der Zahlungsdienstleister nachweisen, dass der Zahlungsvorgang ordnungsgemäß aufgezeichnet und verbucht sowie nicht durch eine Störung beeinträchtigt wurde.

1) **Allgemeines.** S zunächst Einf 10 ff. Grdlage: ZDiensteRL Art 59 I. **Anwendungsbereich:** Alle Vorschr, bei denen eine ordnungsgem. Ausführung eines ZVorgangs bedeutsam ist, zB iRv § 675 y. **Ordnungsgemäß** stellt den Grdsatz zur mangelh. Ausführg (§ 675 y Rn 2 ff) dar: rechtzeitig Übermittlg des ungekürzten ZBetrags an den gem Weisg bezeichneten ZEmpfänger (sa § 675 y Rn 3). Für die Übermittlg an den richt Empfänger enthält § 675 r iR seines Anwendungsbereichs (Verwendg einer Kundenkennng, keine Ausn insbes gem § 675 r Rn 5 f) eine vorrang Sonderregel. **Abdingbarkeit:** Zu Lasten des ZDNutzers iRv § 675 e (dort Rn 3 Nr 1, 2, 3); ferner bzgl Kleinbetrags-Inst gem § 675 i II Nr 3. ZG des Nutzers unbeschränkt, Grenzen nur gem den allg Regeln (§§ 305 ff etc).

2) **Inhalt. Mindestvoraussetzung** des Nachw der ordnungsgem. Ausführg ist die ordnungsgem. Abwicklg des ZVorgangs beim ZDLeister, dh Aufzeichng, Buchg (§ 675 f Rn 25) u Dchführg in einer Weise, die den vertragl Vereinbgen entspricht u keinerlei Auffälligk ggü normalen ZVorgängen der entspr Art erkennen lässt (wie § 675 w Rn 2). **Wirkung:** Grdsätzl richtet sich die Beweislast nach den allg Regeln. Fehlt aber eine der in § 676 genannten Voraussetzungen, ist zu Lasten des ZDLeisters der Nachw der ordnungsgem. Ausführg des ZVorgangs nicht geführt bzw der Nachw mangelh Ausführg geführt. Verhältn zu § 675 y I 4 dort Rn 5 aE.

676a Ausgleichsanspruch. Liegt die Ursache für die Haftung eines Zahlungsdienstleisters gemäß den §§ 675 y und 675 z im Verantwortungsbereich eines anderen Zahlungsdienstleisters oder einer zwischengeschalteten Stelle, so kann er vom anderen Zahlungsdienstleister oder der zwischengeschalteten Stelle den Ersatz des Schadens verlangen, der ihm aus der Erfüllung der Ansprüche eines Zahlungsdienstnutzers gemäß den §§ 675 y und 675 z entsteht.

1) **Allgemeines.** S zunächst Einf 10 ff. Grdlage: ZDiensteRL Art 77. Die Vorschr regel die AusglProblematik im idR von §§ 675 c ff nicht erfassten **Interbankenverhältnis** (Einf 7, 13) bei Mängeln iR eines ZVorgangs (§ 675 y Rn 2 ff). Der ZDLeister haftet ggü seinem ZDNutzer für den Mangel unabhäng davon, ob er ihn selbst verursacht hat, u zwar verschuldensunabhäng gem § 675 y, verschuldensabhäng iR der daneben gem § 675 z S 1 u 2 zugelassenen Anspr (dort Rn 3). Im letztgenannten Fall hat er sich Verschulden einer and von ihm in den ZVorgang eingeschalteten Stelle grdsätzl zurechnen zu lassen (§ 675 z S 3). Letztl soll den dch die Störg entstandenen Schaden aber die Stelle tragen, die die Störg verursacht hat. § 676 a gibt dem ZDLeister desh einen Anspr unmittelb gg diese Stelle auf Kompensation. Hat der ZDLeister mit dieser Stelle selbst vertragl Beziehgen (zB einen ZDVertr), ließe sich der Anspr aus diesem VertragsVerh begründen. § 676 a gewährt den Anspr aber, unabhäng davon, auch gg zwgeschaltete Stellen, mit denen der ZDLeister nicht in VertrBeziehg steht (sog Sprungregress), u ohne Rücksicht auf ein Verschulden der verursachenden Stelle (BT-Drs 16/11643 S 119). Die dogmat Einordng des Anspr ist daher zweifelb, aber ohne prakt Bedeutg (MüKo/Casper Rn 6 mwN: gesetzl SchuldVerh; sa EFN/Ellenberger Rn 2). Nicht abschließd, neben § 676 a können weitere Anspr bestehen (BT-Drs 16/11643 S 119). **Abdingbarkeit:** Es besteht VertrFreih iR der allg Regeln. § 675 e I greift nicht ein, da es sich um einen Anspr im InterbankenVerh handelt (s Einf 7). Das gilt auch, wenn der ZDLeister selbst ZDNutzer ist, zB iR einer Kettenzahlg einen ZAuftr erteilt hat (MüKo/Casper Rn 5: teleolog Reduktion).

2) **Ersatzanspruch.** – **Anwendungsbereich:** Alle von § 675 y erfassten ZVorgänge (dort Rn 1). Dabei ist grdsätzl zw dem DeckgsVerh u dem InkassoVerh zu unterscheiden. § 676 a erlaubt einen Rückgriff auf innerh des jew Verhältn eingeschaltete Stellen. Ferner gehören hierher auch die Fälle, in denen das Gesetz ausdrückl einen ZDLeister über seinen Verantwortungsbereich hinaus verpflichtet (zB gem § 675 y II 3). – **Voraussetzung:** (1) Einschaltg einer and Stelle in die Ausführg des ZVorgangs. (2) mangelh Ausführg des ZAuftr (§ 675 y Rn 2 ff). (3) Ursache des Mangels im Verantwortungsbereich der eingeschalteten Stelle. Das ist zB nicht der Fall, wenn die Störg zwar bei der zwgeschalteten Stelle auftritt, aber letztl auf eine fehlerh od unvollständ Weisg (§ 665) des vom ZDNutzer beauftragten ZDLeisters zurückzuführen ist. Ist das Verhalten mehrerer eingeschalteter ZDLeister ursächl, sind diese Gesamtschu, es gilt § 840 (MüKo/Casper Rn 8, str). – **Inhalt:** Ersatz des Schad, der dem berechtig ZDLeister dch die Anspr seines ZDNutzers gem Rn 1 entsteht, nicht sein Eigenschaden. § 254 ist anwendb. – **Verpflichtet** ist die zwgeschaltete Stelle; berechtigt der ZDLeister, der den Anspr gem §§ 675 y, 675 z ausgesetzt ist. – **Ausschluss des Anspruchs:** Bei nicht rechtzeitig Anzeige gem § 676 b II allenfalls, wenn der Berecht im Verhältn zum Verpflichteten ZDNutzer ist, zB bei Kettenzahlg; dann könnte auch der Anspr gem § 676 a unter § 676 b III fallen. Ferner bei „höherer Gewalt“, § 676 c. – **Beweislast:** Für alle den Anspr begründenden Umst der berechtig ZDLeister. § 676 ist nur anwendb, wenn der Berecht im Verhältn zum Verpflichteten ZDNutzer ist (für analoge Anwendg BaRo/Schmalenbach Rn 5).

676b Anzeige nicht autorisierter oder fehlerhaft ausgeführter Zahlungsvorgänge. (1) Der Zahlungsdienstnutzer hat seinen Zahlungsdienstleister unverzüglich nach Feststellung eines nicht autorisierten oder fehlerhaft ausgeführten Zahlungsvorgangs zu unterrichten.

(2) ¹ Ansprüche und Einwendungen des Zahlungsdienstnutzers gegen den Zahlungsdienstleister nach diesem Unterkapitel sind ausgeschlossen, wenn dieser seinen Zahlungsdienstleister nicht spätestens 13 Monate nach dem Tag der Belastung mit einem nicht autorisierten oder fehlerhaft ausgeführten Zahlungsvorgang hiervon unterrichtet hat. ² Der Lauf der Frist beginnt nur, wenn der Zahlungsdienstleister den Zahlungsdienstnutzer über die den Zahlungsvorgang betreffenden Angaben gemäß Artikel 248 §§ 7, 10 oder § 14 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche unterrichtet hat; anderenfalls ist für den Fristbeginn der Tag der Unterrichtung maßgeblich.

(3) Für andere als die in § 675 z Satz 1 genannten Ansprüche des Zahlungsdienstnutzers gegen seinen Zahlungsdienstleister wegen eines nicht autorisierten oder fehlerhaft ausgeführten Zahlungsvorgangs gilt Absatz 2 mit der Maßgabe, dass der Zahlungsdienstnutzer diese Ansprüche auch nach

Ablauf der Frist geltend machen kann, wenn er ohne Verschulden an der Einhaltung der Frist verhindert war.

- 1 **1) Allgemeines.** S zunächst Einf 10 ff. Grdlage: ZDiensteRL Art 58. **Abdingbarkeit:** Zu Lasten des ZDNutzers iRv § 675 e (dort Rn 3 Nr 1, 2, Nr 3 nur bzgl der Frist in II); zG des Nutzers unbeschränkt, Grenzen nur gem den allg Regeln (§§ 305 ff etc). Zur Prüfpf des ZDNutzers gem Nr 11 IV AGB-Banken/Nr 20 I AGB-Spark BaRo/Schmalenbach Rn 10.
- 2 **2) Unterrichtungspflicht, Abs 1.** Nach der GBegründg (BT-Drs 16/11643 S 119) statuiert I ein Pfl des ZDNutzers, demggü spricht der Wortlaut der ZDiensteRL (Art 58) für eine **Obliegenheit** iS eines RVerlusts gem II bei Nichtbeachtg (Einf 13 v § 241; SchBL/Maihold § 54 Rn 54). Die Unterscheidg hat Rückwirkgen auf den Anwendungsbereich von I. Nimmt man eine Obliegenh an, deren Verletzg zum Ausschluss der Anspr gem II führt, ergibt er sich zwingnd aus dem jew AnsprVerh. Die Obliegenh trifft nur den ZDNutzer, der aus den §§ 675 u–676 a einen Anspr od eine Einwendg gg seinen ZDLeister herleiten will. Geht man hingg von einer Pfl aus, könnten auch and Fallgestaltgen unter I gebracht werden. Die Vollharmonisierungswirkg der RL spricht für Obliegenh (ebso BaRo/Schmalenbach Rn 3 mwN; sa Foerster AcP 13, 405/16). – **Anwendungsbereich:** ZVorgänge (§ 675 f Rn 16; sa § 675 y I, der auf ZAuftr abstellt), die nicht autorisiert (wie § 675 u Rn 1) od fehlerh ausgeführt (§ 675 y Rn 3) wurden, soweit nicht wirks abbedungen (Rn 1). – **Adressat** ist der ZDLeister, der mit dem jew ZDNutzer dch den ZDVertr verbunden ist, dem der ZVorgang zuzuordnen ist. – **Unterrichten:** anzeigen in der vertragl vorgesehenen Weise (wie § 675 d Rn 2). **Unverzüglich nach Feststellung:** ohne schuldh Zögern (§ 121 I) nach Kenntniserlang von den Umst, welche die Fehlerhaftigk begründen (sa LG Bln WM 10, 1121). Die bloße Möglichk, dch Nachforschgen hiervon Kenntn zu erlangen, genügt nicht, auch nicht eine Verletzg der Prüfpf des ZDNutzers gem Nr 11 IV AGB-Banken/Nr 20 I AGB-Spark (dazu BaRo/Schmalenbach Rn 10). Der ZDLeister hat den ZDNutzer darüber zu informieren, wie u innerh welcher Frist die Unterrichtg erfolgen muss (EG 248 § 4 I Nr 5 lit d, sa § 13). – Die **Folgen** bei Nichtbeachtg der Obliegenh sind umstr. Jedenfalls eröffnet sie die Möglichk des AnsprVerlusts gem II u ggf den Einwand des Mitverschuldens (§ 254). ZT wird daran aber auch die Möglichk eines vertragl Ausschlusses von Anspr vor Ablauf der Frist gem II geknüpft (vgl MüKo/Casper Rn 6).
- 4 **3) Ausschlussfrist für Rechte aus §§ 675 u ff, Abs 2.** IdR sehen die AGB der GeldInst vor, dass Buchgen als genehmigt gelten, sofern sie nicht binnen einer bestimmten Frist nach Bekanntgabe des Rechngsabschlusses gerügt werden (§ 675 f Rn 26). Die Wirksamk solcher Klauseln setzt die Einhaltung von § 308 Nr 5 voraus (dort Rn 28 ff; sa Oldbg ZIP 11, 1139/40). Hingg berührt II nach der GBegründg (vgl BT-Drs 16/11643 S 119) die Wirksamk nicht. Das ist wg § 675 w iVm § 675 e I nicht zweifelsfrei (für Unwirksamk BaRo/Schmalenbach Rn 11), da eine solche Regelg auf der Grdlage des von II vorausgesetzten Sachverhalts (Mitteilg der Buchg, EG 248 § 7; Schweigen des ZDNutzers) zu einer für den ZDNutzer ungünstigeren Beweislastverteilg führt; auch dürfte die Wertg von II iRv § 308 Nr 5 lit a zu berücksichtigen sein. Folgt man der GBegründg (so zB SchBL/Maihold § 54 Rn 124, MüKo/Casper Rn 16, sa Rn 3 aE), erlangt II nur Bedeutg, soweit eine (ggf fingierte) Genehmigg gem AGB fehlt.
- 5 **a) Erfasste Rechte, S 1.** Anwendb ist II 1 auf Anspr u Einwendgen des ZDNutzers nach den §§ 675 u–675 z gg seinen ZDLeister (also nicht den Anspr gem § 675 z S 4), insbes die Anspr gem §§ 675 u S 2, 675 y u die Einwendgen gem §§ 675 u S 1, 675 v II, sowie die parallelen, dch den abschließden Charakters dieser Vorschr verdrängten Anspr des allg Rechts (§ 675 z Rn 2; sa Foerster AcP 213, 405), zB aus § 812 (Grundmann WM 09, 1109/16). Für die bestehenbleibden Anspr des allg Rechts gilt III (s Rn 7). **Nicht** erfasst sind Anspr des ZDLeisters gg den ZDNutzer (s aber Winkelhaus BKR 10, 441/44 zum allg LeistungsstörgsR) u Anspr des ZDNutzers ggü Dritten, zB dem Zempfänger (Bsp: evtl Anspr aus § 812, Foerster AcP 13, 405). Ferner Anspr u Einwendgen, die nicht auf einer Störg gem I beruhen, zB die Anspr gem § 675 x, insow gilt aber § 675 x IV. Zu Erstattgs-Anspr nach § 676 a s dort Rn 2
- 6 **b) Ausschlussfrist. Beginn:** Mit dem Tag der Belastg, sofern der ZDLeister seinen InfoPfl gem EG 248 §§ 7, 10, 14 nachgekommen ist. Das ist bei ZVorgängen vom Kto der Tag der Belastgsbuchg (wie § 675 x Rn 6), auch wenn die Info vereinbarungsgem (EG 248 § 10) später erfolgt. Sonst mit dem Tag der Unterrichtg, **Satz 2**, dh dem Tag, an dem die vollständ Info dem ZDNutzer zugeht. **Dauer** 13 Monate. **Berechnung** §§ 187 I, 188 II, III, § 193 ist anwendb. Die Mitteilg muss dem ZDLeister spätestens am letzten Tag der Frist zugehen. **Fristablauf** bewirkt Ausschluss, dh wie bei and Ausschlussfristen erlischt der Anspr (Übbl 13 f v § 194, dort auch zur entspr Anwendg von Vorschr zu Hemmg u Neubeginn), die Einwendg kann nicht mehr geltend gemacht werden. Auf Kenntn des ZDNutzers von seinen Rechten od ein Verschulden kommt es nicht an. Im Ergebn wird der ZDLeister so gestellt, als hätte der ZDNutzer die Buchg genehmigt.
- 7 **4) Ausschlussfrist für sonstige Ansprüche, Abs 3.** Die Vorschr erstreckt die Wirkgen von II (Rn 6) auf Anspr wg nicht autorisierter bzw fehlerh ZVorgänge, die nicht dch §§ 675 u ff begründet bzw verdrängt werden. Das sind insbes die in § 675 z Rn 3 aufgeführten Anspr. Der Anspr ist nicht ausgeschl, wenn der ZDNutzer schuldlos an der Einhaltung der Frist gehindert war, zB weil ihm ggü die den Schaden bildden Anspr erst nach Fristablauf geltend gemacht wurden.

676c Haftungsausschluss. Ansprüche nach diesem Kapitel sind ausgeschlossen, wenn die einen Anspruch begründenden Umstände

1. auf einem ungewöhnlichen und unvorhersehbaren Ereignis beruhen, auf das diejenige Partei, die sich auf dieses Ereignis beruft, keinen Einfluss hat, und dessen Folgen trotz Anwendung der gebotenen Sorgfalt nicht hätten vermieden werden können, oder
2. vom Zahlungsdienstleister auf Grund einer gesetzlichen Verpflichtung herbeigeführt wurden.

- 1 **1) Allgemeines.** S zunächst Einf 10 ff. Grdlage: ZDiensteRL Art 78. Die Vorschr begründet, vergleichb §§ 676 b IV, 676 e V 2 aF, einen eig Ausschlussstatbestand für Anspr, die auf Umst gem Nr 1 od 2 beruhen. **Anwendungsbereich:** Alle, aber auch nur die in §§ 675 j–676 a vorgesehenen Anspr, gleichgült ob solche des ZDNutzers, des ZDLeisters od eines Dritten; nicht Anspr gem § 675 z Rn 3 (zweifeln MüKo/Casper Rn 2). **Abdingbarkeit:** Zu Lasten des ZDNutzers iRv § 675 e (dort Rn 3 Nr 1, 2); zG des Nutzers unbeschränkt, Grenzen nur gem den allg Regeln (§§ 305 ff etc). **Beweislast:** Derjen, der sich auf den Ausschluss beruft.

2) Unvermeidbares Ereignis, Nr 1. Der GesetzG hat bewusst die Definition der RL übernommen, um den bish zu § 676 b aF bestehenden Streit zu vermeiden (sa BT-Drs 16/11643 S 119). Erfd ist ein Ereign, (1) das ungewönlh u unvorhersehbar ist, dh mit dem die betroffene Part nicht rechnen konnte, (2) dessen Eintritt die betroffene Part nicht beeinflussen konnte u (3) dessen Folgen sie trotz Anwendg der gebotenen (nicht: der größtmögl) Sorgfalt nicht vermeiden konnte. Fälle höherer Gewalt (zu diesem Begriff § 206 Rn 4) genügen ow, die Anfdgen in § 676 c sind geringer. Bsp in AGB-Banken 3 III, die Regelg kann wg § 675 e I nicht über § 676 c hinausgehen. Gewalts Entwendg von ZKarten s MüKo/Casper Rn 7.

3) Gesetzliche Verpflichtung, Nr 2. Erfasst sind alle den ZDNutzer belastenden ZVorgänge, die vom ZDLeister aGrd gesetzl Verpfl, sei es des GmschR, sei es des nationalen Rechts, herbeigeführt wurden. Das sind zB Zahlgen von einem gepfändeten Kto an den PfandGläub, od Zahlg bzw unterlassene AuftrAusführg aGrd hoheitl Maßn wie KtoBeschlagnahme, KtoSperrung od Transferverbot.

676d–676h *(aufgehoben)*

EG 248 Informationspflichten bei der Erbringung von Zahlungsdienstleistungen.**Vorbemerkungen**

- 1 **1) Allgemeines.** Art 248 wurde eingefügt dch Art 2 Nr 6a VerbrKrRL-UG, trat am 31. 10. 09 in Kraft (Art 11 II VerbrKrRL-UG) u wurde dch Art 2 Nr 2 des VerbrKrRL-UÄndG v 24. 7. 10 in § 4 I u § 11 II redaktionell geändert. Dch das VerbrRRL-UG wurden mit Wirkg ab 13. 6. 14 Art 248 § 1 neu gefasst u die §§ 3, 4, 5 u 12 geringfügig geändert. Art 248 übernimmt zur Umsetzg der ZDiensteRL weitgehend wörtl die Vorschr der RL, die InfoPfl enthalten (Hinw auf die umgesetzten Vorschr jew am Anfang der Kommentierg der einz §§). Er ergänzt §§ 675 c–676 c BGB. Art 248 hat wg der von der ZDiensteRL angestrebten Vollharmonisierg abschließenden Charakter. *Übergangsregelungen:* Art 229 §§ 22, 32. – **Inhalt des Art 248.** Abschnitt 1 begründet selbst keine Pfl, sond enthält nur allg Vorschr für alle in Art 248 geregelten Info. Abschnitt 2 und 3 regeln die vorvertragl u vertragl InfoPfl der ZDLeister iR eines ZDVertr, u zwar Abschnitt 2 diejen iR eines ZDRahmenVertr, unterteilt in allg Info (§§ 4, 5), Info zum einz ZVorgang (§§ 6–8) u Info zu VertrÄndergen (§ 9), Abschnitt 3 diejen iR eines EinzelZVertr. Die Pfl in beiden Abschnitten decken sich zT. Abschnitt 4 regelt InfoPfl des ZEmpfängers bzw eines Dritten ggü dem Zahler außerh von ZDVertr.
- 2 **2) Informationspflichten** ggü dem ZDNutzer als Adressaten der Info begründen die einz Vorschr des Art 248. Dies ist für ZDVertr (Abschnitt 2 u 3) dch § 675 d I 1 BGB, für Abschnitt 4 dch § 675 d IV nochmals ausdrücl klargestellt, s die Anm dort. **Anwendungsbereich** s § 675 d Rn 3. Bzgl des **Verfahrens**, in dem die Angaben zu übermitteln sind, verwenden die Vorschr den Oberbegriff der *Unterrichtung* des Adressaten. Er umfasst die Formen der *Mitteilung* (od Übermittlg) u des *Zugänglich-Machens* (Zur-Vfg-Stellens) der Angaben (Einzelh dazu s § 675 d Rn 2). Die **Form** der Info ergibt sich für ZDRahmenVertr aus § 3, § 10 lässt abweichde Vereinbngen zu; für EinzelZVertr aus § 12. Der **Zeitpunkt** der Info ergibt sich aus den einz Vorschr, § 10 lässt für ZDRahmenVertr abweichde Vereinbngen zu. Es handelt sich zT um vorvertragl Info (§§ 4, 13), zT um Info iR der VertrAusführg. Auch für den **Inhalt** der Info sind die einz Vorschr maßg, § 11 enthält bei ZDRahmenVertr Einschränkngen u gestattet abweichde Vereinbngen. Ferner gelten bzgl Sprache u Formulierg allg Anforderngen gem § 2. Die **Beweislast** für die Erfüll der InfoPfl regelt § 675 d (dort Rn 4), ebso die Frage des **Entgelts** für die Übermittlg von Info (dort Rn 5). Die Folgen einer **Pflichtverletzung** ergeben sich nicht aus Art 248, sond aus den Vorschr des BGB; s § 675 d Rn 2 u zu den Folgen VertrEinf 2ff v Art 238. **Zahlungskontendienste für Verbraucher** (§ 675 c Rn 6a): Es gelten besond InfoPfl für Entgelte, teils allgemeiner (§ 675 a Rn 2), teils vorvertragl u vertragl Art (§ 675 d Rn 7), die Art 248 §§ 3, 9 ergänzen.
- 3 **3) Halbzwingendes Recht** sind die in Art 248 begründeten Pfl, dh dass dch Vereinbg hiervon zum Nachteil des ZDNutzers nur abgewichen werden darf, soweit dies gesetzl ausdrücl vorgesehen ist (§ 675 e I BGB, dort Rn 1). Dies ist dch den Verweis in § 675 d I, IV klargestellt. Dabei ist zw den allg Ausn bei ZDiensten in and Währg als € (soweit überhaupt eine Mitteilgspfl besteht, s § 675 d I 2) u ggü Untern (§ 675 e II 2, IV u dort Rn 3) sowie den speziellen Ausn in Art 248 selbst (§§ 10, 11, 19) zu unterscheiden. Bei letzteren differenziert Art 248 zw den VorabInfo (§§ 4, 6), bei denen nur für KleinbetragsInstr Ausn zugelassen sind (§ 11 I), u den nachträgl Info (§§ 7, 8), für die in weitem Umfang VertrFreih besteht (§§ 10, 11 II). § 19 regelt die Möglichk abweichder Vereinbngen für InfoPfl gem §§ 17, 18, die außerh des dch einen ZDienst begründeten VertragsVerh bestehen. *Verbraucherzahlungskontenverträge:* ZKG 4.

Abschnitt 1. Allgemeine Vorschriften

EG 248 § 1 Konkurrernde Informationspflichten. ¹ Ist der Zahlungsdienstvertrag zugleich ein Fernabsatzvertrag oder ein außerhalb von Geschäftsräumen geschlossener Vertrag, so werden die Informationspflichten nach Artikel 246 b § 1 Absatz 1 durch die Informationspflichten nach den §§ 2 bis 16 ersetzt. ² Dies gilt bei Fernabsatzverträgen nicht für die in Artikel 246 b § 1 Absatz 1 Nummer 7 bis 12, 15 und 19 und bei außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen Verträgen nicht für die in Artikel 246 b § 1 Absatz 1 Nummer 12 genannten Informationspflichten.

- 1 **1) Allgemeines.** S zunächst Vorb 1 ff zu Art 248. Grdlage: ZDiensteRL Art 31 S. 2. Die Vorschr wurde dch Art 2 Nr 6 VerbrRRL-UG mit Wirkg ab 13. 6. 14 neu gefasst.
- 2 **2) Konkurrernde Informationspflichten.** Bestehen InfoPfl nach verschiedenen Vorschr, zB zum Fernabsatz, VerbrKredit od elektron GeschVerkehr, sind diese Pfl grdsätzl nebeneinander zu erfüllen (sa § 312 i III), soweit das Gesetz nicht and vorsieht. Das gilt an sich auch für die InfoPfl für ZDVertr gem Art 248. § 1 regelt ausnahmsw das KonkurrenzVerh zu bestimmten InfoPfl bei FernabsatzVertr u bei außerh von GeschRäumen abgeschl Vertr. Er lässt grdsätzl die Info nach Art 248 genügen (S 1), sieht aber für bestimmte Pfl Ausn vor.

EG 248 § 2 Allgemeine Form. Die Informationen und Vertragsbedingungen sind in einer Amtssprache des Mitgliedstaats der Europäischen Union oder des Vertragsstaats des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum, in dem der Zahlungsdienst angeboten wird, oder in einer anderen zwischen den Parteien vereinbarten Sprache klar und verständlich aufzufassen.

- 1 **Allgemeines.** S zunächst Vorb 1 ff zu Art 248. Grdlage: ZDiensteRL Art 36 I 3, 41 I 2. Die Vorschr regelt einz allg Aspekte der Unterrichtg (Vorb 2 zu Art 248). – **Anwendungsbereich:** Alle Info gem Art 248. Alle VertrBedingungen in ZDVerträgen; in and Vertr nur, soweit ZD betroffen sind. – **Sprache:** Wählw die Sprache des Staates der EU bzw des EWR (Einl 29a v § 1 BGB), in dem der ZDienst angeboten wird, od die zw den Part vereinbarte Sprache. – **Klar und verständlich:** Die Formulierg ist aus der ZDiensteRL übernommen u entspricht derjen in § 307 I 2, KlauselRL Art 5 I (Transparenzgebot). Die zu diesen Vorschr entwickelten Grds

(§ 307 Rn 20 ff, § 310 Rn 26; sa § 305 Rn 39) können daher herangezogen werden. S a EG 246 Rn 4. – **Mängel** der Mitteilg (sa Gebauer/Schinkels [Einf v § 675 c v Rn 1] Rn 17) können, sofern diese ein RGesch betrifft, uU zu dessen Unwirksam führen bzw dessen Zustandekommen verhindern (sa Einf 3 ff v Art 238; Bsp: Angebot einer VerbrÄnderg gem § 675 g in falscher Sprache), evtl auch zur Unwirksam einer in einer nicht zugelassenen Sprache abgefassten od intransparenten VertrKlausel. Dies entspricht bzgl AGB im Ergeb den allg schuldrechtl Grds (§ 305 Rn 39, § 307 Rn 20 ff), gilt hier jedoch auch für VertrBedinggen, die nicht AGB sind. Für and Mitteilgen richten sich die R Folgen nach dem Zushang (sa § 675 d Rn 2 u Einf 2 ff v Art 238).

Abschnitt 2. Zahlungsdienstverträge

EG 248 § 3 Besondere Form. Bei Zahlungsdienstverträgen (§ 675 f Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs) hat der Zahlungsdienstleister dem Zahlungsdienstnutzer die in den §§ 4 bis 9 genannten Informationen und Vertragsbedingungen auf einem dauerhaften Datenträger mitzuteilen.

Allgemeines. S zunächst Vorb 1 ff zu Art 248. Dch das VerbrRRL-UG wurden ab 13. 6. 14 die Wörter „in Textform“ dch „auf einem dauerh Datenträger“ ersetzt. Grdlage: ZDiensteRL Art 41 I. Die Vorschr regelt die Form der Unterrichtg (Vorb 2 zu Art 248). – **Anwendbar** nur bei ZDRahmenVertr (§ 675 f Rn 7) auf die gem EG 248 §§ 4–9 vorgeschriebenen Mitteilgen sowie auf Mitteilgen, bzgl derer auf EG 248 § 3 verwiesen ist (Bsp: § 675 g I). **Abweichende Vereinbarung**, auch in AGB, gem § 10, in diesem Fall besteht MitteilgsPfl gem § 4 I Nr 4. Ferner gem § 675 e IV iVm § 675 d. – **Auf einem dauerhaften Datenträger** s § 126 b S 2 BGB u ZDiensteRL 2 Nr 17. Da das Gesetz nicht ausdrücklich Textform vorschreibt, dürfte § 126 b iU nicht anwendb sein. Für richtlkonforme Einschränkung bzgl Nenng des Erklärdn u ErklAbschluss bereits Gebauer/Schinkels [Einf v § 675 c v Rn 1] Rn 14. Schriftform genügt, da Papier als dauerh Datenträger anzusehen ist (§ 126 b Rn 3). – **Mitteilen** bedeutet, dass der ZDLeister die erfdl Angaben etc von sich aus an den ZDNutzer zu übermitteln hat, ohne dass der Nutzer sie ausdrückl anfordern muss (BT-Drs 16/11643 S 100 [§ 675 d]). Der Ztpkt der Übermittlg ist zT in den jew Vorschr festgelegt. Welche Anfordergen bzgl des Zugangs der Mitteilg zu stellen sind, ist unklar. Jedenfalls soweit die Mitteilg die Abgabe einer WillensErkl beinhaltet (Bsp: § 675 g I), wird man auf die zu deren Zugang entwickelten Grds zurückgreifen können (§ 130 Rn 5, 13). – **Formmangel** führt je nach Zushang zu nachteil R Folgen für den ZDLeister. Letzteres gilt auch für das Unterlassen. S a Einf 2 ff v Art 238 u § 2 Rn 1. § 125 BGB kann nur eingreifen, soweit die Mitteilg ein RGesch betrifft (Bsp § 675 g I).

EG 248 § 4 Vorvertragliche Informationen. (1) Die folgenden vorvertraglichen Informationen und Vertragsbedingungen müssen rechtzeitig vor Abgabe der Vertragsklärung des Zahlungsdienstnutzers mitgeteilt werden:

1. zum Zahlungsdienstleister
 - a) den Namen, die ladungsfähige Anschrift seiner Hauptverwaltung und gegebenenfalls seines Agenten oder seiner Zweigniederlassung in dem Mitgliedstaat, in dem der Zahlungsdienst angeboten wird, sowie alle anderen Anschriften einschließlich E-Mail-Adresse, die für die Kommunikation mit dem Zahlungsdienstleister von Belang sind, und
 - b) die für den Zahlungsdienstleister zuständigen Aufsichtsbehörden und das bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht geführte Register oder jedes andere relevante öffentliche Register, in das der Zahlungsdienstleister als zugelassen eingetragen ist, sowie seine Registernummer oder eine gleichwertige in diesem Register verwendete Kennung,
2. zur Nutzung des Zahlungsdienstes
 - a) eine Beschreibung der wesentlichen Merkmale des zu erbringenden Zahlungsdienstes,
 - b) Informationen oder Kundenkennungen, die für die ordnungsgemäße Ausführung eines Zahlungsauftrags erforderlich sind,
 - c) die Art und Weise der Zustimmung zur Ausführung eines Zahlungsvorgangs und des Widerrufs eines Zahlungsauftrags gemäß den §§ 675 j und 675 p des Bürgerlichen Gesetzbuchs,
 - d) den Zeitpunkt, ab dem ein Zahlungsauftrag gemäß § 675 n Abs. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs als zugegangen gilt, und gegebenenfalls den vom Zahlungsdienstleister gemäß § 675 n Abs. 1 Satz 3 festgelegten Zeitpunkt,
 - e) die maximale Ausführungsfrist für die zu erbringenden Zahlungsdienste und
 - f) die Angabe, ob die Möglichkeit besteht, Betragsobergrenzen für die Nutzung eines Zahlungsauthentifizierungsinstruments gemäß § 675 k Abs. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zu vereinbaren,
3. zu Entgelten, Zinsen und Wechselkursen
 - a) alle Entgelte, die der Zahlungsdienstnutzer an den Zahlungsdienstleister zu entrichten hat, und gegebenenfalls deren Aufschlüsselung,
 - b) gegebenenfalls die zugrunde gelegten Zinssätze und Wechselkurse oder, bei Anwendung von Referenzzinssätzen und -wechselkursen, die Methode für die Berechnung der tatsächlichen Zinsen sowie der maßgebliche Stichtag und der Index oder die Grundlage für die Bestimmung des Referenzzinssatzes oder -wechselkurses, und
 - c) soweit vereinbart, das unmittelbare Wirksamwerden von Änderungen des Referenzzinssatzes oder -wechselkurses gemäß § 675 g Absatz 3 des Bürgerlichen Gesetzbuchs,
4. zur Kommunikation
 - a) die Kommunikationsmittel, sofern sie zwischen den Parteien für die Informationsübermittlung und Anzeigepflichten vereinbart werden, einschließlich ihrer Anforderungen an die technische Ausstattung des Zahlungsdienstnutzers,
 - b) Angaben dazu, wie und wie oft die nach diesem Artikel geforderten Informationen mitzuteilen oder zugänglich zu machen sind,
 - c) die Sprache oder Sprachen, in der oder in denen der Vertrag zu schließen ist und in der oder in denen die Kommunikation für die Dauer des Vertragsverhältnisses erfolgen soll, und
 - d) einen Hinweis auf das Recht des Zahlungsdienstnutzers gemäß § 5, Informationen und Vertragsbedingungen in einer Urkunde zu erhalten,

5. zu den Schutz- und Abhilfemaßnahmen

- a) gegebenenfalls eine Beschreibung, wie der Zahlungsdienstnutzer ein Zahlungsauthentifizierungsinstrument sicher verwahrt und wie er seine Anzeigepflicht gegenüber dem Zahlungsdienstleister gemäß § 675 I Satz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs erfüllt,
 - b) soweit vereinbart, die Bedingungen, unter denen sich der Zahlungsdienstleister das Recht vorbehält, ein Zahlungsauthentifizierungsinstrument gemäß § 675 k Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zu sperren,
 - c) Informationen zur Haftung des Zahlers gemäß § 675 v des Bürgerlichen Gesetzbuchs einschließlich Angaben zum Höchstbetrag,
 - d) Angaben dazu, wie und innerhalb welcher Frist der Zahlungsdienstnutzer dem Zahlungsdienstleister nicht autorisierte oder fehlerhaft ausgeführte Zahlungsvorgänge gemäß § 676 b des Bürgerlichen Gesetzbuchs anzeigen muss, sowie Informationen über die Haftung des Zahlungsdienstleisters bei nicht autorisierten Zahlungsvorgängen gemäß § 675 u des Bürgerlichen Gesetzbuchs,
 - e) Informationen über die Haftung des Zahlungsdienstleisters bei der Ausführung von Zahlungsvorgängen gemäß § 675 y des Bürgerlichen Gesetzbuchs und
 - f) die Bedingungen für Erstattungen gemäß § 675 x des Bürgerlichen Gesetzbuchs,
6. zu Änderungen der Bedingungen und Kündigung des Zahlungsdiensterahmenvertrags
- a) soweit vereinbart, die Angabe, dass die Zustimmung des Zahlungsdienstnutzers zu einer Änderung der Bedingungen gemäß § 675 g des Bürgerlichen Gesetzbuchs als erteilt gilt, wenn er dem Zahlungsdienstleister seine Ablehnung nicht vor dem Zeitpunkt angezeigt hat, zu dem die geänderten Bedingungen in Kraft treten sollen,
 - b) die Vertragslaufzeit und
 - c) einen Hinweis auf das Recht des Zahlungsdienstnutzers, den Vertrag zu kündigen, sowie auf sonstige kündigungsrelevante Vereinbarungen gemäß § 675 g Abs. 2 und § 675 h des Bürgerlichen Gesetzbuchs,
7. die Vertragsklauseln über das auf den Zahlungsdiensterahmenvertrag anwendbare Recht oder über das zuständige Gericht und
8. einen Hinweis auf das Beschwerdeverfahren gemäß § 28 des Zahlungsdiensteaufsichtsgesetzes sowie auf das außergerichtliche Rechtsbehelfsverfahren nach § 14 des Unterlassungsklagengesetzes.

(2) Wenn auf Verlangen des Zahlungsdienstnutzers der Zahlungsdiensterahmenvertrag unter Verwendung eines Fernkommunikationsmittels geschlossen wird, das dem Zahlungsdienstleister die Mitteilung der in Absatz 1 bestimmten Informationen und Vertragsbedingungen auf einem dauerhaften Datenträger nicht gestattet, hat der Zahlungsdienstleister dem Zahlungsdienstnutzer diese unverzüglich nach Abschluss des Vertrags in der in den §§ 2 und 3 vorgesehenen Form mitzuteilen.

(3) Die Pflichten gemäß Absatz 1 können auch erfüllt werden, indem eine Abschrift des Vertragsentwurfs übermittelt wird, die die nach Absatz 1 erforderlichen Informationen und Vertragsbedingungen enthält.

- 1 **1) Allgemeines.** S zunächst Vorb 1 ff zu Art 248. Dch das VerbrRRL-UG wurden ab 13. 6. 14 in Abs 2 die Wörter „in Textform“ dch „auf einem dauerh Datenträger“ ersetzt. Grdlage: ZDiensteRL Art 41, 42. Die Vorschrr regelt vorvertragl Info bei ZDRahmenVertr, u zwar Info allg Art. Zu Info über VertrÄndergen s § 9. *Verpflichtet* ist der ZDLeister, der den ZDRahmenVertr schließen will, *Adressat* der ZDNutzer, mit dem der Vertr geschlossen werden soll.
- 2 **2) Inhalt, Abs 1.** Allg gilt § 2. Die Angaben in I sind weitgehnd selbsterklärd. Ergänzd Hinw zu einz Angaben: – **Nr 1.** AufsBehörde ist für KreditInst u ZInst die BaFin (KWG 6 I, ZAG 3 I). – **Nr 2.** Begriff des ZDienstes § 675 c Rn 3 ff; des ZAuftr § 675 f III 2 (dort Rn 17); der Kundenkenn § 675 r II (dort Rn 2); des ZVorgangs § 675 f III 1 (dort Rn 16). Ausführfristen s § 675 s. – **Nr 3.** Vom ZDNutzer zu zahlde Entgelte s § 675 f IV, V (dort Rn 18 ff mit weiteren Hinw). Zu Zinssätzen u Wechselkursen, insbes Referenzzinssatz, Referenzwechsellkurs § 675 g III (dort Rn 9 ff). *Verbraucherzahlungskontenverträge:* ergänzd Info gem ZKG 5–7, Form ZKG 9. – **Nr 4.** Lit a (Kommunikationsmittel) bezieht sich auf das Verf der Unterrichts, lit b auf Verf u Ztpkt (Vorb 2 zu Art 248). Die Möglichk der Abweichg ergibt sich aus § 10. Zur Sprache s § 2. – **Nr 5.** Pfl zur sicheren Verwahrg von ZAI § 675 I S 1 (dort Rn 2), zur Anzeige von Verlust etc § 675 I S 2 (dort Rn 4 ff). Sperre eines ZAI § 675 k Rn 3 ff. Haftg des Zahlers bei Verlust eines ZAI bzw eines personalisierten SicherhMerkm § 675 v Rn 3 ff. – **Nr 6.** ÄndergsVerf gem § 675 g s dort Rn 2 ff. VertrLaufzeit sa § 675 h Rn 2 f, dort auch zu KündVereinbgen. – **Nr 7.** Anwendb Recht Einf 3 v § 675. Zustand Gericht Einf 15 v § 675 c. – **Nr 8.** Beschwu u SchlichtgsVerf s Einf 15 v § 675 c.
- 3 **3) Verfahren.** Die Angaben sind *mitzuteilen* (I; wie Vorb 2 zu Art 248, § 675 d Rn 2). – **Form** gem § 3, dh auf einem dauerh Datenträger (§ 126 b S 2), keine abweichde Vereinbg zuläss. Gem **Abs 3** genügt aber Übermittlg (dh Zusendg bzw Aushändigg) einer Abschrift (dh Papiausdruck erfdl) des *Vertragsentwurfs*, soweit dieser die erfdl Angaben enthält (zB in angefügten AGB od Preis- u Leistgsverzeichnis). Dies wird in der Praxis der Regelfall sein. Das bloße Ausleg od Aushängen von AGB od Preis-/Leistgsverzeichnis in den GeschRäumen u der Hinw hierauf im Vertr genügt nicht. – **Zeitpunkt** vor Abgabe der VertrErkl des ZDNutzers, u zwar *rechtzeitig*, dh so, dass dem ZDNutzer noch eine Kenntnisnahme u Überlegg mögl ist, ob er die auf den Vertr-Schluss gerichtete Erkl abgeben will. **Abs 2** gestattet die unverzügl (§ 121 I 1) nachträgl Mitteilg, wenn (1) der Vertr unter Verwendg eines Fernkommunikationsmittels geschlossen wurde, das die vorherige Übermittlg der Angaben auf einem dauerh Datenträger nicht gestattet (Bsp: Telefon, SMS) u (2) dies auf Verlangen des ZDNutzers geschah.

EG 248 § 5 Zugang zu Vertragsbedingungen und vorvertraglichen Informationen während der Vertragslaufzeit. Während der Vertragslaufzeit kann der Zahlungsdienstnutzer jederzeit die Übermittlung der Vertragsbedingungen sowie der in § 4 genannten Informationen in Papierform oder auf einem anderen dauerhaften Datenträger verlangen.

Allgemeines. S zunächst Vorb 1 ff zu Art 248. Dch das VerbrRRL-UG wurden ab 13. 6. 14 die Wörter „in Textform“ dch „in Papierform od auf einem and dauerh Datenträger“ ersetzt. Grdlage: ZDiensteRL Art 43. Es handelt sich um einen verhaltenen Anspr (s § 199 Rn 8), dh der ZDNutzer muss ihn geldt machen („verlangen“). Der ZDLeister muss den ZDNutzer über den Anspr informieren (§ 4 Nr 4 lit d). – **Inhalt:** VertrBedingungen, insbes die AGB, einschl evtl ZusatzVereinbgen, soweit sie ZDLeistgen betreffen (wie § 675 f Rn 5, 8). Angaben gem § 4 s dort. – Übermittlg (§ 675 d Rn 2) in bestimmter **Form**, entweder auf Papier od einem dauerh Datenträger (§ 126 b S 2). Das entspricht Art 43 der RL, wonach der ZDNutzer die Wahl zw Übermittlg in einer dieser beiden Formen hat (sa BT-Drs 16/11643 S 135).

EG 248 § 6 **Informationen vor Ausführung einzelner Zahlungsvorgänge.** Vor Ausführung eines einzelnen vom Zahler ausgelösten Zahlungsvorgangs teilt der Zahlungsdienstleister auf Verlangen des Zahlers die maximale Ausführungsfrist für diesen Zahlungsvorgang sowie die in Rechnung zu stellenden Entgelte und gegebenenfalls deren Aufschlüsselung mit.

Allgemeines. S zunächst Vorb 1 ff zu Art 248. Grdlage: ZDiensteRL Art 46; ergänzd gilt SEPA-VO 5 II, III. §§ 6–8 regeln, and als §§ 4, 5, 9, die InfoPfl des ZDLeisters aus Anlass eines konkreten ZVorgangs, u zwar § 6 diejen vor Ausführg, §§ 7, 8 diejen nach Ausführg. Vor Ausführg des ZVorgangs, insbes eines ZAuftr, erhält der ZDNutzer, außer den allg Info gem § 4, iR eines ZDRahmenVertr keine besond Info zu den Einzelh. § 6 gibt ihm aber, soweit der ZVorgang dch ihn selbst ausgelöst wird (§ 675 f Rn 13; Bsp: Überw) einen (verhaltenen, § 5 Rn 1) Anspr auf Mitteilg (§ 675 d Rn 2) bestimmter Angaben dch seinen ZDLeister. – **Inhalt,** u zwar jew für den konkreten ZVorgang: die Ausführungsfrist (§ 675 s); in Rechng zu stelle Entgelte (§ 675 f Rn 18 ff) u deren Aufschlüsselg, wohl auch Aufwendgen wie Auslagen an Dritte, die gem § 670 in Rechng gestellt werden können. Einschränkgen für KleinbetrInstr s § 11 I. – **Form:** s § 3.

EG 248 § 7 **Informationen an den Zahler bei einzelnen Zahlungsvorgängen.** Nach Belastung des Kontos des Zahlers mit dem Zahlungsbetrag eines einzelnen Zahlungsvorgangs oder, falls der Zahler kein Zahlungskonto verwendet, nach Zugang des Zahlungsauftrags teilt der Zahlungsdienstleister des Zahlers diesem unverzüglich die folgenden Informationen mit:

1. eine dem Zahlungsvorgang zugeordnete Kennung, die dem Zahler die Identifizierung des betreffenden Zahlungsvorgangs ermöglicht, sowie gegebenenfalls Angaben zum Zahlungsempfänger,
2. den Zahlungsbetrag in der Währung, in der das Zahlungskonto des Zahlers belastet wird, oder in der Währung, die im Zahlungsauftrag verwendet wird,
3. gegebenenfalls den Betrag der für den Zahlungsvorgang zu entrichtenden Entgelte und deren Aufschlüsselung oder der vom Zahler zu entrichtenden Zinsen,
4. gegebenenfalls den Wechselkurs, den der Zahlungsdienstleister des Zahlers dem Zahlungsvorgang zugrunde gelegt hat, und den Betrag, der nach dieser Währungsumrechnung Gegenstand des Zahlungsvorgangs ist, und
5. das Wertstellungsdatum der Belastung oder das Datum des Zugangs des Zahlungsauftrags.

Allgemeines. S zunächst Vorb 1 ff zu Art 248, § 6 Rn 1. Grdlage: ZDiensteRL Art 47 I, SEPA-VO 5 III Buchst c. § 7 betrifft die Info des Zahlers (§ 675 f Rn 3) dch seinen ZDLeister. Die Regel ist die Benachrichtigg per KtoAuszug (BGH NJW 14, 922 Tz 16). *Abweichende Vereinbarungen* sind häuf, s §§ 10, 11 II sowie allg Vorb 3 zu Art 248. – **Inhalt:** Die Angaben sind weitgeh selbststerklärd. Abweichde Vereinbgen bei Verwendg von KleinbetragsInstr § 11 II. Ergänzd Hinw zu einz Angaben: **Nr 1.** Gemeint ist eine dem konkreten ZVorgang zugeordnete Kenng. **Nr 2.** ZBetr s § 675 q Rn 2. **Nr 3.** Entgelte: wie in § 6 (dort Rn 1). Zinsen: wie § 675 g Rn 9 ff. **Nr 4.** Wechselkurs u Währungsumrechng s § 675 g Rn 9 ff. **Nr 5.** Wertstellg u Wertstellungsdatum s § 675 t Rn 8. – **Verfahren:** Mitteilg, s § 675 d Rn 2. Abweichde Vereinbg gem § 10; die Regel sind Zusendg eines KtoAuszugs od dessen Übermittlg bzw Bereitstellg als speicherb Datei im Onlinebanking od zum Ausdruck am KtoAuszugsdrucker. – **Form:** § 3 (auf einem dauerh Datenträger, § 126 b S 2). Zur abweichden Vereinbg gem § 10 s oben. – **Zeitpunkt:** Bei (Regelfall) Abbuchg des ZBetr vom Kto des Zahlers unverzügl (§ 121 II 1) nach KtoBelastg (§ 675 f Rn 25), sonst nach Zugang des ZAuftr (§ 675 n Rn 2). Abweichde Vereinbgen (§§ 10, 11 II) sind die Regel (sa unter Verfahren). Jedoch ist Unterrichtg mind einmal monatl zwingd (§ 10 S 2). – **Entgelt:** im Grds keines (§ 675 d III, dort Rn 5).

EG 248 § 8 **Informationen an den Zahlungsempfänger bei einzelnen Zahlungsvorgängen.** Nach Ausführung eines einzelnen Zahlungsvorgangs teilt der Zahlungsdienstleister des Zahlungsempfängers diesem unverzüglich die folgenden Informationen mit:

1. eine dem Zahlungsvorgang zugeordnete Kennung, die dem Zahlungsempfänger die Identifizierung des betreffenden Zahlungsvorgangs und gegebenenfalls des Zahlers ermöglicht, sowie weitere mit dem Zahlungsvorgang übermittelte Angaben,
2. den Zahlungsbetrag in der Währung, in der dieser Betrag auf dem Zahlungskonto des Zahlungsempfängers gutgeschrieben wird,
3. gegebenenfalls den Betrag der für den Zahlungsvorgang zu entrichtenden Entgelte und deren Aufschlüsselung oder der vom Zahlungsempfänger zu entrichtenden Zinsen,
4. gegebenenfalls den Wechselkurs, den der Zahlungsdienstleister des Zahlungsempfängers dem Zahlungsvorgang zugrunde gelegt hat, und den Betrag, der vor dieser Währungsumrechnung Gegenstand des Zahlungsvorgangs war, und
5. das Wertstellungsdatum der Gutschrift.

Allgemeines. S zunächst Vorb 1 ff zu Art 248, § 6 Rn 1. Grdlage: ZDiensteRL Art 48 I. § 8 betrifft die Info des ZEmpfängers (§ 675 f Rn 3) dch seinen ZDLeister. *Abweichende Vereinbarungen* sind häuf, s §§ 10, 11 II sowie allg Vorb 3 zu Art 248. Die Regel ist die Benachrichtigg per KtoAuszug (BGH NJW 14, 922 Tz 16) dch dessen Zusendg od Bereitstellg zum Abruf, online od am KtoAuszugsdrucker. – **Inhalt:** Die Angaben sind weitgeh selbststerklärd. Abweichde Vereinbgen bei Verwendg von KleinbetragsInstr § 11 II. Ergänzd Hinw zu

einz Angaben: **Nr 1.** Gemeint ist eine dem konkreten ZVorgang zugeordnete Kenng. Die übermittelten Angaben (zB zum ZZweck im ValutaVerh) erhält der ZDLeister, soweit es sich nicht um einen institutsinternen ZVorgang handelt, iR des InterbankenVerh zugeleitet. **Nr 2.** ZBetrag s § 675 q Rn 2. **Nr 3.** Entgelte wie in § 6 (dort Rn 1). Ein Entgelt kann bei entspr Vereinbg auch vom ZBetrag abgezogen werden, Tats u Höhe des Abzugs sind dann aber gesondert auszuweisen (§ 675 q II). **Nr 4.** Wechselkurs u Währsumrechng s § 675 g Rn 9 ff. Anzugeben ist der Betrag in der Ausgangswähr, der Wechselkurs u der Betrag in der gebuchten Währ. **Nr 5.** Wertstellg u Wertstellungsdatum s § 675 t Rn 8. – **Verfahren:** Mittelg: s § 675 d Rn 2. Abweichde Vereinbg gem § 10 wie § 8 Rn 1 (Verfahren). – **Form:** § 3 (auf einem dauerh Datenträger, § 126 b S 2). Abweichde Vereinbg gem § 10. – **Zeitpunkt:** Bei (Regelfall) Gutschr des ZBetrags auf dem Kto des ZEmpfängers unverzügl (§ 121 II 1) nach Buchg (§ 675 f Rn 25), da diese zur Ausführg des ZVorgangs gehört. Abweichde Vereinbgen (§§ 10, 11 II) sind die Regel, zB Zur-Vfg-Stellen iR des monatl KtoAuszugs. – **Entgelt:** idR keines (§ 675 d Rn 5).

EG 248 § 9 Sonstige Informationen während des Vertragsverhältnisses. Während des Vertragsverhältnisses ist der Zahlungsdienstleister verpflichtet, den Zahlungsdienstnutzer unverzüglich zu unterrichten, wenn

1. sich Umstände, über die gemäß § 4 Abs. 1 Nr. 1 unterrichtet wurde, ändern oder
2. zum Nachteil des Zahlungsdienstnutzers Änderungen von Zinssätzen wirksam geworden sind.

1 **Allgemeines.** S zunächst Vorb 1 ff zu Art 248. Grdlage: ZDiensteRL Art 44 I 1, II 2. *Verbraucherzahlungskon-
tenverträge:* Entgeltaufstellg mind jährl u bei Beendigg des VertragsVerh (ZKG 10–12), Form ZKG 13. – **Inhalt:** **Nr 1** erfasst Ändergen der Umst, die das VertragsVerh allg betreffen, aber nicht Ggst der vertragl Vereinbg sind; für letztere gilt § 675 g. Vgl iÜ § 4 u die Anm dort Rn 2. **Nr 2** betrifft die Änderg von Zinssätzen, die für die Dchführg eines ZDienstes bedeutsam sind. Bei entspr Vereinbg können sie sich bei Änderg eines Referenzwertes ohne Benachrichtigg unmittell ändern (§ 675 g III). Nr 2 stellt sicher, dass der ZDNutzer wenigstens nachträgl informiert wird, wenn die Änderg für ihn nachteilig ist (zB Verminderng des Guthabenzinssatzes). – **Verfahren und Form:** *Unterrichtung,* gem § 3 in Form einer Mittelg auf einem dauerh Datenträger (§ 126 b S 2), s § 675 d Rn 2. Abweichde Vereinbg gem § 10 für Info gem Nr 2. – **Zeitpunkt:** Unverzügl (§ 121 I 1), iFv Nr 1 nach Änderg der Umst, iFv Nr 2 nach Wirksamwerden der Änderg des Zinssatzes.

EG 248 § 10 Abweichende Vereinbarungen. ¹Für die in den §§ 7, 8 und 9 Nr. 2 genannten Informationen können Zahlungsdienstleister und Zahlungsdienstnutzer eine andere Häufigkeit und eine von § 3 abweichende Form oder ein abweichendes Verfahren vereinbaren. ²Über die in den §§ 7 und 8 genannten Informationen hat der Zahlungsdienstleister jedoch mindestens einmal monatlich so zu unterrichten, dass der Zahlungsdienstnutzer die Informationen unverändert aufbewahren und wiedergeben kann.

1 **Allgemeines.** S zunächst Vorb 1 ff zu Art 248. Grdlage: ZDiensteRL Art 44 II 2, 47 II, 48 II. **Satz 1** gestattet bzgl Verfahren, Form u Ztpkt (Vorb 2 zu Art 248) allg bestimmte Abweichgen für die „nachträgl“ Info gem §§ 7, 8, 9 Nr 2, s Anm dort. **Satz 2** schränkt das Recht zur Abweichg bzgl des Ztpkts ein. Erfdl u üblich ist jedenfalls eine monatl KtoÜbersicht (sog *Kontoauszug*), die in Papierform übersandt od als Datei bzw am Auszugsdrucker zum Abruf bereitgestellt wird (BGH NJW 14, 922 Tz 16).

EG 248 § 11 Ausnahmen für Kleinbetragsinstrumente und elektronisches Geld. (1) ¹Bei Zahlungsdienstverträgen über die Überlassung eines Kleinbetragsinstruments (§ 675 i Abs. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs) teilt der Zahlungsdienstleister dem Zahlungsdienstnutzer abweichend von den §§ 4 und 6 nur Folgendes mit:

1. die wesentlichen Merkmale des Zahlungsdienstes, einschließlich der Nutzungsmöglichkeiten des Kleinbetragsinstruments,
2. Haftungshinweise,
3. die anfallenden Entgelte und
4. die anderen für den Zahlungsdienstnutzer wesentlichen Vertragsinformationen.

²Ferner gibt der Zahlungsdienstleister an, wo die weiteren gemäß § 4 vorgeschriebenen Informationen und Vertragsbedingungen in leicht zugänglicher Form zur Verfügung gestellt sind.

(2) Bei Verträgen nach Absatz 1 können die Vertragsparteien abweichend von den §§ 7 und 8 vereinbaren, dass der Zahlungsdienstleister dem Zahlungsdienstnutzer nach Ausführung eines Zahlungsvorgangs

1. nur eine dem Zahlungsvorgang zugeordnete Kennung mitteilen oder zur Verfügung stellen muss, die es ermöglicht, den betreffenden Zahlungsvorgang, seinen Betrag sowie die erhobenen Entgelte zu identifizieren, und im Fall mehrerer gleichartiger Zahlungsvorgänge an den selben Zahlungsempfänger eine Information, die den Gesamtbetrag und die erhobenen Entgelte für diese Zahlungsvorgänge enthält,
2. die unter Nummer 1 genannten Informationen nicht mitteilen oder zur Verfügung stellen muss, wenn die Nutzung des Kleinbetragsinstruments keinem Zahlungsdienstnutzer zugeordnet werden kann oder wenn der Zahlungsdienstleister auf andere Weise technisch nicht in der Lage ist, diese Informationen mitzuteilen; in diesem Fall hat der Zahlungsdienstleister dem Zahlungsdienstnutzer eine Möglichkeit anzubieten, die gespeicherten Beträge zu überprüfen.

1 **1) Allgemeines.** S zunächst Vorb 1 ff zu Art 248. Grdlage: ZDiensteRL Art 34 (teilw). § 11 schränkt im Hinbl auf den bargeldähn Character der KleinbetragsInstr die mit dem Abschluss der entspr ZDVertr u der Nutzg des KleinbetragsInstr verbundenen InfoPfl ein u erleichtert damit den Einsatz des Instruments. **Anwendbar** nur auf ZDVertr über KleinbetragsInstr (§ 651 i Rn 2), auch solche gem § 675 i I 3 (BT-Drs 16/11643 S 136). Das sind stets ZDRahmenVertr.

2) Vorabinformationen, Abs 1. Bei ihnen (§§ 4, 6) unterscheidet die Vorschr zw den KernInfo (I 1), die auf einem dauerh Datenträger (§ 126 b S 2) mitgeteilt werden müssen (§ 3, dort Rn 1), u den sonst Info u VertrBedinggen, bei denen Zur-Vfg-Stellen (§ 675 d Rn 2) in leicht zugängl Form u die Unterrichtg über den Zugang zu diesen Info genügt. *Leicht zugänglich* ist eine Info, wenn der jew ZDNutzer sie sich ohne Schwierigk beschaffen kann, zB dch Abholg einer gedruckten Broschüre bzw Lesen eines Aushangs in einer gut erreichb GeschStelle des KreditInst, od dch telefon od mündl Abfrage. Einstellen in eine dem Nutzer zugängl Homepage wird nur dann genügen, wenn Kommunikation über das Internet vereinbart ist (sa § 4 I Nr 4 lit a). I beschränkt die UnterrichtsPfl kr Gesetzes, eine entspr Vereinbg ist nicht erfdl. **Nr 1:** Wesentl Merkm des ZDienstes wie § 4 I Nr 2 lit a. Zu den Nutzungsmöglchk bei KleinbetragsInstr s § 675 i Rn 1. **Nr 2:** HaftgsHinw s § 4 I Nr 5, insbes auch zum Ausschluss der Haftg gem § 675 i III. **Nr 3:** anfalld Entgelte s § 4 I Nr 3 lit a. **Nr 4:** wesentl VertrInfo s insbes solche zum Wirksamwerden von Ändergen.

3) Nachträgliche Informationen, Abs 2. Der Einsatz von KleinbetragsInstr als BargeldErs (§ 675 i Rn 1) erlaubt, je nach der konkreten Ausgestaltg des Instruments, uU nicht die Rückverfolg eines ZVorgangs bzgl aller Einzelh (Bsp: Geldkarte, § 675 f Rn 54). Die Pfl gem §§ 7, 8 können daher, entspr den techn Gegebenh, weitgehd abbedungen werden.

Abschnitt 3. Einzelzahlungsverträge

EG 248 § 12 *Besondere Form.* ¹ Bei einem Einzelzahlungsvertrag, der nicht Gegenstand eines Zahlungsdienstrahmenvertrags ist, hat der Zahlungsdienstleister dem Zahlungsdienstnutzer die in § 13 genannten Informationen und Vertragsbedingungen in leicht zugänglicher Form zur Verfügung zu stellen. ² Auf Verlangen des Zahlungsdienstnutzers stellt ihm der Zahlungsdienstleister die Informationen und Vertragsbedingungen in Papierform oder auf einem anderen dauerhaften Datenträger zur Verfügung.

Allgemeines. S zunächst Vorb 1 ff zu Art 248. Dch das VerbrRRL-UG wurden ab 13. 6. 14 in S 2 die Wörter „in Textform“ dch „in Papierform od auf einem and dauerh Datenträger“ ersetzt. Grdlage: ZDiensteRL Art 36 I. – § 12 **gilt** nur für EinzelZVertr (§ 675 f Rn 6), soweit sie nicht Ggst eines ZDRahmenVertr sind, u nur für die gem EG 248 §§ 13–16 vorgeschriebenen Info. *Abweichende Vereinbarungen* sind nur nach den allg Regeln mögl (s § 675 e Rn 3), Art 248 selbst sieht abweichde Vereinbgen nicht vor. – **Leicht zugängliche Form** s § 11 Rn 2. Mitteilgen in Papierform od auf einem dauerh Datenträger genügen ow, wie sich aus S 2 ergibt. Danach ist die Info in einer dieser beiden Formen zur Vfg zu stellen, wenn der ZDNutzer dies verlangt (sa § 5). – **Zur Verfügung stellen** bedeutet, dass der ZDLeister die erfdl Angaben etc zur Kenntnisnahme dch den ZDNutzer bereit halten muss (wie § 675 d Rn 2).

EG 248 § 13 *Vorvertragliche Informationen.* (1) ¹ Die folgenden vorvertraglichen Informationen und Vertragsbedingungen sind rechtzeitig vor Abgabe der Vertragsklärung des Zahlungsdienstnutzers zur Verfügung zu stellen:

1. die vom Zahlungsdienstnutzer mitzuteilenden Informationen oder Kundenkennungen, die für die ordnungsgemäße Ausführung eines Zahlungsauftrags erforderlich sind,
2. die maximale Ausführungsfrist für den zu erbringenden Zahlungsdienst,
3. alle Entgelte, die der Zahlungsdienstnutzer an den Zahlungsdienstleister zu entrichten hat, und gegebenenfalls ihre Aufschlüsselung,
4. gegebenenfalls der dem Zahlungsvorgang zugrunde zu legende tatsächliche Wechselkurs oder Referenzwechselkurs.

² Die anderen in § 4 Abs. 1 genannten Informationen sind, soweit sie für den Einzelzahlungsvertrag erheblich sind, dem Zahlungsdienstnutzer ebenfalls zur Verfügung zu stellen.

(2) Wenn auf Verlangen des Zahlungsdienstnutzers der Einzelzahlungsvertrag unter Verwendung eines Fernkommunikationsmittels geschlossen wird, das dem Zahlungsdienstleister die Informationsunterrichtung nach Absatz 1 nicht gestattet, hat der Zahlungsdienstleister den Zahlungsdienstnutzer unverzüglich nach Ausführung des Zahlungsvorgangs in der Form zu unterrichten, die in den §§ 2 und 12 vorgesehen ist.

(3) Die Pflichten gemäß Absatz 1 können auch erfüllt werden, indem eine Abschrift des Vertragsentwurfs übermittelt wird, die die nach Absatz 1 erforderlichen Informationen und Vertragsbedingungen enthält.

Allgemeines. S zunächst Vorb 1 ff zu Art 248. Grdlage: ZDiensteRL Art 36, 37 I. Die Vorschr regelt, in Entsprechg zu § 4, die vorvertragl Info bei EinzelZVertr. – **Abs 1** stellt aus den in § 12 Rn 1 genannten Grden geringere Anforderungen an Inhalt, Verf u Form der Unterrichtg (sa § 12). Wg der einz Info (Nr 1 bis 4) wird auf die Anm zu § 4 verwiesen. – **Abs 2 und 3** entsprechen, mit geringen Anpassgen, § 4 II u III. Vgl die Anm in § 4 Rn 3.

EG 248 § 14 *Informationen an den Zahler nach Zugang des Zahlungsauftrags.* Nach Zugang des Zahlungsauftrags unterrichtet der Zahlungsdienstleister des Zahlers diesen unverzüglich über

1. die dem Zahlungsvorgang zugeordnete Kennung, die dem Zahler die Identifizierung des betreffenden Zahlungsvorgangs ermöglicht, sowie gegebenenfalls Angaben zum Zahlungsempfänger,
2. den Zahlungsbetrag in der im Zahlungsauftrag verwendeten Währung,
3. die Höhe der vom Zahler für den Zahlungsvorgang zu entrichtenden Entgelte und gegebenenfalls deren Aufschlüsselung,
4. gegebenenfalls den Wechselkurs, den der Zahlungsdienstleister des Zahlers dem Zahlungsvorgang zugrunde gelegt hat, oder einen Verweis darauf, sofern dieser Kurs von dem in § 13 Abs. 1 Nr. 4

genannten Kurs abweicht, und den Betrag, der nach dieser Währungsumrechnung Gegenstand des Zahlungsvorgangs ist, und

5. das Datum des Zugangs des Zahlungsauftrags.

- 1 **Allgemeines.** S zunächst Vorb 1 ff zu Art 248. Grdlage: ZDiensteRL Art 38. – **Inhalt.** § 14 enthält für den EinzelZVertr eine mit § 7 prakt identische Regelg der nachträgl Unterrichtg des Zahlers dch seinen ZDLeister. Vgl die Anm zu § 7. Zu Form u Verf der Unterrichtg (§ 675 d Rn 2) s § 12.

EG 248 § 15 Informationen an den Zahlungsempfänger nach Ausführung des Zahlungsvorgangs. Nach Ausführung des Zahlungsvorgangs unterrichtet der Zahlungsdienstleister des Zahlungsempfängers diesen unverzüglich über

1. die dem Zahlungsvorgang zugeordnete Kennung, die dem Zahlungsempfänger die Identifizierung des betreffenden Zahlungsvorgangs und gegebenenfalls des Zahlers ermöglicht, sowie weitere mit dem Zahlungsvorgang übermittelte Angaben,
2. den Zahlungsbetrag in der Währung, in der er dem Zahlungsempfänger zur Verfügung steht,
3. die Höhe der vom Zahlungsempfänger für den Zahlungsvorgang zu entrichtenden Entgelte und gegebenenfalls deren Aufschlüsselung,
4. gegebenenfalls den Wechselkurs, den der Zahlungsdienstleister des Zahlungsempfängers dem Zahlungsvorgang zugrunde gelegt hat, und den Betrag, der vor dieser Währungsumrechnung Gegenstand des Zahlungsvorgangs war, und
5. das Wertstellungsdatum der Gutschrift.

- 1 **Allgemeines.** S zunächst Vorb 1 ff zu Art 248. Grdlage: ZDiensteRL Art 39. – **Inhalt.** § 15 enthält für den EinzelZVertr eine mit § 8 prakt identische Regelg der nachträgl Unterrichtg des ZEmpfängers dch den mit der Auszahlg beauftragten ZDLeister. Eine vertragl Beziehg zw dem Empfänger der Zahlg u dem ZDLeister ist nicht Voraussetzung (BT-Drs 16/11643 S 137). Vgl die Anm zu § 8. Zu Form u Verf der Unterrichtg (§ 675 d Rn 2) s § 12.

EG 248 § 16 Informationen bei Einzelzahlung mittels rahmenvertraglich geregelten Zahlungsauthentifizierungsinstrument. Wird ein Zahlungsauftrag für eine Einzelzahlung über ein rahmenvertraglich geregeltes Zahlungsauthentifizierungsinstrument übermittelt, so ist nur der Zahlungsdienstleister, der Partei des Zahlungsdiensterahmenvertrags ist, verpflichtet, den Zahlungsdienstnutzer nach Maßgabe des Abschnitts 2 zu unterrichten.

- 1 **Allgemeines.** S zunächst Vorb 1 ff zu Art 248. Grdlage: ZDiensteRL Art 35 II. Die Nutzg eines ZAI setzt stets das Vorliegen eines ZDRahmenVertr voraus. Nutzt der Kunde das ZAI für einen ZVorgang, der einen weiteren ZDLeister einschließt, zB bei Abhebg von Bargeld an einem institutsfremden Automaten (§ 675 f Rn 51), soll nur der ZDLeister zur Unterrichtg gem §§ 12 ff verpflichtet sein, der VertrPartner des ZDRahmenVertr ist, nicht (zB gem § 15) derjen, der den ZAuftr ledigl übermitteln hat, dh an dessen Automaten das Geld ausgezahlt wurde (BT-Drs 16/11643 S 137).

Abschnitt 4. Informationspflichten von Zahlungsempfängern und Dritten

EG 248 § 17 Informationspflichten des Zahlungsempfängers. (1) Sollen Zahlungen mittels eines Zahlungsauthentifizierungsinstrument in einer anderen Währung als Euro erfolgen und wird vor der Auslösung des Zahlungsvorgangs vom Zahlungsempfänger eine Währungsumrechnung angeboten, muss der Zahlungsempfänger dem Zahler alle damit verbundenen Entgelte sowie den der Währungsumrechnung zugrunde gelegten Wechselkurs offenlegen.

(2) Verlangt der Zahlungsempfänger für die Nutzung eines bestimmten Zahlungsauthentifizierungsinstrument ein Entgelt oder bietet er eine Ermäßigung an, so teilt er dies dem Zahler vor Auslösung des Zahlungsvorgangs mit.

- 1 **1) Allgemeines.** S zunächst Vorb 1 ff zu Art 248. Grdlage: ZDiensteRL Art 49 II (für Abs 1), 50 I (für Abs 2). Die Vorschr begründet eine schuldrechtl Pfl des ZEmpfängers kr Gesetzes (§ 675 d Rn 1, 6). – **Anwendungsbereich:** Nur ZVorgänge, die unter Einsatz eines ZAI (§ 675 j Rn 6) erfolgen. *Abweichende Vereinbarungen* s § 19.
- 2 **2) Währungsumrechnung durch Zahlungsempfänger, Abs 1.** Die Vorschr betrifft die Fälle, in denen die Umrechng einer Währng nicht iR des ZVorgangs dch einen der beteiligten ZDLeister erfolgt (hier muss der ZDNutzer bereits gem § 4 Nr 3 informiert werden), sond der ZEmpfänger (Verkäufer, Dienstleister etc) die Umrechng außerh der Erbringg eines ZDienstes, idR iR des ValutaVerh, anbietet. Ferner nur Fälle, in denen die Umrechng von € (dh der deutschen Währng) in eine Fremdwährng angeboten wird. Hier muss der ZEmpfänger den Zahler über die damit verbundenen oft sehr ungünstigen Bedinggen der Umrechng, dh die von ihm berechneten Kosten u den von ihm zugrunde gelegten Wechselkurs, informieren („offen legen“). Dadch erhält der Zahler die Möglichk zu entscheiden, dch wen (den ZEmpfänger od das am ZVorgang beteiligte GeldInst) die Umrechng erfolgen soll (BT-Drs 16/11643 S 137).
- 3 **3) Entgelt bei Nutzung eines ZAI, Abs 2.** Der ZEmpfänger darf dem Zahler für die Nutzg eines ZAI (zB einer Kreditkarte od ec-Karte) eine Ermäßigg anbieten, ein Entgelt für die Nutzg darf er nur verlangen, soweit ihm dies im ZuwendgsVerh (§ 675 f Rn 45) nicht untersagt ist (§ 675 f V u dort Rn 20). Betroffen ist das ValutaVerh, nicht die Erbringg des ZDienstes selbst. II verpflichtet den ZEmpfänger in einem solchen Fall, dem Zahler spätestens bis zur Auslösg des ZVorgangs (§ 675 f Rn 13, 47, 52) das Entgelt bzw die Ermäßigg (dh den Umstand, aber auch die Höhe) mitzuteilen, dh diese Info an den Zahler mündl, per E-Mail oä zu übermitteln (§ 675 d Rn 2). Eine bestimmte Form ist nicht vorgeschrieben, § 3 gilt nicht. Der Zahler wird dadch in die Lage versetzt zu entscheiden, ob welche ZForm (zB Kartenzahlg statt Barzahlg) er wählen will.

EG 248 § 18 *Informationspflichten Dritter.* Verlangt ein Dritter, über welchen ein Zahlungsdienstnutzer einen Zahlungsvorgang auslösen kann, von diesem für die Nutzung eines bestimmten Zahlungsinstrumentes ein Entgelt, so teilt er dies dem Zahlungsdienstnutzer vor der Auslösung des Zahlungsvorgangs mit.

Allgemeines. S zunächst Vorb 1 ff zu Art 248. Grdlage: ZDiensteRL Art 50 II. Die Vorschr begründet eine schuldrechtl Pfl des Dritten kr Gesetzes (§ 675 d Rn 1, 6). – **Anwendungsbereich:** Nur ZVorgänge, die unter Einsatz eines ZAI (§ 675 j Rn 6) erfolgen. *Abweichende Vereinbarungen* s § 19. § 18 betrifft die Fälle, in denen der ZVorgang (§ 675 f Rn 16), über einen Dritten (nicht von einem Dritten) ausgelöst wird (§ 675 f Rn 13), also von einer Pers, zu der der ZDNutzer nicht in einem vertragl Verhältn (zB einem ZDVertr) steht. Das betrifft insbes die vom Anwendungsbereich der ZDiensteRL (dort Art 3 lit o) grdsätzl ausgenommenen unabhäng Geldautomatenbetreiber (BT-Drs 16/11643 S 138). Besteht hingg, wie in Deutschland die Regel (§ 675 f Rn 51), zw dem ZDLeister des Nutzers (Kartenaussteller) u dem Geldautomatenbetreiber eine Vereinbg über die Fremdnutzg der Automaten dch den ZDNutzer u das hierfür anfallende Entgelt, wird das Entgelt dem ZDNutzer dch seinen ZDLeister als Aufwendgen in Rechng gestellt. Insow ist das Entgelt dort zu berücksichtigen, es besteht eine InfoPfl bereits iR des ZDRahmenVertr (§ 675 f IV, Art 248 §§ 3 ff), § 18 greift nicht ein. – **Inhalt:** Pfl des Dritten zur Mitteilg des Entgelts an den ZDNutzer (wie § 17 Rn 3).

EG 248 § 19 *Abweichende Vereinbarungen.* Handelt es sich bei dem Zahlungsdienstnutzer nicht um einen Verbraucher, so können die Parteien vereinbaren, dass die §§ 17 und 18 ganz oder teilweise nicht anzuwenden sind.

S zunächst Vorb 1 ff zu Art 248. Grdlage: ZDiensteRL Art 30 I. Die Vorschr entspricht § 675 e IV. Sie ist erfdl, weil § 675 e IV nur das Verhältn zw ZDLeister u ZDNutzer erfasst, Art 248 §§ 17 u 18 jedoch InfoPfl außerh dieses Verhältn begründen (Vorb 1 zu Art 248). S iÜ die Ann zu § 675 e IV (dort Rn 3 Nr 3).